

Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

**AKTE 878**

**ANFANG**

lg 4

# REGISTRATUR

4

## Verhandlungen

mit der Genossenschaft deutscher Tonsetzer

und der Gema

---

Gema / G. d. T.

Einigungsversuche zwischen der Genossenschaft deutscher Tonsetzer und der Gema

Band I

1923/ 1925

11. 9. a

878



Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats und  
der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Anwesend

Berlin, den 16. November 1929  
Beginn der Sitzung: 5 1/4 Uhr

dem Vorsitz des

Herrn Prof. Fr. E. Koch

die Herren:

Radorffer

Friedr. E.

senizek

Bert

mann

Bert

mann

1. Vorgelegt wird der Personalbogen des  
neuen Senatsmitglieds A. Schönberg  
nebst Begleitschreiben.

2. Zur Beratung werden von Herrn Jahn  
übermittelte Schreiben betr. die Normal-  
stimmung vorgelegt. Dem Antrage des Herrn  
Jahn, das von der Musiksektion dem Herrn  
Minister erstattete Gutachten ihm ab-  
schriftlich zu überlassen, kann nicht  
stattgegeben werden. Prof. Fr. E. Koch  
wird den Antragsteller privateriefllich  
bescheiden unter Erwähnung der Stellung-  
nahme der Akademie.

3. Anfrage des Herrn Ministers für Wis-  
senschaft, Kunst und Volksbildung  
U 13391 vom 5. Oktober d. Js. betr. Ho-  
norar der Meisterschüler für musikali-  
sche Komposition: Die Wiederabschaffung  
des Honorars für diese Schüler soll be-  
fürwortet werden, weil sie abgesehen vom  
Unterricht nicht die großen Vorteile ge-  
nießen wie die Schüler der Meisterateliers

( freies



( freies Atelier usw. ). Die Zahl der Schüler ist auch sehr gering und die meisten sind nicht in der Lage, das Honorar aufzubringen.

4. Weitere Herausgabe von Urtexten klassischer Musikwerke ( Erlaß des Herrn Ministers U IV 12406 ). Die im Erlaß des Herrn Ministers erwähnten Werke Beethovens und Mozart kommen für die Urtexte nicht in Betracht, weil sie in Gesamtausgaben schon gut ediert sind. Herr Professor Seiffert steht wegen dieser <sup>ganzen</sup> Angelegenheit zurzeit noch mit Verlegern in Verhandlung. Der Titel " Urtexte klassischer Musikwerke " ist der Firma Breitkopf und Härtel <sup>M</sup> urheberrechtlich geschützt ! Die Angelegenheit wird später weiter verfolgt werden.

5. Zwei vorliegende Unterstützungsgesuche sollen dem Hilfsbund für deutsche Musikpflege ( Herrn Professor Schumann zu Händen ) überwiesen werden.

6. Bekanntgegeben werden die beiden letzten Schreiben der Genossenschaft und ein Schreiben der Genossenschaft deutscher Tonsetzer vom 5. November d. Js. Herr Professor Schumann berichtet zu letzterem eingehend über die Ergebnisse der Besprechungen im Vorstand der G. d. T., insbesondere mit Richard Strauß. Der Vorstand der G. d. T. ist einstimmig der Meinung, daß die Angelegenheit nicht ruhen darf; schon vor der Generalversammlung der G. d. T. im Januar muß etwas geschehen. Die G. d. T. wird schon jetzt ihre Grundsätze, von denen sie unter keinen Umständen abgehen kann, genau festlegen müssen. Zu einer Verständigung muß es kommen, denn die Genossenschaft, in der jetzt Professor Behn Geschäftsführer ist, kann die Geschäfte nicht weiterführen. Die Verleger müssen die Urheberrechte als Eigentum der Autoren absolut anerkennen. Ferner muß ein neuer Verlegervertrag ent-

worfen

2  
worfen werden. Schließlich muß den ernsten Musikern garantiert werden, daß sie nicht von den Unterhaltungsmusikern in einer neuen Aufführungsanstalt majorisiert werden. Der Weiterbestand der G. d. T. muß von den Verlegern mitgarantiert werden. Diese 4 Punkte müssen von den Verlegern anerkannt werden, bevor über die Einigung weiter verhandelt wird. Herr Professor Schumann wird von der Sektion beauftragt zunächst in diesem Sinne mit Herrn Lienau zu sprechen und zu suchen, von ihm eine möglichst bindende Erklärung über diese wichtigsten Voraussetzungen weiterer Verhandlungen zu erhalten. Die genaue Formulierung dieser 4 Postulate würde später noch durch einen Juristen erfolgen müssen.

Schluß der Sitzung 6 1/4 Uhr.

v.

g.

u.

Friedr. E. Koch

gez. Dr. Amersdorffer i.V.



Wapp. Lg 4. 11. 25

**Friede zwischen Komponisten und Verlegern?** Richard Strauß ist in Berlin eingetroffen, um heute und Donnerstag in seiner Eigenschaft als Präsident der Genossenschaft deutscher Tonseher an einer höchst bedeutsamen Verhandlung der Tonsehergenossenschaft teilzunehmen. Die Verhandlungen sind deshalb von entscheidender Bedeutung, weil nach dem Tode von Friedrich Rösch, des bisherigen Geschäftsführers der Tonsehergenossenschaft, Ausgleichsverhandlungen mit der „Gema“, der konkurrierenden Gesellschaft, in der die meisten Musikverleger organisiert sind, durch Aufstellung von Richtlinien eingeleitet werden sollen. Die gesamte Musikerschaft Deutschlands begleitet diese Verhandlungen mit gespannter Aufmerksamkeit und hochgehegten Erwartungen, denn der Streitpunkt in beiden Vereinigungen hat die deutschen schaffenden Musiker materiell außerordentlich geschädigt.

Die Genossenschaft deutscher Tonseher, mit Strauß an der Spitze, will jetzt eine neue Grundlage für die Vereinigung der bisher feindlichen Kräfte zu schaffen versuchen. Hoffentlich gelingt ihr das. Daß eine Einigung nur nützlich wirken kann, wird wohl von allen Beteiligten anerkannt. Gibt doch auch das Ausland ein sehr lehrreiches Beispiel: in Frankreich, in Holland, in Italien und in anderen Ländern sind die musikalischen Autoren völlig einheitlich organisiert. Eine Spaltung besteht nur in Deutschland — auf diesem Gebiete wie leider auch auf vielen anderen. Hoffentlich siegen die Einsicht und der Wille aller Verständigen und Outgesinnten.

Gern J. v. Baumbach.  
7. 11. 25  
Gm

4



Akademie der Künste zu Berlin

Berlin den .....

Dem .....

steht für sein am ..... geborenes Kind .....  
..... nach § 13,1 des Beamtendiensteinkommengesetzes  
vom 7. Mai 1920 vom ..... ab eine monatliche  
Kinderbeihilfe von .. M einschließlich .. % Ausgleichszulage  
zu.

Die Kasse wird angewiesen, an den Genannten vom .....  
..... so jährlich

..... M

in Worten: .....  
zu zahlen und der Ministerialbaukasse aufzurechnen.

Der Präsident

An

die Kasse der Akademie  
der Künste

Hier

Akademie der Künste zu Berlin

Nr. 635

Berlin W 8, den 4. November 1925  
Pariser Platz 4

Sehr geehrte Herren !

Auf Ihren, an den unterzeichneten Vorsitzenden gerichteten  
Brief vom 23. Oktober d. Js. müssen wir Ihnen mitteilen, daß es  
nicht Aufgabe des Senates der Akademie der Künste ist, vor Ab-  
schluß der Verhandlungen ein Urteil abzugeben, ob die von der  
Gema oder <sup>son</sup> anderer Seite gemachten Vorschläge mit den Ansichten  
der Akademie übereinstimmen. Die Akademie der Künste hat ledig-  
lich die Aufgabe, eine Einigung möglichst herbeizuführen bezw.  
dem Herrn Minister darüber zu berichten. Unseres Erachtens liegt  
auf Ihrer Seite kein Grund zur „Enttäuschung“ <sup>ja „Enttäuschung“</sup> über den Fortgang der  
Verhandlungen vor, da ja auch von Ihnen die letzten von der Aka-  
demie gemachten Vorschläge nicht angenommen sind. Wir bedauern  
die Verzögerung außerordentlich, die durch die lange Erkrankung  
des Herrn Hofrat Dr. Rösch <sup>Leid Herrn Hofrat Dr. Rösch</sup> besonders begründet ist. Der Senat  
ist nicht berechtigt die Verhandlungen abubrechen, solange ihm  
eine Verständigung noch möglich erscheint ; die Macht diese  
herbeizuführen, besitzt er nicht. Wir werden unsere Bemühungen  
fortsetzen und bitten Sie uns darin weiter zu unterstützen. ~~Es~~  
~~ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß durch den Tod des Herrn Hof-~~  
~~rat Rösch der Vorstand der G. d. K. bald zu bestimmten Beschlüs-~~

sen kommen wird.  
nossenschaft zur  
tung musikalischer  
ührungrechte (Gema)

Der Senat  
Sektion für Musik  
*Paul H. Koch*  
Vorsitzender



ING-AKADEMIE  
ZU  
BERLIN C2  
M FESTUNGSGRABEN Z.

4. 3. 11. 1925.

Sehr geehrter Herr!

[illegible]

Fr. S. Koch.



J. H. des Herrn Prof. W. v. Baumbach.  
2. 11. 1923.

Sehr geehrter Herr College!

Bzgl. der Aufsicht der Genia vom  
23. 10. d. J. d. habe ich mit College  
Schönemann telefon. gesprochen und  
mit ihm beiläufige Antwort  
erteilt, die ich Sie bitte offiziell  
ausfertigen zu lassen, es mir  
sodann konstant per Unterschrift  
zugehen zu lassen, ich würde dann  
dann ein „Genia“ weitergeben lassen.

Mit besten Grüßen  
Adressat der  
Genia.  
Hr. Fr. Dr. S. Koch

V: Ich hoffe Sie am Samstagabend in der  
Hochschule zu haben.  
Die Aufsicht, meines „Sündflut“  
wird nicht in allen Dingen meine  
Aufsicht entsprechen, da der  
Ding sich meinem Wissen  
verfliegt, aber es wird nicht  
schlecht sein.



Genossenschaft zur Verwertung musikalischer  
Aufführungsrechte (Gema)

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Fernsprecher:

Norden 971

Telegraphenamt:

Gema

Bankkonto:

Mitteldeutsche

Kreditbank

Tagebuch Nr. 1327/25 R/Wf.

Bei Antworten wird um Angabe dieser  
Nr. gebeten.

K. Akademie der Künste Berlin

№ 0685 \* - 3. OKT 1925

Berlin NW. 6, Sen. 30. Sept. 1925  
Schiffbauerdamm 33

An den hohen Senat der  
Akademie der Künste,  
Abteilung für Tonkunst,  
Berlin W. 8

Pariser Platz 4.

Hochgeehrte Herren !

Aus Ihrer geehrten Zuschrift vom 25. September  
sehen wir zu unserem grossen Bedauern, dass es Ihnen noch nicht mög-  
lich war, eine Sitzung anzuberaumen, um in der Angelegenheit der  
Aufführungsrechts-Gesellschaften einen Beschluss im Sinne unseres  
Ergebens vom 15. d. Mts. herbeizuführen.

Wir zeigen Ihnen an, dass ein neuer Vertrag mit  
der Wiener Gesellschaft noch nicht abgeschlossen ist, können aber  
unmöglich den Abschluss noch längere Zeit hinauszögern, da das eine  
Unredlichkeit gegenüber der Wiener Gesellschaft sein würde. Augen-  
blicklich sind noch einige Punkte zwischen Gema und der Wiener Ge-  
sellschaft strittig; sobald aber eine Einigung gefunden ist - und  
wir wissen nicht, ob das noch einige Zeit dauern wird -, muss der  
Vertrag vollzogen werden.

Aus Ihrer geehrten Zuschrift können wir nicht  
ersehen, dass inzwischen eine Antwort des Herrn Hofrat Dr. Rösch  
über



über seine Stellungnahme zu seinen Propositionen erfolgt ist. Wir nehmen also an, dass Herr Dr. Rösch diese Antwort trotz Ihrer Mahnung weiter hinauszögert, was seiner bisherigen Taktik durchaus entsprechen würde.

Wir wiederholen, dass wir keinesfalls darauf eingehen können, dass bei der zu gründenden Gesellschaft dem Vorstand der G.d.T. irgend welcher Einfluss zugebilligt wird.

Vor wenigen Tagen ist in einem Prozess, den die Witwe von Edvard Grieg gegen die G.d.T. angestrengt hat, eine Einigung zustande gekommen. Es handelte sich um einen Betrag von Hfl. 600.-, welchen die holländische Gesellschaft für Frau Nina Grieg an die G.d.T. zur Auszahlung überwiesen hat und zwar zu einer Zeit, wo Frau Grieg bereits ihren Austritt aus der G.d.T. erklärt hatte. Dieser Betrag ist von der G.d.T. seinerzeit, trotz der Aufforderung der Frau Grieg zur Auszahlung, zurückgehalten worden. Die Parteien haben sich nun jetzt dahin geeinigt, dass die G.d.T. nicht bloß die Hälfte dieses Betrages an Frau Grieg auszuzahlen sich verpflichtet hat, sondern auch die sämtlichen bisher erwachsenen Kosten des Prozesses trägt. Die G.d.T., welche sich rühmt, in erster Linie die Interessen der Tonsetzer zu vertreten, hat sich also für berechtigt gehalten, die Interessen der Witwe eines so verdienten Tonsetzers wie Edvard Grieg in einer solchen Weise zu vernachlässigen. Hätte die G.d.T. sich in ihrem Rechte geglaubt, so hätte sie sich mindestens geweigert, die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Unter diesen Umständen kann davon gar keine Rede sein,  
dass



dass die Gema die ihr anvertrauten Rechte einer Gesellschaft  
überträgt, in deren Verwaltung die G.d.T. mitzureden hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ergebenst

**Genossenschaft zur Verwertung  
musikalischer Aufführungsrechte (GEMA)**  
Eingetragene Genossenschaft m. b. H.





am 27. 10. 1925  
mit 2 Anl.

R.

den 26. Oktober 1925

Sehr geehrter lieber Herr Kollege!

Anbei erhalten Sie die Abschrift eines neuen dringenden Briefes der Gema an Kollege Koch. Es scheint doch nunmehr auch mir durchaus notwendig, daß eine Stellungnahme der Akademie ermöglicht wird. Kollege Koch bittet, Sie möchten sich umgehend mit Reznicek ins Einvernehmen setzen, um evtl. baldigst eine Sitzung des Senates mit den Vorstandsmitgliedern der G. d. T. einzuberufen. Wie ich Ihnen nun schon mitteilte, ist Koch wegen seines Gesundheitszustandes augenblicklich nicht in der Lage, selbst Schritte zu tun. Gleichzeitig übersende ich Ihnen einen Ausschnitt aus der Rheinischen Musikzeitung, bitte aber, das Zeitungsblatt möglichst umgehend der Akademie wieder zurückzusenden.

Mit allerbesten Grüßen

Ihr sehr ergebener

rn

. Schumann



25.10.1925. 11.  
 Auch Anlage aus dem  
 Bureau der Akademie der  
 Künste in Berlin. Parisplatz 4.

26. Okt. 1925  
 Herrn Prof. Dr. Andreasdörfer  
 resp. Prof. W. v. Baumbach  
 zu H.

Sehr geehrter Herr College!  
 Ist mir heute der beiliegende Brief  
 abt Rhein. Musikztg. des Herrn  
 Lierau in Sachen Geura - Affäre  
 zu mir.

Ich übermittle die Angelegenheit  
 umgehend und ersuche Sie um  
 Ihre Beurteilung.

Wichtig kann auch sein. Vorstands-  
 mitglieder der G. D. T. Prof. Schumann  
 Prof. v. Requiart. Fühlung  
 werden werden wegen einer Zu-  
 kunft der Akademie resp.  
 mitgliedern, sowie es meine  
 Pflicht ist, und gestattet werde ich  
 mich, dabei sein.

Mit besten Grüßen  
 Frick. S. Koch



# Genossenschaft zur Herwertung musikalischer Aufführungsrechte (Gema)

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Telegraphischer:

Norden 971

Telegrammwort:

Gema

Bankkonto:

Mitteldeutsche

Kreditbank

Tagebuch Nr. 1504/25

Antworten wird um Angabe des  
Nr. gebeten.

Berlin NW. 6, den 23. Oktober 1925.  
Schiffbauerdamm 33

Herrn Prof. Dr. Friedr. E. Koch,  
Firma Vorsitzender des Hohen Senates der  
Akademie der Künste, Musik-Sektion

Pariser Platz 4.

Berlin W. 8.,

Hochgeehrter Herr Professor,

Zu Ihnen, dem Präsidenten der Musik-Sektion des  
Hohen Senates, sei mir, dem Präsidenten der G E M A, ein persön-  
liches, offenes Wort auf Ihren letzten Brief vom 14. Oktober  
gestattet.

In unseren Kreisen herrscht Enttäuschung, ja Entrüstung!  
Seit dem Februar 1924 zieht sich nun ein Verfahren hin, in dem  
w i r mit bestem Willen stets Rede und Antwort standen, Vorschläge  
ausarbeiteten, Wünsche und Aenderungen berücksichtigten und alles  
taten, um zu klären und zu fördern, während von der anderen Seite  
eine negierende Verschleppungstaktik verfolgt wurde.

In der Hoffnung, unter der Führung des Hohen Senates  
schliesslich doch zu einer Einigung zu kommen, haben wir geduldig  
gewartet, haben wir wichtige Vertragsabschlüsse aufgeschoben, wohl



verstanden, nicht in unserem Interesse, sondern im Interesse der zu erzielenden Einigkeit.

Nun droht eine neue Verschiebung bis ins nächste Jahr. Das geht nicht an! Und selbst meine Autorität wird nicht verhindern können, dass die GEMA auf weitere Verhandlungen wegen ihrer Aussichtslosigkeit verzichtet. In letzter Stunde möchte ich mir erlauben, auf diesen Ernst der Lage hinzuweisen.

Wir reisen nächste Woche nach P r a g zu einer internationalen Konferenz der Aufführungsrechtsgesellschaften, -- wir schliessen daran eine Reise nach W i e n, um den neuen Vertrag abzuschliessen, -- wir stehen unmittelbar vor dem Vertragsabschluss mit England, -- wir sind dabei, mit Amerika einen neuen Vertrag zu tätigen, -- die neue schweizerische Gesellschaft ist durch unser Repertoire so gestärkt, dass sie jetzt ihre eigene Tätigkeit beginnen kann, -- unsere Einigung mit Frankreich steht bevor, -- mit den deutschen Radio-Gesellschaften haben wir soeben einen ausserordentlich günstigen Vertrag abgeschlossen, -- und an all diesen erfolgreichen Unternehmungen können die Mitglieder der G D T nicht teilnehmen und den Wert durch ihren Beitritt nicht steigern, weil man sich nicht von der starren Theorie zu einer praktischen, von erprobten und ohne allen Zweifel erfolgreichen Wirtschaftspolitik bekehren will und die von uns dargereichte Hand nicht vertrauensvoll zu ergreifen wagt. Für die Stellung und für die Erhaltung der G D T ist jetzt der entscheidende Augenblick da, -- in wenigen Wochen wird es zu spät sein! Und dann wird die G D T auch ihre anderen, wichtigeren Aufgaben nicht mehr erfüllen können!

-- Bl. 2.--

Ja, ich fürchte, dass es schon zu spät ist. Wir können den Abschluss mit Oesterreich nicht länger aufschieben, und es ist gar keine Aussicht, dass die Wiener Gesellschaft sich auf Vorschläge einlässt, wenn wir nicht einmal versichern können, dass der Hohe Senat deren Durchführung befürwortet. Wie könnten wir in Wien sagen, man wolle noch auf die Generalversammlung einer Gesellschaft warten, die seit 2 1/2 Jahren keine Generalversammlung abgehalten hat, und weil es vollständig ungewiss ist, wann und ob diese Generalversammlung überhaupt noch jemals stattfindet!

Der Hohe Senat hatte alles in seiner Hand. Ich wiederhole, was wir schon am 15. September geschrieben haben: Uns liegt zunächst nur daran, zu wissen, ob der Hohe Senat mit unseren Vorschlägen übereinstimmt. Es würde auch in Wien den grössten Eindruck machen, wenn wir diese Zustimmung einer so autoritativen Behörde hätten erreichen können, und wir wiederholen, nochmals, dass es uns nicht auf das Urteil des Herrn Dr. R ö s c h, sondern auf Ihr Urteil ankommt. Für das Urteil des Hohen Senates aber sollte lediglich die Prüfung unserer Vorschläge in Betracht kommen, nicht aber die Stellungnahme der Generalversammlung der G D T, die vielleicht irgendwann in der Zukunft zu erwarten ist.

Dass nicht nur wir, sondern auch einsichtige Parteigänger der G D T die Wichtigkeit einer schnellen Entschliessung anerkennen, geht aus dem meinem heutigen Briefe beiliegenden Artikel des Herrn Dr. T i s c h e r, eines Mitgliedes der A F M A, hervor, und wenn die Chance, von der Herr Dr. Tischer spricht,



jetzt verpasst wird, weil der Hohe Senat nicht vor der Generalversammlung der G D T sprechen will, so müssen wir unsererseits jede Verantwortung für ein so verhängnisvolles Hinauschieben der Entscheidung ablehnen.

Ich bitte Sie, hochgeehrter Herr Professor, meine offene Sprache mir nicht zu verargen, -- aber der Ernst der Lage hat mich dazu gedrängt.

Von dem Inhalt dieses Briefes bitte ich Sie, dem Hoher Senate offiziell Kenntnis zu geben.

Mit freundlichem Grusse

Ihr sehr ergebener

L. Lienay

Anlage.

den 14. Oktober 1925

Sehr geehrte Herren!

Eine Stellungnahme der G. d. T. ist vorläufig deshalb nicht herbeizuführen, weil Herr Hofrat Dr. Rösch an einer sehr schweren Erkrankung im Krankenhaus liegt, und die für Oktober in Aussicht genommene Generalversammlung der G. d. T. ohne ihn nicht stattfinden kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Herrn Dr. E. Koch

An

die Genossenschaft zur Verwertung  
musikalischer Aufführungsrechte (Gema)

Berlin NW 6

Schiffbauerdamm 33



Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik.

Anwesend  
r dem Vorsitz des Herrn Prof. Koch  
die Herren :

Berlin, den 9. Oktober 1925  
Beginn der Sitzung : 6 Uhr

Bausnern  
n  
n  
Reznicek  
bert  
abmann

Wahl des 1. Vorsitzenden:

Prof. Koch wird wiedergewählt  
und nimmt die Wahl an.

Wahl des Stellvertreters:

Prof. Taubert wird mit Majorität  
wiedergewählt und nimmt die Wahl an.

Weitere Verhandlungen:

In der Angelegenheit der G. d. T.  
und Gema wird das letzte Schreiben der  
Gema ( von Rauh unterschrieben) verlesen.  
Es wird beschlossen, der Gema die  
schwere Erkrankung von Hofrat Dr. Rösch  
mitzuteilen und im übrigen auf den Inhalt  
des Schreibens vorläufig nicht einzugehen.

gez. Friedr. E. Koch

gez. v. Bausnern



Genossenschaft zur Verwertung  
alkalischer Aufführungsrechte (Gema)

J. Nr. 635

den 25. September 1925

*Handwritten signature and date 25/9*

Sehr geehrte Herren !

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 15. d. Mts. geben wir Ihnen zur Kenntnis, daß wir leider wegen der akademischen Ferien und Abwesenheit mehrerer Senatsmitglieder vor Oktober keinen endgültigen Beschluß fassen können. Wir bitten Sie im allgemeinen Interesse, wenn irgend möglich, Ihre Entscheidungen bezüglich der österreichischen Gesellschaft noch auf kurze Zeit hinauszuschieben .

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Handwritten signature*

An  
Genossenschaft zur Verwertung  
alkalischer Aufführungsrechte ( Gema )

Berlin NW 6  
Schiffbauerdamm 33

*Handwritten note: Abgegeben per H. Prof. Schwinn am 25/9.*



# Genossenschaft zur Herwertung musikalischer Aufführungsrechte (Gema)

Fernsprecher:  
Norden 971  
Telegraphenamt:  
Gema

Bankkonto:  
Mitteldeutsche  
Kreditbank

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Tagebuch Nr. de. 126.5/R/Wf.  
Bei Antworten wird um Angabe dieser  
Nr. gebeten.

Berlin NW. 6, den 15. September 1925.  
Schiffbauerdamm 33

K Akademie Künste  
No 0635 \* 12 SEP 1925  
Anl.

An die Musiksektion des Hohen Senats der  
Berlin Akademie der Künste.  
Firma  
Berlin W. 8  
Pariser Platz 4.

Von Ihrer gefälligen Zuschrift vom 26. August haben wir gebührend Kenntnis genommen, bedauern aber, dass wir bis heute noch keine Einladung zu weiteren Verhandlungen erhalten haben. Vermutlich hat diese weitere Verzögerung ihre Ursache darin, dass Sie auch jetzt noch nicht von Herrn Hofrat Dr. Rösch die in Ihrer Zuschrift vom 26. August erwähnte Mitteilung erhalten haben.

Wir wiederholen, dass die Angelegenheit einen weiteren Aufschub nicht verträgt, wenn man nicht eine Hinauszögerung der endgültigen Verschmelzung auf fünf Jahre verantworten will.

Wir möchten aber ausserdem nochmals wiederholen, was wir bereits bei Beginn unserer Verhandlungen ausgesprochen haben, dass wir alle Verhandlungen mit Herrn Dr. Rösch für aussichtslos halten und dass es uns bei den bisherigen Verhandlungen immer nur darauf angekommen ist, die Mitglieder des hohen Senates der Akademie davon zu überzeugen, dass wir bereit sind, alles bis an die

Grenze



-2-

Grenze der Möglichkeit zu tun, um eine Verständigung über die Verwertung der Aufführungsrechte herbeizuführen. Wir glauben, unsere Bereitwilligkeit durch unsere Zuschrift vom 7. Juli 1925 unzweideutig bewiesen zu haben. Wir sind in dieser Zuschrift nach unserer Ueberzeugung bis an die Grenze der Zugeständnisse gegangen, die überhaupt gemacht werden konnten, um die Wünsche der Gegenseite zu befriedigen. Wir haben gar kein Interesse daran, wie Herr Dr. Rösch über unsere Vorschläge urteilt, denn wir wissen von vornherein, dass er jeden Vorschlag, der zur Verständigung führen kann, ablehnt, und zwar dadurch, dass er immer wieder Vorschläge machen wird, von denen er von vornherein weiss, dass sie unausführbar sind. Uns liegt daran zu wissen, ob der hohe Senat mit unserem Vorschlage übereinstimmt. Es würde uns von der grössten Wichtigkeit sein, wenn wir auch diese Zustimmung vonseiten einer so autoritativen Behörde erreichen könnten, und wir wiederholen nochmals dass es uns nicht auf das Urteil des Herrn Dr. Rösch. sondern lediglich auf Ihr Urteil ankommt. Halten Sie noch weitere Verhandlungen hierüber für nötig, so stehen wir zu Ihrer Verfügung. Uns will es allerdings scheinen, als wenn unsere Ausführungen vom 7. Juli genügen dürften, um eine Stellungnahme des hohen Senates zu ermöglichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ergebenst

**Genossenschaft zur Verwertung  
musikalischer Aufführungsrechte (GEMA)**  
Eingetragene Genossenschaft m. b. H.

R. Lienau 



Als ein Unschiff  
an Prof. Rösch mit  
Grußempfang an Frau Rösch  
ab 26.8.25 J.

, den 26. August 1925

Sehr geehrter Herr Hofrat!

Zu unserem Bedauern ist ein Bericht über die Stellungnahme der G.d.K. auf die von der Akademie der Künste gemachten Vermittlungsvorschläge noch nicht eingetroffen. Die Antworten der Gema und Amre sind seit mehreren Wochen in unseren Händen. Die Angelegenheit ist sehr dringend geworden.

Wie wir durch die Gema erfahren, läuft ihre Kündigungsfrist ihres <sup>2</sup>Vetrages mit der Wiener Gesellschaft Ende September 1925 ab. Bis dahin muß sich die Gema über ihre weitere Stellungnahme zur Wiener Gesellschaft schlüssig geworden sein. Deshalb bitten wir Sie höflichst und dringend, alle Voraussetzungen schaffen zu wollen, daß die gemeinschaftlichen Verhandlungen möglichst Anfang September wieder aufgenommen werden können.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Senat der

Akademie der Künste

(Musiksektion)

Herrn

Hofrat Dr. R ö s c h

Berlin W

Wilhelmstraße 57/58

Gesellschaft zur Förderung  
musikalischer Aufführungen (GEMA)  
Einschreibungs-Nr. 1111



Abschrift.Genossenschaft zur Verwertung musikalischer  
Aufführungsrechte (Gema)

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Tagebuch Nr. A 1147/25

R. 20.6  
Berlin W-8, den 18. August 1925  
~~Krausenstraße 61~~  
Schiffbauerdamm 33

R./Schz.

An die

Musiksektion des Hohen Senats der  
Akademie der Künste

Berlin W 8

Pariser Platz 4

*h. u.*  
*in Prof. Dr. Saemann, y. 4. 7. 1925*  
*(Original in d. Akad.)*

*Am 20. VIII*

Wir nehmen höflich Bezug auf unsere ergebene Zuschrift vom 7. Juli, auf die <sup>wir</sup> bis jetzt ohne Antwort geblieben sind, vermutlich weil es wegen der Ferien bisher nicht möglich war, die Angelegenheit zu fördern.

In dem erwähnten Schreiben haben wir darauf hingewiesen, welche Bedeutung für eine möglichst schnelle Verständigung auf dem Gebiete der Verwertung der musikalischen Aufführungsrechte der Umstand hat, daß am 30. September 1926 endigende Vertrag zwischen der Gema und der Wiener Gesellschaft bis Ende September 1925 erneuert oder gekündigt werden muß. Gelingt eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Gesellschaften nicht in den allernächsten Wochen, so wird eine endgiltige Regelung auf weitere fünf Jahre, d. h. bis Ende September 1931, hinausgeschoben. Die Verantwortung für eine solche Verzögerung können wir unsererseits nicht auf uns nehmen und bitten deshalb um tunlichste Beschleunigung der weiteren Verhandlungen, nachdem seit unserem letzten Bericht wieder sechs Wochen nutzlos verstrichen sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ergebenst

Genossenschaft zur Verwertung  
musikalischer Aufführungsrechte (Gema)  
Eingetragene Genossenschaft m. b. H.



, den 26. August 1925

*Handwritten:*  
Zurück  
Altan Hof-Rösch  
mit Eintragung am 26. 8. 25  
H

Sehr geehrter Herrrrei!

Ihr weres Schreiben vom 18. August 1925 haben wir zur Kenntnis genommen und Herrn Hofrat Dr. Rösch auf die Sachlage hingewiesen mit dem dringenden Ersuchen, seitens der G.d. T. alle Voraussetzungen zu schaffen, daß die gemeinschaftlichen Verhandlungen Anfang September wieder aufgenommen werden können.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Senat der

Akademie der Künste

(Musiksektion)

An

die Genossenschaft zur Verwertung  
musikalischer Aufführungsrechte (Gema)

Berlin NW 6

Schiffbauerdamm 33

Genossenschaft zur Verwertung  
musikalischer Aufführungsrechte (Gema)

Tagebuch Nr. A 1147/25

H. Rösch.

Ministerium des Innern  
Berlin, den 18. August 1925

Berlin NW 6

Schiffbauerdamm 33

Wir nehmen höchsten Dank für Ihre Antwort vom 7. Juli, auf welche wir ohne Antwort geantwortet sind, vornehmlich weil es wegen der Ferien nicht möglich war, die Angelegenheit zu fördern. In dem nächsten Schreiben haben wir darauf hingewiesen, welche Bedeutung für eine möglichst schnelle Verständigung auf dem Gebiete der Verwertung der musikalischen Aufführungsrechte der Umstand war, daß am 30. September 1925 ein Vertrag zwischen der Gema und der Wiener Gesellschaft die Ende September 1925 erneuert oder gekündigt werden muß. Geht eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Gesellschaften nicht in den nächsten Wochen, so wird eine endgültige Regelung auf weitere fünf Jahre, d. h. bis Ende September 1931, hinausgeschoben. Die Verantwortung für eine solche Verständigung können wir unsererseits nicht auf uns nehmen und bitten deshalb um tündliche Beschleunigung der weiteren Verhandlungen, nachdem seit unserem letzten Bericht ein- der sechs Wochen nichts vereinbart ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ergebenst

Genossenschaft zur Verwertung  
musikalischer Aufführungsrechte (Gema)

Ministerium des Innern  
Berlin, den 18. August 1925



Telefon:  
Zentrum 4382  
Telegraphenamt:  
Gema

# Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte (Gema)

Kontokonto:  
Mitteldeutsche  
Kreditbank

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Regelbuch Nr. 1114/25  
Antworten wird um Angabe dieser  
Nr. gebeten.

**Jetzt: Berlin NW 6**  
Schiffbauerdamm 33  
Telefon: Norden 971

Berlin W. 8, den 18. August 1925.

An die

~~Musik~~ Musiksektion der Hohen Senats der  
Firma Akademie der Künste,

Berlin W. 8.,

Pariser Platz 4.

R./Schz.

*Prof. v. Braun*  
*19. 10. 1925*

Wir nehmen höfl. Bezug auf unsere ergebene  
Zuschrift vom 7. Juli, auf die wir bis jetzt ohne Antwort  
geblieben sind, vermutlich weil es wegen der Ferien bisher  
nicht möglich war, die Angelegenheit zu fördern.

In dem erwähnten Schreiben haben wir darauf  
hingewiesen, welche Bedeutung für eine möglichst schnelle  
Verständigung auf dem Gebiete der Verwertung der musika-  
lischen Aufführungsrechte der Umstand hat, dass der am 30.  
September 1926 endigende Vertrag zwischen der GEMA und der  
Wiener Gesellschaft bis Ende September 1925 erneuert oder  
gekündigt werden muss. Gelingt eine Verständigung zwischen  
den beiden deutschen Gesellschaften nicht in den allernäch-  
sten Wochen, so wird eine endgiltige Regelung auf weitere  
fünf Jahre, d. h. bis Ende September 1931, hinausgeschoben.  
Die Verantwortung für eine solche Verzögerung können wir  
unsererseits nicht auf uns nehmen und bitten deshalb um



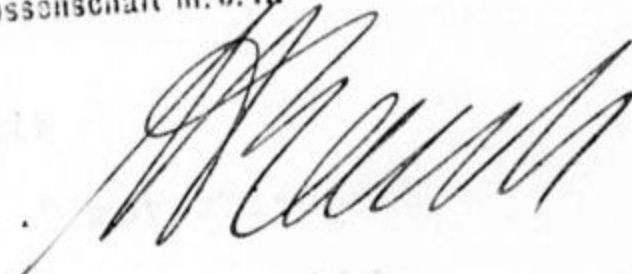
tunlichste Beschleunigung der weiteren Verhandlungen, nachdem  
seit unserem letzten Bericht wieder sechs Wochen nutzlos ver-  
strichen sind.

Mit vorzüglichster Hochachtung

ergebenst

Genossenschaft zur Verwertung  
musikalischer Aufführungsrechte (GEMA)  
Eingetragene Genossenschaft m. b. H.

R. Lénay



KÖNIGLICHE AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

J. Z. Feldberg i. M. B. H.  
Berlin W 8  
Landwehrkanal, Tarnate.

22. 8. 1925

Sehr geehrter Herr College!

Ich bin ganz Ihrer Ansicht bezgl.  
der Admittationsaktion Afrika-  
-Gemeinschaft und pflege  
gleichfalls Anfangs September eine  
Sitzung vor. Allerdings bin ich  
persönlich noch nicht in Berlin, aber  
das tut ja nichts! Wenn mich  
Sie selbst, Schumann, Neumann,  
J. Z. da sind. S. S. Tarnate kann  
mich vertreten und M. Siffert  
wird auch wie Thiel wohl ab-  
zu Stelle sein.

Allerdings wird das alles nichts an-  
dem Widerstand der guten Roff  
ändern. Ich hoffe, wenn die Gemein-  
schaft erledigt ist, werden wir  
vorwärts kommen. Ich bin ab 30. 8.  
bis ca. 20. September an der Nordsee,  
dann wieder in Feldberg.

Mit besten Grüßen  
Heinrich S. Knoch



*Ich mit Paul.  
21. 8. 25 Gk*

, den 21. August 1925

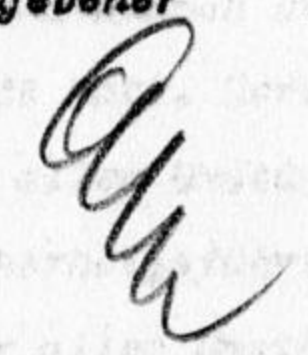
Sehr verehrter Herr Professor,

Ich möchte nicht versäumen, Ihnen beiliegende Abschrift eines  
soeben von den Leitern der Gema eingegangenen Schreibens zu  
übersenden. Natürlich wird die Sache mit Rücksicht auf den  
nahen Termin der evtl. Erneuerung oder Lösung des Zusammen-  
schlusses der Gema mit der Österreichischen Gesellschaft mög-  
lichst bald ernstlich geprüft werden müssen. Die Herren von  
der Gema haben es allerdings recht eilig!

Mit hochachtungsvollen Empfehlungen

Ihr

ganz ergebener



Herrn

Professor Dr. Georg Schumann

Berlin-Lichterfelde

Professor Friedrich B. Schöck

Friedrich B. Schöck



ab mit Paul.  
21. 8. 25 Jk

, den 21. August 1925

Sehr verehrter Herr Professor!

Das in Abschrift beiliegende Schreiben der Leiter der Gema ist soeben bei der Akademie eingegangen. Sie sehen daraus, daß diese Herren die Sache jetzt sehr eilig betreiben möchten! Mit Rücksicht auf den nahe bevorstehenden Termin der eutl. Erneuerung oder Lösung des Zusammenschlusses der Gema mit der österreichischen Gesellschaft wird die Sache allerdings mit möglicher Beschleunigung ernstlich geprüft werden müssen.

Das frühere Schreiben der Gema vom 9. Juli d. Js. (Stellungnahme zu dem Vermittlungsvorschlag der Akademie) hat Herr Professor Schumann in Abschrift auch Richard Strauß vorgelegt, dem ich auf Professor Schumanns Wunsch den Text unseres Vermittlungsvorschlages übersandt habe. Herr Professor Schumann schrieb mir, es müsse unter allen Umständen Anfang September ein endgültiger Beschluß herbeigeführt werden. Ich habe ihm u. a. geantwortet, daß unter allen Umständen durch den Vorstand der G.d.T. eine Generalversammlung erzwungen werden müsse, die sich mit unserer Vermittlungsaktion ernstlich befaßt, die Tätigkeit der Afma und des Herrn Bösch einmal kritisch aufs Korn nimmt und feststellt, welchen Vorteil die Ton-

setzer

Herrn

Professor Friedr. E. Koch

Feldberg / Mecklenburg



setzer von der Afma heute überhaupt noch haben. Es ist ja tatsächlich bisher keine rechte Klarheit darüber zu gewinnen gewesen, was an der Afma noch dran ist, Herr Rösch hüllt sich in Schweigen selbst auf alle Vorwürfe hin, die in der Öffentlichkeit gegen ihn erhoben worden sind.

Mit ganz ergebensten Grüßen

Ihr

*[Handwritten signature]*

27  
26

AKADEMIE

Durch weitere Ausproben in der Akad. werden wir auch nicht weiterkommen, da die Stellungnahme der Akademie einseitig ist. Am 11. August 25

Sehr verehrter Herr Professor, *(Schumann)*

mit Bedauern habe ich aus Ihrem Brief vom v. Mts. ersehen, daß Ihr ältester Sohn in Pflanzkrankheit erkrankt ist und beglückwünsche Sie zu der gut laufenden Operation. Hoffentlich ist die Heilung weiter günstig verlaufen!

Anbei sende ich Ihnen wunschgemäß noch einen Vorschlag der Lienau'schen Stellungnahme zu dem Mittlungsvorschlag der Akademie. Eine Abschrift des Vermittlungsvorschlages habe ich Ihrem Ersuchen entsprechend an Richard Strauß geschickt.

Bei der letzten Besprechung im Musikrat natürlich nicht viel herausgekommen. In der Sache wurde die Antwort der Amme einer Kritik zugehen.

Durch







Langklopp Grapwood  
pieces of Spr

Г. Кривошеин

**Jhr ganz ergebener**

*Am.*



den 8. Aug. 1925

Hochverehrter Herr Professor!

Ank. Veranlassung des Herrn Professors

Schönemann übernehmende ich Ihnen anbei eine Abschrift

des Veranlassungsvorschlags der Akademie der Kün-

ste in der Sache Genossenschaft deutscher Ton-

setzer / Genoss.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ganz ergebener

W. M.

Russ

des Bureau der Akademie  
der Künste zu Berlin.  
H. des Herrn  
Professor Andersdorff.

Feldberg i. H. N.

d. 21. 7. 1925

29  
Ihr geehrter Herr College!  
Mit Dank bestätige ich Ihre freil.  
Mitteilung der Genossenschaft.

Ja, was soll man dabei  
daran? —

Die Mitglieder des Vorstandes  
der Genossenschaft müssen eben  
auch mit wir. kl. über die  
vorgehen und den guten  
Ratschlag zu einer Genossenschaft  
übernehmen.  
Ich bin nicht in diesem Vor-  
stand, es wäre also Sache  
der Kollegen sich zu kümmern,  
Reiz u. d. d. d.



Anglegenheit zu fördern. Ich habe pflügte ich mich Ihnen  
Vor dem Herbst ist ja  
eine Weiterführung jener. Ich fühle ich, wie Schen,  
eingeflossen, wie werden  
also Geduld über meine. Von wem wir das ist  
Was die Herrn Lieder. Ich habe die Töne gereinigt,  
da sagen Klingt nicht. Was auch Ihnen  
ganz plausibel, wenn  
verzehe aber nicht die ge  
Griffenheit auch diese. Ich  
und die Skrupellosigkeit  
der Verleger seit Jahr  
denken den geistig. Ich habe  
gegenüber. Also alles so  
dort mit größter Vorsicht  
nehmen!!  
Man glaubt dargestellt war  
die Zeit da die Schen  
jünglichen, aber Rösch in  
eben auch ein flüchtiger  
Schwärm. Ich habe behauptet  
nächst Ihnen die. Ich habe  
viel mehr als ich in

30  
her  
Heinr. E. Koch



den 16. Juli 1925

An

den Vorstand der Genossenschaft deutscher Tonsetzer  
z. Hd. des Herrn Hofrath Dr. R ö s c h  
B e r l i n  
-----

Sehr geehrter Herr Hofrat !!

Zu dem von der Akademie der Künste vorgelegten Vermittlungsvorschlag haben Gema und Amure bereits Stellung genommen. Leider steht die Stellungnahme des Vorstandes der Genossenschaft deutscher Tonsetzer bis heute noch aus. Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr Hofrat, sehr dankbar, wenn Sie uns diese Stellungnahme möglichst bald zugehen lassen würden, damit die Verhandlungen nach den akademischen Ferien sofort weitergeführt werden können.

In grösster Hochachtung

ganz ergebenst

Der Vorsitzende

der Sektion für Musik

i. m. H. Fr. L. Kora



d.15.Juli 1925

Sehr verehrter Herr Professor!

Beiliegend übersende ich Ihnen Abschrift

des soeben eingegangenen Schreibens der Gema.

Wie Sie daraus ersehen halten die Herren Rauh und  
Lienau ein Uebergangsstadium nicht mehr für nötig,

sondern sind bereit die Afma sofort zu verschluku-

ken. Ueberreife ist sie ja, darin haben die Gema-

Leute ja leider Recht! Von Herrn Rösch ist die

heute noch keine Antwort auf den Vermittlungs-

vorschlag der Akademie eingegangen. Er wird die-

ser Tage von der Akademie erinnert werden.

Vor allem müßte nun endlich von Seiten

des Vorstandes der G. d. T. eine Klärung herbei-

geführt



geführt werden. Herr Rösch antwortet auf die gegen ihn gerichteten Angriffe, auch auf die aus Holland, einfach nicht. Er handelt zuversichtlich weiter, beruft keine Generalversammlung -- wie lange soll das so weiter gehen. Solange der Vorstand der G. d. T. Herrn Rösch so allein weiterstellen läßt und solange nicht endlich die Angelegenheit geklärt wird, was denn die Afma in Wirklichkeit heute noch bedeutet, wird die Vermittlungsaktion der Akademie keinen Schritt weiterkommen.

In dem Schreiben der Gema erscheint mir recht bemerkenswert, daß auch die Herren Bock und Lienau prinzipiell anerkennen, daß die Führungsbefugnisse mit den mechanischen Rechten naher Verwandtschaft stehen. Praktisch treten sie aber leider trotzdem den Ausführungen Herrn Dr. Bock bei. -- Diese für die weitere Vermittlungsaktion der Akademie wichtige Frage aber natürlich durchaus mit Rücksicht auf die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten zu werden.

33

Das Akute der ganzen Angelegenheit aber ist und bleibt die Sache Afma/Rösch.

Mit hochachtungsvoller Empfehlung

Ihr ganz ergebener

*[Handwritten signature]*

34



treten den Ausführungen des Herrn Dr.  
15. Juli 1925

Sehr verehrter Herr Professor! (H. E. Koch)

Sobald ist auch die Stellungnahme der  
ma zu dem Vermittlungsvorschlag der Akademie  
gegangen. Ich übersende Ihnen anbei eine Kopie  
Schreibens. Wie Sie daraus ersehen ist die Geme  
seit schon jetzt die Afma zu verschlucken und  
t ein Uebergangsstadium für die Verschmelzung  
ht mehr für nötig. Leider haben die Herren Rauh  
Lienau darin recht, daß die Afma überreif ist!  
erkenntnis ist in dem Schreiben, daß - im Ge-  
satz zu den Leitern der Amme - auch die Herren  
und Lienau prinzipiell anerkennen, daß die  
Führungsbefugnisse mit den mechanischen Rechten in  
r Verwandtschaft stehen. Leider ziehen sie aber  
aus nicht die praktischen Konsequenzen, sondern



treten den Ausführungen des Herrn Dr. Bock bei.  
Abschrift des Gema-Schreibens habe ich an  
Herrn Professor Schumann übersandt mit dem Hinweis  
zuzufügen, daß nun endlich einmal der Vorstand  
G. d. T. die Frage Afma/Rösch klären müsse. So Baußnern  
ge der Vorstand Herrn Rösch eigenmächtig weiter  
wurde, läßt, kommt auch die Vermittlungskommission  
der Akademie keinen Schritt vorwärts. Herr Schumann  
wird demnächst gemahnt werden, wir werden abgelehnt  
günstigenfalls doch nur wieder eine rein persönl  
liche Äußerung von ihm erhalten. Wo bleibt  
Vorstand der G. d. T., die Generalversammlung  
Die ganze G. d. T. scheint mehr und mehr nur  
Monde zu existieren!

Mit hochachtungsvoller Empfehlung  
Jhr stete ergebener

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats,  
Sektion für Musik.

Anwesend

Der dem Vorsitz des Herrn

Professor Koch

die Herren:

Berlin, den 10. Juli 1925  
Beginn der Sitzung: 6<sup>20</sup> Uhr nachm.

Auf Ersuchen von Professor Koch  
bringt Professor Amerdorffer die von der  
Akademie formulierten Vermittlungsvorschlä-  
ge zur Verlesung. Auch die Antwort der Amme  
( Dr. Bock ) wird verlesen. Es wird be-  
merkt, daß Professor Schumann nicht anwe-  
send ist, da zwischen ihm und Herrn Lienau  
in der Angelegenheit eine Aussprache statt-  
gefunden haben soll. Bezüglich der Antwort  
der Amme wird auf die sehr bedauerlichen  
Äußerungen hingewiesen, die Urheberrechts-  
frage müsse getrennt werden von den mecha-  
nischen Rechten.

Es wird beschlossen die G. d. T.  
und Gema aufzufordern bis 1. September d.Js.  
die Antwort auf die Vorschläge der Aka-  
demie einzusenden.

Das Gesuch Deckow ( Geigenbaure-  
former ) soll abgelehnt werden .

Es wird beschlossen Herrn Schwartz  
dem Ministerium für eine Gesanglehrerstelle  
am Königsberger Schulgesangsseminar zu empfeh-  
len. Daneben soll eine augenblickliche

Unterstützung



Unterstützung aus Staatsmitteln empfohlen werden.

In der Angelegenheit Marquardt wird beschlossen zunächst die Zentrale für private Fürsorge um Informationen über die Lebensverhältnisse zu ersuchen. Die Nachforschungen sollen möglichst diskret vorgenommen werden. Die Akademie wird bezugnehmend auf seine wertvollen und anerkannten Leistungen als Musiktheoretiker eine möglichst weitgehende Unterstützung empfehlen.

gez. Friedr. E. Koch

gez. v. Bauäbern.

Telefon:  
Zentrum 4382  
Telegraphenamt:  
Gema

## Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte (Gema)

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Tagebuch Nr. 4.929/25

Bei Aufträgen wird um Angabe dieser  
Nr. gebeten.

**Jetzt: Berlin NW 6**  
Schiffbauerdamm 33  
Telefon: Norden 971

Berlin M. 8, den 9. Juli 1925.

Krausenstr. 61 II.

An die  
Herrn Musiksektion des  
Hohen Senats der Akademie der Künste

Berlin W. 8

Pariser Platz 4.

Den uns am 20. Juni ds. Js. übersandten Vermittlungsvorschlag haben wir geprüft und beehren uns nunmehr, zu demselben Stellung zu nehmen.

Seit Beginn der Verhandlungen des hohen Senats mit den Delegierten der GEMA und der G.D.T. ist eine geraume Zeit verstrichen, und die Verhältnisse haben sich seither vereinfacht. Anfangs hielten wir eine s o f o r t i g e Verschmelzung der GEMA und AFMA für unausführbar und schlugen deshalb die Schaffung eines Uebergangsstadiums vor. Diesen unseren früheren Standpunkt hat der hohe Senat seinem jetzigen "Vermittlungsvorschlag" zugrunde gelegt. Wir halten ein Uebergangsstadium aber g e g e n w ä r t i g für entbehrlich und zwar aus folgenden Gründen:

1. Zu der Zeit, als unsere Verhandlungen begannen, war die GEMA noch durch einen Vertrag mit der französischen Gesellschaft bis zum Jahre 1930 gebunden, und wir befürchteten, dass die Liquidation der GEMA zugunsten einer neuen Gesellschaft und ihre Vereinigung mit der AFMA Schwierigkeiten ergeben könnte, die wir zu vermeiden wünschten.



Heute bestehen diese Bedenken nicht mehr, weil der Vertrag mit der französischen Gesellschaft inzwischen von uns aufgelöst worden ist und weil diese froh sein würde, eine Basis für den Neuabschluss eines Vertrages mit der GEMA oder mit einer alle deutschen Rechte umschliessenden Gesellschaft zu finden.

2. Als die Verhandlungen begannen, waren wir n o c h l ä n - g e r e Z e i t durch Vertrag mit der Wiener Gesellschaft gebunden, und eine Verständigung über eine Vertragsänderung war damals deshalb ausgeschlossen.

Der Vertrag geht aber nun am 30. September 1926 zu Ende und muss spätestens bis zum 30. September 1925 verlängert oder gekündigt werden. Sollen wir nun in neue Verhandlungen mit Wien über fundamentale Veränderungen unseres Verhältnisses eintreten, so müssen wir erst wissen, was in Deutschland wird. Den Bezugsberechtigten der AFMA muss andererseits daran liegen, dass eine Verständigung der AFMA mit der GEMA, welche die endgültige Verschmelzung der beiden Gesellschaften am 30. September 1926 sichert, möglichst bald stattfindet, damit sie bei den Verhandlungen mit Wien das Gewicht ihrer Stimmen mit in die Wagschale legen können.

3. Die AFMA kann den Zusammenschluss mit der GEMA nicht länger hinausschieben, weil sie f i n a n z i e l l z u s a m m e n - g e b r o c h e n ist und die ihr anvertrauten Aufführungsrechte nicht länger mit Erfolg für ihre Bezugsberechtigten verwerten kann. Die Mitglieder der G.D.T. haben weder für 1923 noch für 1924 bis jetzt Tantiemen von der AFMA erhalten. In den Jahren 1924/25 hat die satzungsgemässe Generalversammlung der G.D.T. überhaupt nicht stattgefunden, eine in der Geschichte des Vereinslebens wohl einzig da-



stehende Tatsache; das Repertoire der AFMA hat seine wertvollsten Rechte: Brahms, Reger, Mahler, Grieg, Dvorak, M.Bruch, Hegar und viele andere, verloren. Auslandsverträge der G.D.T. bestehen überhaupt nicht mehr. Die ordnungsmässige Verwertung der AFMA-Rechte im Ausland kann also nicht mehr stattfinden. Ihre schweizer und schweizerischen Mitglieder sind ausgetreten. Die Veröffentlichung der holländischen Gesellschaft über ihre Verhandlungen mit dem Vorstände der G.D.T. haben tiefe Verbitterung unter den Mitgliedern der G.D.T. erzeugt, die Krisis ist soweit fortgeschritten, dass ein langjähriges Mitglied des Vertrauensmänner-Ausschusses der G.D.T., Herr Dr. Tischer, gestützt auf die Stimmung einer sehr beträchtlichen Anzahl prominenter Komponisten der G.D.T., in der Rheinischen Musikzeitung den Vorschlag gemacht hat, die G.D.T. solle "statt eine wirtschaftliche Nebenangelegenheit wie die Verwaltung der Aufführungsrechte so gut und schlecht, wie sie es eben vermag, zu fördern", sich auf ihre eigentlichen idealen Ziele beschränken und die Verwaltung der Aufführungsrechte einer selbständigen deutschen Gesellschaft überlassen.

So ist die sofortige Liquidation und Verschmelzung der beiden Aufführungsrechts-Gesellschaften für die Gema möglichst und erwünscht, für die Afma unbedingt notwendig. Und dieser Tatsache gegenüber treten alle weiteren Wünsche in die zweite Linie und müssen zurückgestellt werden, wenn sie die sofortige Verschmelzung behindern würden.

Zu diesen Wünschen, die in dem Vermittlungsvorschlag des hohen Senates aufgeführt sind, gehört zunächst die Einbeziehung der AMMRE in die neue Aufführungsrechtsgesellschaft. Gewiss, auch uns ist der Anteil der französischen EDIFO und der französische Direktor der AMMRE unerfreulich; auch wir erkennen prinzipiell an, dass die Auf-



führungsrechte mit den sogenannten mechanischen Rechten in naher Verwandtschaft stehen, wie sie ja auch unter dem Namen der "kleinen Rechte" zusammengefasst zu werden pflegen. Aber darüber zu entscheiden, ist nicht Sache der GEMA; denn die AMMRE nimmt der GEMA gegenüber eine vollständig selbständige Stellung ein, und die GEMA hat gar kein Recht, sich irgend wie in die Verwaltung der mechanischen Rechte einzumischen.

Aus diesem Grunde hat wohl auch der hohe Senat ein Exemplar seines Vermittlungsvorschlages an den Vorsitzenden der AMMRE, Herrn Dr. Bock, geschickt. Herr Dr. Bock hat uns von der Antwort, welche er dem hohen Senat übersandt hat, Kenntnis gegeben, und wir können dem von ihm angeführten Bedenken unsere Zustimmung nicht versagen. Es leuchtet uns auch nicht ein, wenn der hohe Senat aus der Verwandtschaft der Aufführungsrechte mit den mechanischen Rechten den Schluss zieht, dass deshalb beide Arten von Rechten von einer Gesellschaft verwaltet werden müssten.

Die konzertmässigen Aufführungsrechte, welche die GEMA verwaltet, sind mit den dramatischen Aufführungsrechten begrifflich noch näher verwandt; aber aus praktischen Gründen findet die Verwertung von Aufführungsrechten gegenüber den Bühnen nicht durch die GEMA statt. Auch spricht die bisherige geschichtliche Entwicklung keineswegs dafür, dass die mechanischen Rechte von denselben Gesellschaften verwaltet werden müssen, wie die Aufführungsrechte. Die drei Gesellschaften, welche sich die Verwertung mechanischer Rechte zur Aufgabe gemacht haben, - die AMMRE, EDIFO und MECONICO -, haben mit der Verwertung von Aufführungsrechten nichts zu tun, und es ist uns nicht bekannt, dass aus diesem Umstande bisher irgendwelche Nachteile sich



ergeben hätten. Die G.D.T. dagegen, welche der AFMA die Verwertung sowohl der mechanischen wie der Aufführungsrechte zur Aufgabe gestellt hat, hat mit diesem Bestreben anerkanntermassen nur einen minimalen Erfolg gehabt. Wir verstehen auch nicht recht, warum gerade die Komponisten in der G.D.T. einen solchen Wert auf diese Angelegenheit legen sollten, da diese Gruppe von Komponisten gerade an der Verwertung der mechanischen Rechte überhaupt nur einen sehr schwachen Anteil hat. Die Nutzniesser der Verwertung mechanischer Rechte sind im allgemeinen die Komponisten bzw. Verleger der Unterhaltungsmusik, und diese, deren Wünsche doch in erster Linie auf diesem Gebiete in Betracht kommen, haben ganz und gar keine Bedenken dagegen, dass die mechanischen Rechte von einer besonderen Gesellschaft verwaltet werden.

Dass die Auflösung der Amre und die Uebertragung ihrer Aufgaben an die neu zu gründende Aufführungsrechts-Gesellschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich ist, hat Herr Dr. Bock mit überzeugenden Gründen nachgewiesen.

Soll daran nun die Einigung auf dem Gebiete der Aufführungsrechte scheitern? Wer das befürworten würde, dem könnten wir nicht glauben, dass er ernsthaft den Frieden will.

Mit dem hohen Senat stimmen wir völlig darin überein, dass die Verwertung der Aufführungsrechte allein durch die neu zu gründende Gesellschaft, ohne eine Beteiligung der Wiener Gesellschaft an der Verwaltung der Aufführungsrechte in Deutschland, das Ideal wäre. Aber die Vermittlungsvorschläge geben uns keine Auskunft darüber, was dann geschehen soll, wenn die Verwirklichung dieses Ideals an dem Widerspruche der Wiener Gesellschaft scheitert. Diese Möglichkeit muss jedoch ins Auge gefasst werden. Wir haben etwa vor 2 Jahren der A.K.M. in Wien einen entsprechenden Vorschlag gemacht.



Damals ist dieser Vorschlag von der A.K.M. bestimmt abgelehnt worden.  
Wer bürgt dafür, dass die Stimmung in Wien seither umgeschlagen ist?

Uns scheint der umgekehrte Weg der geeignete zu sein.

Wir wollen nicht mit dem Zusammenschluss mit der AFMA solange warten, bis die A.K.M. auf ihre Mitwirkung bei der Verwertung der Aufführungsrechte in Deutschland verzichtet hat, sondern wir wollen zunächst die Verbindung zwischen GEMA und AFMA sichern und dann gemeinsam sehen, welche Zugeständnisse sich von der A.K.M. erreichen lassen. Diesen Weg halten wir für den aussichtsreicheren, und zwar aus folgendem Grunde:

Wir glauben annehmen zu dürfen, dass, wenn ein Zusammenschluss der beiden deutschen Aufführungsrechts-Gesellschaften erfolgt, die neu gegründete Gesellschaft einen Anspruch habe, den Schutz des deutschen Reiches zu erwarten, so weit die internationalen Verträge und speziell die Berner Konvention einen solchen Schutz ermöglichen.

Was wir brauchen, ist folgendes:

1. Auf dem Wege einer Notverordnung ist bestimmt, dass zur Entlastung der Staatsanwaltschaften die Strafverfolgung auf solche Fälle zu beschränken sei, in denen ein öffentliches Interesse vorliegt. In der Praxis wird dieses öffentliche Interesse bei Uebertretung des § 38 des Urheberrechtsgesetzes von der Staatsanwaltschaft grundsätzlich immer bestritten, die Aufführungsrechts-Gesellschaften sind damit des Staatsschutzes völlig beraubt, und diese Ausserkraftsetzung bestehender Gesetze erreicht nicht einmal den beabsichtigten Zweck; denn was dem Strafrichter abgenommen wird, nimmt das Zivilgericht umso mehr in Anspruch. Die Klagefälle häufen sich, weil dem zivilrichterlichen Urteil das abschreckende des Strafurteils fehlt.



-7-

Wir ersuchen nun das Preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bei dem Reichsjustizministerium dahin vorstellig zu werden, dass die Staatsanwaltschaften durch Ministerialverordnung angewiesen werden, das öffentliche Interesse überall anzuerkennen, wo es sich um die Uebertretungen nach § 38 des Urheberrechtsgesetzes handelt; denn es ist nicht einzusehen, warum eine Verletzung des geistigen Eigentums das öffentliche Interesse weniger berühren soll als Eigentumsvergehen überhaupt.

-2- Die deutschen Länder haben es in der Hand, den Ortsbehörden zur Pflicht zu machen, dass sie die zu gründende Gesellschaft über das Stattfinden von Konzertaufführungen in ihrem Bezirk regelmäßig informieren und ihr dadurch ihre Arbeit erleichtern. Ueber die näheren Modalitäten sind wir bereit, Vorschläge zu machen. Dieser Weg ist bereits in Ungarn beschritten worden, und der Erfolg ist, dass neben der so privilegierten Gesellschaft in Ungarn eine fremde Gesellschaft nicht aufkommen konnte. Auch die Wiener Gesellschaft, welche - ebenso wie in Deutschland - früher in Ungarn eine eigene Aufführungsrechts-Agentur besass, ist gezwungen gewesen, die Verwaltung ihrer Rechte im Gebiete des ungarischen Staates der ungarischen Gesellschaft zu überlassen.

Es ist einleuchtend, dass die Reichs- und Staatsbehörden ein derartiges Entgegenkommen, wie es in diesen beiden Punkten gefordert wird, der GEMA allein nicht gewähren würden, solange die AFMA noch als Konkurrenz-Institut besteht. Darum würde der Zusammen-



schluss der beiden deutschen Aufführungsrechts-Gesellschaften uns die Voraussetzung bieten für Verhandlungen mit der Wiener Gesellschaft, bei denen es gelingen dürfte, die A.K.M. zu überzeugen, dass sie selbst das grössere Interesse daran hat, die Verwaltung ihrer Aufführungsrechte in Deutschland einer mit solchen Privilegien ausgestatteten Gesellschaft zu übertragen.

Auch wir unsererseits müssen unseren Gegenvorschlägen die Bemerkung hinzufügen, dass es sich nicht um endgültig feststehende Bedingungen handelt, sondern um Grundsätze, die noch der näheren Erläuterung bedürfen. Einstweilen würden wir es für einen grossen Fortschritt halten, wenn vonseiten der G.D.T. ein Verständnis für diese Grundsätze bekundet würde.

Was die Wünsche betreffs Dotierung der G.D.T. durch die neu zu gründende Gesellschaft angeht, so erkennen wir an, dass die G.D.T., wenn sie uns für die neue Gesellschaft die Aufführungsrechte ihrer jetzigen Mitglieder abtritt, einen Anspruch dafür hat, eine Rente zu beziehen, die ihre Existenz gewährleisten kann. Die näheren Bestimmungen darüber müssten weiteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. Wir möchten aber keinen Zweifel darüber lassen, dass nach unserer Ueberzeugung an diesem Punkte die Verhandlungen nicht scheitern dürfen.

Die vorstehenden Ausführungen bedürfen selbstverständlich, um für die GEMA bindend zu werden, eines Beschlusses der Generalversammlung. Sollte auf der von uns geschilderten Basis eine Verständigung zunächst zustandekommen, so würden wir unser Möglichstes tun, um in der Generalversammlung der GEMA die Zustimmung zu diesem Plan zu erreichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
ergebenst

Genossenschaft zur Verwertung  
musikalischer Aufführungsrechte (GEMA)  
Eingetragene Genossenschaft m. b. H.

L. Lienau



PERNRUP  
AMT ZENTRUM  
Nr. 431 u. 432

# ANSTALT FÜR MECHANISCH MUSIKALISCHE RECHTE

G. M.  
B. H.

BANKKONTO  
MITTELDEUTSCHE  
CREDITBANK

ABGEKÜRZT „AMMRE“

GEGENSEITIGE VERTRETUNG MIT DER SOCIÉTÉ GÉNÉRALE ET INTERNATIONALE DE  
L'ÉDITION PHONOGRAPHIQUE ET CINÉMATOGRAPHIQUE UND DEREN AGENTUREN:  
BARCELONA · BRÜSSEL · BUDAPEST · BUENOS-AIRES · KOPENHAGEN · LONDON  
MADRID · MAILAND · MONTREAL · NEW-YORK · PARIS · TURIN USW.

GESCHÄFTSZEIT VON 8-5 UHR  
SONNABEND VON 8-4 UHR

BERLIN W. 8, DEN 24. Juni 1925  
KRAUSENSTR. 61 II u. III

BITTE AUF DER ANTWORT DIE  
ABTEILUNG ZU ERWÄHNEN  
ABT.

K Akademie Künste Berlin  
Nr 0424 \* 26 JUN 1925  
3

An die Akademie der Künste  
zu Berlin

zu Händen des Herrn Vorsitzenden der Musiksektion

Berlin W8

Pariser Platz 4

Der Musiksektion der Akademie der Künste zu Berlin

begehe ich mich auf das geschätzte Schreiben vom 20. Juni 1925  
und den mir als Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Ammre  
G.m.b.H. (Anstalt für mechanisch-musikalische Rechte) übermit-  
telten Vermittlungs-Vorschlag für eine Einigung zwischen Musik-  
Autoren und Musik-Verlegern Folgendes ganz ergebenst mitzuteilen:

I. Ich beschränke mich auf Punkt 4) des Entwurfes:

"Beteiligung der Ammre G.m.b.H. an der Einigung" und muss  
vorweg bemerken, dass meiner Ansicht nach die in dem Vermittlungs-  
Vorschlag erwähnte enge Verbundenheit der musikalischen Aufführungs-  
rechte mit den mechanisch-musikalischen Rechten vom Standpunkt der  
Autoren aus nicht besteht. Mir scheint, dass zwischen beiden Rechts-  
gattungen keine engere Verbindung besteht, als z.B. zwischen dem  
musikalischen Aufführungsrecht und dem Vervielfältigungsrecht der



Musikalien durch Druck; auch diese Rechtsgattungen haben es gemeinsam, dass sie bei der Schaffung von Kompositionen u.s.w. entstehen und von Gesetzes wegen den Urhebern zwecks Verwertung vorbehalten sind mit der Möglichkeit, diese Rechte selbst auszuüben oder die Ausübung einem anderen zu übertragen.

Was nun aber die in der Genossenschaft Deutscher Tonsetzer vereinigten Komponisten anlangt, so ist gerade ihr Interesse an der Verwertung der mechanischen Rechte ein ausserordentlich geringes. Dies geht aus der Tatsache hervor, dass die A m m r e G.m.b.H. 1600 Komponisten und Textdichter als Mitglieder zählt, von denen nur ein minimaler Bruchteil Mitglieder der Genossenschaft Deutscher Tonsetzer (GdT) sind und dass die von der Genossenschaft deutscher Tonsetzer geschaffene Verwertungsanstalt mechanischer Rechte im Verhältnis zu den Umsätzen der A m m r e G.m.b.H. ganz minimale Umsätze erzielt.

Diese Tatsache erklärt sich auch leicht daraus, dass in der Genossenschaft deutscher Tonsetzer in erster Linie Tonsetzer ernster Kunstrichtung vereinigt sind, während die Komponisten sogenannter populärer = oder Unterhaltungs = Musik mit ganz geringen Ausnahmen der GdT nicht angehören.

Für die mechanisch-musikalischen Rechte kommt aber fast ausschließlich die populäre Unterhaltungs-, Tanz- und Schlager-Musik allein in Betracht.

Ich vermag daher nicht einzusehen, aus welchem Grunde die an sich schon schwierige Frage der Beilegung gewisser Differenzen zwischen den Tonsetzern und den Musikverlegern in der

FERNRUF  
AMT ZENTRUM  
Nr. 4331 u. 4382

# ANSTALT FÜR MECHANISCH MUSIKALISCHE RECHTE

ABGEKÜRZT „AMMRE“

GEGENSEITIGE VERTRETUNG MIT DER SOCIÉTÉ GÉNÉRALE ET INTERNATIONALE DE  
L'ÉDITION PHONOGRAPHIQUE ET CINÉMATOGRAPHIQUE UND DEREN AGENTUREN:  
BARCELONA · BRÜSSEL · BUDAPEST · BUENOS-AIRES · KOPENHAGEN · LONDON  
MADRID · MAILAND · MONTREAL · NEW-YORK · PARIS · TURIN USW.

GESCHÄFTSZEIT VON 8-5 UHR  
SONNABEND VON 8-4 UHR

BERLIN W. 8, DEN 24. Juni 1912  
KRAUSENSTR. 61 II u. III

BITTE AUF DER ANTWORT DIE  
ABTEILUNG ZU ERWÄHNEN  
ABT.

Schreiben an die Akademie der Künste zu Berlin

rungsrechtsfrage durch die Heranziehung der Frage der Verwertung der mechanisch-musikalischen Rechte noch kompliziert werden soll.

II. Die Verwertung der mechanischen Rechte durch eine rein nationale Gesellschaft würde natürlich auch von mir als ein Idealzustand betrachtet werden; denn die Verbindung des Deutschen Musikalien-Verleger-Vereins mit der französischen Gesellschaft: Société Générale et Internationale de l'édition Phonographique et Cinématographique ist ein Schönheitsfehler, der insbesondere in der heutigen Zeit der Spannung zwischen Frankreich und Deutschland schwer ins Gewicht fällt, wenn auch nicht verkannt werden darf, dass bei der Verwertung von Urheberrechten eine Verbindung mit ausländischen Verwertungs-Gesellschaften für die restlose Durchführung der Aufgaben der deutschen Gesellschaft schon deswegen nötig ist, damit die Rechte der deutschen Urheberrechtsträger auch im Auslande gewahrt werden.

Ich gebe aber zu, dass hierzu nicht eine kapitalistische Beteiligung der ausländischen Gesellschaft notwendig, sondern nur eine Art Kartellverhältnis zwischen der deutschen nationalen und den betreffenden ausländischen Gesellschaften ausreichend ist.

Nachdem nun aber bei der Gründung der A m m r e G.m.b.H.



- 4 -

im Jahre 1911 die französische Gesellschaft auf Grund der damaligen und auch heute noch geltenden deutschen Gesetzgebung sich eine grosse Anzahl wertvoller mechanischer Rechte sehr reichlicher populärer Komponisten auf Jahrzehnte gesichert hatte und ein Zusammengehen der Musikverleger mit der GdT wegen der intrinsischen Haltung des Herrn Hofrat Rösch sich als unmöglich erwies, blieb den deutschen Musikverlegern damals nichts anderes übrig, als die Kapitalgemeinschaft mit der umstehend genannten französischen Gesellschaft einzugehen.

Ich muss übrigens bemerken, dass das gemeinsame Zusammenarbeiten mit der französischen Gesellschaft in den ganzen 15 Jahren ein völlig reibungsloses war und dass der französische Gesellschafter unserer Ammre G.m.b.H. (die Société) besitzt die Hälfte des gesamten Kapitals der Ammre) niemals seine Stellung in einem für die deutschen Bezugsberechtigten abträglichen Sinne ausgebeutet hat, dass derselbe vielmehr auch allen Vorsegen, die auf die Verwendung gewisser Überschüsse der Gesellschaft im Interesse notleidender deutscher Komponisten beziehungsweise Unterstützungsanstalten für deren Interessen niemals widersprochen hat.

Trotz alledem wiederhole ich meine Eingangs erwähnte Bemerkung, dass die Loslösung der Ammre von der französischen Gesellschaft aus rein nationalen Gesichtspunkten heraus erstwertig bliebe.

Die Schwierigkeit hierzu liegt aber in der Konstruktion der Ammre G.m.b.H. Eine Trennung von dem französischen Gesellschafter erscheint mir heute praktisch unmöglich, zum Mindesten lange, als die Ammre durch die Inflation der deutschen Währung ihr Gesellschaftskapital, das auch von dem französischen

- 5 -

PERNRUP  
AMT ZENTRUM  
Nr. 431 u. 432

# ANSTALT FÜR MECHANISCH MUSIKALISCHE RECHTE

BANKKONTO  
MITTELDEUTSCHE  
CREDITBANK

ABGEKÜRZT „AMMRE“

GEGENSEITIGE VERTRETUNG MIT DER SOCIÉTÉ GÉNÉRALE ET INTERNATIONALE DE  
L'ÉDITION PHONOGRAPHIQUE ET CINÉMATOGRAPHIQUE UND DEREN AGENTUREN:  
BARCELONA · BRÜSSEL · BUDAPEST · BUENOS-AIRES · KOPENHAGEN · LONDON  
MADRID · MAILAND · MONTREAL · NEW-YORK · PARIS · TURIN USW.

GESCHÄFTSZEIT VON 8-5 UHR  
SONNABEND VON 8-4 UHR

BERLIN W. 8, DEN 24. Juni 1925  
KRAUSENSTR. 61 II u. III

BITTE AUF DER ANTWORT DIE  
ABTEILUNG ZU ERWÄHNEN  
ABT.

Schreiben an die Akademie der Künste zu Berlin

- 5 -

Gesellschafter zur Hälfte miteingebracht wurde, zu neun Zehntel verloren hat und es ihr erst mit dem Geschäftsjahr 1924 gelungen ist, dieses Kapital in Goldmark auf ein Drittel des Vorkriegsbestandes aus ihren Überschüssen wieder aufzufüllen.

Von dem Kapital von 150 000 fehlen also immer noch 100 000 Goldmark. Eine Liquidation der Gesellschaft könnte daher nur ins Auge gefasst werden, wenn dieser Kapitalbetrag irgendwoher beschafft werden könnte; denn es ist wohl ohne Weiteres einleuchtend, dass die französische Gesellschaft einer Liquidation der im Allgemeinen günstig arbeitenden Gesellschaft keinesfalls zustimmen würde, wenn ihr nicht mindestens das investierte Kapital zurückerstattet würde.

Ob selbst unter dieser Voraussetzung eine Liquidation durchführbar wäre, ist noch keineswegs gewiss.

III. Aber selbst wenn man annehmen wollte, dass eine solche Liquidation zu erreichen wäre, so würde sich sofort die neue Frage ergeben: Welche Stellung sollen die ca. 1600 Komponisten und Textdichter in der neu zu gründenden Dachorganisation

- 5 -



- 6 -

oder in der endgültig zu schaffenden Gesamtanstalt einnehmen?  
In dem mir übermittelten Vermittlungs-Vorschlag ist immer nur die Rede von der GdT einerseits und den Musikverlegern (Deutscher Musikalien-Verleger-Verein) andererseits.

Wie umstehend bemerkt, gehören aber nur ganz wenige dieser 1600 Komponisten und Textdichter der GdT an.

Könnte man wirklich den über tausend nicht der GdT angehörenden Urhebern zumuten, ihre Rechte einer Anstalt zu übertragen, deren Verwaltung ausschliesslich in den Händen der GdT und des Deutschen Musikalien-Verleger-Vereins liegt? Zweifellos nicht!

Wie sollen aber diese Urheber in die Organisation eingliedert werden? Denkt man an eine besondere Organisation der populären Komponisten u.s.w. und deren Einfügung in die Dachorganisation beziehungsweise in die Leitung der Gesamtanstalt, so würde die Parität zwischen Komponisten und Verlegern, wie sie als Grundsatzprinzip aufgestellt ist, nicht mehr vorhanden sein.

Oder denkt die GdT etwa daran, diese ihr bisher nicht angehörenden Urheber in die GdT aufzunehmen und, was selbstverständliche Voraussetzung für eine solche Aufnahme wäre, ihnen gleiche Rechte mit den übrigen GdT-Mitgliedern einzuräumen?

Diese Frage zu beantworten, ist nicht meine Aufgabe, aber die Gefahren, die sich für die GdT selbst aus einem solchen Vorgehen ergeben würden, liegen ja auf der Hand.

- 7 -

FERNRUF  
AMT ZENTRUM  
Nr. 4331 u. 4382

# ANSTALT FÜR MECHANISCH MUSIKALISCHE RECHTE G. M. B. H.

ABGEKÜRZT „AMMRE“

GEGENSEITIGE VERTRETUNG MIT DER SOCIÉTÉ GÉNÉRALE ET INTERNATIONALE DE  
L'ÉDITION PHONOGRAPHIQUE ET CINÉMATOGRAPHIQUE UND DEREN AGENTUREN:  
BARCELONA · BRÜSSEL · BUDAPEST · BUENOS-AIRES · KOPENHAGEN · LONDON  
MADRID · MAILAND · MONTREAL · NEW-YORK · PARIS · TURIN USW.

GESCHÄFTSZEIT VON 8-5 UHR  
SONNABEND VON 8-4 UHR

BERLIN W. 8, DEN 24. Juni 1925  
KRAUSENSTR. 61 II u. III

BANKKONTO  
MITTELDEUTSCHE  
CREDITBANK

BITTE AUF DER ANTWORT DIE  
ABTEILUNG ZU ERWÄHNEN

ABT. ....

Schreiben an die Akademie der Künste zu Berlin

- 7 -

IV. Ich glaube durch meine umstehenden Ausführungen dargelegt zu haben, welche ausserordentlichen Schwierigkeiten die Hineinziehung der Frage der mechanischen Rechte in die Lösung der Aufführungsrechtsfrage zur unmittelbaren Folge haben würde und wiederhole daher meine Eingangs zum Ausdruck gebrachte Ansicht, dass eine Lösung der Aufführungsrechtsfrage zuerst zu erfolgen hat, weil sie begrifflich und auch praktisch mit der Frage der mechanischen Rechte nur ganz entfernt zusammenhängt.

Ist eine Einigung für die Lösung der Aufführungsrechtsfrage erzielt, so kann die Einfügung der Verwertung der mechanischen Rechte in diese Organisation alsdann weiter betrieben und dann später, falls die Umstände es gestatten, der auch von mir als ideal bezeichneten Gesamtverständigung zugeführt werden.

Ich erlaube mir noch zu bemerken, dass ich obige Ausführungen nur in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrates der A M M R E G.m.b.H. persönlich gemacht habe, ohne die Möglichkeit gehabt zu haben, die übrigen Aufsichtsratsmitglieder von dem Inhalt meines Schreibens vorher in Kenntnis zu setzen. Ich weiss aber, dass die für diese Frage allein in Betracht kom-

- 8 -



menden deutschen Aufsichtsratsmitglieder im Grossen und Ganzen  
meine Stellungnahme teilen und werde diesen Herren Abschriften  
meines heutigen Schreibens zur Kenntnisnahme zugehen lassen.  
Sollten von diesen gegenteilige Nachrichten zum Ausdruck gebracht  
werden, so werde ich nicht verfehlen, dieselben der Musiksektion  
der Akademie der Künste noch nachträglich zur Kenntnis zu bringen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
ergebenst

*Fr. Jm. Gustav Bock*

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Ammre

den 20. Juni 1925

Sehr geehrter Herr Lienau !

Auf Grund der bisher geführten Verhandlungen hat die Musik-  
sektion der Akademie der Künste den in der Anlage beifolgenden  
Vermittlungsvorschlag aufgestellt, der natürlich nur die Grund-  
züge für eine Einigung darlegen will, wobei wir uns wohl bewusst  
sind, daß über die Einzelheiten noch eingehende Erwägungen anzu-  
stellen sein werden .

Wir bitten die Leitung der Gema, zu dem Vorschlag Stellung zu  
nehmen und uns diese Stellungnahme baldgefälligst mitteilen zu  
wollen .

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorsitzende der Musiksektion

In Vertretung

*E. E. Taubert.*

*Eh.*

die Genossenschaft zur Verwertung  
musikalischer Aufführungsrechte (Gema)

z. Hd. d. Herrn Lienau

Bln- Lichterfelde

Lankwitzer Str. 9



*mit 70ml B*  
*207*

den 20. Juni 1925

Sehr geehrter Herr Doktor !

Auf Veranlassung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist die Musiksektion der Akademie der Künste seit längerer Zeit mit Verhandlungen über die im Interesse unseres deutschen Musiklebens dringend erwünschte Einigung zwischen Musikautoren und Musikverlegern beschäftigt. Auf Grund der bisherigen Beratungen hat die Sektion den in der Anlage beifolgenden Vermittlungsvorschlag aufgestellt, der natürlich nur die Grundzüge für die vorgeschlagene Einigung darlegen will, wobei wir uns wohl bewußt sind, daß über die Einzelheiten noch eingehende Erwägungen anzustellen sein werden.

Es erscheint der Akademie aus sachlichen Erwägungen erwünscht, auch die mechanisch-musikalischen Rechte, die die Amvre vertritt, in die von ihr vorgeschlagene Neuregelung einzubeziehen.

Wir richten an die Leitung der Amvre die ergebene Bitte, zu unserem Vorschlag Stellung zu nehmen und uns diese Stellungnahme baldgefälligst mitteilen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Vorsitzende der Musiksektion  
In Vertretung

E. E. Taubert.

*Ant*

Leitung der Anstalt  
mechanisch-musikalische  
Abt.  
Hd. Herrn Dr. Bock  
Berlin W 8  
Krausenstr. 61



den 20. Juni 1925

Sehr geehrter Herr Hofrat !

Auf Grund der bisher geführten Verhandlungen hat die Musiksektion der Akademie der Künste den in der Anlage beifolgenden Vermittlungsvorschlag aufgestellt, der natürlich nur die Grundzüge für eine Einigung darlegen will, wobei wir uns wohl bewusst sind, daß über die Einzelheiten noch eingehende Erwägungen anzustellen sein werden .

Wir bitten den Vorstand der Genossenschaft deutscher Tonsetzer zu dem Vorschlag Stellung zu nehmen und uns diese Stellungnahme baldmöglichst mitteilen zu wollen .

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorsitzende der Musiksektion

In Vertretung

E. E. Taubert

Vorstand der Genossenschaft  
deutscher Tonsetzer

Hd. d. Herrn Hofrat R e s c h

B e r l i n W

Wilhelmstr. 57/58



Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 19. Juni 1925  
Pariser Platz 4

Sehr verehrter Herr Professor !

Den Vermittlungsvorschlag der Akademie für die G. d. T.-Gema-Angelegenheit habe ich noch eingehend durchgearbeitet. Sachlich ist er genau derselbe wie mein früherer Vorschlag, doch habe ich es bei näherer Ueberlegung für unerlässlich gehalten, manche Einzelheiten schärfer auszuführen und einiges hinzuzufügen. Den beiden Parteien zwei Vorschläge der Akademie ( der eine mit, der andere ohne Oesterreicher ) vorzulegen, halte ich doch nach nochmaliger Erwägung nicht für richtig, da die Akademie einen klaren Standpunkt vertreten muß. Die Aussprache in der letzten Sitzung hat ja auch ergeben, daß die Stimmung in der Akademie durchaus für einen Einfluß der Oesterreicher in die neue Regelung ist.

Ich möchte den Vorschlag jetzt mit möglicher Beschleunigung an G. d. T., Gema und Ammer abgehen lassen und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir morgen telefonisch kurz mitteilen würden, ob Sie mit der Fassung einverstanden sind oder noch Änderungen wünschen.

Mit hochachtungsvoller Empfehlung

Ihr ganz ergebener

i. m. gez. Dr. Amersdorffer

Professor Georg Schumann

Blm- Lichterfelde

Bismarckstr. 8



Kalberg 52

21. 6. 1859

unverändert

Open Crisp

and of the

first in the

of the

the

the

the

the

the

the

the

the

the



I. G. G. G.

II (deutsch, österreich.)

### A. Vorbedingungen

From Prof. Dr.  
Kunze's letter  
Berlin 14  
November 1841  
4



Min. Kabinett vom 26. 11. 1925  
54

keit der 3 Anstalten überwacht und zugleich die Begründung einer einheitlichen rein reichsdeutschen Aufführungsrechts-Anstalt vorbereitet.

### C. Endgültiger Zustand

Die Vorbedingungen für die Begründung dieser neuen Anstalt sind insbesondere:

1. Lösung des Zusammenschlusses der Gema mit der österreichischen A. K. M. (möglich im Jahre 1926).  
2. Lösung des Zusammenschlusses der Annua mit der société.  
3. Lösung aller Verträge der 3 Anstalten und Uebertragung dieser Rechte auf die neue deutsche Anstalt für Verwertung des musikalischen Aufführungsrechts.

[Mit der A. K. M. soll die neue reichsdeutsche Anstalt ein Kartell abschließen.]

Die 3 bisherigen Anstalten Afma, Gema und Annua lösen sich zur Herbeiführung des endgültigen Zustandes auf und verschmelzen sich zu einer Anstalt. Die Dachorganisation kommt in Wegfall, dafür sollen im Aufsichtsrat der neuen Anstalt die Komponisten eine ihre Rechte gewährleistende Vertretung erhalten.

Am



II. Entwurf.

67  
55 13

Vermittlungsvorschlag der Akademie der Künste.  
-----

Vorbemerkung:

Der nachstehende Entwurf eines Vermittlungsvorschlages soll lediglich die allgemeinen Richtlinien feststellen, die sich für die Akademie aus den bisherigen Verhandlungen ergeben haben.

Das Ziel der anzustrebenden Einigung zwischen Autoren und Musikverlegern soll die Begründung einer einheitlichen deutschen Aufführungsrechtsverwertungsanstalt sein, die zugleich die Rechte der österreichischen Autoren mitvertritt.

Allgemeine Voraussetzungen für die Einigung:

- A. J.
1. Die G. d. T. soll künftighin lediglich als Berufsorganisation der Komponisten weiterbestehen. ~~Sie wird~~ durch Aufstellung einer neuen Satzung reorganisiert *werden*.
  2. Die Afma wird organisatorisch von der G. d. T. losgelöst und bleibt zunächst für sich als Anstalt für Verwertung der musikalischen Aufführungsrechte bestehen. ( s. unten Uebergangsstadium).

Für die Uebergangszeit wird ein neuer Vorstand für die Afma von der Generalversammlung der G. d. T. gewählt.

3. Die Kosten der Verwaltung der G. d. T., die bisher von den Einnahmen der Afma eingezogen wurden, werden künftighin von der neuen Aufführungsanstalt in derselben Weise gedeckt. Ebenso werden von der neuen Anstalt an die Unterstützungskasse der G. d. T. dieselben Beträge im voraus abge-

führt.



führt, wie bisher von der Afma. ( Während des Uebergangstadiums gilt das für die neue Auf-  
führungsanstalt Gesagte sinngemäß für die <sup>Ein-</sup>zelanstalten).

*Entscheidung der Kommission  
an der Sitzung:*

4. <sup>Entscheidung der</sup> Da die ~~musikalischen~~ Aufführungsrechte mit der  
~~Verwertung~~ der mechanischen Rechte vom Stand-  
punkte der Autoren aus innerlich <sup>auf sich</sup> untrennbar ver-  
bunden ~~sind~~, ist bei der ~~anzustrebenden~~ Einigung  
eine Neuregelung der Verwertung der mechanischen  
Rechte <sup>gleichzeitig</sup> mit <sup>anzubringen</sup> einzubeziehen.

*Die Entscheidung der Kom-  
mission ist auf einen  
nationalen Grund-  
satz gestellt. (Es  
ist die Einigung  
zwischen den beiden  
Anstalten).*

5. Die Gema vertritt weiter die Rechte der öster-  
reichischen Autoren, da reichsdeutsche Musik und  
österreichische Musik als eine untrennbare Ein-  
heit zu betrachten ist und sehr namhafte deutsche  
Musiker ihre Aufführungsrechte oder einen großen  
Teil derselben durch die österreichische Gesell-  
schaft vertreten lassen. Um ein Uebergewicht  
der einen Aufführungsanstalt <sup>(in der Übergangszeit)</sup> Gema zu vermeiden,  
muß jedoch eine Regelung dahin getroffen werden,  
daß diese nicht gewissermaßen als Doppelanstalt  
fungiert und durch 2 Direktoren vertreten wird,  
~~sondern ebenso wie die Afma durch einen Direk-~~

*Wird, jedoch als eine  
einige Gruppe, die - ein  
Afma - Anstalten  
klar getrennt sind.*

### B) Uebergangstadium:

Da die Schaffung der einheitlichen Auf-  
führungsrechtsverwertungsanstalt mit Rücksicht  
auf die heute noch bestehenden geschäftlichen  
Bindungen und Verträge nicht ohne weiteres mög-  
lich ist, ist zunächst ein Uebergangstadium  
vorgesehen, in dem Afma, Gema <sup>(sind Anstalten)</sup> als gleich-  
berechtigte Aufführungsrechtsverwertungsanstal-  
ten nebeneinander bestehen und gemeinsam arbeiten.

Die



*aus*  
Die G. d. T. als Vertreterin der Komponisten und der Musikverleger-Verein<sup>n</sup> begründet für die Uebergangszeit eine paritätisch zusammengesetzte Aufsichtsstelle im Sinne der früheren bereits geplanten "Dachorganisation", die die Tätigkeit der <sup>von</sup> Anstalten überwacht und zugleich die Begründung der einheitlichen Aufführungsverwertungsanstalt vorbereitet. Insbesondere hat sie darüber zu wachen, daß neue Verträge oder Verlängerungen bereits bestehender Verträge nur unter den Gesichtspunkt der künftig zu begründenden neuen Anstalt abgeschlossen werden.

*Q.* Herbeiführung des endgültigen Zustandes:  
*die Rechte auf* <sup>werden</sup>  
1. ~~Alle Verträge der 3 Einzelanstalten über-~~  
tragen ihre Rechte auf die neue ~~deutsche~~ Anstalt  
für Verwertung der ~~musikalischen Aufführungs-~~  
~~rechte übertragen.~~

*Die* 2. Die 3 bisherigen Anstalten Afma, Gema und Ammre lösen sich auf bzw. verschmelzen sich zu einer Anstalt. Die "Dachorganisation" kommt in Fortfall, dafür wird ein ~~neuer~~ Verwaltungskörper für die neue Anstalt geschaffen, in dem Tonsetzer und Verleger paritätisch vertreten sind unter angemessener Beteiligung der Textdichter.

*aus*

*aus*



Dr. med. Prof. Koch hat sich mit ihm  
Lipping klappert. einander nicht abgeklärt.  
Den 20.12.25

III. Forderung 3  
58

Vermittlungsvorschlag der Akademie der Künste.

Vorbemerkung:

Der nachstehende Entwurf eines Vermittlungsvorschlages soll lediglich die allgemeinen Richtlinien feststellen, die sich für die Akademie aus den bisherigen Verhandlungen ergeben haben.

Das Ziel der anzustrebenden Einigung zwischen Autoren und Musikverlegern soll die Begründung einer einheitlichen deutschen Aufführungsrechteverwertungsanstalt sein, die zugleich die Rechte der österreichischen Autoren mitvertritt.

A.) Allgemeine Voraussetzungen für die Einigung:

1. Die G. d. T. soll künftighin lediglich als Berufsorganisation der Komponisten weiterbestehen und durch Aufstellung einer neuen Satzung reorganisiert werden.
2. Die Afma <sup>folle</sup> wird organisatorisch von der G. d. T. <sup>gelöst</sup> und ~~bleibt~~ zunächst für sich als Anstalt für Verwertung der musikalischen Aufführungsrechte bestehen. ( ~~Uebergangsstadium~~ Uebergangsstadium).

Für die Uebergangszeit wird ein neuer Vorstand für die Afma von der Generalversammlung der G. d. T. gewählt.

3. Die Kosten der Verwaltung der G. d. T., die bisher von den Einnahmen der Afma eingezogen wurden, werden künftighin von der neuen Aufführungsanstalt in derselben Weise gedeckt. Ebenso werden von der neuen Anstalt an die Unterstützungskasse der G. d. T. dieselben Beträge im voraus abgeführt, wie bisher von der Afma. ( Während des Uebergangsstadiums gilt das für die neue Aufführungsanstalt Gesagte sinngemäß für die drei Einzelanstalten).



4. Beteiligung der Amme an der Einigung:

Da die ~~Verwertung~~ <sup>Verwertung</sup> der musikalischen Aufführungsrechte mit ~~der~~ <sup>den</sup> mechanischen ~~Rechte~~ <sup>Rechte</sup> vom Standpunkte der Autoren aus innerlich aufs Engste verbunden ~~ist~~ <sup>sind</sup>, ist bei der Einigung gleichzeitig eine Neuregelung der Verwertung der mechanischen Rechte ~~gleichzeitig~~ <sup>gleichzeitig</sup> mit anzustreben.

Die Vertretung der mechanischen Rechte würde möglichst bald auf einer rein nationalen Grundlage zu stellen sein. (Lösung der Beziehungen der Amme zur französischen Gesellschaft).

5. Die Gema ~~vertritt~~ <sup>tritt</sup> weiter die Rechte der österreichischen Autoren, da reichsdeutsche Musik und österreichische Musik als eine untrennbare Einheit zu betrachten ~~ist~~ <sup>sind</sup> und sehr namhafte deutsche Musiker ihre Aufführungsrechte oder einen großen Teil derselben ~~durch die österreichische Gesellschaft vertreten lassen~~ <sup>ausüben lassen</sup>. Um ein Uebergewicht der ~~einen~~ <sup>einer</sup> Aufführungsanstalt Gema (in der Uebergangszeit) zu vermeiden, muß jedoch eine Regelung dahin getroffen werden, daß diese nicht gewissermaßen als Doppelanstalt auftritt, sondern als eine einzige Gruppe, die - wie die Afma - durch einen Direktor repräsentiert wird.

B.) Uebergangsstadium:

Da die Schaffung der einheitlichen Aufführungsrechtverwertungsanstalt mit Rücksicht auf die heute noch bestehenden geschäftlichen Bindungen und Verträge nicht ohne weiteres möglich ist, ist zunächst ein Uebergangsstadium vorzusehen, in dem Afma, Gema und Amme als gleichberechtigte Aufführungsrechtverwertungsanstalten



#### 4. Beteiligung der Autoren an der Einnahme

Da die Komponisten, Textdichter und Verleger in der Regel als Einzelkämpfer aufzutreten pflegen, ist es notwendig, daß sie sich in einer Organisation vereinigen, um ihre Interessen zu vertreten. Diese Organisation soll die Aufgabe haben, die Rechte der Autoren zu wahren und zu fördern.

Die Organisation soll die Aufgabe haben, die Rechte der Autoren zu wahren und zu fördern. Sie soll die Aufgabe haben, die Rechte der Autoren zu wahren und zu fördern.

#### 5. Die Organisation soll die Aufgabe haben, die Rechte der Autoren zu wahren und zu fördern.

Die Organisation soll die Aufgabe haben, die Rechte der Autoren zu wahren und zu fördern. Sie soll die Aufgabe haben, die Rechte der Autoren zu wahren und zu fördern.

#### B.) Übertragungsrechte:

Da die Schaffung der einheitlichen Übertragungsrechte eine Aufgabe ist, die nicht ohne weiteres gelöst werden kann, ist es notwendig, daß die Organisation die Aufgabe hat, die Rechte der Autoren zu wahren und zu fördern.

#### Übertragungsrechte

tungsanstalten nebeneinander bestehen und gemeinsam arbeiten.

Die G. d. T. als Vertreterin der Komponisten und der Musikverlegerverein begründen für die Uebergangszeit eine paritätisch zusammengesetzte Aufsichtsstelle im Sinne der früheren bereits geplanten "Dachorganisation", die die Tätigkeit der drei Anstalten überwacht und zugleich die Begründung der einheitlichen Ausführungsverwertungsanstalt vorbereitet. Insbesondere hat sie darüber zu wachen, daß neue Verträge oder Verlängerungen bereits bestehender Verträge nur unter dem Gesichtspunkt der künftig zu begründenden neuen Anstalt abgeschlossen werden.

#### C.) Herbeiführung des endgültigen Zustandes:

Die drei bisherigen Anstalten Afma, Gema und Ammare lösen sich auf bzw. verschmelzen sich zu einer Anstalt. Die Rechte aus sämtlichen Verträgen der drei Einzelanstalten werden auf die neue Anstalt übertragen. Die "Dachorganisation" kommt in Fortfall, dafür wird ein Verwaltungskörper für die neue Anstalt geschaffen, in dem Tonsetzer und Verleger paritätisch vertreten sind unter angemessener Beteiligung der Textdichter.

R. Lienay



Berlin, den 23. Mai 1925.

61

An den Hohen Senat der Musiksektion der Akademie der Künste, Berlin.

Dem mir von Herrn Professor Schumann geäußerten Wunsche entsprechend überreiche ich anbei eine Zusammenfassung der Vorschläge, Wünsche und Ansichten, wie sie auf Grund der bisherigen Verhandlungen unsererseits bestehen.

Wir kennen die Vorschläge des Herrn Dr. R ö s c h überhaupt noch nicht und konnten daher nicht Stellung dazu nehmen. Wenn der Hohe Senat, wie ich aus einer Äußerung des Herrn Prof. Schumann entnehmen zu dürfen glaube, nunmehr auf Grund unserer Vorschläge und der Vorschläge des Herrn Dr. R ö s c h einen bestimmten Vermittlungsvorschlag zu machen beabsichtigt, so sind wir gern bereit, diesen mit allem Ernste zu prüfen. Ich bitte aber dringend darum, uns unter allen Umständen auch die Vorschläge des Herrn Dr. R ö s c h gleichzeitig zu übermitteln.

Ferner bitte ich, uns bei dieser Gelegenheit auch eine Antwort auf unsere beiden an Herrn Ministerialdirektor Nentwig gerichteten letzten Briefe zu geben.

Ganz ergebenst

R. Lienay



62

Vorbemerkungen der GEMA.  
=====

1). Es muss streng beachtet werden, dass die Gema nicht eine Verleger-Organisation ist, sondern eine aus Tonsetzern, Textdichtern und Verlegern bestehende wirtschaftliche Genossenschaft, die keine Beziehung irgendwelcher Art zu dem Verleger-Verein hat. Auf der anderen Seite ist die Afma eine von der G D T, also einer Fachorganisation durchaus einseitig abhängige Anstalt, in deren Verwaltung also nur einseitig die Tonsetzer, nicht die beiden anderen beteiligten Gruppen der Verleger und Textdichter etwas zu sagen haben.

2). Die Gema hat an dem Zusammenschluss der deutschen Aufführungsrechts-Anstalten kein materielles, sondern nur ein ideelles Interesse, indem sie die Befriedung des deutschen Musiklebens auf das dringendste wünscht.

3). Der Einfluss der österreichischen Autoren-Gesellschaft (A K M) auf die deutsche Verwaltung der Aufführungsrechte kann zur Zeit unmöglich beseitigt werden. Wir müssen mit ihr zusammen arbeiten. Sie als ausländische Gesellschaft zu betrachten, widerspricht die einfache Tatsache, dass das Repertoire der Oesterreicher deutsche Musik ist.

4). Entsprechend dem Auftrage, den der Herr Minister dem Senat erteilt hat, beschränken sich diese Verhandlungen nur auf die Aufführungsrechte. Die Angelegenheit der Amre bleibt zur Zeit ganz aus dem Spiele, umsomehr, als die Gema überhaupt nicht autorisiert ist, darüber zu verhandeln.

5). Die fortlaufende Verständigung zwischen Fachorganisationen der Tonsetzer und der Verleger über allgemeine kulturelle Fragen, über Ordnung der Verlags-Vertragsverhältnisse, über Schlichtungsausschüsse, Schiedsgerichte dgl. ist anzustreben.



" 63  
2

Allgemeine Vorschläge der GEMA.  
=====

1). Grundsätzlich muss unbedingt die völlige Unabhängigkeit der Aufführungsrechts-Anstalt von den Fachorganisationen, sei es der Tonsetzer, sei es der Verleger gefordert werden. Die Erfahrung hat gelehrt, dass bei einem Einfluss der Fachorganisationen nur Gegensätze und Streitigkeiten entstehen. Alle Aufführungsrechts-Gesellschaften des Auslandes sind unabhängig, und eine solche Unabhängigkeit wird auch in Deutschland den Frieden und die grössten geschäftlichen Erfolge garantieren.

2). Unser in einer der ersten Sitzungen dem Senat vorgelegte, unter seiner Mitwirkung abgeänderte und von ihm damals gebilligte Entwurf von Vorschlägen (siehe Anlage) bildet auch heute noch die Grundlage unseres Planes.

3). Der von den Tonsetzern ernster Musik gewünschte Einfluss (Verbot von minderwertigen Aufführungen u.dgl.) kann in irgend einer Weise in den neuen Satzungen verankert werden, etwa in Form einer aus ernsten Komponisten bestehenden Entscheidungskommission.

4). Um den Bestand der G D T zu sichern, können deren Unkosten aus den Einnahmen der Aufführungsrechtsgesellschaften gedeckt werden und sind bei der Jahresrechnung als Spesen der Aufführungsrechtsgesellschaften zu verrechnen.



54  
3

Vorschläge für eine Vereinigung von GEMA und AFMA.  
=====

I. Uebergangsstadium.

§ 1.

GEMA bleibt wie bisher dem organisierten deutschen Musikverlag gegenüber völlig unabhängig.

§ 2.

Die Mitglieder der AFMA organisieren sich als Aufführungsrechtsgesellschaft, welcher die Aufführungsrechte ihrer Mitglieder übertragen werden, und welche die Rechte einer juristischen Person erwirbt.

§ 3.

GEMA verpflichtet sich, die Rechte der Bezugsberechtigten der AFMA im Auslande zu den gleichen Bedingungen verwerten zu lassen, wie die Rechte der GEMA - Mitglieder.

GEMA verpflichtet sich ferner, den vollen Ertrag aus der Auslandsverwertung der AFMA - Rechte der AFMA zu überweisen.

Neue oder verlängerte Verträge zwischen der GEMA und ausländischen Gesellschaften bedürfen der Genehmigung durch den Vorstand der AFMA.

§ 4.

GEMA, AFMA und A K M (österreichische Aufführungsrechtsgesellschaft) ründen analog dem gegenwärtig bestehenden „Verband zum Schutze musikalischer Aufführungsrechte für Deutschland“ einen neuen Verband. Dieser Verband verwaltet die Rechte der drei Gesellschaften gegenüber den Konzertunternehmern in Deutschland. Die Oberleitung dieses Verbandes liegt paritätisch in den Händen des Vorstandes der drei Gesellschaften. Ueber die Ernennung der Direktoren entscheiden die drei Vorstände mit gleichem Stimmrecht.

Die Bestimmungen über Verteilung des von dem Verbande erzielten Reingewinnes werden in dem Vertrage zwischen den beiden deutschen und der österreichischen Gesellschaft festgesetzt.



65  
4

## II. Endgiltige Verschmelzung.

### § 5.

Die Bestimmungen der §§ 1 bis 4 sind nur als Uebergangsbestimmungen bis zur endgiltigen Verschmelzung der beiden Gesellschaften giltig. Die Verschmelzung zwischen GEMA und AFMA hat spätestens bei Ablauf des am längsten laufenden gegenwärtigen Auslands-Vertrages der GEMA (d.h. am 1. Januar 1930) stattzufinden.

Bei Erneuerung der gegenwärtig laufenden und bei Abschluss neuer Auslandsverträge verpflichtet sich die GEMA, dafür Sorge zu tragen, dass die erneuten bzw. neuen Verträge die Bedingung enthalten, dass mit dem Tage der Verschmelzung Rechte und Pflichten der GEMA aus diesen Verträgen an die Gesellschaft übergehen, welche durch die Verschmelzung gegründet wird. Der Abschluss neuer und die Erneuerung bestehender Auslands-Verträge darf nur mit Genehmigung der AFMA erfolgen.

### § 6.

In der Satzung der vereinigten Gesellschaften sollen folgende Grundsätze zum Ausdruck gelangen:

- 1). Unabhängigkeit von Fach-Organisationen der Autoren oder Verleger,
  - 2). in der Verwaltung paritätische Vertretung der Tonsetzer und Verleger unter angemessener Beteiligung der Textdichter,
  - 3). Wahlen für die Verwaltung durch die General-Versammlung mit gleichem Stimmrecht für alle Mitglieder der Gesellschaft. Für die Verwaltung werden die Tonsetzer durch die anwesenden Tonsetzer, die Verleger durch die anwesenden Verleger, die Textdichter durch die anwesenden Textdichter gewählt.
  - 4). Beschlüsse über Anträge, bei denen die Interessen der Autoren und Verleger auseinandergehen, werden von den beiden Interessengruppen getrennt gefasst und sind nur dann giltig, wenn sie von beiden Gruppen die Mehrheit der Stimmen erhalten haben.
  - 5). Die Verteilung der Gewinne erfolgt nach den Grundsätzen, die in der AFMA und der GEMA bisher übereinstimmend giltig gewesen sind.
-



Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats  
und der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik.

Anwesend  
unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Taubert  
die Herren:

Berlin, den 23. Mai 1925  
Beginn der Sitzung: 5<sup>30</sup> Uhr

Amsedorffer

v. Baußnern

Kahn

v. Reznicek

Schumann

Taubert

Taubmann

Professor Schumann teilt den Grund  
mit der Verschiebung der Sitzung, der darin  
liegt, daß Bösch seine Antwort ( Formulie-  
rungen) bis Sonnabend, den 23. Mai zu über-  
mitteln versprochen hat. Ebenso hat Herr  
Lienau neue Vorschläge in der Angelegenheit  
der G. d. T. und Gema zugesagt. Beide Schrei-  
ben sind eingetroffen. Professor Schumann  
bringt ein Schreiben von Ministerialdirek-  
tor Nentwig, das sich über die Verhandlun-  
gen pessimistisch äußert. Auch ein Schrei-  
ben von Lienau wird verlesen. Hier wird  
noch einmal behauptet, die Gema wäre nicht  
nur Verlagsgesellschaft, sondern besteht  
auch aus Tonsetzern, Textdichtern etc. We-  
sentlich ist, daß nach diesen Vorschlägen  
die Gema eine Lösung von der österrei-  
chischen Gesellschaft auf absehbare Zeit  
nicht vornehmen kann.

Professor Amsedorffer tritt da-  
für ein, daß die Akademie die weitere Füh-  
rung in den Verhandlungen nicht ablehne.  
Und zwar müßte es sich um einen Vorschlag  
handeln.



handeln, die künstlerischen Rechte beiden Gruppen gegenüber zu wahren. Professor Amerdorffer hat einen Entwurf verfasst mit 2 Vorschlägen. Es wird beschlossen, den Vorschlag der Akademie ( Professor Amerdorffer) beiden Gruppen zu übermitteln. Sollten diese in wesentlichen Punkten den Vorschlag der Akademie ablehnen, so müsste die Akademie die Angelegenheit wieder in die Hände des Ministeriums zurücklegen.

gez. E. E. Taubert

gez. v. Baumbach.

# GENOSSENSCHAFT DEUTSCHER TONSETZER

BERLIN W 66, WILHELMSTRASSE 57/58  
FERNSPRECHER: ZENTRUM 7454

Berlin, den 22. Mai 1925

R/H

An die

Akademie der Künste zu Berlin

Sektion für Musik

B e r l i n W. 8

Pariser Platz 4

Als wir in der Senatssitzung vom 19. Februar d. J. die Stellungnahme der G. D. T. zu den letzten Verständigungsvorschlägen der Gema auf Grund des Schreibens der Akademie vom 1. August 1924 genau dargelegt hatten, wurde von Herrn Ministerialdirektor Nentwig ein Brief des Herrn Lienenau verlesen, der den vollständigen Widerruf dieser letzten Gema-Vorschläge bedeutete. Wir waren zu unserm lebhaften Bedauern gezwungen, weitere Verhandlungen hiernach als aussichtslos zu erklären. Da wir nun in der Zwischenzeit wiederholt durch die Herren Professor Koch und Dr. Schumann gebeten wurden, unsere Stellungnahme nochmals schriftlich zum Ausdruck zu bringen, wollen wir hierdurch unsere Auffassung zu den letzten Verständigungsvorschlägen genau formulieren.

In dem Schreiben der Akademie vom 1. August 1924 waren folgende drei Punkte als Verhandlungsbasis aufgestellt worden:

1. Schon bei den jetzigen Verhandlungen sollen die Gesichtspunkte über eine künftige Regelung der mechanischen Rechte festgestellt werden,
2. Die Gema soll mit der Österreichischen Gesellschaft nur eine einzige Gruppe bilden und diese soll nur einen Vertreter stellen,
3. Die mit der G. D. T. bzw. der Afma zu schliessende Einheit soll dem Ausland gegenüber als einheitlich handelnde Körperschaft aufgestellt werden.

Diesem Vorschlage war noch beigelegt worden, die Aussprache



mit den Vertretern der Gema habe weiter ergeben, dass es den Vertretern der Gema möglich erscheine, Erwägungen darüber anzustellen, wie die geschäftliche Form ihres Verhältnisses zu der Oesterreichischen Gesellschaft von 1926 angeregt werden könnte. Wir hatten daraufhin erklärt, dass wir bereit wären, auf dieser Basis die Verhandlungen über die weiteren technischen Details zu führen, vorausgesetzt, dass an diesen Vorschlägen seitens der Gema ernstlich festgehalten werde. Zu unserer grössten Ueberraschung, und wie wir wahrnehmen konnten auch zur grössten Ueberraschung der an der Sitzung beteiligten Mitglieder der Akademie, hat aber Herr Lienau in seinem am 19. Februar d. J. bei Herrn Ministerialdirektor Nentwig eingelaufenen Briefe rundweg erklärt, die Gema könne sich nicht binden, gleichzeitig mit den Differenzen bezüglich des Aufführungsrechtes auch die Differenzen über das mechanische Urheberrecht zu ordnen, die Gema könne sich von der Oesterreichischen Gesellschaft nicht trennen und könne auch dem Vorschlage nicht zustimmen, dass bei einer Vereinigung mit der Afma die Gema zusammen mit der Oesterreichischen Gesellschaft nur mit der gleichen Vertreterzahl bedacht werde, wie die G.D.T. Man stellte sich also auf Seiten der Gema die Fusion so vor, dass der G.D.T. nur ein Vertreter zustehen solle, der Gema aber, zusammen mit der Oesterreichischen Gesellschaft, 2 Vertreter. Wir mussten daraufhin erklären, dass eine solche Lösung den Selbstmord der G.D.T. bedeuten würde, dass hiernach die Berufsorganisation der G.D.T. vollkommen zerschlagen werden solle, und dass wir daher einer solchen Lösung unter keinen Umständen zustimmen könnten. Wir wiesen darauf hin, dass die endlosen Verhandlungen mit der Gema immer wieder dahin geführt hätten, dass, sobald man zu irgendwie aussichtsvollen Vorschlägen gekom-

men sei, die Gema entweder ihre bisherigen Vorschläge widerrufen, oder neue Vorschläge aufgestellt habe, von denen sie von vornherein annehmen musste, dass sie für die G.D.T. unannehmbar seien.

Bei dieser Sachlage müssen wir uns darauf beschränken, nochmals festzustellen:

Eine Verständigung mit der Gema, bei der die Existenzmöglichkeit der Berufsorganisation der Komponisten angetastet wird, ist unannehmbar. Die Berufsorganisation wird aber zerstört, wenn der G.D.T. zugemutet wird, den grossen Bestand an Aufführungsrechten, den sie im Laufe einer 20 jährigen Arbeit durch ihre Mitglieder erworben hat, preiszugeben, oder in ein neues Unternehmen einzubringen, bei der die G.D.T. von vornherein in die Minorität gedrückt wäre. Das Wesen der Berufsorganisation fordert im Gegenteil, dass alle Urheberrechte, die den Komponisten nach dem Gesetze zustehen, auch ungehindert durch die Organisation der Komponisten wahrgenommen werden können, ohne Mitbestimmung dritter Faktoren (Verleger oder Textdichter), denen nach dem Gesetze diese Rechte nicht zustehen. Ausserdem ist für die G.D.T. eine Verständigung lediglich auf dem Gebiete des Aufführungsrechtes, also mit Ausschaltung der mechanischen Urheberrechte, ganz unmöglich, weil der auf diesem Gebiet dann weiter fortbestehende Kriegszustand fortgesetzt auch neue Konflikte auf dem Gebiete des Aufführungsrechtes hervorrufen muss.

Wir haben demgemäss bereits am 19. Februar d. J. zum Schlusse erklärt, dass wir nunmehr keine weitere Möglichkeit einer Verständigung mit der Gema erkennen, es sei denn auf Grund der



der Akademie bereits früher überreichten Vorschläge vom Oktober 1922 bzw. Februar 1923 einer blossen Arbeitsgemeinschaft der bisher streitenden Parteien unter Aufrechterhaltung der vollen Souveränität der beiderseitigen Organisationen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
ergebenst

GENOSSENSCHAFT DEUTSCHER TONSETZER

*Dr. V. Köpf*

GENOSSENSCHAFT DEUTSCHER TONSETZER

BERLIN W 66, WILHELMSTRASSE 57/58

FERNSPRECHER: ZENTRUM 7454

R/H

70  
Berlin, den 22. Mai 1925

Herrn

Professor Dr. Georg Schumann,

Lichterfelde O.

Bismarckstrasse 8

Sehr geehrter Herr Professor!

Anbei übersende ich Ihnen das gewünschte Schreiben für die morgige Akademiesitzung. Da ich mit Richard Strauss bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin das ganze Material eingehend durchgesprochen habe, können Sie den Herren der Akademie mitteilen, dass auch Strauss meine Auffassung über die Verhandlungen mit der Gema vollkommen teilt. Zur Bestätigung dessen hat er mir am 2. April d. J. eine Abschrift seines hierüber an Sie gerichteten Briefes mitgeteilt.

Mit verbindlichen Grüssen

Ihr ergebener

*Dr. V. Köpf*



24.5.1925

71

Sehr geehrte Herr College!  
In aller Eile!

Herr v. B. berichtet mir von der  
geringen Beratung und ich  
finde das alles sehr recht, was  
man dort beachtet.

Jedenfalls wollen wir über die  
Sache jetzt Beschlüsse fassen und zum  
Abfluss bringen, da wir nicht  
unsicher sein dürfen, d. h. ein  
negatives sein dürfte.

Für eine 20. Sitzung sollte ich  
die Woche vom 8-13 Juni  
resp. 17/18/19 ~~20~~ Juni d. J.

Die Entscheidung müssten wir  
vornehmen. Hier 11. Juli.

Es ist, weil nach dem alle  
Kuren von der Hochschule auf  
Kontinuität gehen, d. h. 5-6 Sitzg.  
in Akademie.

Das heiligende Schriftstück ist  
nicht durch die übermäßige  
Überlastung, die sich durch



Länge bedi. Reisen einstellte  
von mir prompt in meinen  
"Liten" liegen geblieben, ich  
gebe sie nunmehr beaugleichen  
zu den Sekkous-Liten für  
die weitere Behandlung der  
Angelegenheit.  
Wie ich aber annehmen darf  
Math College Schumann  
Korrespondenz von dem 1. Zie-  
schiff der Gema.

Philologische Anstalt

für die Natur

Friedrich E. Koch

Ministerium für Wissenschaft,  
Kunst und Volksbildung.

Berlin den 20. Mai 1925.

72

Alte 23.

Sehr geehrter Herr Professor.

Am Sonnabend den 23. d. Mts. bin ich nachmittags leider ander-  
weit besetzt. Wenn irgend möglich, werde ich versuchen, mich  
eher frei zu machen und später zu kommen, ich kann aber nicht  
übersehen, ob es möglich ist und bitte daher, nicht auf mich zu  
rechnen.

Bei der Gelegenheit möchte ich mir mitzuteilen erlauben, dass  
ich das auch Ihnen in Abschrift zugegangene Schreiben der Gema  
vom 6. Mai d. Js. bisher nicht beantwortet habe. Ich für meine  
Person bin der Ansicht, dass weitere Verhandlungen gar keinen  
Zweck haben; wenn man die Herren nicht an einen Tisch bekommt,  
ist es natürlich aussichtslos, sie schliesslich zu einem Kom-  
promiss zu bewegen. Dazu kommt, dass Herr Dr. Rösch trotz wie-  
derholten Ersuchens und seiner Zusage in der letzten Sitzung  
schriftlich formulierte Vorschläge bisher nicht eingereicht  
hat, - ich nehme wenigstens an, dass das der Fall ist, da ich  
bisher nichts davon gesehen oder gehört habe. - Er steht of-

fenbar

Herrn

Professor Dr. Friedrich E. Koch,  
Berlin W 8.  
Akademie der Künste,  
Pariser Platz.



fenbar auf dem Standpunkt: sint ut sunt out non sunt und die Herren der Genossenschaft haben nicht die Möglichkeit, eine Aenderung herbeizuführen.- Dann ist eben nichts zu machen und es ist schade um die Zeit, die auf eine solche aussichtslose Arbeit verwendet wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

*Nentwig*  
Ministerialdirektor.

FERNSPRECHER  
LICHTERFELDE  
1681-1682-3913



WIENERHAUS: CARL  
HASLINGER OPM-TOBIAS  
WIEN-I-TUCHLAUBEN-11

GEGRÜNDET 1800 ERBAUT 1922

**SCHLESINGER'SCHE BUCH-UND MUSIKHANDLUNG**

**ROBERT LIENAU  
H.R. KRENTZLIN · UNTERRICHTSVERLAG**

**BERLIN · LICHTERFELDE · OST  
LANKWITZER STR. 9**



BERLIN-Lichterfelde,  
den 7. Mai 1925.

Herrn

Professor Fr. E. Koch,

Berlin - Friedenau.

Handjerystr. 24.

Hochgeehrter Herr Professor!

Der Vorstand der GEMA hat, weil er bisher ohne jegliche Nachricht über den weiteren Verlauf der Ausgleichsverhandlungen GEMA / G D T. geblieben ist, gestern an Herrn Geheimrat Nentwig ein diesbezügliches Schreiben gerichtet, von dem ich mir erlaube, Ihnen eine Abschrift nebst dazu gehörigen Anlagen zu überreichen, zu Ihrer Kenntnisnahme und mit der ergebenden Bitte, auch den übrigen hochgeehrten Mitgliedern des Senates bei nächster Gelegenheit davon Mitteilung machen zu wollen.

In vorzüglicher Hochachtung  
Ihr ganz ergebener

*R. Lienau*

NKKONTO: DRESDNER BANK · DEPOSITEN KASSE · W. LICHTERFELDE · OST



74

# BUREAU VOOR MUZIEK-AUTEURSRECHT

VAN HET GENOOTSCHAP VAN NEDERLANDSCHE COMPOSITEN EN DE  
VEREENIGING VAN MUZIEKHANDELAREN EN -UITGEVERS IN NEDERLAND

(GENOSSENSCHAP NIEDERLÄNDISCHER COMPOSITEN UND  
VEREIN DER MUSIKALIEHÄNDLER UND MUSIKVERLEGER)

ADRESSE: HAUS BUMA, JACOB OBRECHTSTRAAT 51, AMSTERDAM  
TELEGRAMM-ADRESSE: JUSAUCTORIUM-AMSTERDAM — FERNSPRECHER: 22488

AMSTERDAM, den 26sten März 1925.

An die Bezugsberechtigten der Anstalt für  
musikalisches Aufführungsrecht (Afma)  
in Berlin.

Ew. Hochwohlgeboren!

Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass das Vertragsverhältnis zwischen der „Genossenschaft Deutscher Tonsetzer“ zu Berlin und dem „Bureau voor Muziekauteursrecht“ (Buma), der gemeinsamen Aufführungsrechtsanstalt der holländischen Komponisten- und Verlegerorganisation seit dem 1. Januar 1924 aufgehoben ist. Es wurde dem Buma und insbesondere den holländischen Komponisten gewiss nicht leicht, die vertraglichen Beziehungen zur G.D.T. zu lösen. Aber die bedauerlichen Zwistigkeiten, welche zwischen den beiden deutschen Aufführungsrechtsgesellschaften bestanden und leider noch bestehen, stellten uns vor die Wahl entweder die Beziehungen zur G.D.T. oder zur Gema abubrechen und für unsere Entscheidung wurde — abgesehen von der Schwächung des Rechtebestands der G.D.T. durch den Uebertritt von vielen der wichtigsten Bezugsberechtigten zur Gema oder der Oesterreichischen Gesellschaft — ausschlaggebend, dass die Afma die von uns in holländischer Währung überwiesenen Beträge in Papiermark umtauschte und erst nach längerer Zeit — ungefähr nach einem Jahre — an die Bezugsberechtigten auszahlte, nachdem inzwischen dieses Geld infolge der Inflation vollständig entwertet war. Während also die Mitglieder der Gema die holländischen Anteile vollwertig in der Originalwährung erhielten, gingen die Bezugsberechtigten der Afma leer aus. Wir brauchen wohl kaum daran zu erinnern, dass den holländischen Devisen in der Inflationszeit eine weit höhere Kaufkraft innewohnte als heute, und wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, dass es die Pflicht der Geschäftsleitung der G.D.T. gewesen wäre, damals, als unsere Auszahlungen ihr die Gelegenheit boten, die deutschen Komponisten in ihrer schweren wirtschaftlichen Lage gegen Not zu schützen.

Wir wollen nur ein Beispiel anführen aus den zahlreichen uns zugegangenen Klagen: Die Rechtsnachfolger von Brahms waren im Jahre 1921 an unsere Abrechnung, die wir im April 1922 an die Afma überwiesen, mit H. fl. 1014.21<sup>5</sup> beteiligt. Die Afma zahlte als Gegenwert mehr als ein Jahr später den Papierwert von M. 101421.— aus, damals den Wert einiger Goldpfennige! — Auf solche Weise wurde einerseits der Zweck unserer Bemühung, die Bezugsberechtigten der Afma in ihrer schweren Notlage zu unterstützen, völlig vereitelt, andererseits wurden wir von deutschen und holländischen Bezugsberechtigten der Afma mit Vorwürfen überschüttet und holländische Konzertveranstalter gaben uns die Schuld, dass die Beträge, welche sie an uns für die Aufführung deutscher Musik abgeliefert hatten, denen nicht zu Gute kamen, für die sie bestimmt waren.

Da wir verhüten wollten, dass die deutschen Komponisten durch die Lösung unseres Vertrages



mit der G.D.T. weiter geschädigt würden, machten wir am 29. Dezember 1923 dem Vorstande der G.D.T. den Vorschlag, die von uns für die Bezugberechtigten der Afma auch nach Ablauf des Vertrages, also nach dem 1. Januar 1924 zu buchenden Anteile direkt an jeden einzelnen Bezugberechtigten ohne jeden Abzug auszuzahlen. Um dieses Vorhaben ausführen zu können, verlangten wir eine einfache Zustimmungserklärung der G.D.T.

Auf diesen Vorschlag schwieg der Vorstand der G.D.T. Wir wiederholten unser Angebot am 1. September 1924 und zum letzten mal am 31. Dezember 1924. Eine Erwiderung ist uns nicht zugegangen. In der Anlage wollen Sie die Auszüge der drei erwähnten Zuschriften finden.

Da die G.D.T. auf die von uns im Interesse ihrer Mitglieder gemachten Vorschläge seit 1 1/4 Jahren nicht geantwortet hat, so erklären wir uns nunmehr bereit, den Bezugberechtigten der Afma diese Beträge dennoch auszuzahlen, wenn sie uns die Verwaltung ihrer Rechte in Holland auf direktem Wege anvertrauen. Zu diesem Zweck machen wir Ihnen den Vorschlag, persönlich mit unserer Anstalt einen Vertrag, evtl. mit kurzer Kündigungsfrist, abzuschliessen. Unseres Erachtens sind die Mitglieder der G.D.T. bzw. die Bezugberechtigten der Afma hierzu zweifellos berechtigt, da es offenbar ist, dass die G.D.T. nicht gewillt oder im Stande ist, die Rechte ihrer Mitglieder in Holland ordnungsmässig zu verwalten zu lassen, und da es keinem Mitgliede zugemutet werden kann, dass diese Rechte unbenutzt bleiben. Sollte die G.D.T. dieses Recht ihren Mitgliedern bestreiten, so müssen wir natürlich Ihnen anheim stellen, wie Sie sich diesem Standpunkt der G.D.T. gegenüber verhalten wollen. Unser Angebot gilt auch für diejenigen Bezugberechtigten der Afma, die nicht Mitglieder der G.D.T. sind. Wir bitten Sie ergebenst, uns baldmöglichst Ihre Antwort unter der Adresse **Bureau voor Muziek-Auteursrecht, Jacob Obrechtstraat 51, Amsterdam** zukommen zu lassen. Da unsere Abrechnung in Monat April stattfinden wird, wäre eine baldige Erledigung dieser Angelegenheit wünschenswert.

Hochachtungsvoll ergebenst,

JOH. A. ALSBACH,

Schriftführer und Delegierter der „Vereeniging van Muziekhandelaren en -Uitgevers in Nederland“.

JAN VAN GILSE

Vorsitzender und Delegierter der „Genootschap van Nederlandsche Componisten“.

#### ANLAGE I.

Auszug aus dem Schreiben des Buma an die G.D.T. vom 29. Dezember 1923:

„Wir haben absichtlich diese Angelegenheit so ausführlich erörtert, da wir nach wie vor gerne „bereit sind für die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Bezugberechtigten zu arbeiten. Wir „machen Ihnen den Vorschlag — so lange noch keine Sicherheit besteht über die Stabilität der deutschen „Wirtschaft — direkt zu verrechnen mit denjenigen der deutschen Bezugberechtigten, die an unsere „Abrechnung beteiligt sind und zwar nicht nur jetzt, sondern auch in dem Uebergangsstadium „nach dem 1sten Januar 1924. Wir sind imstande den Interessenten auf direktem Wege ihr „Anteil in Gulden ohne jeden Abzug (soweit errechenbar) auszuzahlen. Wir erwarten sicher Ihre „Mitwirkung, da es um vitalen Interessen Ihrer Mitglieder handelt und wir nehmen diese Mehrarbeit „gerne auf uns.“

#### ANLAGE II.

Auszug aus dem Schreiben des Buma an die G.D.T. vom 4. September 1924:

„Wir wiederholen daher unsere Bereitwilligkeit die holländischen Gebührenanteile auf direktem „Wege den Bezugberechtigten auszuzahlen, bis die Verhältnisse in Deutschland sich geklärt haben und „uns hoffentlich bald gestatten werden, die alten Beziehungen wiederherzustellen.

„Es bedarf aber Ihrerseits nun einer einfachen Erklärung dass Sie sich mit dieser temporären „Regelung einverstanden erklären; ohne diese Erklärung sind wir leider nicht imstande an unserem „Vorhaben Ausführung zu geben. Wir bitten daher um gfl. Rückäusserung resp. um Beantwortung „unseres Schreibens vom 29-12-'23. Wir sind überzeugt, dass den Bezugberechtigten, namentlich in „diesen Zeiten, unsere Auszahlung sehr Willkommen sein wird uns erwarten daher zuversichtlich Ihre „guteheissende Erklärung.

„Um für Sie die Möglichkeit von Schwierigkeiten vorzubeugen sind wir gerne bereit uns mit „einer Zustimmung auf Widerruf, die jederzeit erfolgen kann, zu begnügen.“

#### ANLAGE III.

Brief des Buma an die G.D.T. vom 31. Dezember 1924:

Buma B-ED.  
G.D.T.

Amsterdam, den 31ten Dezember 1924.

An die Genossenschaft deutscher Tonsetzer,  
Wilhelmstrasse 57-58, Berlin.

Einschreiben.

Der Vorstand des „Bureau voor Muziek-Auteursrecht“ beantragt mich Ihnen die Mitteilung zu machen, dass er ausserordentlich erstaunt darüber ist, dass unsere Briefe in der letzten Zeit ausnahmslos unbeantwortet geblieben sind. Wir erinnern Sie an unsere Schreiben vom 29. Dezember 1923, vom 15ten Mai 1924 (Teil des Briefes worin wir an unsereren Brief vom 29-12-'23 erinnern) und vom 4. September 1924.

Nach unserer Meinung hatte unser Angebot eine andere Aufnahme verdient, jedenfalls wäre die Beantwortung unserer Briefe ein Akt der selbstverständlichen Höflichkeit gewesen.

Wir haben angeboten die Aufführungsrechte, durch unsere Anstalt in 1924 (und eventuell weitere Jahre) für die Mitglieder der G.D.T. gebucht, anstatt unserer Anstalt als Ausfallanteile zukommen zu lassen, unverpflichtet Ihren Mitgliedern ohne jeden Abzug auszuzahlen, falls Sie sich hiermit einverstanden erklärten. Dieses Angebot halten wir bis spätestens 15 Januar 1925 aufrecht. Sollte wider Erwarten dann wieder keine Nachricht Ihrerseits eingetroffen sein, so würde die G.D.T. die Verantwortung dafür tragen müssen, dass nicht unbedeutende Zuwendungen für ihre Mitglieder in Zeiten wirtschaftlicher Not verloren gehen durch das Verhalten des Vorstandes dieser Genossenschaft.

Im Auftrag des Vorstandes des „Buma“.

Hochachtungsvoll ergebenst,

(gez.) JAN VAN GILSE,

Vorsitzender des Vorstandes und Delegierter der „Genootschap van Nederlandsche Componisten“.



Abschrift

Berlin, den 6. Mai 1925

Hochgeehrter Herr Ministerialdirektor!

Auf unser ergebenes Schreiben vom 18. Februar in Sachen der GEMA und G d T haben wir eine Antwort bisher nicht erhalten, auch keine Anzeige darüber empfangen, ob die auf Anordnung des Herrn Ministers für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung erfolgten Verständigungsverhandlungen vor der Akademie der Künste fortgesetzt werden sollen, oder ob der Herr Minister auf Grund der bisherigen Verhandlungen dazu Stellung zu nehmen beabsichtigt.

Wir haben in den erwähnten Schreiben vom 18. Februar den aktenmässigen Nachweis skandalöser Vorgänge in der Verwaltung der G D T unter Beifügung von Gerichtsurteilen erbracht, und wir können nicht annehmen, dass diese Mitteilungen ohne Eindruck geblieben sind. Wir beehren uns, Ihnen anbei einen Artikel aus der heutigen Morgennummer des "Berliner Tageblatt"

"Wie deutsche Komponistenrechte in Holland gewahrt werden "  
zu geneigter Kenntnisnahme zu übersenden.

Herrn

Ministerialdirektor NENTWIG

B e r l i n W

Ministerium für Kunst,  
Wissenschaft und Volks-  
bildung.



Artikel ist, wie wir ausdrücklich bemerken möchten, gänzlich ohne unser Zutun erschienen auf Grund eines Rundschreibens, welches die holländische Aufführungsrechts-Gesellschaft an die Mitglieder der G D T gesandt hat, und von dem auch uns ein Exemplar zur Kenntnisnahme zugegangen ist. Wir fügen dieses Rundschreiben zur Kenntnisnahme des Hohen Ministeriums bei und fügen hinzu, dass wir für die Richtigkeit der darin mitgeteilten Tatsachen die Bürgschaft zu übernehmen in der Lage sind.

Die in dem anliegenden Zeitungsartikel dargestellten Tatsachen sind geeignet, in den am Musikleben beteiligten Kreisen in Deutschland starke Beunruhigung hervorzurufen. Die von Herrn Hofrat Dr. R ö s c h geleitete Genossenschaft Deutscher Tonsetzer hat dadurch, dass ihr durch ministerielle Genehmigung die Rechte einer juristischen Person übertragen worden sind, den Charakter eines halb-offiziellen, jedenfalls eines von dem Wohlwollen der Regierung getragenen Unternehmens, erhalten und schon aus diesem Grunde kann das Gebahren der G D T der Öffentlichkeit nicht gleichgültig sein. Das Hohe Ministerium hat sein Interesse speziell an den Zuständen auf dem Gebiete des Aufführungsrechtsschutzes ja auch bereits in dankenswerter Weise durch die Verhandlungen bewiesen, welche unter Ihrer Leitung, hochgeehrter Herr Ministerialdirektor, in der Akademie der Künste stattgefunden haben. Wir können uns nicht denken

77

dass diese Verhandlungen nun ausgehen sollten wie das Hornberger Schiessen. Wenn, wie wir fürchten, diese Verhandlungen an der Hartnäckigkeit und der Herrschsucht des Herrn Dr. Rösch scheitern, so dürfen wir doch von dem Gerechtigkeitssinn des Hohen Ministeriums erwarten, dass der GEMA offiziell bescheinigt wird, dass von Seiten ihrer Vertreter alles, was in unserer Macht stand, geschehen ist, um eine Verständigung zu erreichen und um eine den Interessen des um seine Existenz kämpfenden Komponistenstandes entsprechende Verwertung der Aufführungsrechte zu sichern.

Wir glauben, diese Eingabe nicht schließen zu sollen, ohne Ihnen, hochgeehrter Herr Ministerialdirektor, unseren ehrerbietigsten Dank auszusprechen für die verständnisvolle und wohlwollende Art, in der Sie die Verhandlungen bisher geführt haben.

Mit dem Ausdruck unserer aufrichtigen Hochachtung

ganz ergebenst

gez. Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte (GEMA)

Eingetragene Genossenschaft m.b.H.

gezeichnet H. R a u h . R. L i e m a n



Lehrer Zug. Blatt.  
6. Mai 1925

78

Die deutsche Komponistenrechte in Holland gewahrt werden. Die Aufführungsrechtsanstalt der holländischen Komponisten- und Verlegerorganisation, die „Buma“, erinnert daran, daß sie ihr Vertragsverhältnis mit der „Genossenschaft deutscher Tonseher“ gelöst habe. Und zwar, u. a., wie man jetzt erfährt aus einem Grunde, der in der deutschen Komponistenwelt nicht geringes Aufsehen erregen wird. Die mit der G. D. T. verbundene „Afma“ — so schreibt das „Bureau voor Muziek-Auteursrecht“ — habe die in holländischer Währung überwiesenen Beträge in Papiermark umgetauscht und erst nach längerer Zeit — ungefähr nach einem Jahre — an die Bezugsberechtigten ausgezahlt, nachdem inzwischen dieses Geld infolge der Inflation vollständig entwertet war. Die Behauptung wird zum Beweis mit einem Beispiel belegt. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Da wir verhindern wollten, daß die deutschen Komponisten durch die Lösung unseres Vertrages weiter geschädigt würden, machten wir am 29. Dezember 1923 dem Vorstände der G. D. T. den Vorschlag, die von uns für die Bezugsberechtigten der Afma nach dem 1. Januar 1924 zu buchenden Anteile direkt an jeden einzelnen Bezugsberechtigten ohne jeden Abzug auszugeben. Um dieses Vorhaben ausführen zu können, verlangten wir eine einfache Zustimmungserklärung der G. D. T. Auf diesen Vorschlag schied der Vorstand. Wir wiederholten unser Angebot am 1. September 1924 und zum letztenmal am 31. Dezember 1924. Eine Erwiderung ist uns nicht zugegangen.“ Da die G. D. T. auf die von uns im Interesse ihrer Mitglieder gemachten Vorschläge seit 1 1/2 Jahren nicht geantwortet hat, so erklären wir uns um so mehr bereit, den Bezugsberechtigten der Afma diese Beträge dennoch auszugeben, wenn sie uns die Verwaltung ihrer Rechte in Holland auf direktem Wege anvertrauen. Zu diesem Zweck machen wir ihnen den Vorschlag, persönlich mit unserer Anstalt einen Vertrag, eventuell mit kurzer Kündigungsfrist, abzuschließen. Unseres Erachtens sind die Mitglieder der G. D. T. bzw. die Bezugsberechtigten der Afma hierzu zweifellos berechtigt, da es offenbar ist, daß die G. D. T. nicht gewillt oder imstande ist, die Rechte ihrer Mitglieder in Holland ordnungsmäßig zu verwalten zu lassen.“ Die Genossenschaft deutscher Tonseher, der bekanntlich Richard Strauß angehört, und die sich gerade die Gebung der wirtschaftlichen Stellung unserer Komponisten zum Ziel gesetzt hat, ist hoffentlich in der Lage, so schwerwiegende Vorwürfe einwandfrei zu entkräften. Jedenfalls wird sie nicht umhin können, sich dazu zu äußern.

aa

Kopf

Waga

1.1.1

Sum

Q

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W

W



Akademie der Künste zu Berlin

Berlin den . . . . .

Der . . . . .  
erhält vom . . . . . ab ein jährliches Grundgehalt  
von . . . . . M und einen jährlichen Ortszuschlag von . . . . M  
Von dem Gesamtbetrage steht dem Genannten nach § 19,1 des Be-  
amtendiensteinkommengesetzes vom 7. Mai 1920 eine Ausgleichs-  
zulage zu, die für das Rechnungsjahr .... auf .. % festgesetzt  
worden ist.

Die Kasse erhält Anweisung, dem . . . . .  
. . . . . an Stelle der bisherigen vom oben genannten  
Träger ab eine Ausgleichszulage von jährlich

. . . . . M  
in Worten: . . . . .  
zu zahlen und der Ministerialbaukasse aufzurechnen.

Der Präsident

An

die Kasse der Akademie  
der Künste

Hier

Vertrauliche Sitzung am Donnerstag, den 19. März im Hotel Fürsten-  
hof Berlin in Sachen der G. d. T. und Gema unter Anwesenheit von  
Präsident Siegmund von Hausegger ( München )  
Generalmusikdirektor Dr. Siegel ( Crefeld )  
Dr. Tischer ( Köln )  
Dr. Kopsch ( Berlin )  
Prof. Dr. Schumann ( Berlin )  
v. Reznicek ( Berlin )  
Arnold Ebel ( Berlin )  
v. Baußnern ( Berlin )

Herr Dr. Tischer berichtet, daß die Gema sich bereit erklärt  
hat, bei der etwaigen Neuorganisation beider Gruppen die G. d. T.  
mit zu finanzieren, wenn die Möglichkeit gefunden würde, die wirt-  
schaftliche Führung einer einzigen Aufführungsgesellschaft von der  
G. d. T. in ihrer jetzigen Gestalt zu trennen. Die G. d. T. hätte  
dann nicht mehr die Aufführungsrechte zu verwalten, sondern le-  
diglich Standes - und sonstige soziale Interessen der Komponisten  
zu vertreten. Die Anwesenden beschließen Herrn Hofrat Dr. Rösch  
unverzüglich zu bitten, mit möglichster Beschleunigung eine <sup>ordentliche</sup> Gene-  
ralversammlung, und wenn dies nicht möglich sein sollte, eine  
außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, damit endlich  
eine klare Sachlage über die Stellungnahme der G. d. T. zu den  
schwebenden Konfliktsfragen geschaffen werden kann.

1. 19. III, 25

JS

Baa  
1.9  
Am

Gen. Am 19. III



*Prof. Koch  
Herrn Hofrat Dr. Rösch  
Berlin W  
Wilhelmstr. 57/58  
13*

den 16. März 1925

Sehr geehrter Herr Hofrat !

Am Schluß der letzten Senatsitzung sprachen Sie die Zusage aus, die entscheidenden Punkte über die Stellungnahme der G. d. T. zu den letzten Vorschlägen der Gema und den allgemeinen Erörterungen der Sitzung sobald als möglich schriftlich der Akademie zukommen zu lassen. Da wir leider bis heute nicht im Besitz Ihrer werten Ausführungen sind, bitten wir Sie hierdurch nochmals um baldigste Einsendung Ihrer Erklärungen, damit die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen können .

Mit vorzüglicher Hochachtung

*V. m. Fritz E. Roth*

Der Vorsitzende der Musiksektion

*FS*

Herrn

Hofrat Dr. Rösch

Berlin W

Wilhelmstr. 57/58



89  
85

Verhandelt im Senat und in der Genossenschaft, Sektionen für  
Musik unter Zuziehung von Vertretern der Genossenschaft deutscher  
Tonsetzer am 19. Februar 1925

abends 6 Uhr

Anwesend

die Herren:

Friedr. E. Koch als Vorsitzender

v. Baußnern

Juon

Kaun

Taubert

Taubmann

Thiel

Seiffert

Hentwig

Amerdorffer

Von der G. d. T.

Herr Hofrat Dr. Rösch

• Professor Behm

• Rasch

Herr Koch bittet Herrn Dr. Rösch  
um Stellungnahme der G. d. T. zu den  
letzten Vorschlägen der Gema, die der  
G. d. T. bereits unterm 1. August u. Js.  
mitgeteilt worden sind und um Gegenvor-  
schläge.

Herr Hentwig beklagt es, daß die  
Verhandlungen bisher zu keinem positiven  
Ergebnis geführt haben.

Die letzten Vorschläge der Gema  
werden aus dem an den Vorstand der G. d. T.  
gerichteten Schreiben der Akademie vom  
1. 8. 1924 als Grundlage der heutigen  
Besprechung verlesen.

Herr Rösch gibt zu, daß die Ver-  
treter der Gema mit diesen letzten Vor-  
schlägen von einem Teil ihrer bisher-  
igen Stellungnahme zurückgewichen seien,  
insofern als sie sich nun bereit erklä-  
ren, schon jetzt eine künftige Regelung  
auch der mechanischen Rechte zu erörtern.-  
Die Berufsorganisation der G. d. T. sei  
außerordentlich wichtig; für ihr Wei-

terbestehen



terbestehen sei aber die Afma lebensnotwendig, denn von den Mitgliederbeiträgen allein könne eine Vereinigung wie die G. d. T. nicht bestehen. Sie bestehe vielmehr <sup>nur</sup> durch die Abgabe von 10 %, die sie von der Afma erhält. - Der Kampf der Verleger gehe dahin: die Berufsorganisation dadurch zu zerstören, daß die Afma von ihr gelöst wird. Die G. d. T. würde dadurch zu Grunde gehen und die Komponisten würden schlechter daran sein als vorher. - Die mechanischen Rechte dürften von den anderen Aufführungsrechten keinesfalls getrennt werden, denn sonst würde nie ein vollkommener Frieden zwischen Autoren und Verlegern zustande kommen, man hätte Frieden wohl mit dem einen Teil aber lange noch nicht mit dem andern. Wie wichtig aber auch das letztere (mit der Amme) sei, das erläutert der Redner an einem Beispiel ungehöriger Abrechnungen (betr. Lieder von H. Herrmann). Ein einseitiger Friede würde nach 8 Tagen zu neuem Unfrieden führen. - Herr Cretin sei bloßgestellt, nachdem ihm Betrügereien u. a. nachgewiesen seien. Man könne Herrn Cretin wohl wegschicken und die Amme Herrn Rauh geben, dann wäre dieser versorgt. Es frage sich nur, ob Herr Cretin nicht stärker sei als der deutsche Musikverlegerverein und ob es den Herren gelingt, den Vertrag mit der société zu lösen. Der Zeitpunkt sei vielleicht günstig, denn man höre jetzt schon von einem Nachfolger für Cretin.

Er müsse es immerhin als einen Fortschritt bezeichnen, daß die Gema-Vertreter anerkennen, daß man sich auch über die mechanischen Rechte verständigen müsse. Die Gema-Vertreter hätten sich zwar über diesen Punkt noch etwas vage ausgedrückt, doch könne ihr Vorschlag als Verhandlungsbasis angenommen werden, aber mit dem Wunsch, daß zwischen allen Teilen gleichzeitig der Friedensschluß erfolgt.

Auch

Auch die anderen Vorschläge der Gema-Vertreter erscheinen dem Redner als geeignete Verhandlungsbasis, wenn die künftigen Verhandlungen sich auf alle diese Punkte gleichzeitig erstrecken.

Die Vertreter der G. d. T. hätten stets die Notwendigkeit der Unabhängigkeit von jeder fremden Autoren-gesellschaft betont, die auch durchaus der Stellungnahme des letzten internationalen Autorenkongresses entspräche. Auf diesem sei der Grundsatz aufgestellt worden: in jedem Lande dürfe nur die einheimische Gesellschaft herrschen, die anderen Gesellschaften dürften nicht selbständig vorgehen, sie könnten lediglich als fremde Gesellschaften ihr Mandat der einheimischen Gesellschaft übertragen. Dieser Grundsatz sei von allen Nationen, auch von Frankreich anerkannt worden. Nur in Deutschland sei er nicht durchgeführt worden. Auch die Gema sei damals noch von diesem Gedanken durchdrungen gewesen; man war entschlossen die Oesterreicher zu einer Lösung des Vertrages zu bewegen, weil die Gema das Protokoll der Londoner Konferenz mit unterzeichnet hat. Angeblich sollte die Gema 1924 frei sein. Jetzt habe sie der Akademie zugestanden, daß sie bis 1926 gebunden sei.

Keine Lösung sei tragbar, wenn die neue Aufführungsanstalt nicht anders möglich sein sollte, als durch die Hereinziehung irgend einer anderen Gesellschaft. Dies würde zu einer wahren Balkanisierung führen, die anderen Nationen würden bald versuchen, in die deutschen Angelegenheiten dreinzureden. Das internationale Kartell würde dadurch bald illusorisch werden. - Ein Hauptpunkt für die künftigen Verhandlungen müsse daher sein: Ausschluß jeder fremden Autoren-gesellschaft!

Es sei selbstverständlich, daß dem Ausland gegenüber einheitlich vorgegangen werden müsse, deshalb sei es auch selbstverständlich, daß die Verträge der Gema und der Afma zusammengelegt werden müßten, das Ausland dürfe nur mit einer

Gesellschaft



Gesellschaft zu verhandeln haben .

Der Redner resümiert noch die Stellungnahme zu Punkt 2 und 3 der Gema-Vorschläge:

1. in die deutsche Organisation für das Aufführungsrecht darf das Ausland nicht hereinreden und ( was dasselbe in Umkehrum ist )
2. wir wollen dem Auslande gegenüber einheitlich auftreten.
3. Die Berufsorganisation der Berufsmusiker darf nicht zerstört werden.

Der Redner erinnert weiter an die Verhandlungen mit Lienau, Bock und Rauh von 1922, sowie an die Vorschläge von Dr. Fischer, von denen Punkt 2 anzunehmen, Punkt 1 ( Beiseite-lassung der mechanischen Rechte ) jedoch unannehmbar gewesen sei.

Die Spannung bezüglich der mechanischen Rechte (Punkt 1 der Gema-Vorschläge) sei jetzt etwas gelöst. Die weiteren Vorschläge der Gema seien noch unklar und undeutlich, zumal die Gema bisher verlangt habe, die Afma solle aufgehoben werden. In diesem Punkt sei man also noch weit auseinander.

Er verweist weiter auf den früheren Plan einer Arbeitsgemeinschaft mit einer paritätisch zusammengesetzten Dachorganisation unter der die drei Aufführungsanstalten Afma, Gema und Amme zusammenarbeiten sollten. Von diesen Vorschlägen sei die Gema wieder abgewichen, wie überhaupt ihr Prinzip sei, immer neue Vorschläge zu machen.

Dr. Amersdorffer weist darauf hin, daß schon bei den Vorschlägen von 1922 bei der Erwähnung der Afma nicht an die Afma in ihrer jetzigen, sondern in einer neuen Gestalt gedacht war und zitiert eine diesbezügliche Äußerung des Herrn Lienau aus der Sitzung vom 21. Februar v. Js. Nur von diesem sehr we-

sentlichen

sentlichen Gesichtspunkt aus dürften die damaligen Vorschläge betrachtet werden. Auf der einen Seite sollte eine reine Verleger-Gesellschaft, auf der andern Seite eine reine Autoren-Gesellschaft stehen.

Herr Bösch gibt dies zu und bestätigt, daß der Austritt der der Afma angehörenden Verleger von der Gegenseite gefordert worden sei. - Eine zeitlang sei die Forderung aufgestellt worden, daß Herr Rauh Direktor der neuen Aufführungsanstalt werden solle. Diese Forderung habe man dann wieder fallen lassen. 1923 sei man bei den weiteren Verhandlungen zu der völlig klaren Stellungnahme gekommen: es solle eine geschlossene Berufsorganisation der Verleger bestehen; die Verhandlungen sollen von Organisation zu Organisation geführt werden, nicht vom Verleger zum Komponisten. Herr Rauh habe die Durchführung dieses Gedankens aber immer zu verschieben verstanden, bis er schließlich die Zerschlagung der Berufsorganisation der Musiker zu erreichen versuchte. - Wäre die geplante Arbeitsgemeinschaft zustande gekommen, so wäre wahrscheinlich nach kurzem Zusammenarbeiten nicht mehr von den Einzelinteressen der Afma, Gema und Amme gesprochen worden, sondern von den größeren beide Teile interessierenden Fragen, wie z. B. von dem internationalen Urheberrecht. Die Wichtigkeit der letzteren Frage für die Gegenwart erörtert der Redner an einigen besonderen Fällen ( Gesetz in England, demzufolge die Tantiemen auf Reparationskonto vereinnahmt werden ). Er verweist ferner auf die Gefährdung der Urheberrechte durch den Rundfunk.

Abschließend bemerkt er, daß jedenfalls ein Vorschlag für ein Zusammengehen, bei dem die Berufsorganisation als solche aufgelöst werden solle, völlig unannehmbar sei.

Herr Koch entgegnet, die Gema wolle die Berufsorganisation gar nicht auflösen, ihre Vertreter hätten deren Bedeutung

selbst



selbst wiederholt betont.

Herr v. Reznicek meint, man solle die Vorschläge von 1922 erneuern. - Durch die Zusammenlegung der beiden Anstalten Gema und Afma würden die Einnahmen der Autoren nicht vergrößert werden, wie manche glauben. Was jetzt getrennt ausgezahlt wird, würde eben zusammen ausgezahlt werden.

Herr Koch fragt, ob das was Herr Bösch ausgeführt habe als seine persönliche Meinung oder als Meinung der Genossenschaft anzusehen sei.

Herr Bösch erwidert; wen er bisher von der Genossenschaft befragt habe, der sei seiner Meinung gewesen.

v. Baušern fragt, ob die Angelegenheit in einer Sitzung der G. d. T. besprochen worden sei.

Herr Bösch antwortet: es gebe nur sehr wenige, wirklich informierte, in die Materie eingearbeitete Mitglieder. Bei einer Zusammenkunft im Januar d. Js. habe er die Angelegenheit mit einer Reihe gut informierter Mitglieder besprochen. Diese hätten ihm zugestimmt.

Herr Koch bittet Herrn Bösch um eine kurze schriftliche Formulierung seiner Stellungnahme zu den Gema-Vorschlägen.

Herr Bösch sagt schließlich die Uebersendung einer solchen schriftlichen Formulierung zu. - Er führt noch aus, daß die künftige Organisation eine möglichst einfache sein müsse. Es dürfe nicht etwa je 2 Gesellschaften für die Aufführungsrechte und für die mechanischen Rechte geben, sondern nur je 1, weil sonst kein Frieden bestehen könne. Mit einem großen Gremium sei nicht zu arbeiten, weil es nie zusammen zu bekommen sei. Das ganze komme dann schließlich doch in die Hand eines geriebenen Geschäftsmannes, besten-falls in die Hände einiger wackiger Leute, die arbeiten. Geistige Arbeiter alle Woche einmal zu einer Sitzung zusammenzubringen, sei ganz unmöglich. Es sei ein reiner Zufall, daß er Zeit habe, die Arbeit für die G. d. T. ehrenamtlich zu leisten. Eine neue Gesellschaft müsse wahrscheinlich einen

bezahlen

bezahlen Geschäftsführer und einen Juristen haben.

Herr Mentwig verliest einen an ihn gerichteten Brief des Herrn Lienau, in dem dieser seinen guten Willen zur Herbeiführung einer Einigung betont und auf die Hauptschwierigkeiten, die mechanischen Rechte und das Verhältnis zur österreichischen Gesellschaft, hinweist. Nur durch friedliches Benehmen mit der Wiener-Gesellschaft könne dieses Verhältnis gelöst werden. Eine Lösung ohne weiteres könne die Verhältnisse sehr verschlechtern; es müsse dann mit der Konkurrenz der Wiener-Gesellschaft gerechnet werden.

Herr Bösch will aus diesem Schreiben entnehmen, daß Herr Lienau im Widerspruch zu den letzten Gema-Vorschlägen die Regelung der mechanischen Rechte wieder ganz beiseite schieben wolle.

Dr. Ameradorffer weist darauf hin, daß die Gema-Vertreter nach ihren letzten Vorschlägen nicht auf eine sofortige gleichzeitige Regelung der mechanischen Rechte festgelegt werden könnten. Sie hätten vielmehr nur erklärt, ( wie Herr Bösch wörtlich mitgeteilt worden ist ) daß schon bei den jetzigen Verhandlungen die Gesichtspunkte für eine künftige Regelung der mechanischen Rechte festgestellt werden sollen. Es könne also kaum ein Widerspruch zwischen den Gema-Vorschlägen und Herrn Lienaus Brief behauptet werden.

v. Baušern führt aus, daß die Verleger die Komponisten durchaus nicht rechtlos machen wollen.

Herr Bösch entgegnet: Herr v. Baušern möge sich das Vertragsschema der Gema zeigen lassen, das unter anderem bestimmt, daß bei dem Ausscheiden des Vertragsschließenden dessen Urheberrechte der Gema verfallen.

v. Baušern erwidert, es gebe auch Verleger, die der G. d. T. nahstehen und deren Verträge zum Himmel schreien.

Der



Der Komponist dürfe eben nicht jede Vertragsbestimmung unterschreiben. Jedenfalls sei es unrecht, den ganzen Verlegerstand herabzusetzen. Dadurch wäre eine Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen worden.

Herr Behn wendet ein, daß es natürlich gerade junge Komponisten sind, die dem Verleger in der von Herrn Rösch charakterisierten Weise übervorteilt würden. Wenn sie die Verträge nicht unterschreiben würden, dann würden ihre Werke eben nicht gedruckt.

Herr Rösch: Die G. d. T. habe durch ihre Bestrebungen jedenfalls erreicht, daß den Komponisten ihre Urheberrechte nicht mehr weggenommen werden können. Seine Haupttätigkeit bestehe darin, die Komponisten beim Abschluß von Verlagsverträgen zu beraten. Dies sei eine Hauptaufgabe der G. d. T. als Berufsgenossenschaft. -Viele Schwierigkeiten seien in der ungünstigen gesetzlichen Regelung des Urheberrechts begründet. Die Akademie müßte evtl. versuchen eine Änderung des Urheberrechts einzuleiten.

Herr Koch ersucht Herrn Rösch noch einmal um schriftliche Formulierung seiner Vorschläge und schließt die Sitzung um 8 1/2 Uhr.

gez. Friedr. E. Koch

gez. Dr. A m e r s d o r f f

gez. v. B a u s n e r n

J. Nr. 71

den 24. Januar 1925

Sehr geehrter Herr Hofrat,

am 1. August 1924 übermittelten wir Ihnen einen Bericht über unsere Verhandlungen mit der Gema und richteten die Bitte an Sie, uns in dieser Angelegenheit die klar formulierten Gegenvorschläge der G. D. T. und überhaupt eine Mitteilung über die Stellungnahme der G. D. T. zu dem damals erreichten Ergebnis zukommen zu lassen. Wir hegten die Erwartung, die gemeinschaftlichen Verhandlungen unmittelbar nach den Sommerferien wieder aufnehmen zu können.

Zu unserem Bedauern haben wir bis heute eine Antwort auf unser Schreiben nicht erhalten.

Wir ersuchen Sie um gefällige Erledigung des betreffenden Schreibens bis zum 10. Februar und zeichnen mit

vorzüglicher Hochachtung

Musiksektion der Akademie der Künste

Friedr. E. Koch

Herrn

Hofrat Dr. R ö s c h

B e r l i n W

Wilhelmstr. 57/58



John Josephine Van Zandt,

1924

am 1. dinstag übermittelte wir Ihnen meine Karte  
über unsere Verhandlungen mit der Genossenschaft  
des Litz am Rii, und in dieser Angelegenheit die Kler  
Anwaltschaften gegenwärtigen der G. D. T. mit beigefügt eine  
Mitteilung über die Verhandlungen der G. D. T. zu dem  
Jahre 1871. Ich habe zu kommen zu lassen. Wir haben  
die Erwartung, die gegenwärtigen Verhandlungen  
unserer halber mag der Kommissionsrat auch  
aufmerksam zu sein.  
In diesem Zusammenhang haben wir bis jetzt nicht  
auf unsere Rechte nicht aufgeben;  
Wir erwarten Sie eine zufäll. Teilnahme der künftigen  
Körperschaft bis zum 10. Februar und gehen mit

unverkauft  
Miser. Fahren 1. h. v. R.



Gegenwärtig  
unter dem Vorsitz des Herrn  
Prof. Koch

Berlin, den 9. Oktober 1924  
Beginn der Sitzung : 6 Uhr

die Herren :

Kahn

Koch, Friedr. E.

Scharwenka

Schumann

Seiffert

Laubert

W. Baußnern

Die Wahl wird auf 6 1/4 Uhr ver-  
schoben.

Zunächst berichtet Professor Koch  
über seine Besuche bei Strauß, Hausegger  
und Rösch. Rösch hat für Mitte Oktober  
eine klare Formulierung seiner Vorschläge  
( als Antwort auf die Mitteilungen und  
Vorschläge der Akademie der Künste von  
Ende Juli ) zugesagt.

Professor Schumann schlägt vor,  
inoffiziell mit einigen Vertretern der  
beiden Gruppen Gema und G. D. T. ohne  
Rösch und Rauh zu einer Beratung zusammen-  
zutreten. Diese Besprechung soll nur pri-  
vaten Charakter haben .

Die von mehreren Seiten in Aus-  
sicht genommene Busoni-Gedächtnisfeier  
soll auf Antrag von Herrn Professor Koch  
zwischen dem 28. Oktober und 4. November  
abgehalten werden . Die Programme sollen  
künftig den Vermerk tragen : " Veranstal-  
tung der Musiksektion" ( dieser Antrag

ist



gez. W. v. Baußnern.

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 1. August 1924  
Pariser Platz 4.

## Ah

den Vorstand der Genossenschaft  
deutscher Tonsetzer  
z. Hd. d. l. Vorsitzenden  
Herrn Hofrat Dr. Rösch  
Berlin

A Snapper an Professor  
Abgeordn. an 5.1.24

Die Akademie der Künste hat in der ~~1~~ letzten  
~~Sitzung vom 11. Juli~~ mit ~~den~~ Vertretern der Gema fol-  
gende drei Punkte als Verhandlungsbasis aufgestellt.

1. Schon <sup>für</sup> in den jetzigen Verhandlungen sollen die Gesichtspunkte über <sup>(eine Einflüßung)</sup> die Regelung der mechanischen Rechte ~~gleichzeitig mit den anderen Rechten festgesetzt~~  
~~Erörterungen über die anderen Probleme~~ festgestellt werden.
2. Die Gema soll mit der österreichischen Gesellschaft nur eine einzige Gruppe bilden, und ~~sich~~ diese soll nur einen Vertreter stellen.
3. Die mit der G. D. T. <sup>(s. Anhang zu Hinführung)</sup> ~~geschlossene~~ Einheit soll dem Ausland gegenüber als verhandelnde Körperschaft aufgestellt werden. <sup>(Einflüßung)</sup>

Die Vertreter der Gema haben nicht nur mit Betonung ausgesprochen, daß ihnen ~~nur~~ die Gründung und Erstarkung einer selbständigen, vom Ausland unabhängigen Gesellschaft, ~~gebildet von den Tonsetzern und Verlegern~~ <sup>als</sup> als erstrebenswertes Ziel erscheine, sondern sie sind, wie die Verhandlung ergab, mit dem jetzigen Geschäftsgebahren der Amvre, das die Rechte der Komponisten nicht

genügend



genügend geschützt, nicht einverstanden.

Bezüglich des ersten Punktes haben sich die Vertreter der Gema auf den Standpunkt gestellt, daß schon jetzt folgendes ~~zur Beratung kommen könne.~~ <sup>geprüft werden sollte</sup>

A.) Sobald als möglich die Regelung der mechanischen Rechte auf eine nationale Basis ~~gestellt werden~~ <sup>zu fallen</sup>

B.) Erwünscht ist eine gemeinsame Gesellschaft für mechanische Rechte, die den vollen Reingewinn ausschüttet und keine Dividende verteilt.

C.) Gewünscht wird die Aufstellung allgemeiner Grundsätze über die Verteilung der Einkünfte, ~~unabhängig mit den Vertretern und den Komponisten.~~ <sup>in der Gema</sup>

Die Sitzung ergab ferner, daß es seitens der Vertreter der Gema als unbedingt notwendig erachtet wird, daß eine Klärung der ~~gesellschaftlichen~~ <sup>gesetzlichen</sup> Stellung der Gema (dahin eintreten zu lassen, daß diese, sei es durch eine völlige Verschmelzung mit der G. D. T. oder durch eine Selbstständigmachung als eine in gleichem Sinne wie die Gema unabhängige Aufführungsanstalt besteht.

Die Aussprache hat weiter ergeben, daß es den Vertretern der Gema möglich erscheint, ~~spätestens ab 1926~~ <sup>spätestens ab 1925</sup> ihr Verhältnis zu der österreichischen Gesellschaft im Sinne der bei den reichsdeutschen Aufführungsanstalten bestehenden Wünsche umzuändern. Damit würde auch zu den Punkten 2 und 3 eine Verhandlungsbasis herbeigeführt.

Die Akademie der Künste, die in der ganzen Angelegenheit ~~immer noch~~ <sup>bis jetzt</sup> keine formellen Vorschläge von der G. D. T. erhalten hat, ersucht nun den Vorstand der G. D. T. seine Stellungnahme zu dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen sobald als möglich der Akademie der Künste zur Kenntnis zu bringen, damit die gemeinschaftlichen Verhandlungen mit der G. D. T. und der ~~Gema~~ <sup>Gema</sup> unmittelbar nach den Sommerferien fortgesetzt werden können.

*F. H. S. Koch*  
*W. S. Koch*

Anwesend unter  
dem Vorsitz des Herrn Prof. Koch

Berlin, den 11. Juli 1924  
Beginn der Sitzung 5,40 Uhr

die Herren

Amersdorffer  
von Baußnern  
Juon  
Kahn  
Koch Friedr. E.  
Schumann  
Seiffert  
Nentwig

Göhler  
Lienau  
Rauh

Zunächst wird durch Herrn Professor Koch festgestellt, daß Vertreter der G. D. T. verhindert sind, zu erscheinen. Es wird ein Entschuldigungsschreiben von Hofrat Rösch verlesen, ferner die 3 Punkte, die in der letzten Sitzung des Senates und der Genossenschaft von Professor Schumann als Vorschläge aufgestellt wurden.

Herr Schumann: Es sei der allgemeine Wunsch der Tonsetzer, zu einer Einigung zu kommen, dies könne natürlich nie geschehen durch das Nachgeben beider Gruppen. Es müsse ein Ausgleich zwischen kapitalistischer und idealistischer Macht gefunden werden.

Verlesen werden die Vorschläge des Herrn Tischer und die Stellungnahme des Hofrats Rösch in seinem Schreiben vom 16. Mai.

Es wird festgestellt, daß formelle Gegenvorschläge der G. D. T. auf die Vorschläge der Gema hin nicht gemacht worden sind.

Herr Rauh: Die Vertreter der Gema müssen Herrn Tischer als unberufenen Vermittler

ablehnen



ablehnen und können seine Vorschläge nur als Privatunterhandlungen zwischen Herrn Tiecher, Schumann und Rösch ansehen.

Herr Schumann: Als Verhandlungsbasis sollen auch nur die von der Akademie aufgestellten 3 Punkte als von der Akademie ausgehender Vorschlag dienen.

Herr Raub fragt, ob diese Vorschläge eine Vereinigung zwischen der G. D. T. und der Gema direkt herbeiführen sollen, oder ob ihr Zweck lediglich der sei, dem Ministerium durch die Akademie auf Grund dieser neuen Gesichtspunkte Vorschläge zu machen. Letzteres hätte, von der Akademie ausgehend, sicher großes Gewicht.

Herr Koch erwidert: Es sei beides denkbar, das Anstreben einer Einigung und Vorschläge an das Ministerium; vielleicht aber ergebe sich aus den weiteren Verhandlungen eine Einigung. - Er bedauere, daß die eine Partei, die G. D. T. nicht vertreten sei. Eine Fortsetzung der Verhandlungen mit beiden Parteien würde wohl frühestens im September möglich sein.

Auf eine Anfrage des Herrn Lienau wird ausdrücklich festgestellt, daß die heute zur Beratung stehenden 3 Punkte einen von der Akademie ausgehenden Vorschlag darstellen.

Herr Lienau führt aus: Durch diese neuen Vorschläge würden wohl die letzten Vorschläge der Gema beseitigt. Einiges stimme wohl mit diesen überein, andere Punkte streben wieder auseinander; besonders: die Gema verlangt eine vollständig von der G. D. T. unabhängige Gesellschaft der Aufführungsrechte. Ferner, die mechanischen Rechte dürften nicht hereingezogen werden, weil die Amme jetzt unmöglich aufgelöst werden könne. Herr Rösch verlange die Hereinsiehung der mechanischen Rechte, weil er ganz genau

weiß.

*Herr S. S. Koch Nr. 111*

weiß, daß daran die Vereinigung scheitern würde.

Herr Raub wünscht, die Akademie soll gewisse Sätze aufstellen, die sie für maßgebend hält. Direkte Verhandlungen zwischen der G. D. T. und der Gema würden zu gar nichts führen. Jetzt müsse eine mit Autorität bekleidete Behörde wie die Akademie Vorschläge machen. Wenn der andere Teil da nicht entgegenkomme, so trägt er die Verantwortung dafür, daß wieder einmal eine Einigung nicht zustande komme. - Bezüglich der Amme müsse man abwarten. Auf diesem Gebiete werde die Zeit sicher Rat bringen. Die G. D. T. habe fast gar nichts mit der Amme zu tun, die Gema sehr viel.

Herr Schumann entgegnet: Auch die Vertreter der ernsten Musik hätten manches mit den mechanischen Rechten zu tun. (Mechanisches Klavier!) - Wenn der Streitpunkt bezüglich der mechanischen Rechte nicht ebenfalls beseitigt würde, dann würde dadurch in späterer Zeit ein neuer Streit entstehen. Es müßten deshalb wenigstens die Gesichtspunkte für eine Einigung auch auf diesem Gebiete aufgestellt werden.

Herr Raub erwidert, daß auch nach seiner Ansicht natürlich eine rein deutsche Gesellschaft besser sei, als die deutsch-französische Amme. Diese gemeinsame Gesellschaft sei aber gegründet worden, weil die französischen Verleger schon vorher auf dem Plan waren. Man vereinigte sich mit ihnen, weil man lieber Frieden als Streit haben wollte. Hoffentlich erstarkt die deutsche Gesellschaft aber so, daß sie selbständig werden könne.

Herr Juerg hebt hervor, daß dies schon ein Gesichtspunkt für später sei.

Auch Herr Lienau gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Gesellschaft später eine rein deutsche würde. Der zweite Streitpunkt sei aber die Verteilung der Einkünfte.

Herr Raub setzt hinzu, daß zuzugeben sei, daß die Art der Verteilung

teilung



teilung bei der Amme die Rechte der Komponisten nicht genügend schütze. Auch er würde eine andere Verteilung für besser und richtiger halten.

Herr Schumann stellt fest, daß die beiden eben erwähnten Punkte die Hauptgesichtspunkte bezüglich der Amme wären und für die Zukunft im Auge behalten werden müßten, wozu Herr Rau bemerkt, daß es aber unmöglich sei einen Zeitpunkt festzustellen, wann die Amme zu einer deutschen Gesellschaft werden könne.

Herr Göhler wünscht festzustellen, daß die Gema ihren Mitgliedern nicht verbietet auch Mitglieder der Amme zu werden, wie dies die G. D. T. tut.

Herr Rau betont, daß man immer die Gema mit den Verlegern verwechsle. Dies sei ganz falsch, denn es gehören sehr viele Komponisten der Gema an. Es handelt sich nur um 2 Aufführungsanstalten: Die Afma und die Gema und um eine Vereinigung dieser beiden Anstalten. Die Gema gehöre da absolut nicht hinein. - Die Verleger seien durchaus nicht alle nur Vertreter des Kapitals, sondern auch Idealisten und Schützer der Kunst.

Herr Schumann entgegnet, daß dies nicht bestritten werden soll. Der Komponist schafft, dies sei eine reine ideelle Aufgabe. Der Verleger vertreibt die Werke, dies sei aber doch mehr eine geschäftliche Aufgabe.

Herr v. Baumbach weist darauf hin, daß der Komponist ein Interesse daran habe, seine Werke in die Öffentlichkeit zu bringen und daß auch er letzten Endes damit etwas verdienen will.

Herr Rau: Die G. D. T. werde immer der Gema gegenübergestellt. Dies sei ganz falsch, der G. D. T. stehe nur der Verlegerverein gegenüber. Nur Afma und Gema könne man einander gegenüberstellen.

gegenüberstellen.

Herr Nentwig meint dazu: Es dürfe da aber die enge Verbindung der Afma mit der G. D. T. nicht verkannt werden.

Herr Lienau legt dar, daß die Verleger im Grunde genommen selbst für später ein Zusammengehen mit der Amme wünschen. Die jetzt bestehenden Schwierigkeiten liegen aber an deren Form, sie ist eine Aktiengesellschaft. Die Organisation der Amme werde auch von den Verlegern bemängelt, ebenso die Verteilung der Anteile.

Herr Rau fügt hinzu, daß er selbst nicht Mitglied der Amme sei, weil er diese beiden Punkte nicht billige.

Herr Koch wünscht, daß in der heutigen Beratung doch möglichst schon die Gesichtspunkte festgestellt werden, die für eine Vereinigung der Amme aufgestellt werden können, da doch jetzt festgestellt sei, daß auch die Gema den Wunsch habe, später mit der Amme zusammenzugehen.

Herr Rau erwidert, dies werde kaum möglich sein, doch könne man schon jetzt etwa folgende Punkte fixieren:

1. Sobald als möglich, soll die Regelung der mechanischen Rechte auf eine nationale Basis gestellt werden.
2. Erwünscht ist eine gemeinsame Gesellschaft für mechanische Rechte, die den vollen Reingewinn ausschüttet und keine Dividende verteilt.
3. Gewünscht wird die Aufstellung allgemeiner Grundsätze über die Verteilung der Einkünfte unabhängig mit den Vertretern und den Komponisten.

Es wird alledann zu der Beratung des 2. Punktes der Vorschläge der Akademie übergegangen.

Herr Rau fragt, wie die Akademie zu der Zumutung komme, daß die eine Gesellschaft die G. D. T. beansprucht ebensoviel Stimmen zu haben, wie die beiden anderen Gesellschaften zusammen.

Herr

*Herr Koch N. Rau*



Herr Schumann erwidert: Damit sie nicht überstimmt werden kann.

Herr Rauh entgegnet: An der Wahl des Leiters werde die ganze Sache schon scheitern, weil darin jeder Partei sei.

Herr Rösch gehe davon aus, daß die Gema mit der österreichischen Gesellschaft immer gegen die G. D. T. sei. Die Schwierigkeiten der österreichischen Gesellschaft bestünden aber darin, daß nur 2 Leiter vorhanden seien. Wenn die G. D. T. als dritte Partei hinzukomme, so wäre es doch so natürlich, daß die beiden deutschen Gesellschaften sich selbst näherkommen, als die der Oesterreicher.- Der Vertrag mit den Oesterreichern läuft 1926 ab.

Herr Schumann stellt fest, daß also auch in diesem Punkte die Möglichkeit bestände, ( zu mindestens schon 1926 ) sich näherzukommen .

Herr Rauh erwidert: Die Möglichkeit des Näherkommens bestehe natürlich . Die G. D. T. kenne aber nur Kampf.

Herr Schumann widerspricht dem : Herr Rauh meine wohl nur die Persönlichkeit des Herrn Rösch .

Herr Rauh gibt dies zu und bemerkt, daß er nicht die G. D. T. im allgemeinen mit dieser Äußerung treffen wolle.

Gegenüber einer Bemerkung des Herrn Schumann, daß die G. D. T. alle ernsten Komponisten umfasse, weist Herr Rauh darauf hin, daß dies nicht richtig sei. So sei Wein-  
gärtner zu den Oesterreichern übergegangen, Herr Göhler sei bei der Gema.- Leider habe die ernste Musik für die Aufführungsanstalt weit weniger Bedeutung, als die Unterhaltungsmusik.

Herr Schumann entgegnet: Dann hätten die ernsten Musiker ja gar nichts in einer Aufführungsanstalt zu suchen.

Herr Rauh widerspricht dem : Die ernsten Musiker würden in der Gema sehr viel in musikalischen Fragen mitzusprechen haben. Freilich arbeitet eine Aufführungsanstalt hauptsächlich mit der Unterhaltungsmusik, mit dem Repertoire. Ein pekuniäres

Interesse

Interesse an der Vereinigung bestehe für die Gema also nicht, wohl aber ein sehr großes ideelles.

Herr Schumann : Auch für die G. D. T. bestehen ideelle Gründe für die Vereinigung. Die Musikpflege in Deutschland dürfte nicht länger unter dem Zwiespalt leiden.

Herr Rauh stimmt dem lebhaft bei .- Auf Befragen erklärt er, daß der österreichische Vertreter, der eine der beiden Direktoren immer in Deutschland weile.

Herr Koch fragt, ob dieser eine österreichische Vertreter nicht seine Rechte auf den Leiter der Gema übertragen würde.

Herr Rauh erwidert: Dies wäre sehr schön, es sei vielleicht auch nicht unmöglich, dies später einmal zu erreichen. Jedenfalls müsse aber ein Kampf mit den Oesterreichern vermieden werden, weil diese hauptsächlich das Repertoire hätten.- Er kommt dann zurück auf die Forderung der Gema, daß Afma von der G. D. T. getrennt wird.

Herr Schumann weist, wie schon in der vorigen Sitzung darauf hin, daß von der G. D. T. dann kaum mehr etwas übrig bleiben würde. Sie habe keine Aufgaben mehr.

Herr Rauh entgegnet: Sie könne eine reine Komponisten-Gesellschaft zum Zwecke der Vertretung der Interessen der Komponisten bleiben .

Herr Schumann erwidert: Die G. D. T. sei wohl eine Komponisten-Gesellschaft aber begründet zum Zwecke der Vertretung der Aufführungsrechte ! Eigentlich verwerte diese nicht die Afma, sondern die G. D. T.

Herr Koch weist darauf hin, daß in anderen Ländern z. B. in Holland die ernsten Komponisten gar keinen Anteil an den Aufführungsgenossenschaften nehmen, weil sie nichts darin zu sagen haben . Ebenso sei es in Paris.

Herr Rauh bestreitet dieses für Holland. - Die G. D. T. soll eine Gesellschaft lediglich zur Vertretung der Interessen der Komponisten sein. Dies könne der allgemeine deutsche Musikerverein, da er nicht bloß aus Komponisten bestehe . -

Von

*Herr S. Koch N. Rau*



Von der Beteiligung der Trennung der G. D. T. von der Afma könne die Gema nicht abgehen. Die G. D. T. als Komponisten-Gesellschaft könne die Aufführungrechte nicht vertreten. Die gegenwärtige Geschäftsführung der G. D. T. habe die größten Fehler gemacht.

Herr Schumann antwortet: Vermittlungsversuche würden ganz aussichtslos sein, wenn alles von der Personenfrage abhängig gemacht werden würde. Man kann nicht verlangen, daß Rösch einfach abgesetzt werde.

Herr Raub erwidert: Eine neue Gesellschaft oder die österreichische Gesellschaft würde sich nicht solche Möglichkeit aussuchen, wie sie der Braunschweiger Prozeß ergeben habe. Seitens des Herrn Rösch sei durch Aenderung eines Datums damals ein Betrug begangen worden, wie das gerichtliche Urteil ergab.

Herr Juon meint, solche Sachen seien vielleicht auch auf der Gegenseite vorgekommen.

Herr Raub verwahrt sich entschieden dagegen und verlangt Beweise für eine solche Behauptung. Er habe von dem Braunschweiger Prozeß gesprochen, damit Herr Ministerialdirektor Nentwig erfahre, weshalb die Vertreter der Gema sich mit Herrn Rösch nicht mehr an dem Beratungstisch zusammensetzen können. Er sei bereit, das Ausgeführte schriftlich zu wiederholen um Herrn Rösch Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern.

Herr Schumann entgegnet: Die Akademie könne sich von der Gema nicht Vorschriften machen lassen, sie soll die Forderung stellen, daß die G. D. T. Herrn Rösch fallen lasse.

Herr Koch schlägt vor, es soll nur ein Direktor für die 3 Gesellschaften gewählt werden und zwar von den Mitgliedern mit gleichem Stimmrecht.

Herr

Herr Raub meint, damit wäre er sehr einverstanden. Bedeutung für die Vereinigung bleibt, was er auch wiederholt betonen müsse, die Trennung von G. D. T. und Afma oder die Beseitigung von deren geschäftlicher Führung. Wenn Rösch beseitigt werden würde, dann wäre vielleicht sogar eine Trennung von G. D. T. und Afma nicht nötig.

Herr Schumann weist darauf hin, daß Rösch noch eine sehr starke Gefolgschaft habe. Er werde sagen, die G. D. T. soll gezwungen werden, sich unter die Macht der Verleger zu begeben. Einer solchen Möglichkeit gegenüber möchte er heute wiederholt darauf hinweisen, daß man die Waffen der Gegner nicht schärfen dürfe.

Herr Gehlert bemerkt, daß er auch als Komponist nicht für eine Einigung eintreten könne, wenn eine Persönlichkeit wie Herr Rösch in die jetzt sehr gute Leitung der Gema hineinkommen würde. Die Gema wolle nicht Unfrieden in ihr eigenes Haus tragen. Die Gema bestehe aus Komponisten und Verlegern. Ihn würde nicht einer die Komponisten gegen die Verleger auspielen. Es wäre viel besser, beide Gesellschaften würden weiter nebeneinander bestehen, als eine Vereinigung, in der eine Persönlichkeit eintreten würde, die immer wieder Anlaß zu neuem Unfrieden geben würde. Für eine Einigung sei auch die Verbindung der Afma mit der G. D. T. undenkbar, denn beide Gesellschaften müßten vollkommen frei und unabhängig sein, sonst würden immer wieder Dissonanzen entstehen.

Herr Schumann entgegnet: Die G. D. T. und Afma könnten ja eine einheitliche Gesellschaft sein.

Herr Raub erwidert: Entweder werde die G. D. T. von der Afma getrennt, oder die G. D. T. wird selbst eine reine Aufführungsgesellschaft.

Herr Schumann antwortet: Daß dies vielleicht möglich sei.

Man

*7.2.8.5. Koch N. D. Qu.*



Man dürfe aber nicht verkennen, daß ein gewaltiger Unterschied zwischen den Aufgaben der G. D. T. und der Gema bestehe.

Herr von Baumbach meint, man könne vielleicht aus der G. D. T. und Afma eine Aufführungs-Gesellschaft machen mit einem Gremium von Komponisten zur künstlerischen Aufsicht und Wahrung der Sozial- und Ehrenrechte der Komponisten.

Herr Rauh wünscht nochmal klar zu betonen, daß eine Verständigung nur zwischen zwei reinen Aufführungsgesellschaften möglich sei.

Herr Schumann entgegnet, daß dieser Standpunkt den Weg zur Verständigung ungemein erschwere, da er die Auflösung der G. D. T. voraussehe.

Herr Rauh widerspricht dem, da die Gema juristische Person zu werden braucht. Die G. D. T. könne bestehen bleiben. Auch die Verleger hätten ein lebhaftes Interesse daran, daß eine Komponistenvertretung bestehe.

Herr Koch verliest den 3. Punkt der Vorschläge, worauf Herr <sup>sich</sup> Rauh fragt, ob/diese auch auf die Oesterreicher beziehen.

Herr Lienau weist darauf hin, daß ähnliches schon in den letzten Vorschlägen der Gema enthalten sei. Die Anwesenden sind sich einig, daß der dritte Punkt keine besonderen Schwierigkeiten bereiten wird.

Herr Schumann bittet noch einmal im allgemeinen die Vertreter der Gema um möglichstes Entgegenkommen.

Herr Rauh antwortet: Die Gema würde aber jedenfalls nicht davon abgehen, keinen Unfrieden in die Gema tragen zu lassen.

Rösch habe, wie Herr Schumann selbst sagte, noch eine große Gefolgschaft. Diese Leute um Rösch sehen in den Verlegern immer die Feinde der Komponisten. - Er könne sich nichts davon versprechen, wenn die Vertreter der Gema noch einmal mit der Gegenpartei in einer Beratung zusammengebracht werden würden. - Zunächst muß ermittelt werden,

was

*7.12.18. noch N. S. Rau*

was die Gegenparteien zu dem Ergebnis der heutigen Aussprache sagen. Dann könnten evtl. dem Ministerium Vorschläge gemacht werden.

Herr Mentwig führt aus, daß der Herr Minister als Preussischer Minister in dieser Angelegenheit nichts veranlassen könne.

Herr Rauh erwidert: Dies wäre aber doch wohl möglich, wenn beide Teile das Ministerium als Schlichtungsausschuß anerkennen würden.

Herr Mentwig gibt dies zu. Er fügt ferner hinzu, daß die Vertreter der Gema darin Recht hätten, daß man sich schwer eine Konstruktion denken könne, wenn das Verhältnis von G. D. T. und Afma so bleibe wie jetzt.

Die Fortsetzung der Beratung wird voraussichtlich erst im frühen Herbst möglich sein. Bis dahin soll die Stellungnahme der G. D. T. zu dem Ergebnis der heutigen Beratung ermittelt werden.



Fernsprecher:  
Zentrum 4382  
Telegraphenamt:  
Gema

# Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte (Gema)

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Kontokonto:  
Mitteldeutsche  
Kreditbank

Tagebuch Nr. 1.550/24  
Bei Antworten wird um Angabe dieser  
Nr. gebeten.

Berlin W. 8, den 9. Juli 1924  
Krausenstr. 61 II

~~Werk~~ Akademie der Künste zu Berlin  
Firma z.H. des Herrn Professor von Baussnern.

Berlin W. 8

Pariserplatz 4

Sehr geehrte Herren!

Wir bestätigen Ihnen hierdurch den Empfang Ihrer Einladung vom 7.d.M.  
und geben uns die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass an der Sitzung am 11. Juli  
nachmittags 5 1/2 Uhr im Auftrage der Gema:

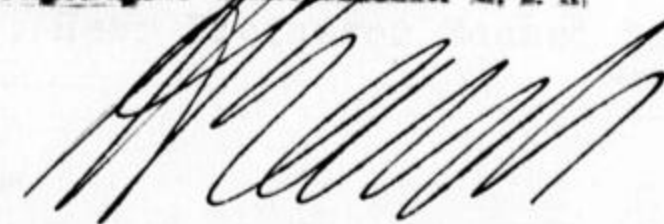
Herr Musikverleger Robert Lienau, Präsident der Gema,

Herr Musikverleger Hermann Rauh, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der  
Gema

und Herr Komponist Dr. Göhler, Mitglied des Aufsichtsrates der Gema  
teilnehmen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
ergebenst

Genossenschaft zur Verwertung  
musikalischer Aufführungsrechte (GEMA)  
Eingetragene Genossenschaft m. b. H.



16.8.24. noch N. 7. Gema



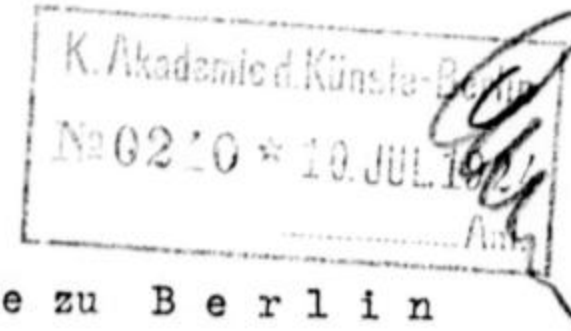
GENOSSENSCHAFT DEUTSCHER TONSETZER

BERLIN W 66, WILHELMSTRASSE 57/58

FERNSPRECHER: ZENTRUM 7454

R./G.

Berlin, den 9. Juli 1924.



An die

Akademie der Künste zu B e r l i n

Sektion für Musik

B e r l i n W. 8

Pariser Platz 4

*Herr Prof. Behm.  
7. Juli 10.*

Auf die geschätzte Zuschrift vom 7.d.Mts. müssen wir zu unserem lebhaftesten Bedauern die Erklärung abgeben, dass es uns nicht möglich sein wird, an der von Ihnen auf den 11.d.Mts. einberufenen Sitzung zu weiteren Verhandlungen mit den Vertretern der Gema teilzunehmen, da die drei Mitglieder der für diese Verhandlungen seitens der G.D.T. eingesetzten Kommission für diesen Tag verhindert sind. Herr Hugo Rasch ist zur Zeit von Berlin abwesend, auf einer Reise nach Helsingfors; der ergebenst Unterzeichnete ist zu einem Termin vor das Mieteinigungsamt München auf den 11.d.Mts. geladen und kann diesen Termin nicht versäumen, da es sich um eine Beschlagnahme von Wohnräumen in seinem Hause handelt und in der Vorladung zum Termin darauf hingewiesen wird, dass auch in seiner Abwesenheit verhandelt werde, dass aber in diesem Falle das Vorbringen der Gegenpartei (d.h. des Wohnungsamtes) als zutreffend der Entscheidung zu Grunde gelegt werde; Herr Professor Eduard Behm ist durch eine für

*12.8.24. nach N. Behm*



für diesen Tag nicht mehr abzusagende anderweitige Disposition verhindert.

Wäre vor Anberaumung des Termins, wie wir doch wohl hätten erwarten dürfen, bei uns angefragt worden, so hätte sich vielleicht doch noch vor den allgemeinen Ferien ein auch für die Vertreter der Gegenpartei passender Termin festsetzen lassen. Wir gestatten uns noch beizufügen, dass die uns zugestellte Einladung keinerlei Angaben enthält über die anscheinend neuen Vorschläge, die bei der beabsichtigten Verhandlung zur Beratung gestellt werden sollten. Es erscheint uns unbedingt notwendig, dass das Verhandlungsmaterial jeweils rechtzeitig vor einer in Aussicht genommenen Sitzung zu erhalten, damit die Verhandlungen nicht dadurch verzögert werden, dass die Mitglieder sich unter Umständen genötigt sehen, ihre Stellungnahme zu neuen Vorschlägen nicht sofort erklären zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
ergebenst

GENOSSENSCHAFT DEUTSCHER TONKÜNSTLER

Dr. H. Fröf

und die  
H. Fröf  
2.1.1.1.  
immer  
auf die  
H. Fröf

14.8.5. noch H. Fröf

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 3, den 7. Juli 1924  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor !

Bezugnehmend auf die Einladung zu der Sitzung am 11. Juli d. Js. erlaube ich mir Ihnen hierdurch die von Herrn Dr. Tischler Köln formulierten Vorschläge zu unterbreiten und Ihnen umstehend die 3 Punkte zur Kenntnis zu geben, die in der nächsten Sitzung zur Debatte kommen sollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Jhr

sehr ergebener

W. J.

Herrn

Ministerialdirektor M e n t w i g

B e r l i n W

Unter den Linden 4  
Kultusministerium



1. Es sollen die Gesichtspunkte über Regelung der mechanischen Rechte gleichzeitig mit den anderen festgestellt werden.
2. Die Verleger sollen mit den Oesterreichern nur eine geschlossene Gruppe bilden, die einen Vertreter stellt.
3. Die so geschaffene Einheit soll geschlossen dem Ausland gegenüber als Verhandlungskörper aufgestellt werden.

*Präsident  
G. T.*

*[Signature]*

*[Signature]*

*[Signature]*

# Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 7. Juli 1924  
Pariser Platz 4

Sehr geehrte Herren !

Die Akademie der Künste beabsichtigt Freitag, den 11. Juli d. Js. nachmittags 5 1/2 Uhr in einer Sitzung mit den Vertretern der G. D. T. und der Gema die Verhandlungen fortzusetzen. Wir erlauben uns Sie zu dieser Sitzung ergebenst einzuladen und zu bitten, drei Vertreter entsenden zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage

*Koppenhagen*

An  
den Vorstand der Genossenschaft  
zur Verwertung musikalischer  
Aufführungsrechte  
Berlin W 8  
Krausenstr. 61 II



Akademie der Künste zu Berlin

*Handwritten signature and date: 32.*

Berlin W 8, den 7, Juli 1924  
Pariser Platz 4

Sehr geehrte Herren !

Die Akademie der Künste beabsichtigt Freitag, den 11. Juli  
d. Js. nachmittags 5 1/2 Uhr in einer Sitzung mit den Vertretern  
der G. D. T. und der Gema die Verhandlungen fortzusetzen. Wir erlau -  
ben uns Sie zu dieser Sitzung ergebenst einzuladen und zu bitten,  
drei Vertreter entsenden zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrage

*Handwritten signature: Kopf-Sauer*

An  
den Vorstand der Genossenschaft  
Deutscher Tonsetzer  
Berlin W  
Wilhelmstr. 57/58

*Handwritten text, likely a stamp or address, partially legible:*  
Vorstand der Genossenschaft  
Deutscher Tonsetzer  
Berlin W  
Wilhelmstr. 57/58



Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates  
und der Genossenschaft der ordentlichen Mitglieder, Sektion für Musik.

Anwesend unter  
dem Vorsitz des Herrn Prof. Koch  
die Herren :

Berlin, den 30. Juni 1924  
Beginn der Sitzung: 6 Uhr

Schumann  
Friedr. E. Koch  
Taubmann  
v. Baußnern  
Seiffert  
Kahn  
Juon

Die Anwesenden der G. D. T. sehen  
vorläufig davon ab, eine Generalver-  
sammlung der G. D. T. zu beantragen.  
Herr S c h u m a n n beantragt evtl. die  
Grundsätze von Dr. T i s c h e r als  
eine Verhandlungsbasis zwischen G.D.T.  
und der Gema zu benutzen.

Herr Schumann berichtet ferner,  
daß er von R ö s c h **keinerlei** Aeufe-  
rungen über die Stellungnahme der  
G. D. T. erhalten habe.

Herr K o c h verliest einen Brief des Herrn  
B e h m , in diesem versucht Behm fest-  
zustellen, daß sich Hofrat R ö s c h  
keiner Verzögerung in den Verhandlungen  
schuldig gemacht habe.

Herr S c h u m a n n erklärt ausdrücklich,  
daß er zu keiner Zeit von Rösch einen  
Auftrag erhalten habe( ebenso nicht  
von der G. D. T. ) Aeufferungen über die  
Vorschläge von Dr. T i s c h e r an  
die Akademie weiterzugeben. Im Gegen-  
teil, er habe mit R ö s c h klipp und  
klar verabredet, daß R ö s c h ihm

bestimmte

AN  
den Vorstand der Genossenschaft  
deutscher Tonkünstler  
Berlin  
Wilmersdorf, 27/28



bestimmte Mitteilungen über die Stellungnahme der G. D. T. mitteilen soll, zur sofortigen Weitergabe an die Akademie. In Abständen von 4 Wochen habe er den Hofrat R ö s c h brieflich gebeten, ihm diese Mitteilungen zukommen zu lassen, er wäre jedoch bis heute ohne Antwort geblieben.

Herr S c h u m a n n formuliert 3 Punkte die möglichst als vorläufige Verhandlungsbasis betrachtet werden mögen:

1. Es sollen die Gesichtspunkte über die Regelung der mechanischen Rechte gleich von Anfang an mit den anderen Verhandlungspunkten festgestellt werden.
2. Die Verleger sollen mit den Oesterreichern zusammen eine geschlossene Gruppe bilden, die nur zur Vertretung eines einzigen Vertreters berechtigt sein soll.
3. Die so geschaffene Einheit mit der G. D. T. soll geschlossen dem Ausland gegenüber als Verhandlungskörper aufgestellt werden.

Die Akademie wird beauftragt für die zweite Juliwoche eine Sitzung beider Gruppen einzuberufen, in welcher die 3 genannten Punkte zur Diskussion gestellt werden sollen.

Den Antrag des Musikers Herrn P r ü m e r s kann die Akademie nicht befürworten, da er unrichtige Angaben enthält, die eine Gesetzesänderung notwendig machen würden.

gez. Friedr. E. K o c h

gez. v. B a u b n e r n

101

Berlin, den 24. Juni 1924.

Herrn

Professor Friedr. E. K o c h

Berlin - F r i e d e n a u  
=====  
Handjerystr. 24

Sehr geehrter Herr Kollege !

Ihrer Bitte, meinen Einfluss auf Herrn Hofrat R ö s c h geltend zu machen, dass er in Sachen Afma-Gema bestimmte Gegenvorschläge der Akademie der Künste unterbreite, werde ich mit Vergnügen entsprechen. Gestatten Sie aber, dass ich zugleich die mir gebotene Gelegenheit ergreife, um zur Aufklärung der Verzögerung unserer Verhandlungen mit der Gema bzw. der Antwort auf deren unannehmbare Vorschläge etwas beizutragen. Diese der Akademie am 21. Februar überreichten Vorschläge sind von der Akademie erst am 4. März erledigt worden und erst am 7. in die Hände von Hofrat R ö s c h gelangt. Bevor dieser von ihnen Kenntnis nehmen konnte, hatte Herr Dr. Tischer ihn bereits am 4. März gesprochen, um ihm, wie er annahm, vollkommen offiziell im Namen des Vorstandes der Gema mitzuteilen, dass die neuen Vorschläge der Gema nicht mehr als gültig, sondern bereits als überholt anzusehen wären, da Dr. Tischer in einer Unterredung mit den Vertretern der Gema diese überzeugt hatte, dass die Vorschläge als Verhandlungsbasis unmöglich in Betracht kommen könnten und eine Einigung vollkommen ausschließen. An Stelle dieser also nicht mehr

gültigen



gültigen hatte Dr. Tischer neue Vorschläge ausgearbeitet, die als Verhandlungsbasis dienen sollten. Sie lauteten:

1.) Die Verhandlungen über die gemeinsame Verwaltung der mechanischen Rechte würde vorläufig noch ausgesetzt, aber beide Parteien erklären, dass eine Einigung erstrebenswert ist und sobald als möglich herbeigeführt werden soll.

2.) Bezüglich der Aufführungsrechte können weder die Afma noch die Gema sich zur Zeit ganz auflösen; da sie durch allerlei Verträge gebunden sind, die z.T. internationalen Charakter tragen, und da eine Auflösung schwerwiegende Folgen, evtl. den Verlust der Rechte bringen würde, welche die Gruppen z.Zt. in der Hand haben. Es soll daher eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen werden, in welche sowohl Afma wie Gema kollektiv ihre Rechte einbringen. Diese Arbeitsgemeinschaft unterhält ein Büro, welches unter einem oder zwei Direktoren nach festgelegter Geschäftsordnung die technischen Arbeiten erledigt.

Vorstand dieses Geschäftsbetriebs bilden beide Gruppen gemeinsam, indem paritätisch mit gleicher Zahl die ernstesten Komponisten wie die heiteren und auf der anderen Seite die Verleger der ernstesten wie der heiteren Richtung Vertreter einsenden. Eine Ablehnung irgend eines Vertreters durch die Gegengruppe ist nicht gestattet. Es steht also durchaus der Genossenschaft frei, als ihren Vertreter Herrn Dr. Rösch zu entsenden, und ebenso umgekehrt etwa den Verlegern, Herrn Dr. Bock zu wählen.

Die Genossenschaft deutscher Tonsetzer bleibt für sich bestehen; sie hätte noch sehr wertvolle und wichtige kulturelle Aufgaben zu erfüllen. Um dieser Genossenschaft die Existenzmittel sicher zu stellen, wird von den Bruttoeinnahmen aus sämtlichen Aufführungsrechten, bevor irgend welche Anteile an Komponisten und Verleger erteilt werden, ein bestimmter Prozentsatz für die Zwecke der G.D.T. zur Verfügung gestellt.

Diese Vorschläge sind Herrn Prof. Schumann am 8. März übermittelt worden, in der bestimmten Annahme, er werde sie unverzüglich der Akademie vorlegen. Unsere zu einer Sitzung zusammengerufene Kommission (Hofrat Rösch, Hugo Rasch und ich) war der Meinung, die Akademie hätte die Tischerschen Vorschläge als von der Gema angenommen erhalten und werde als Vermittlungsstelle sie an die G.D.T. zur Kenntnis- und Stellungnahme

offiziell

offiziell weitergeben. Was aber nicht erfolgte! Daher konnte Hofrat Rösch erst auf das Schreiben der Akademie vom 8.V. antworten und zwar, nachdem er dieses Schreiben mit mir und Hugo Rasch eingehend beraten hatte. In seinem Antwortschreiben vom 16.V. an die Akademie hat sich dann Hofrat Rösch über die Tischer'schen Vorschläge durchaus positiv ausgelassen, was ich, damit Sie im Bilde sind, hier wiederhole:

"Vom Standpunkt der G.D.T. könnte wohl über die Vorschläge des Herrn Dr. Tischer unter Nr. 2 verhandelt werden, wenn auch nicht zu verkennen ist, dass die technische Durchführung dieses Vorschlages ungeheure Schwierigkeiten bietet. Der Punkt 1 der Vorschläge des Herrn Dr. Tischer ist aber nicht annehmbar, denn die G.D.T. muss unbedingt an ihrer von Anfang an abgegebenen Erklärung festhalten: Eine Einigung ist nur möglich, wenn 1) die Einigung sich nicht auf das Gebiet des Aufführungsrechts allein beschränkt, sondern auch die mechanisch-musikalischen Rechte umfasst, 2) das Einigungswerk zwischen den deutschen Komponisten und den deutschen Verlegern als eine rein deutsche Angelegenheit behandelt, in keiner Weise also von irgendwelcher Rücksicht auf irgendwelche ausländische Gesellschaft beeinflusst wird, und 3) wenn die Einigung so durchgreifend gestaltet wird, dass die in der Afma und der Gema vereinigten deutschen Komponisten und Verleger allen ausländischen Gesellschaften gegenüber hinsichtlich der Verwertung der deutschen Aufführungsrechte im Auslande einheitlich vorgehen."

Diese Voraussetzungen, deren Erfüllung nationale Kunst und Tonsetzer gleichermaßen fördern würde, bilden zugleich ein Programm der G.D.T., wohl wert, von der Akademie in vollstem Masse anerkannt zu werden, zumal in den letzten Jahren die Inflation ausländischer Komponisten in erschreckender Weise zugenommen hat, so dass die Verteidigung der Selbständigkeit unserer deutschen Berufsorganisation geradezu zu einer Lebensfrage für die deutsche Kunst wird. Freilich werden die Verleger, trotz gegenteiliger Versicherung doch mehr internationale Geschäftslente



Geschäftsleute als deutsche Idealisten, diese Voraussetzungen nicht verstehen oder nicht verstehen wollen; sie werden sich aber wohl mit den Tatsachen abfinden müssen.

Nach meiner ganz persönlichen Ansicht ist eine Lösung der jetzigen Gespanntheit und eine Vereinigung beider Gesellschaften augenblicklich überhaupt nicht, sondern erst im Jahre 26 möglich, wenn sich die Gema von der österreichischen Gesellschaft lösgelöst hat. Bis dahin sollten wir friedlich nebeneinander marschieren. Kündigt die Gema zur fechten Zeit ihren Vertrag mit Wien, so wäre das der Beweis, dass es ihr mit einer Verständigung mit der G.D.T. Ernst ist, was leider bis jetzt noch immer bezweifeln muss

Ihr hochachtungsvoll ergebener

*W. Behn.*  
*per Lakonien*  
*Dorotheum*  
*nach Friedrich*  
*Hofel-Bergenhof*

*Dr. Strauß, G. Schumann,*  
*Reinroth, Behn* Entwurf

*4x abh.*  
*1911*  
*Me*

*B. 19. 11. 14*

Sehr geehrter Herr Kollege !

Wie Ihnen bekannt, hat das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Ende vergangenen Jahres die Akademie der Künste beauftragt, in der Konfliktsangelegenheit der G. D. T. und der Gema. Vermittlungsverhandlungen in die Wege zu leiten. Nachdem zunächst auf Veranlassung der Akademie gemeinschaftliche Sitzungen mit Vertretern beider Parteien stattgefunden hatten, kam man überein, in getrennten Sitzungen - zunächst mit den Vertretern der G. D. T., dann mit denen der Gema. - weiter zu verhandeln. Als Ergebnis der letzten Sitzung am 21. Februar mit den Gema.-Vertretern wurden von diesen der Akademie konkrete Vorschläge für ein Zusammenarbeiten der G. D. T. mit der Gema. überreicht. Diese Vorschläge hat die Akademie unter dem 4. März an die G. D. T. weitergegeben. Trotz wiederholter Erinnerungen der Akademie, die Antwort über die Stellungnahme der G. D. T. zu den Vorschlägen der Gema. nicht lange hinauszuzögern, erhielt die Akademie bis zum 16. Mai überhaupt keinen Bescheid. Indirekt erhielt die Akademie Kenntnis davon, daß eine Vorstandssitzung der G. D. T. auf Antrag von Professor S c h u m a n n stattfinden sollte; ob der Vorsitzende der G. D. T. Hofrat Dr. R ö s c h eine solche Sitzung einberufen hat und mit welchem Ergebnis, entzieht sich der Kenntnis der Akademie der Künste.

Erst in einem Schreiben vom 16. Mai beantwortet Hofrat Dr. R ö s c h die Zuschrift der Akademie vom 4. März, und zwar mit dem gänzlich unbegründeten Vorwurf, daß die Akademie in den Verhandlungen eine Verschleppung verschuldet hätte. Aus den obigen Angaben ist ersichtlich, daß eine Verschlep-

pung



pung allein durch Leitung der G. D. T. veranlaßt worden ist.  
Da nun die G. D. T. es unterlassen hat mit bestimmten Gegen-  
vorschlägen an die Akademie der Künste heranzutreten, ersuchen  
wir Sie dringend Ihren ganzen Einfluß dahin wirken zu lassen,  
daß die G. D. T. sobald als möglich Gegenvorschläge aufstellt,  
damit Verhandlungen wieder aufgenommen werden können.

Hochachtungsvoll

Der Präsident  
Dr. Hermann von Helldorf

Th. S. E. Koch

*Lebenspende in Bayern 1904. - Sind  
in Akademie durch den Hinweis  
v. 17. September 1904. Seit 1905  
nicht mehr gegeben. 2. 1. 1906  
Leben der Kunst in Berlin*

*Friedrich  
v. Elbe.*

87. 6. 24.

*JP.*

Akademie der Künste zu Berlin

104

*Y. Nr. 194 - ab am 19.5.24  
Auftrag mit Original in  
G. D. T. an die Akademie  
an H. v. Helldorf*

Berlin W 8, den 19. Mai 1924  
Pariser Platz 4

Den Empfang Ihres Schreibens vom 16. Mai bestätigend, müssen wir  
zu unserm Bedauern feststellen, daß Ihre Ausführungen in der Angele-  
genheit der Verständigungsverhandlungen zwischen G.D.T. und der Gema  
keine positiven Angaben und nicht einmal einen Bericht über die Vor-  
standsitzung enthalten, die die G.D.T. abgehalten hat. Ihren Vor-  
wurf, die Akademie hätte sich in ihrer Verhandlungsarbeit und Bericht-  
erstattung einer wochenlangen Verzögerung schuldig gemacht, müssen wir  
auf das Entschiedenste zurückweisen. Diese Behauptung ist unrichtig.  
Am 31. Februar wurden die Vorschläge der Gema der Akademie überreicht,  
in den darauf folgenden Tagen wurde die Angelegenheit sofort bearbei-  
tet, und unterm 4. März wurden die Vorschläge an die G.D.T. weiterge-  
geben. Also wartet die Akademie seit Anfang März auf die Stellungnah-  
me und die Gegenvorschläge der G.D.T.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Präsident

*JP.*

An  
den Vorstand der G.D.T.  
z. Händen des Vorsitzenden

Herrn Dr. Dr. Friedrich Koch

*Datum 21. 6.  
Hilfsnummer 1757*



pung allein durch Leitung der G. D. T. veranlaßt worden ist.  
Da nun die G. D. T. es unterlassen hat mit bestimmten Gegen-  
vorschlägen an die Akademie der Künste heranzutreten, ersuchen  
wir Sie dringend Ihren ganzen Einfluß dahin wirken zu lassen,  
daß die G. D. T. sobald als möglich Gegenvorschläge aufstellt,  
damit Verhandlungen wieder aufgenommen werden können.

Hochachtungsvoll

Der Präsident *Lappin*  
Dr. Holm für *Holm*

*Friedr. E. Rösch*

*Empfangen in Berlin am 19.5.24  
an den Vorstand der G.D.T.  
in der Wohnung des Herrn Dr. Holm  
in der Straße...*

*Friedrich E. Rösch*  
*87 6.24.*

*JP.*

Akademie der Künste zu Berlin

104

*Y. H. 194 - ab am 19.5.24  
Anspruch auf Original  
G.D.T. mit Unterschrift  
an Dr. Holm*

Berlin W 8, den 19. Mai 1924  
Pariser Platz 4

Den Empfang Ihres Schreibens vom 16. Mai bestätigend, müssen wir  
zu unserm Bedauern feststellen, daß Ihre Ausführungen in der Angele-  
genheit der Verständigungsverhandlungen zwischen G.D.T. und der Gema  
keine positiven Angaben und nicht einmal einen Bericht über die Vor-  
standssitzung enthalten, die die G.D.T. abgehalten hat. Ihren Vor-  
wurf, die Akademie hätte sich in ihrer Verhandlungsarbeit und Bericht-  
erstattung einer wochenlangen Verzögerung schuldig gemacht, müssen wir  
auf das Entschiedenste zurückweisen. Diese Behauptung ist unrichtig.  
Am 21. Februar wurden die Vorschläge der Gema der Akademie überreicht,  
in den darauf folgenden Tagen wurde die Angelegenheit sofort bearbei-  
tet, und unterm 4. März wurden die Vorschläge an die G.D.T. weiterge-  
geben. Also wartet die Akademie seit Anfang März auf die Stellungnah-  
me und die Gegenvorschläge der G.D.T.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Präsident

*JP.*

An  
den Vorstand der G.D.T.  
z. Händen des Vorsitzenden

Herrn Hofrat Dr. Friedrich Rösch

*Berlin W. 66  
Hofrat Dr. Rösch 57/58*



pung allein durch Leitung der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

Der Vorstand der G. D. T. veranlaßt worden ist.

# GENOSSENSCHAFT DEUTSCHER TONSETZER

BERLIN W 86, WILHELMSTRASSE 57/58  
FERNSPRECHER: ZENTRUM 722

R/R.

B e r l i n , den 16. Mai 1924.

K. Akademie d. Künste  
No 0194 \* 17. Mai 1924  
Ant.

An die

Akademie der Künste zu B e r l i n ,

Sektion für Musik

B e r l i n W. 8.

Pariser Platz 4.

Auf die geschätzte Zuschrift vom 8. d. M., mit der Ihr hoch-  
verehrter Herr Präsident die Verzögerung der von Ihnen einge-  
leiteten Verständigungsverhandlungen mit der Gema beklagt, müs-  
sen wir auch unserem lebhaften Bedauern Ausdruck geben, dass  
die leidige Angelegenheit so mühselig vorwärts schreitet. Nach  
Lage der Sache fühlen wir uns aber an diesem schleppenden Fortgang  
in keiner Weise schuldig.

Zunächst liegt der Hauptfehler wohl daran, dass die Akade-  
mie entgegen ihrer Stellungnahme in der ersten gemeinsamen Ver-  
ständigungssitzung sich auf den schiefen Weg hat drängen lassen,  
getrennte Verhandlungen mit beiden Parteien zu führen. Dieses  
Verfahren hat nunmehr bereits zu unmöglichen Zuständen geführt.  
Nachdem die Herren der Gema in der ersten gemeinsamen Sitzung  
kategorische Forderungen erhoben hatten, von denen wohl auch den  
Herren der Akademie ohne weiteres klar sein musste, dass sie  
von der G. D. T. unmöglich angenommen werden könnten, sind von den

Herren



Herren der Gema in einer späteren separaten Sitzung neue Vorschläge vorgelegt worden, die uns aber erst nach wochenlanger Versäumerung, nämlich am 7. März d. J. abschriftlich zugestellt worden sind. Vorher schon (am 4. und 5. März d. J.) hatte aber Herr Musikverleger Dr. Tischer dem ergebenst Unterzeichneten, der damals also noch garnicht im Besitze der zweiten Vorschläge der Gema war, berichtet, er habe mit den Herren der Gema eine Besprechung über die Möglichkeiten einer Verständigung gehabt und dabei von sich aus als Musikverleger den Herren der Gema sofort erklärt, dass weder die ersten noch die zweiten Vorschläge der Gema auch nur die geringste Aussicht haben könnten, von der G.D.T. angenommen zu werden. Darauf hätten die Herren der Gema ihn ermächtigt, dem Unterzeichneten mitzuteilen, dass, wenn er bis jetzt den Wortlaut der zweiten Vorschläge noch nicht erhalten habe, er diese Vorschläge weiter nicht beachten, sondern als bereits wieder überholt ansehen möge. Dabei hat Herr Dr. Tischer dem Unterzeichneten Mitteilung von neuen Vergleichsvorschlägen, die von ihm angeregt wurden, gemacht und nachträglich am 8. März eine Abschrift eines von ihm an Herrn Professor Georg Schumann gerichteten Briefes übermittelt, in dem diese Vorschläge zur Weiterleitung an die Akademie der Künste niedergelegt waren.

Hiernach konnten also die mit der Zuschrift der Akademie vom 4. März, tatsächlich aber erst am 7. März bei der G.D.T. eingegangenen zweiten Vorschläge der Gema nicht mehr als Verhand-

lungsgrundlage

108  
106  
Verhandlungsgrundlage angesehen werden, die neuen Vorschläge des Herrn Dr. Tischer aber erst dann, wenn sie offiziell von der Akademie aufgenommen und den Parteien zur Rückausserung zugeleitet waren. Dies ist bedauerlicherweise bis heute nicht geschehen. In der Zwischenzeit hat aber der Unterzeichnete privatim von Herrn Professor Dr. Schumann erfahren, dass die Herren der Gema sich nachträglich doch wieder erheblich weniger günstig zu den Vorschlägen des Herrn Dr. Tischer stellten, als sie Herrn Dr. Tischer gegenüber selbst am 5. März erklärt hatten.

Vom Standpunkt der G.D.T. könnte wohl über die Vorschläge des Herrn Dr. Tischer unter Nr. 2 verhandelt werden, wenn auch nicht zu verkennen ist, dass die technische Durchführung dieses Vorschlages ungeheure Schwierigkeiten bietet. Der Punkt 1 der Vorschläge des Herrn Dr. Tischer ist aber nicht annehmbar, denn die G.D.T. muss unbedingt an ihrer von Anfang an abgegebenen Erklärung festhalten: eine Einigung ist nur möglich, wenn 1) die Einigung sich nicht auf das Gebiet des Aufführungsrechtes allein beschränkt, sondern auch die mechanisch-musikalischen Rechte umfasst, 2) das Einigungswerk zwischen den deutschen Komponisten und deutschen Verlegern als eine rein deutsche Angelegenheit behandelt, in keiner Weise also von irgendwelcher Rücksicht auf irgendwelche ausländische Gesellschaft beeinflusst wird, und 3) wenn die Einigung so durchgreifend gestaltet wird, dass die in der Afma und der Gema vereinigten deutschen Komponisten und Verleger allen ausländischen Gesellschaften gegenüber hinsichtlich der Verwertung der deutschen Aufführungsrechte im Auslande

einheitlich



einheitlich vorgehen.

Der Gang der bisherigen Verhandlungen hat überdies deutlich gemacht, dass die G.D.T. sich auf keinen Fall der Auffassung der Gegenpartei anpassen kann, als ob es sich bei der Frage der Verwertung musikalischer Urheberrechte im Grunde nur um eine Frage des Geldwerbes handle, und dass es für eine sachgemäße Verwertung der Urheberrechte förderlich sei, wenn an dieser Verwertung die Mitwirkung der Komponisten in Form einer geschlossenen Berufsorganisation ausgeschaltet werde. Nach beiden Richtungen hin sind wir direkt entgegengesetzter Ansicht, und zwar vor allem im Interesse der gesamten deutschen Musikpflege.

Hochachtungsvoll  
ergebenst

GESELLSCHAFT DEUTSCHER TONSETZER

*Dr. H. Hoff*

Anbei Abschrift des Briefes  
des Herrn Dr. Fischer an Herrn  
Professor Schumann v. 8.3.24.

Abschrift.

Cöln-Bayenthal, 8. März 1924.

Herrn

Professor Georg Schumann

Berlin - Lichterfelde - Ost.

Bismarckstrasse 8.

Sehr geehrter Herr Professor.

Wie Sie wissen, bin ich mit meinem Verlage noch Mitglied der G.D.T. Schon in früheren Jahren habe ich versucht, zwischen der G.D.T. und den Verlegern zu vermitteln in Sachen Aufführungsrecht. Gelegentlich der Generalversammlung der Musikhändler in Leipzig wurde mir wiederum von verschiedenen Herren nahe gelegt, mich in dieser Richtung zu betätigen, nachdem ich wegen der Aussichtslosigkeit in den letzten zwei Jahren keinerlei Schritte mehr unternommen hatte. Da zur Zeit unter Führung der Akademie der Künste solche Vermittlungsverhandlungen geführt werden, halte ich es nicht für richtig, eine selbstständige Aktion zu unternehmen; ich habe aber dieser Tage bei einer Anwesenheit in Berlin fort mit beiden Parteien Fühlung genommen, auf der einen Seite mit Herrn Dr. Rüsch, auf der anderen Seite mit den Herren Rau, Dr. Book und Lienau. Die zur Zeit seitens der Verlegergruppe gemachten Vorschläge, welche übrigens Herr Dr. Rüsch noch garnicht zu Gesicht bekommen hatte, scheinen mir für eine Einigung nicht günstig. Um die Sache zu beschleunigen, habe ich gesucht, eine beiden Teilen gerecht werdende neue Basis zu finden und glaube nach Rücksprache mit beiden Parteien, dass die Basis etwa folgendermassen zu schaffen sei:

1. Die Verhandlungen über die gemeinsame Verwaltung der mechanischen Rechte würde vorläufig noch ausgesetzt, aber beide Parteien erklären, dass eine Einigung erstrebenswert ist und sobald als möglich herbeigeführt werden soll.
2. Bezüglich der Aufführungsrechte können weder die Afma noch die Gema sich zur Zeit ganz auflösen, da sie durch allerlei Verträge gebunden sind, die zum Teil internationalen Charakter tragen, und da eine Auflösung schwerwiegende Folgen, eventl. den Verlust der Rechte bringen würde, welche die Gruppen zur Zeit in der Hand haben. Es soll daher eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen werden, in welche sowohl Afma wie Gema kollektiv ihre Rechte einbringen. Diese Arbeitsgemeinschaft unterhält ein Büro, welches unter einem oder zwei Direktoren nach festgelegter Geschäftsordnung die technischen Arbeiten erledigt.

Vorstand



Vorstand dieses Geschäftsbetriebes bilden beide Gruppen gemeinsam, indem paritätisch mit gleicher Zahl sowohl die ernstesten Komponisten wie die heiteren und auf der anderen Seite die Verleger der ernstesten wie der heiteren Richtung Vertreter einsenden. Eine Ablehnung irgend eines Vertreters durch die Gegengruppe ist nicht gestattet. Es steht also durchaus der Genossenschaft frei, als ihren Vertreter Herrn Dr. Rüsch zu entsenden, und ebenso umgekehrt etwa den Verleger, Herrn Dr. Bock zu wählen.

Die Genossenschaft deutscher Tonsetzer bleibt für sich bestehen; sie hätte noch sehr wertvolle und wichtige kulturelle Aufgaben zu erfüllen. Um dieser Genossenschaft die Existenzmittel sicher zu stellen, wird von den Bruttoeinnahmen aus sämtlichen Aufführungsrechten, bevor irgendwelche Anteile an Komponisten und Verleger erteilt werden, ein bestimmter Prozentsatz für die Zwecke der G.D.T. zur Verfügung gestellt.

Wie Sie sehen, würde ein derartiges Abkommen weiter reichen und eine wirklich verhandlungsfähige Basis für beide Parteien ergeben; beide Parteien resp. ihre Führer haben diese Basis als möglich erachtet. Wenn die Akademie der Künste sich diese Basis zu eigen machen würde, scheint mir eine Einigung möglich, die im Interesse des deutschen Musiklebens sobald als möglich hergeführt werden sollte.

In der Hoffnung, durch meine Bemühungen der Sache gedient zu haben zeichne ich

als Ihr ergebener

(gez. Dr. G. T. i s c h e r ).

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 8. Mai 1924  
Pariser Platz 4

Die Akademie der Künste ist trotz ihres wiederholten Ersuchens bis heute ohne Mitteilung über die Stellungnahme des Vorstandes der Genossenschaft deutscher Tonsetzer zu den Vorschlägen der Gema geblieben, obwohl, wie uns bekannt, schon vor 6 Wochen eine Sitzung des Vorstandes stattgefunden hat, in der über die fragliche Angelegenheit beraten worden ist. Wenn besondere Hinderungsgründe für die Mitteilung der Stellungnahme des Vorstandes der G.D.T. beziehungsweise der dortigen Gegenvorschläge vorliegen, so dürfte die Akademie wohl mit Recht auf eine kurze Aufklärung darüber und auf eine Angabe, wann der Fortgang der Angelegenheit zu erwarten ist, rechnen. Jedenfalls müssen wir angesichts dieser uns völlig unverständlichen Verzögerung jede Verantwortung für die dadurch entstandene Verschleppung und Erschwerung der eingeleiteten Einigungsverhandlungen ablehnen.

In größter Hochachtung

Der Präsident

An den

Vorstand der Genossenschaft deutscher Tonsetzer

z. H. des Herrn Hofrats Dr. Rüsch

Berlin W 66

Auf Abgang  
von H. v. Jansen. J. H. K. v.  
(ist Kopie Brief auf Probieren  
mit H. v. Jansen. H. v.)



Stygmaphysa 5/7/58



AKademie der Künste zu Berlin

AKademie der Künste zu Berlin

Berlin, den 3. April 1924  
Postfach 1000

Die Akademie ist leider bisher noch ohne Bescheid mit der Arbeit  
den vom 4. März d. J. geblieben. Wir bitten um gefällige Abklärung  
wegen der Einstellung des Vorstandes der G. d. T. zu den  
Vorschlägen der G. d. T. einzuwirken, falls möglich Gegenstände zu  
nehmen, damit die Verhandlungen nicht aufhören zu werden können  
und keine Verschärfung der Lage entsteht.

Der Vorstand



Der Vorstand der G. d. T.  
Deutscher Tonkünstler

Berlin  
Königsplatz 24/25

Per Hand  
Anlagen gesandt  
11. 3. 1924

110

,den 4.3.1924

Sehr verehrter Herr Kollege!

Abschrift eines an den Vorstand der G. d. T.  
gerichteten Schreibens nebst Anlage übersende  
ich Ihnen anbei zur gefälligen Kenntnissnahme  
mit der Bitte, Ihren Einfluss als Mitglied des  
Vorstandes der G. d. T. gefälligst dahin gel-  
tend machen zu wollen, dass eine Stellungnahme  
in einer ausserordentlichen Generalversammlung  
möglichst bald erfolgt.

Mit kollegialem Gruss



Herrn

Professor Schumann

Berlin-Lichterfelde



Akademie der Künste zu Berlin

dem 4. März 1924

Gehr. verehrter Herr Kollege!  
Abschrift eines an den Vorstand der G. d. T.  
verrichteten Schreibens steht Ihnen überreicht  
Ich Ihnen anbei zur Kenntnisnahme  
mit der Bitte, Ihren Einfluss als Mitglied des  
Vorstandes der G. d. T. geltend zu machen, dass eine  
Entscheidung zu Gunsten einer Beteiligung  
in einer musikalischen Generalversammlung  
möglichst bald erfolgt.  
Mit kollegialen Grüßen

Professor Schumann

Berlin-Mitte

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 4. März 1924  
Pariser Platz 4

In der letzten Besprechung mit den Herren Vertretern  
der Gema wurde von diesen der beiliegende neue Vorschlag  
für die Anbahnung einer Einigung vorgelegt. Die Akademie  
bittet den Vorstand der G. d. T. zu diesem Vorschlag gefäl-  
ligst möglichst bald Stellung zu nehmen.

Akademie der Künste  
Der Vorsitzende  
Sektion für Musik

An den

Vorstand der Genossenschaft deutscher Tonsetzer

Berlin W

Anlage



112

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senats  
und der Genossenschaft, Sektion für Musik, unter Zuziehung von  
Vertretern der Gema.

Anwesend

Berlin, den 21. Februar 1924  
Beginn der Sitzung 5 1/4 Uhr

unter dem Vorsitz des Herrn Koch

die Herren

Amerdorffer

v. Baußnern

Ehrl

Koch

Kentwig

Scharwenka

Schumann

Seiffert

Taubert

Jaon

Kaun

v. Reznicek

von der Gema: Lienau

Dr. Gähler

Rauh

Nachdem Herr Koch die Sitzung  
eröffnet hat, bemerkt Herr L i e n a u ,  
daß die Vertreter der Gema die in der vor-  
igen Besprechung vorgelegten Vorschläge  
nochmal überprüft und Änderungen an ihnen  
angebracht haben.

Herr N e n t w i g referiert über  
die Ergebnisse der Besprechung mit den  
Vertretern der G. D. T.. Diese hätten,  
falls die Afma aufgelöst wird, vor allem  
das Bedenken, daß die Vertreter der ernsten  
Musik in den Hintergrund treten gegen-  
über der Unterhaltungsmusik, deshalb wün-  
schen die Vertreter der G. D. T. auf die  
Vorschläge des Herrn Lienau von 1922  
zurückzukommen.

Herr L i e n a u bemerkt hierzu, daß der Kopf  
der von Herrn Bösch überreichten Niederschrift nicht  
stimme. Es handele sich nicht um Vorschläge, die er ge-  
macht habe, sondern um Ergebnisse einer Unterredung  
mit Justizrat Osterrieth, die möglicherweise als eine  
Grundlage für eine Neu-Ordnung in Betracht kommen soll-  
ten. Zu beachten sei für diese Niederschrift besonders:  
die Afma sei in ihr wohl genannt, gemeint war aber  
nicht die Afma in der alten Form, sondern in einer neuen  
Gestalt.

Herr



Herr N e n t w i g erwidert, daß Herr Lienau auf dieses von Herrn Bösch überreichte Schriftstück keineswegs festgelegt werden solle.

Herr L i e n a u betont nochmals, daß es sich damals nur um allgemeine Richtlinien gehandelt habe.

Herr N e n t w i g fügt hinzu: Das wesentliche war für die G. D. T. in den damaligen Vorschlägen wohl die Dachorganisation durch die ein richtiges Zusammenarbeiten gewährleistet werden sollte. Die Interessen der ernsten Musik könnten dadurch gesichert werden, daß eine Anzahl von Mitgliedern der G. D. T. in die Leitung gewählt wurde, um die Autoren der ernsten Musik gegen die überwältigende Majorität der Unterhaltungsmusik zu sichern.

Herr R a u h überreicht die neuen Vorschläge der Gema schriftlich und bemerkt dazu: Die Vertreter der Gema hätten in der vorigen Besprechung den Eindruck gehabt, daß eine besondere Schwierigkeit bestehe und überlegt, wie diese beseitigt werden könne: Die Afma sollte nach dem vorigen Vorschlag aufgelöst werden, die Gema nicht. Die Mitglieder der Afma sollten in die Gema eintreten. Die Gegenseite glaube vielleicht, daß ihr hierdurch ein Gang durch das kaudinische Joch zugemutet werden solle. Die Gema möchte alles vermeiden, was den Eindruck erwecken könnte, als wollte sie eine herrschende Stellung einnehmen. Wenn die Identität der Gema nicht gewahrt würde, dann würden nach juristischem Urteil ihre Verträge verloren gehen. Auch eine Übertragung der Verträge an eine neue Gesellschaft sei bedenklich, weil nach Auflösung der Gema zunächst ein Vacuum eintreten würde, niemand da sei, der durch diese Verträge gebunden sei. Nur die Leitung der Gema kann diese Gefahr richtig beurteilen, z. B. würden die Franzosen versuchen, ein solches Übergangsstadium zu benutzen, um möglichst viel Mitglieder der Gema abspenstig zu machen und ihrer eigenen Gesellschaft zuzuführen.

Grund

## Vorschläge für eine Vereinigung von GEMA und AFMA.

### I. Übergangsstadium.

#### § 1.

GEMA bleibt wie bisher dem organisierten deutschen Musikverlag gegenüber völlig unabhängig. Mitglieder der GEMA, welche an der Verwaltung der Organisation des Musikverlages beteiligt sind, bedürfen zur Beteiligung an der Verwaltung der GEMA der Zustimmung der AFMA.

#### § 2.

Die Mitglieder der AFMA organisieren sich als Aufführungsrechtsgesellschaft, welcher die Aufführungsrechte ihrer Mitglieder übertragen werden und welche die Rechte einer juristischen Person erwirbt. Mitglieder der AFMA, welche an der Verwaltung der Organisation der Tonsetzer beteiligt sind, dürfen nur mit Zustimmung der GEMA an der Verwaltung der selbstständigen AFMA beteiligt sein.

#### § 3.

GEMA verpflichtet sich, die Rechte der Bezugsberechtigten der AFMA im Auslande zu den gleichen Bedingungen verwerten zu lassen, wie die Rechte der GEMA-Mitglieder.

GEMA verpflichtet sich ferner, den vollen Ertrag aus der Auslandsverwertung der AFMA-Rechte der AFMA zu überweisen.

Verträge zwischen GEMA und ausländischen Gesellschaften bedürfen der Genehmigung durch den Vorstand der AFMA.

#### § 4.

GEMA, AFMA und A K M (Österreichische Aufführungsrechtsgesellschaft) gründen analog dem gegenwärtig bestehenden "Verbande zum Schutze musikalischer Aufführungsrechte für Deutschland" einen neuen Verband. Dieser Verband verwaltet die Rechte der drei Gesellschaften gegenüber den Konzertunternehmern in Deutschland. Die Oberleitung dieses Verbandes liegt paritätisch in den Händen des Vorstandes der drei Gesellschaften. Ueber die Ernennung der Direktoren entscheiden die drei Vorstände mit gleichem Stimmrecht. Die Bestimmungen über die Verteilung des von dem Verbands erzielten Reingewinnes werden in dem Verträge zwischen den beiden deutschen und der österreichischen Gesellschaft festgesetzt.

### II. Endgiltige Verschmelzung.

#### § 5.

Die Bestimmungen der §§ 2 bis 4 sind nur als Übergangsbestimmungen bis zur endgiltigen Verschmelzung der beiden Gesellschaften giltig. Die Fusion zwischen GEMA und AFMA hat spätestens bei



bei Ablauf des am längsten laufenden gegenwärtigen Auslands-Vertrages der GEMA ( d. h. am 1. Januar 1930 ) stattzufinden.

Bei Erneuerung der gegenwärtig laufenden und bei Abschluss neuer Auslands-Verträge verpflichtet sich die GEMA, dafür Sorge zu tragen, daß die erneuten bzw. neuen Verträge die Bedingung enthalten, daß mit dem Tage der Fusion Rechte und Pflichten der GEMA aus diesen Verträgen an die Gesellschaft übergehen, welche durch die Fusion begründet wird. Der Abschluss neuer und die Erneuerung bestehender Auslands-Verträge darf nur mit Genehmigung der AFMA erfolgen .

§ 6 .

In der Satzung der fusionierten Gesellschaften sollen folgende Grundsätze zum Ausdruck gelangen:

- 1.) Unabhängigkeit von Fach-Organisationen der Autoren, oder Verleger,
- 2.) In der Verwaltung paritätische Vertretung der Tonsetzer und Verleger unter angemessener Beteiligung der Textdichter.
- 3.) Wahlen für die Verwaltung durch die General-Versammlung mit gleichem Stimmrecht für alle Mitglieder der Gesellschaft. Für die Verwaltung werden die Tonsetzer durch die anwesenden Tonsetzer, die Verleger durch die anwesenden Verleger, die Textdichter durch die anwesenden Textdichter gewählt.
- 4.) Beschlüsse über Anträge, bei denen die Interessen der Autoren und Verleger auseinandergehen, werden von den beiden Interessengruppen getrennt gefaßt und sind nur dann gültig, wenn sie von beiden Gruppen die Mehrheit der Stimmen erhalten haben.
- 5.) Die Verteilung der Gewinne erfolgt nach den Grundsätzen, die in der AFMA und der GEMA bisher übereinstimmend gültig gewesen sind.

Grund zu größter Vorsicht sei deshalb vorhanden. - Die Gema habe deshalb gesucht, einen anderen Weg zu finden, der in den schriftlich überreichten Vorschlägen skizziert sei. Diese neuen Vorschläge gehen auf eine Idee zurück, die in dem Schriftstück vom Oktober 1922 bereits enthalten ist: Es soll nämlich ein Übergangszustand geschaffen werden, in dem Afma und Gema für sich weiter bestehen. Im weiteren Verlauf der Entwicklung sollen dann beide Gesellschaften gleichzeitig von der Bildfläche verschwinden. - Die Vorschläge sollen zur Beratung stehen und können natürlich eventuell noch geändert werden. Er hoffe aber, daß mit diesem neuen Vorschlag die berührte Schwierigkeit, die ungleiche Behandlung von Afma und Gema, vermieden sei.

Herr Mentwig dankt für diese Ausführungen. Die Akademie werde diese Vorschläge als ehrlicher Makler der G. D. T. übermitteln. Im einzelnen könne augenblicklich natürlich noch nicht dazu Stellung genommen werden. Dies werde die weitere Besprechung ergeben. In § 1 sei die Unabhängigkeit der Gema von der Afma, in § 2 die Unabhängigkeit der Afma von der Gema vorgesehen. § 2 würde aber einen Umbau der Afma bedeuten, die jetzt ein Teil der G. D. T. ist. Die Verwertungsanstalt der G. D. T. müsse also ihre Identität aufgeben. Ferner könne es vielleicht bei der Afma Anstoß erregen, daß in § 3 der Österreichischen Gesellschaft das Recht zugestimmt werden soll, ihrerseits einen Direktor vorzuschlagen, der Afma nicht .

Herr R a u h : Durch die Österreichische Gesellschaft sei bisher ein sehr erheblicher Teil des Reingewinns erzielt worden ( durch die Unterhaltungsmusik ) Die Österreicher haben in allen Lokalen durch Karten eine Besteuerung der Unterhaltungsmusik eingeführt, die enorme Gewinne abgeworfen hat. In Deutschland sei es nicht möglich, eine gleiche Maßregel durchzuführen, weil langfristige Verträge bestehen. Wenn ein

neuer



neuer Verband begründet wird, so sei es vielleicht möglich, neue Verträge auf neuer Basis abzuschließen. Es wird dann auch in Deutschland vielmehr aus der Unterhaltungsmusik gewonnen werden und dies wird der ernsten Musik zugute kommen. Dieses und noch andere Momente lassen eine Auflösung des jetzigen Verbandes erwünscht erscheinen, die Vorbedingung ist aber natürlich, daß eine Einigung mit der österreichischen Gesellschaft zustande kommt. - Wir müssen Gewicht auf die Ansicht der Oesterreicher legen und uns mit ihnen verständigen, ähnlich liegt das Verhältnis in der Schweiz. Dort wurde eine rein nationale Gesellschaft gegründet. Die Franzosen wünschten ihre Rechte dabei weiter zu wahren, was gar nicht zu umgehen sein wird. Die Schweizer Gesellschaft hat den Franzosen die Erklärung abgegeben, daß ihre Rechte nicht beeinträchtigt werden sollen. Ähnlich liegt es mit den Oesterreichern. Wir müssen uns mit ihnen verständigen oder zwei Gesellschaften neben einander weiter arbeiten lassen. Die Oesterreicher haben sich nun einmal in Deutschland festgesetzt und schließlich ist es ja auch deutsche Musik, die in Oesterreich mitvertreten wird.

Herr S c h u m a n n bemerkt zu § 2 : Dieser bedeutet eigentlich eine Auflösung der Afma. Sie hängt eng mit der G.D.T. zusammen und die G. D. T. ist nur begründet worden zur Verwertung der Aufführungsrechte. Die Unabhängigkeit der Afma von der G. D. T. bedeutet nur ein Preisgeben der Afma. Ein solches könne man der G. D. T. nicht zumuten. Es ist auch nicht einzusehen, warum eine Auflösung der Afma verlangt wird. Die G. D. T. würde dann nichts mehr bedeuten, niemand würde sich dann mehr veranlaßt sehen, der G. D. T. beizutreten.

Herr H e n t w i g bemerkt hierzu: Die G. D. T. würde zwar nicht ihre einzige, aber sicher ihre Hauptaufgabe aufgeben, da neben der Verwertung der Aufführungsrechte nur noch

die

die Vertretung von Standes- und Berufsinteressen, die an Bedeutung natürlich sehr zurücktreten, ihre Aufgabe bilden.

Herr S c h u m a n n fügt hinzu: Die Einnahmen der G. D. T. stammen nur aus der Afma, die Mitgliederbeiträge sind bedeutungslos.

Herr R a u h erwidert: Die Auffassung des Herrn Schumann sei ihm neu und nicht recht verständlich. Die G. D. T. bleibe doch eine Vertreterin der Interessen der Komponisten. Eine solche Vertretung habe enorme Aufgaben, besonders heute. Sie könne auch nicht entbehrt werden, denn sonst müssen die Streitigkeiten immer von Person zu Person ausgefochten werden, anstatt von Organisation zu Organisation. Es sei nicht zu leugnen, daß es einzelne Verleger gebe, die mit ihrer Kapitalmacht Komponisten quersützen. Die Verleger empfänden dies selbst als sehr bitter und die bestehenden Organisationen seien dazu da, solche üblen Auswüchse einzudämmen. Der Weg zum Frieden sei gerade darin zu sehen, daß auch weiterhin eine freie Interessen-Vereinigung der Komponisten bestehen bleibe.

Herr H e n t w i g entgegnet: Auch Herr Rösch sei dafür, daß nicht die einzelnen Komponisten mit den Verlegern zu tun haben. - Was die Aufgaben der Interessen-Verbände angehe, so haben die Verleger noch viele andere Aufgaben ( Tarifverträge usw.). Solche Aufgaben hat die Vertretung der Tonsetzer nicht. Trotzdem brauche die G. D. T. kein reiner Klub zu werden, wie Herr Schumann befürchtet. Allerdings sei nicht zu verhehlen, daß mit die Hauptaufgabe der G. D. T. die Verwertung der Aufführungsrechte sei.

Herr R a u h weist darauf hin, daß doch auch in anderen Staaten freie Vereinigungen der Tonsetzer bestehen. Dort sei die Vertretung der Aufführungsrechte lediglich Sache der Verleger. Es sei sogar etwas Unnatürliches, daß eine Vertretung einer bestimmten Berufsgruppe sich mit einem geschäftlichen Unternehmen befaßt und dieses meistern will. Es kommt dabei nur das

sine



eine heraus: daß bei der mangelnden Geschäftsführung die Komponisten-Organisation unterliegen muß! Die Afma hat alle Auslandsverträge verloren. Die Verleger sind fast alle ausgetreten. Alle Vertreter der Unterhaltungsmusik sind ausgetreten. Die Einnahmen der Afma sind zusammengeschmolzen, während die Gema wenigstens Einnahmen aus ihren Auslandsverträgen gehabt habe. Sie konnte etwas an ihre Mitglieder verteilen, die G. D. T. konnte dies nicht. Dem Schweizerischen Tonkünstlerverein fällt es z. B. garnicht ein, solche Politik wie die G. D. T. zu treiben. Die Einwände des Herrn Schumann seien wohl nicht stichhaltig. Was hat das bisherige Verhältnis schon für helle Folgen gehabt! Es habe den ganzen Konflikt heraufbeschworen, aus dem wir herauskommen müssen und den ein Herr in der vorigen Besprechung mit Recht eine Schande für Deutschland genannt habe.- Der Eintritt der Afma in die Gema wird jetzt der ersteren ja nicht mehr zugemutet. Sie soll sich lediglich von der G. D. T. loslösen und selbständig bleiben, dann wird eine gemeinsame Arbeit angestrebt sein, die hoffentlich zu einem Zusammenschluß führen wird.

Auf eine Zwischenbemerkung des Herrn N e n t w i g bezüglich des § 3 bemerkt Herr R a u h : Dieser ergebe sich aus den Interessen der Afma, es sei selbstverständlich, daß der eine für den anderen eintritt. Die vorgeschlagene Regelung schließe jede Benachteiligung der Afma, also der ernsten Musik aus. Die Vorteile liegen k lediglich auf der Seite der Afma.

Herr N e n t w i g bringt ein weiteres Bedenken der G. D. T. zur Sprache, das sich aus dem bisherigen Abschätzungsverfahren ergibt, das die Werke der ernsten Musik offenbar zu niedrig bewertet.

Herr R a u h erwidert, daß das gemeinte Abschätzungsverfahren bei der französischen Gesellschaft eingeführt sei. Mit dieser Gesellschaft habe die Gema jetzt aber nichts mehr zu tun. Künftighin wird die Einschätzung der ernsten Musik in der Übergangszeit lediglich von der Afma erfolgen. Das Bedenken der G. D. T. sei also völlig unnötig.

Zu § 4 erheben die Herren N e n t w i g und S c h u m a n n das Bedenken, daß bei Bestehen von drei Gesellschaften neben einander nur zwei Direktoren vorgesehen sind.

Herr R a u h bemerkt dazu: Von diesen sei eigentlich schon einer zuviel. Bisher seien zwei Direktoren vorhanden gewesen, damit die Gesellschaft nicht unter einen österreichischen Direktor kommt.- In diesen Fragen entscheide nicht das Recht, sondern die Macht. Die Oesterreicher haben aber nun einmal die Macht, ihre Mitwirkung in der Leitung zu erzwingen.

Herr S c h u m a n n : Die G. D. T. sei unzweifelhaft ebenfalls eine sehr starke Vertretung, die Oesterreicher müßten sich darein finden, daß sie von der Gema und Afma mitvertreten würden. Drei Direktoren wären natürlich zuviel. Die Folge des Vorschlages von § 4 wird sein, daß die Afma im Direktorium nicht vertreten sein würde. Dieser Vorschlag sieht so aus, als sei es darauf angelegt, Bösch aus der Vertretung der Afma und aus der Direktion auszuschließen.

Herr R a u h : " Ja, dies ist die Absicht ! "

Herr von R e z n i c e k spricht den Wunsch aus, man solle der Entwicklung nicht vorgreifen. Es sei garnicht so sicher, daß Herr Bösch gewählt werden würde. Herr Schumann tritt dieser Ausführung bei.

Herr von B a u s e n e r n bittet, die persönlichen Momente auszuschalten, damit die Atmosphäre der Verhandlungen rein bleibt. An eine Terrorisierung von der Gegenseite sei sicher gar nicht zu denken. Die Hauptsache sei eine gute gesunde Einigung.

Herr S c h u m a n n betont ebenfalls, daß die jetzige Fassung des § 4 die Lage zu verschärfen geeignet sei. Es würde der Afma dadurch sogar eine Waffe in die Hand gegeben werden.

Herr K o o h schlägt anstatt der Bezeichnung Direktor " Geschäftsführer " vor. Er meinte, daß einstweilen Geschäftsführer die Verwaltung übernehmen könnten, später vielleicht ein



Direktor.

Herr R a u h entgegnet: Dies ginge nicht wegen der österreichischen Gesellschaft.

Herr K o o n entgegnet: Die Österreicher könnten neben dem Direktor der Gesellschaft vielleicht ihren eigenen Geschäftsführer haben. Für das Übergangsstadium schlägt er vor: Einen Geschäftsführer für Gema und die Österreicher, einen für die Afma.

Herr R a u h erwidert: Es könnte natürlich über die Vorschläge des § 4 noch verhandelt werden. Die Österreicher werden aber auf eine Neugestaltung nicht eingehen, wenn sie nicht einen eigenen Geschäftsleiter dabei haben. Frühere Versuche nach dieser Richtung hin seien mißlungen. Das Zusammengehen mit den Österreichern biete sehr viele Vorteile, die die Gema nicht missen könne. Eine Zusammenarbeit sei also unumgänglich nötig, solange der österreichische Geschäftsführer eine solche nicht unmöglich mache. Über die endgültige Regelung sei ohne die Österreicher gar nicht zu entscheiden.

Auf Vorschlag aus der Versammlung erklären sich die Vertreter der Gema damit einverstanden, daß die Worte "unter der Geschäftsführung von zwei Direktoren" und der Satz "Der eine der Direktoren wird von der Gema, der andere von der AKM vorgeschlagen" aus § 4 der neuen Vorschläge gestrichen wird.

Die Herren S c h u m a n n und v. R e z n i c e k meinen, die Afma würde wohl aus der Leitung ausscheiden, weil sie zwei Gesellschaften der Gema und AKM, die schon lange verbunden sind, gegenüberstehe.

Herr R a u h erwidert: In dieser Vermutung liege ein Grad von Mißtrauen gegen die Gema, das er nicht erwartet habe.

Herr S c h u m a n n entgegnet: Es soll damit kein Mißtrauen ausgesprochen werden, aber die vorgesehene Zweizahl von Direktoren mache den Eindruck, daß die Afma ausgeschaltet

werden

werden solle.

Herr R a u h : Drei Direktoren seien zuviel, weil sie zu hohe Kosten verursachen würden, ein Direktor aber sei unmöglich, weil die Österreicher dies nicht zugeben würden. Es könne allerdings versucht werden, dies den Österreichern gegenüber durchzusetzen.

Herr J u o n meint: Die Macht der Österreicher, die jetzt nur einer deutschen Gesellschaft gegenübersteht, würde doch geringer werden, wenn sie zwei Gesellschaften gegenüberstehe.

Herr R a u h weist darauf hin, daß die Österreicher jedenfalls stark genug wären, um uns in Deutschland eine erhebliche Konkurrenz zu machen, denn die Österreicher haben die Opern und sehr viel andere Unterhaltungsmusik, sie haben Bruckner, Mahler, Korngold und viele Werke von Richard Strauss!

Herr R a u h führt ferner aus, daß bei der G. D. T. leider die feste Überzeugung bestehe, daß die Komponisten von den Verlegern immer benachteiligt würden. Dieses Mißtrauen müsse beseitigt werden. Von einzelnen Fällen abgesehen, in denen die Komponisten von den Verlegern geschädigt worden sind, kann man sicher sagen, daß viele Komponisten mit ihren Verlegern doch recht zufrieden sind.

Herr S c h u m a n n fügt hinzu, daß vielfach die Autoren selbst an der Benachteiligung Schuld wären, weil sie sich aus Trägheit oder Unklugheit zu wenig mit ihren eigenen Interessen befassen.

Herr R a u h : Bedauerlicherweise sei es aber doch in Deutschland allgemeine Meinung, daß die Verleger die Komponisten schädigen und besonders in der Geschäftsleitung der G. D. T. wird diese Meinung gepflegt. Er weist auf den Krümer-Spiegel von Richard Strauss hin, der Herrn Bösch gewidmet sei und in dessen illustrierter Ausgabe die Verleger als Schweine und Affen abgebildet sind. -

Herr



Herr S c h u m a n n bittet, auf den Krümer-Spiegel, der eine rein persönliche Angelegenheit von Richard Strauß und Bösch sei, hier nicht zurückzukommen.

Herr R a u h betont, daß unter allen Umständen ein Arrangement getroffen werden müsse, bei dem jeder Einfluß des Herrn Bösch ausgeschaltet ist. Bösch gehe nur darauf aus, auch die gegenwärtigen Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Schon im vorigen Jahre sei man einer Einigung nahe gewesen. Bösch habe daraufhin, um sie zu verhindern, einen Streit vom Zaun gebrochen. Es sei völlig zwecklos, mit Herrn Bösch zu verhandeln, eine Verständigung müsse aber erreicht werden, und die Vertreter der Gema seien bereit, in allen möglichen Punkten nachzugeben, aber in diesem einen Punkt müßten sie fest bleiben: Herr Bösch darf die Sache nicht wieder verderben. - Durch die Forderung der Vereinigung der Autorenrechte mit den mechanischen Rechten, die bei dem jetzigen Zustand ganz unmöglich sei, wolle Herr Bösch die jetzt angebahnten Verhandlungen zu nichts machen. Es sei wohl zu verstehen, daß der Mann, der sein Leben und sein Vermögen an die Idee gesetzt hat, die ernste deutsche Musik zu fördern, jetzt, wo er seine Pläne scheitern sieht, alles versucht, seine Gedanken durchzusetzen.

Herr von R e z n i c e k führt aus: Herr Raub habe Gefühlsmomente angeführt, die vollständig begreiflich seien. Es habe aber gar keinen Sinn immer wieder an die alten Geschehnisse zu erinnern. Es müsse positive Arbeit geleistet werden. Die Frage Bösch müsse man der Entwicklung überlassen und diese Entwicklung wird sich in der G. D. T. von selbst vollziehen.

Herr S c h u m a n n tritt dem durchaus bei und bestätigt, daß die Sache Bösch durchaus der G. D. T. überlassen werden müsse.

Herr K o c h setzt hinzu, daß die scharfe Ablehnung direkter Verhandlungen mit Herrn Bösch seitens der Vertreter

der

der Gema unbegründet wären, da beide Parteien jetzt mit der neutralen Stelle, der Akademie, verhandeln.

Herr R a u h hebt noch hervor, daß das, was er vorgebracht habe, nicht seine Privatmeinung sei, sondern die Ansicht des ganzen Aufsichtsrates der Gema. Herr Bösch habe keineswegs Gegenverschlüsse gemacht, sondern habe auf eine gar nicht offizielle Grundlage zurückgegriffen, die auf Gedanken bei einer früheren Besprechung beruhen. Vorschläge wollen die Vertreter der Gema gern entgegennehmen, aber sie wünschen keine Debatte von Person zu Person mit Herrn Bösch.

Herr S c h u m a n n meint ebenfalls: Es sei nicht richtig von Herrn Raub, wenn er von vornherein erklärt, daß er auch an dieser neutralen Stelle, der Akademie, mit Herrn Bösch nicht debattieren wolle.

Herr Dr. G ö h l e r führt aus: Er habe sich eingenend mit der Frage der Aufführungsrechte beschäftigt und sei völlig unabhängig und neutral geblieben; erst vor einigen Jahren sei er der Gema beigetreten. Es sei ganz falsch immer Komponisten und Verleger gegen einander auszuspielen. Beide seien auf einander angewiesen, deshalb müsse ~~er~~ jede Differenz ausgeschaltet werden, wenn man zu einer gesunden Regelung kommen wolle. Er könne aber nichts dabei herauskommen, wenn zwei Vertreter so ganz entgegengesetzter Meinung mit einander konferieren. Deshalb habe Herr von Reznicek ganz recht: Zuerst müsse die G. D. T. entscheiden, ob sie die neue Aufführungsanstalt gründen wolle. Die Begründung einer Aufführungsgesellschaft sei ein rein geschäftsmäßiges Unternehmen und je geschäftstüchtiger die Sache gemacht wird, desto mehr Vorteile werden die Komponisten und die Verleger von ihr haben. Auch die Afma müsse ganz geschäftsmäßig umgewandelt werden und dürfe mit der G. D. T. dann ebenso wenig zu tun haben wie die Gema. Die Entscheidung hierüber muß aber erst fallen, so lange sei seines Erachtens jede weitere Auseinander-

dersetzung



dersetzung zu sistieren. Jetzt stehe eine rein geschäftliche Vereinigung einer anderen Vereinigung, die nur zum Teil kaufmännisch organisiert, im übrigen der G. D. T. eng verbunden ist, gegenüber. Die Afma müsse erst eine von den Tonsetzern völlig unabhängige rein kaufmännische Aufführungs-Gesellschaft werden. Dies alles rein sachlich bemerkt ohne Spitze gegen Herrn Bösch. Wenn diese Entscheidung von der G. D. T. herbeigeführt werden würde, dann könne sicher sehr rasch eine Einigung erzielt werden. Zunächst sei zu prüfen, ob der Einfluß des Herrn Bösch dies zu hindern vermag oder nicht.

Herr S c h u m m a n n : Die G. D. T. ist in der Hauptsache eine Vertretung der deutschen Komponisten zum Zwecke der Verwertung ihrer materiellen Interessen!

Herr G ö h l e r erklärt, daß er dieser Auffassung nicht beitreten könne. Wenn die G. D. T. auch jetzt zum Teil kaufmännische Interessen habe, so müsse sie in Zukunft eine rein künstlerische Vereinigung werden. Wenn die G. D. T. nur durch die Afma existiere, dann sei sie nicht wert, daß sie weiterbesteht. Er sei aber überzeugt, daß die G. D. T. auch durch die Abtrennung der Afma nicht fallen werde.

Herr S c h u m m a n n entgegnet, daß bei der Gründung der G. D. T. als Hauptzweck dieser Vereinigung die Verwertung der Urheberrechte maßgebend war, dazu kämen dann noch in zweiter Linie die ideellen Interessen.

Herr Dr. G ö h l e r erwidert darauf, daß es dann ja genügt hätte, wenn sich die Mitglieder der G. D. T. nur in der Afma zusammengeschlossen hätten.

Herr R a u h wünscht die Frage, ob die G. D. T. in einer organischen Verbindung mit der Afma bleiben soll, weiter zu erörtern. Wenn Herr Schumann diese Verbindung nicht aufgeben wolle, dann seien die Auseinandersetzungen ganz umsonst. Dies sei aber für ihn das Grundprinzip: Die Schaffung einer Aufführungsrechtsgesellschaft unabhängig von der Ständevertretung. Ohne

Annahme.

Annahme dieses Grundprinzips sei eine Verständigung seines Erachtens ausgeschlossen. Für Herrn Schumann sei, nachdem, was er ausgeführt habe, der § 2 der neuen Vorschläge wohl nicht annehmbar.

Herr S c h u m m a n n betont, daß er mit seinen Ausführungen nur seine private Meinung kundgegeben habe. Er wolle nur die Schwierigkeit berühren, die vorauszusetzen sei. Die Entscheidung müsse der G. D. T. überlassen bleiben. Er bitte aber darum, dem § 2 möglichst eine andere Fassung zu geben, da nicht einzusehen sei, weshalb die Afma unbedingt aus ihrem Zusammenhang mit der G. D. T. gelöst werden solle.

Herr Dr. G ö h l e r : Bei der Zusammenarbeit müsse vollkommene Gleichberechtigung herrschen, es müßten alle zum Arbeiten die volle Bewegungsfreiheit haben, unmöglich sei ein Zustand, bei dem die eine Seite eine Herrschaft habe (daß nämlich die Afma eventuell an Bestimmungen der G. D. T. gebunden sei), während die andere völlig unabhängig ist.

Herr S c h u m m a n n erwidert, die Afma sei nicht in diesem Sinne abhängig von der G. D. T., sie habe ihre eigene Geschäftsordnung.

Herr R a u h : Aber dieselbe Grundordnung, wie ist also durchaus abhängig von der G. D. T.

Zu § 5 führt Herr R a u h dann noch aus, daß die Fusion sobald als möglich stattfinden solle. Wenn die Rechte der Afma und der Gema mitverwaltet werden, dann könne die Gesellschaft als Einheit dem Auslande gegenüber auftreten. Wenn es irgend möglich sein sollte, daß die Fusion ohne Abtrennung der Afma von der G. D. T. durchführbar sei, dann wolle er dies gern tun und sage nochmalige Überlegung nach dieser Richtung hin zu.

Herr S c h u m m a n n bittet dringend darum, dies ernstlich zu erwägen.

Die



Die Anwesenden einigen sich darüber, im § 2 der neuen Vorschläge die Worte "unabhängig von der G. D. T." zu streichen.

Herr R a u h bemerkt nochmal zusammenfassend: Zunächst solle der Vorstand der G. D. T. entscheiden, ob der § 1 und § 2 annehmen will. Sei dies nicht der Fall, dann soll die G. D. T. selbst ein positives Programm aufstellen und einen anderen Weg zeigen.

Es wird beschlossen, der G. D. T. die neuen Vorschläge in der heute abgeänderten Form vorzulegen und sie zu veranlassen, in einer General-Versammlung dazu Stellung zu nehmen.

Die neu festgestellte Fassung der Vorschläge wird verlesen.

Schluss der Sitzung 8 1/4 Uhr

gez. Friedr. B. Koch

gez. W. v. Bauern

gez. Dr. A meradorffer.

N. SIMROCK G. m. b. H.  
Musikverlag  
BERLIN · LEIPZIG · LONDON · PARIS

Telegramme: Simrock Berlin  
Fernsprecher: Amt Steinplatz 9339

Bank-Konto:  
Commerz- und Privat-Bank A.-G., Berlin  
Depositenkasse M.

Postscheck-Konto: Berlin 47200

L/Kr.

An die

Akademie der Künste,

BERLIN W. 50  
Tauentzienstrasse 78  
Eingang Nürnberger Strasse 9-10

den 18. Februar 1924.

*W. v. Bauern*

Berlin N.

Pariser Platz 3.

Ihnen für die übersandte Einladung an unseren Herrn Direktor Fritz Auckenthaler zu der Sitzung am 21. d. M. bestens dankend, müssen wir Ihnen jedoch mitteilen, dass sich Herr Direktor Auckenthaler zur Zeit auf einer Auslandsreise befindet und demzufolge an der Sitzung nicht teilnehmen kann. -

Wir bitten, das fernbleiben höflichst entschuldigen zu wollen und zeichnen

hochachtungsvoll

N. SIMROCK G. M. B. H.

*N. Schütz* ev. R. Hoffmann



ROBERT LIENAU

Meisinger'sche Buch- und Musikhandlung

BERLIN W. 8.

Französische Str. 22/23

Lichterfeld 19. 2. 09

121

Sehr geehrter Herr Professor!

*Am*

Ich bin so froh, daß Sie die Botschaft  
Rückwärts geschickt haben und aus dem Grunde,  
daß an der Fügung Anstehen kann. Als  
Folgebeweis bitten wir das Mitglied des  
Aufsichtsrates der Firma, Herrn Dr. Georg  
Föhler (Inhabender in Altenburg) mitbringen  
zu dürfen, der gerade in Berlin ist.  
Herr Dr. G. ist als Mitglied des Aufsichtsrates  
Aufsichtsrat bestellt, und es wird der Firma  
höchstens sein, wenn Sie Herrn Dr. Föhler  
aus den Reihen der Folgebewiser  
Genossenschaft Informationen anfordern.  
Hoffen Sie, bitte N. Güte haben, Herrn



Prof. Koch an Herrn Geheimrat Mecklenburg  
seine Mitteilung zu empfangen.

Ihr Aufopferungsbereiter

P. Liemay

an Koch & Mecklenburg  
Herrn Liemay am 20. 2. 24.  
in Hannover



Akademie der Künste zu Berlin

123

Berlin W 8, den 12. Februar 1924  
Pariser Platz 4

Sehr verehrter Herr Professor!

Anbei übersende ich Ihnen das Protokoll der letzten Bespre-  
chung mit den Vertretern der G.d.T. mit der Bitte um Vollziehung  
und möglichst umgehende Rücksendung. Herrn Ministerialdirektor  
Nentwig hat das Protokoll bereits vorgelegen.

Mit ergebenster Empfehlung

Ihr

Herrn

Professor Friedr. E. Koch

Berlin-Friedenau

Anlage

*Handwritten notes:*  
dym  
Koch  
12.2.24

*Handwritten signature:*  
Koch



Berlin W. 3, den 12. Februar 1924  
Berliner Platz 9

Sehr verehrter Herr Minister!

Anbei übersende ich Ihnen das Protokoll der letzten Besprechung mit den Vertretern der Gema, mit der Bitte um Vollziehung und möglichst wachsende Rücksichtnahme. Herrn Ministerialdirektor Kuntze hat das Protokoll bereits vorgelesen.  
Mit ergebenster Empfehlung  
Ihr

Prof. Dr. Friedrich W. Koch  
Berlin-Friedenau

Anlage

den 7.2.1924

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

Die für heute abgesagte Sitzung der Musiksektion kann leider auch am nächsten Donnerstag nicht stattfinden, weil zwei Vertreter der Gema, Aukenthaler und Dr. Book in der nächsten Woche verreist sind. Die Gema legt aber auf die Beteiligung dieser Herren besonderen Wert, vornehmlich auf die des Herrn Dr. Book, da dieser als Präsident der Amare in der nächsten Besprechung Erklärungen darüber abgeben will, weshalb er gegen eine Vereinigung der musikalischen Urheberrechte mit den mechanischen Urheberrechten ist. So bedauerlich die neue Verzögerung ist, bleibt doch nichts anderes übrig, als die Rückkehr der beiden Herren nach Berlin abzuwarten.

Mit ganz ergebenster Empfehlung

Ihr

*Am.*



12.2.24  
Akademie der Künste zu Berlin

125

Berlin W 8, den 6.2.1924  
Pariser Platz 4

Wir teilen Ihnen ergebenst mit, dass die auf  
Donnerstag, den 7. d. M. anberaumte Sitzung des Sa-  
nates und der Genossenschaft der ordentlichen Mit-  
glieder, Sektion für Musik, nicht stattfinden kann.

Sekretariat

Seiffert  
Bauernstein Juon  
Kaun  
Taubert  
Busoni  
Baußnern



Akademie der Künste  
zu Berlin

Berlin W 8, den 2.2.1924  
Pariser Platz 4

126

E i n l a d u n g

zur Sitzung des Senates und der Genossenschaft der ordentli-  
chen Mitglieder, Sektionen für Musik am

Donnerstag, den 7. Februar 1924 nachmittags 5  $\frac{1}{2}$  Uhr

im Sitzungssaal der Musiksektion der Akademie der Künste.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Verhandlungen in der Angelegenheit der G.d.T.  
und der Gema: Besprechung mit den Herren Vertretern der Gema.

Der Vorsitzende

Friedr. E. Koch



*Zur unvollständigen*

127

GENOSSENSCHAFT DEUTSCHER TONSETZER

BERLIN W 66, WILHELMSTRASSE 57/58  
FERNSPRECHER: ZENTRUM 7454

Berlin, den 1. Februar 1924

*Alu*

Herrn Professor Friedr. E. Koch,

Berlin - Friedenau

Sehr geehrter Herr Professor!

Anbei überreiche ich Ihnen die gewünschten Abschriften der Ver-  
legervorschläge aus dem Jahre 1922, mit der Bitte, ein Exemplar an  
Herrn Ministerialdirektor Wentwig gelangen zu lassen.

Mit verbindlichem Grusse

Ihr ergebener

*Dr. H. Tröpf*

*6-7 1924  
für die Anlagen  
für die Anlagen*

Anlagen *Alu*



Abschrift.  
=====

Vorschläge des Herrn Rob. Lienu (besprochen mit Herrn  
Professor Dr. Ostrich) - Oktober 1922 -  
=====

I. Arbeitsgemeinschaft zwischen Deutschen Musikalien-Verleger-  
verein und der GDT. - 5 Tonsetzer und 5 Verleger.

II. Zweck:

Zusammengehen auf allen Gebieten der Verwertung musikalischer  
Urheberrechte,

insbesondere Verschmelzung der bestehenden Anstalten zur Ver-  
wertung musikalischer Aufführungsrechte und mechanischer Urheberrechte.

III. Als künftiges Ziel wird ins Auge gefasst eine paritätisch zusam-  
mengesetzte Dachorganisation, von der die beiden Anstalten eingerich-  
tet und beaufsichtigt werden. Die Verwaltung würde je einem geschäft-  
lichen Direktor unterstehen. Hierbei soll der Gesichtspunkt berück-  
sichtigt werden, dass das geschäftliche und wirtschaftliche Uebergewicht  
der Verlegergruppe in billiger Weise ausgeglichen wird.

IV. Für die Uebergangszeit, bis diese Neuorganisationen ins Leben  
gerufen werden können, wird folgende Regelung ins Auge gefasst:

1. Die Verwaltung der musikalischen Aufführungsrechte der  
beiden Gruppen soll der Afma übertragen werden, die Ver-  
waltung der mechanischen Urheberrechte der Amme.
2. Die Richtlinien für die Verwaltung der beiden Anstalten  
werden von der Arbeitsgemeinschaft aufgestellt.
3. Die Bestellung der geschäftlichen Direktoren beider An-  
stalten erfolgt durch die Arbeitsgemeinschaft.
4. Die Arbeitsgemeinschaft ernennt je einen Vertreter aus  
jeder Gruppe, welche für die Ausführung der von der Ar-  
beitsgemeinschaft gefassten Beschlüsse und aufgestellten  
Richtlinien sorgen müssen.
5. Geschäftsberichte und Bilanzen beider Anstalten unter-  
liegen der Genehmigung der Arbeitsgemeinschaft.

V. Die Durchführung der vorbezeichneten Gedanken wird abhängig  
sein von einer Regelung des Verhältnisses zu der Akm und andererseits  
zu den französischen Gesellschaften der Amme.

=====

*L. d. A. f. m.*



Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der  
Genossenschaft, Sektion für Musik unter Zuziehung von Vertretern der  
Genossenschaft deutscher Tonsetzer (G.d.T.)

Berlin, den 31. Januar 1924  
Beginn der Sitzung 5 1/2 Uhr

Anwesend  
unter dem Vorsitz des Herrn Kesch  
die Herren

- Amsdorffer
- Taubert
- Taubmann
- Seiffert
- Kaun
- Kahn
- Nentwig
- v. Reznizek
- Koch
- Junon
- zugezogen  
von der G.d.T.: Bösch  
Rasch  
Behm

Herr R ö s c h nimmt zu dem  
Vorschlag der Gema Stellung, indem  
er an die Bemerkung des Herrn Nent-  
wig in der vorigen Sitzung anknüpft,  
in der dieser ausführt, dass eine  
Einigung möglich sein müsse, da in  
den Statuten der G. d. T. wie der  
Gema die gleichen Ziele angestrebt  
würden. - Die Gema verfolgt lediglich  
wirtschaftliche Zwecke, dagegen sei  
die Anstalt der G. d. T. ein rein  
gemeinnütziges Unternehmen, das nach  
§ 2 Nr. 1 der Grundordnung zwar die  
Interessen der Tonsetzer wahrnehmen  
wolle, nach Nr. 2 aber auch die deut-  
sche Musikpflege zum Ziele habe. Es sei keine Erwerbsgesellschaft  
(sonst hätte sie auch keine Rechtsfähigkeit erhalten können). -  
Für die Organisation der G. d. T. habe er bei ihrer Begründung  
die Organisation der Société des auteurs eingehend studiert.  
Träger des Urheberrechts sei allein der Komponist. - Die seriösen  
Tonkünstler wollen nicht den Komponisten leichter Unterhaltungs-  
musik und den solchen pflegenden Verlegern gegenüber in die Min-  
derheit und damit in Abhängigkeit von diesen geraten.  
Herr N e n t w i g wirft ein, dass auch die Musiker  
mehr auf ihre wirtschaftlichen Interessen bedacht sein müssten.  
Herr R ö s c h: Wenn die Afma aufgelöst wird, dann bleibt

La. v. D. f. v.



von der G. d. T. nicht mehr als ein geselliger Klub, denn die Verwertung der Aufführungsrechte ist der Hauptzweck der G. d. T. Die Afma kann sich nicht auflösen und sich unter die Direktion der Gema stellen, das bedeutet: unter den entscheidenden Einfluss der Vertreter leichter Musik. Wenn eine neue Gesellschaft, nach den Grundsätzen, die Herr Lienau vorgeschlagen hat, gegründet würde, dann würde es eine Gesellschaft mit einem Verleger leichter Musik an der Spitze werden. Auch in der Pariser Société ist weder im Vorstand, noch im Syndikat, noch in den Prüfungsausschüssen ein seriöser Verleger oder ein seriöser Komponist vertreten; die Schundkomponisten und die Verleger wie deren Musik sind in der Majorität. Wenn die Afma hinübergehen würde in die Gema, dann würden sofort die Herren Kollo und Genossen weit- aus überwiegen, wie auch in der Pariser Société die Komponisten von Kouplets, Kaffeehausmusik usw. weitaus das Übergewicht haben. Man müsste doch einen Unterschied machen zwischen Brahms und Paul Linke. Zunächst würde in einer Anstandesfrist vielleicht ein Unterschied zwischen den seriösen Komponisten und den Schundkomponisten gemacht werden, dann würden aber sicher die Operetten- und Tinkel-Tangel-Komponisten im Laufe der Zeit überwiegen. Die G. d. T. verfügt bereits über Erfahrungen, da einige Zeit ein Kartell zwischen Afma und Société bestand. Diese Erfahrungen waren besonders merkwürdiger Art bei den Abrechnungen: Die Pariser Einschätzungskommission stellt offenbar eine Brahms'sche Sinfonie und eine Polka ganz gleich an. So muss es schliesslich kommen, wenn in einer Gesellschaft die seriösen Komponisten spärlich neben unskhlichen Tinkel-Tangel-Komponisten vertreten sind.

Die ersten Verhandlungen über eine Einigung zwischen G.d. T. und Gema seien von ihm selbst ausgegangen. Das wesentliche dieser ersten Beratungen war: Die G. d. T. muss bestehen bleiben! Das Zusammengehen könnte in der Weise erfolgen, dass zwei



von der G. d. T. nicht mehr als ein gesetzlicher Verein, dann die  
Verordnung der Arbeitsgemeinschaft ist der Kern der Sache, der G. d. T.  
als Arbeit kann sich nicht erklären und sich nicht die Richtung  
der Gema stellen, das bedeutet: unter den entsprechenden  
Einzel der Vertreter der Gema, kann eine neue Gesellschaft  
nach den Umständen, die hier liegen vorzubereiten hat, werden  
das würde, dann würde es eine Gesellschaft mit einem Vorsteher  
leichter sein an der Spitze werden, wenn in der Gema die  
ist weder im Vorstand, noch im Geschäft, noch in der Verwaltung  
zusammen ein einzelner Vorsteher oder ein einzelner Kommissar  
verfügen; die Gema-Kommission hat die Verleger als deren  
als sind in der Mehrheit. Wenn die Gema nicht gegeben wurde in  
die Gema, dann werden nicht die Verleger allein und anderen  
ausgeschlossen, was auch in der Gema die Gema die  
von Gema, Arbeitsgemeinschaft usw. werden das bedeutet  
den. Dann würde noch eine Arbeitsgemeinschaft zwischen  
und Paul Linke. Gema ist in einer Arbeitsgemeinschaft  
als Unterschied zwischen den beiden Kommissionen und den  
Kommissionen gemacht werden, dann würden sich die Gema  
den und Einzel-Kommissionen in der Gema der Gema  
die G. d. T. verfügt bereits über Erfahrungen, die einzige  
als Partei zwischen Gema und Gema besteht. Diese  
den werden besonders berücksichtigt ist bei den Verhandlungen  
Verleger Arbeitsgemeinschaften sollte offenbar eine  
Informations und eine Folge kann nicht sein. So muss es  
kommen, wenn in einer Gesellschaft die beiden Kommissionen  
später nach Möglichkeit Einzel-Kommissionen vertreten  
sind.

Die ersten Verhandlungen über eine Einigung zwischen G. d. T.  
und Gema seien von ihm selbst gemacht. Das wesentliche  
dieser ersten Verhandlungen war: die G. d. T. muss bestehen  
bei den Verhandlungen könnte in der Gema erfolgen, dann wird

neben einander bestehende Gesellschaften vorhanden sind und über  
beiden eine Dachorganisation gebildet wird. Die Aufführungsrech-  
te müssten in den Händen der Komponisten liegen, die mecha-  
nischen in den Händen der Verleger. Die vertriebenen Komponisten dür-  
fen nicht wehrlos der Majorität ausgeliefert werden. Wenn man  
Jahre lang in einer solchen Organisation, wie sie 1915 bereits  
von ihm vorgeschlagen worden sei, zusammengearbeitet habe, dann  
könne man sich vielleicht nach und nach nähern. Jedenfalls  
müssten die Komponisten aber ihre Urheberrechte selbst in der  
Hand behalten. Zwei neben einander bestehende Gesellschaften, die  
eine unter der Hand der Komponisten, die andere unter der der  
Verleger, sei auch jetzt noch das allein Richtige, darüber eine  
gemeinsame Organisation zur Kontrolle dafür, dass in den bei-  
den Gesellschaften richtig vorgegangen wird. Eine ernste Ar-  
beitsgemeinschaft sei es, die angestrebt werden müsse. Ver-  
änderungen unter den leitenden Persönlichkeiten würden viel-  
leicht die Folge einer solchen neuen Organisation sein. Herr  
R a u h, der jetzt bezahlter Geschäftsführer ist, fürchte  
wohl dabei zu fallen. Er selbst aber habe Herrn R a u h hal-  
ten wollen (gegen den Herrn Gréin).

Ein Zwischenstadium in den Verhandlungen trat ein: bei-  
de Anstalten sollten von der Genossenschaft und der Verleger-  
gesellschaft gegründet werden. Die Gegenpartei wollte aber nicht  
eine Gründung von der Gesamtheit der Komponisten und der Gewant-  
heit der Verleger. Die Komponisten, die sich an den geschäftli-  
chen Verhandlungen wenig beteiligen würden, würden bald in die  
Hände der geschäftstüchtigen Verleger kommen.

Im Oktober 1922 machte Herr L i e n a u neue Vorschläge:  
An der Spitze der von der G. d. T. und dem Verlegerverein (also  
Gema) zu gründenden Arbeitsgemeinschaft sollten 5 Komponisten  
und 5 Verleger stehen. Der Zweck sei: Zusammengehen auf allen  
Gebieten der Verwertung von Aufführungsrechten (also auch der  
mechanischen).



mechanischen!). Ferner: Bildung einer Dachorganisation zur  
Beaufsichtigung der beiden in der Arbeitsgemeinschaft verei-  
nigten Gesellschaften. Die Verwaltung der Aufführungsrechte  
solle der Alma übertragen werden, die der mechanischen der  
Amara. Die Richtlinien für die gesamte Arbeit sollten von  
der Arbeitsgemeinschaft aufgestellt werden. Die Verhandlungen  
wurden aber noch abhängig gemacht von der Stellung zu der  
Wiener Gesellschaft (Wobei gibt Herr Bösch eine Stelle aus  
einem holländischen Brief bekannt, aus der hervorgeht, dass  
zu den Bedingungen der Einigung zwischen Holland und Gema  
die Lösung von der G. d. T. gehören sollte! Dieses Moment  
wurde von Herrn Rauh verschwiegen!)

Herr L i e n a u verlange jetzt keine Fusion, sondern  
eine Kapitulation. Im Interesse der seriösen Musikpflege, die  
völlig preisgegeben würde, dürfe aber die Aufführungsanstalt  
der G. d. T. nicht aufgegeben werden. Wenn die seriösen Ton-  
setzer nicht in einer Organisation einen festen Bund bilden,  
dann seien sie völlig ausgeliefert.

Herr R ö s c h führt Beispiele aus dem Verfahren der  
"Pariser Société an: Für zwei Aufführungen von Richard Strauss'  
"Sinfonia domestica" wurden von der Société 2 Centimes ab-  
geliefert. Die Werke, die nicht auf der Einschätzungsliste  
stehen, werden nämlich mit der niedrigsten Quote bedacht.  
Der seriöse Komponist kann nämlich seine Partitur nicht  
zur Registrierung und Einschätzung nach Paris, London usw.  
verschicken, wie dies der Polka - Komponist leicht tun kann.  
So kann es kommen, dass ein grosses seriöses Werk nicht re-  
gistriert ist und bei einer Aufführung mit einem Centime  
bewertet wird. Die leitenden Persönlichkeiten der Gema  
(Herr Rauh ist nur Kaufmann) seien auch garnicht in der La-  
ge, ein musikalisches Werk fachmännisch zu werten. (Von der  
G. d. T. wird jedes Werk gewissenhaft eingeschätzt nach der

Aufführungsdauer

haben ständiger bestehende Gesellschaften...  
beiden eine Besondere...  
so...  
schon in den...  
ten nicht...  
lehre...  
von...  
kann...  
guten...  
hand...  
eine...  
Verfasser...  
gemeinsame...  
den...  
Kollaboration...  
andere...  
leicht...  
A. M. N. ...  
wohl...  
ten...  
Ein...  
de...  
Kollaboration...  
eine...  
habe...  
oben...  
Kunde...  
im...  
an...  
samt...  
und...  
bedeuten...



**Aufführungsdauer.** - Ganz oberflächlich ist die Einschätzung nach einzelnen Kategorien, so schätzt die Wiener Gesellschaft z. B. nach drei Kategorien ein.

Fünf Jahre dauerte bereits der wirtschaftliche Kampf mit den Verlegern, bis 1907 war die G. d. T. ganz unter sich und hatte grossen Erfolg, während die Anstalt der Verleger liquidieren musste (Sie hatte damals vier Mark Einnahme, während die G. d. T. 65.000 M eingenommen hatte.)

Auch in der Afma seien Verleger vertreten, sie benutzen dort aber ihre Stellung dazu die Genossenschaft zu unterhöhlen. Die Afma wurde gegründet, um die seriöse Musik zu pflegen und sie hat sich von Anfang an dagegen gesichert, dass die populären Komponisten das Übergewicht bekommen könnten.

Die Gegenpartei sage jetzt, der Gegensatz sei dadurch entstanden, dass die Tonsetzer selbst den Vertrieb mit in die Hand genommen haben. Es müsse eine scharfe Scheidung eintreten. Zum ersten Mal seit 10 Jahren verlange die Gegenpartei jetzt die Auflösung der Afma. Sie will nicht, dass die vertriebenen Komponisten eine geschlossene Berufsgruppe haben. Das ist der springende Punkt! Sie will den Gegner einfach ausschalten.

Die Gegenpartei hat verlangt, dass ein paar Jahre auf die Einnahmen aus der seriösen Musik verzichtet wird (nach der Analogie der populären Musik, die erst etwas einbringt, wenn Geld hereingesteckt<sup>musen</sup> ist.).

In dem neuen Vorschlag wird jetzt ganz offen ausgesprochen: Der tiefste Grund der Streitigkeiten ist die Verbindung der G. d. T. mit der Afma, d. h. der Umstand, dass eine Berufsorganisation einen festen Kreis von Aufführungsrechten in der Hand hat. Im Gegensatz zur Gema ist die Afma kein Erwerbsinstitut und keine Anstalt, die den einzelnen Musiker vertritt. Ihre Aufhebung würde den Ruin der ernsten Musik-

**FILED**



pflage bedeuten. Die Einsichtigen werden sich nicht in das Schlepptau der Verleger und der Komponisten leichter Musik nehmen lassen und sich energisch dagegen wehren. Aus der Vereinigung der Gema dürfe nichts werden, wenn die ernst Musikpflege dadurch irgendwie erschüttert werden würde. Wenn die Genossenschaft die Rechte der ernsten Musik wahren und keine Spaltung in dieser hervorrufen wolle, so könne dies nur dadurch geschehen, dass sie ihre Anstalt behalte. Die Berufsorganisation würde sonst zerstört und der einzelne rettungslos ausgeliefert werden.

Die Gema habe gar keine selbständige Anstalt zur Verwertung von Aufführungsgerechten, sie sei kein selbständiger Betrieb, sondern nur ein Teil einer gemeinsamen Organisation mit der Wiener Gesellschaft. Der Direktor ist der Wiener, Herr Rauh ist nur der Geschäftsführer. Nach ihrem letzten Abschlusse hat die Gema (nach Angaben des Herrn Rauh) verschwindend wenig, das meiste die Wiener Autoren-Gesellschaft eingenommen. Deshalb sei zu betonen: Wir müssen unabhängig von jeder ausländischen Gesellschaft werden.

Herr Wösch fasst als besonders wesentlich nochmal folgende Punkte zusammen:

1. Sollte die Afma gemäß dem Lienauchen Vorschlag aufgelöst werden, so müsste auch die Gema aufgelöst werden.
2. Eine neue Organisation müsste unabhängig von jeder ausländischen Gesellschaft sein.
3. Auch dem Auslande gegenüber müsste sie als einzige Vertretung auftreten.

Es sei ganz unerfindlich, womit Herr Rauh es motivieren wolle, dass ihm die ganze Sache (auch die Vertretung der ernsten Musikpflege) anvertraut werden solle. Ein solcher Zustand wäre ganz unvertretbar und unmöglich.

Die Genossenschaft habe 1925 10 Millionen eingenommen, die Gema nicht einmal eine Million. Die Genossenschaft habe 12.000 Verträge abgeschlossen; wenn sie diese an die Gema

abtreten

... dass es sich um eine ...

... dass es sich um eine ...

... dass es sich um eine ...

... dass es sich um eine ...

... dass es sich um eine ...

... dass es sich um eine ...

...



abtreten würde, würde sie niemand etwas davon sehen und  
sie später neu zu schließen, sei unmöglich. - Es darf un-  
ter keinen Umständen so kommen, dass die Berufsorganisation  
der seriösen Musiker zerstört wird. In der Gema würde  
sie im Chaos eine Null sein. Die Gema will nur die Genoss-  
schaft der ernsten Musiker brechen, um mit den einzelnen  
dann leicht fertig zu werden.

Herr K o o h weist auf die schwierigen wirtschaft-  
lichen Verhältnisse für die G. d. T. hin.

Herr R ö s e h erwidert: Die Verhältnisse seien  
bei den Gegnern ja viel schlechter. Herr Rauh erwähne stets  
die Verträge mit dem Ausland und weise darauf hin, dass die  
Gema von dort Einnahmen beziehe, die Afma nicht. Aber auch  
die Afma hatte Einnahmen aus dem Auslande; die Einnahmen  
waren aber sehr gering, sie musste aussetzen. Die Gema muss  
also sicher/viel mehr zusetzen von ihrem kargen Verdienst.  
Also steht die Afma sicher wirtschaftlich viel besser da.  
Die wirtschaftliche Not ist überall gleich, die Afma ist  
aber besser daran, weil sie nicht einen Pfennig an das  
Ausland abgeben muss.

Man darf die ernste Musik nicht einer Organisation  
ausliefern, in der der einzelne Komponist nicht geschützt  
ist durch eine starke Berufsorganisation.

Herr von R e s e n i e r fragt, welche eventuellen  
praktischen Vorteile sich aus einer Einigung mit den Ver-  
legern nach Ansicht des Herrn Rauh ergeben würden.

Herr R ö s e h erwidert: Finanziell würden sich  
unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Vor-  
teile ergeben. Auch aus dem Auslande würde (seit der Sta-  
bilisierung der Mark) nichts zu erwarten sein. Das Ausland  
hätte schon im Frieden keine Rolle für die Einnahmen ge-  
spielt, jetzt könne dies gar nicht der Fall sein. Auch  
ideell würde für die deutsche Musikpflege nichts von dem  
Zusammenschluss zu erwarten sein. Ein Vorteil würde sich aus  
einer völligen Einigung insofern ergeben, als wir dann eine

klare Bedeutung. Die künstlerischen werden nicht durch die  
das Schicksal der Verleger um der Komponisten willen  
Musik können lassen und sich energielos dagegen wehren.  
Aber der Verleger der Gema dürfte nichts werden, wenn  
die ernsthaftigsten Musiker sich nicht organisieren, sonst  
den würde. Wenn die Gema die Gema die Rechte der einzelnen  
nicht werden und keine Stellung in dieser Hinsicht ein-  
nehmen, so können die nur durch die Gema, dass die ihre  
Anrechte beziehe. Die Berufsorganisation würde sonst ver-  
stärkt und der einzelne Komponist ausgenutzt werden.  
Die Gema habe nur keine wirtschaftliche Ansicht; der Ver-  
leger von Aufnahmengesellschaften soll kein wirtschaftlicher  
Beitrag leisten, sondern nur ein Teil einer gemeinsamen Organisation  
mit der kleineren Gesellschaft. Der Direktor der Gema  
Herr Rauh ist nur der Geschäftsführer. Nach ihrem Institut  
Abschluss hat die Gesellschaft einen anderen Namen erhalten.  
Schonend wurde, das Beste die kleineren Gesellschaften  
einnehmen. Deshalb soll es besser sein, als wenn man  
von jeder einzelnen Gesellschaft verlangen würde.

Herr R ö s e h fragt, ob es sich nicht wirtschaftlich noch  
folgende Punkte ergeben:

1. Sollte die Afma etwas dem kleinen Komponisten zuge-  
führt werden, so müsste auch die Gema beteiligt werden.  
2. Eine neue Organisation müsste unabhängig von jeder  
bestehenden Gesellschaft sein.

3. Auch den kleinen Komponisten müsste ein ständiges Ver-  
sprechen zukommen.

4. Es sei eine Möglichkeit, damit Herr Rauh es möglich  
sein würde, dass ihm die Gema (auch die Verleger der  
ernsten Musikwerke) zusetzen werden sollte, als solcher  
zustand wäre eine wirtschaftlich und musikalisch.

Die Gema-Gesellschaft habe 1925 10 Millionen eingenommen,  
die Gema nicht einmal eine Million. - Die Gema-Gesellschaft habe  
15.000 Vorträge abgehalten; wenn die Gema die Gema



Einheit im Inlande und eine Einheit dem Auslande gegenüber darstellen würden. Nur dieses eine ideale Moment spreche für die Einigung. Ferner könne im Falle einer Einigung ein Teil der Kosten erspart werden. - Andererseits würde er, der bisher ohne jede Entschädigung tätig ist, wohl nicht mehr mitarbeiten; dadurch würden die Kosten also wieder erhöht werden.

Herr R e s e h bespricht dann noch die bisher übliche Fassung der Verleger-Verträge, die gegen die guten Sitten verstossen.

Herr von Rezhinek bemerkt: Der ideale Standpunkt wird bei Verleger-Verträgen niemals ganz durchgeführt werden können. - Man müsse um weiter zu kommen, wohl auch einen Modus vivendi für die Gegenpartei finden.

Herr R e s e h hält das letztere nicht für möglich, weil die Verleger wollen, dass sie wieder nur mit den einzelnen Komponisten zu tun haben; d. h. dass dieser ihnen ausgeliefert ist. Dieser von ihnen so gepriesene Zustand bestehe in den anderen Ländern. Die Zustände, die dort herrschten, seien ihm aus Vorstellungen, die ihm fremde Komponisten gemacht haben, wohl bekannt.

Herr K o c h fasst zusammen, dass nach den Ausführungen des Herrn Rüsch die G. d. T. also darauf bestehe, dass sie unangetastet mit der Afma weiter bestehen bleibt, als Berufsgenossenschaft, die die ernsten Komponisten in ihrer Gesamtheit schützt. Dies sei das Wesentliche.

Herr N e n t w i g kommt auf die von Herrn Rüsch verlesene Niederschrift vom Oktober 1922 zurück, Es sei vielleicht wichtig, deren Inhalt mit den Vertretern der Gema zu besprechen und zu prüfen, ob auf der Grundlage der damals gemachten Vorschläge eine Einigung erzielt werden könne.

Herr R e s e h wird der Akademie Abschrift der Liebauschen Vorschläge vom Oktober 1922 übersenden. Er betont

Einheit im Inlande und eine Einheit dem Auslande gegenüber darstellen würden. Nur dieses eine ideale Moment spreche für die Einigung. Ferner könne im Falle einer Einigung ein Teil der Kosten erspart werden. - Andererseits würde er, der bisher ohne jede Entschädigung tätig ist, wohl nicht mehr mitarbeiten; dadurch würden die Kosten also wieder erhöht werden.

Herr R e s e h bespricht dann noch die bisher übliche Fassung der Verleger-Verträge, die gegen die guten Sitten verstossen.

Herr von Rezhinek bemerkt: Der ideale Standpunkt wird bei Verleger-Verträgen niemals ganz durchgeführt werden können. - Man müsse um weiter zu kommen, wohl auch einen Modus vivendi für die Gegenpartei finden.

Herr R e s e h hält das letztere nicht für möglich, weil die Verleger wollen, dass sie wieder nur mit den einzelnen Komponisten zu tun haben; d. h. dass dieser ihnen ausgeliefert ist. Dieser von ihnen so gepriesene Zustand bestehe in den anderen Ländern. Die Zustände, die dort herrschten, seien ihm aus Vorstellungen, die ihm fremde Komponisten gemacht haben, wohl bekannt.

Herr K o c h fasst zusammen, dass nach den Ausführungen des Herrn Rüsch die G. d. T. also darauf bestehe, dass sie unangetastet mit der Afma weiter bestehen bleibt, als Berufsgenossenschaft, die die ernsten Komponisten in ihrer Gesamtheit schützt. Dies sei das Wesentliche.

Herr N e n t w i g kommt auf die von Herrn Rüsch verlesene Niederschrift vom Oktober 1922 zurück, Es sei vielleicht wichtig, deren Inhalt mit den Vertretern der Gema zu besprechen und zu prüfen, ob auf der Grundlage der damals gemachten Vorschläge eine Einigung erzielt werden könne.

Herr R e s e h wird der Akademie Abschrift der Liebauschen Vorschläge vom Oktober 1922 übersenden. Er betont



heim von einer Regelung des Verhältnisses zu der Arm und anderer-  
seits zu den französischen Gesellschaften der Armee.



117  
138

Abgehrift

Vorschläge des Herrn Hob. L i e n a u (besprochen mit Herrn Prof-  
fessor Dr. O s t e r r i e t h) - Oktober 1922 -

I. Arbeitsgemeinschaft zwischen Deutschem Musikalien-Verleger-  
verein und der GDT. - 5 Tonsetzer und 5 Verleger.

II. Zweck:

Zusammengehen auf allen Gebieten der Verwertung musikalischer  
Urheberrechte,

insbesondere Verschmelzung der bestehenden Anstalten zur Ver-  
wertung musikalischer Aufführungsrechte und mechanischer Urheberrechte.

III. Als zukünftiges Ziel wird ins Auge gefasst eine paritätisch  
zusammengesetzte Dachorganisation, von der die beiden Anstalten ein-  
gerichtet und beaufsichtigt werden. Die Verwaltung würde je einem ge-  
schäftlichen Direktor unterstehen. Hierbei soll der Gesichtspunkt  
berücksichtigt werden, dass das geschäftliche und wirtschaftliche  
Uebergewicht der Verlegergruppe in billiger Weise ausgeglichen wird.

IV. Für die Uebergangszeit, bis diese Neuorganisationen ins Leben  
gerufen werden können, wird folgende Regelung ins Auge gefasst:

1. Die Verwaltung der musikalischen Aufführungsrechte der  
beiden Gruppen soll der Afma übertragen werden, die  
Verwaltung der mechanischen Urheberrechte der Amvre.
2. Die Richtlinien für die Verwaltung der beiden Anstal-  
ten werden von der Arbeitsgemeinschaft aufgestellt.
3. Die Bestellung der geschäftlichen Direktoren beider  
Anstalten erfolgt durch die Arbeitsgemeinschaft.
4. Die Arbeitsgemeinschaft ernannt je einen Vertreter aus  
jeder Gruppe, welche für die Ausführung der von der  
Arbeitsgemeinschaft gefassten Beschlüsse und aufge-  
stellten Richtlinien sorgen müssen.
5. Geschäftsberichte und Bilanzen beider Anstalten unter-  
liegen der Genehmigung der Arbeitsgemeinschaft.

V. Die Durchführung der vorbezeichneten Gedanken wird abhängig  
sein von einer Regelung des Verhältnisses zu der Akm und anderer-  
seits zu den französischen Gesellschaften der Amvre.



versteht man den Transaktionscharakter der Aussage.

Friedr. E. Koch



## GENOSSENSCHAFT DEUTSCHER TONSETZER

BERLIN W 66, WILHELMSTRASSE 57/58

FERNSPRECHER: ZENTRUM 7454

Berlin, den 23. Januar 1924

K. Akademie Künste-Berlin

Nr 0033 - 21. JAN. 1924

Ant.

An die Akademie der Künste zu Berlin,

Sektion für Musik,

Berlin W 8

Pariser Platz 4

Im Verfolg der Besprechung vom 9.d.M. beehren wir uns, Ihnen für die weiteren gemeinsamen Verhandlungen mit den 3 Vertretern der Gema als Vertreter der Genossenschaft Deutscher Tonsetzer den Unterzeichneten sowie die Herren Professor Eduard Behn, W 30, Neue Winterfeldtstr. 13, 1 und Hugo Rasch, Berlin-Wilmersdorf, Zähringerstr. 13, namhaft zu machen.

Diese unsere Mitteilung wurde zu unserem Bedauern bis heute verzögert, da wir inzwischen erfahren hatten, die Gegenpartei habe neuerdings die Forderung erhoben, dass beide Teile zunächst einzeln, also nicht in der am 9.d.M. beschlossenen gemeinsamen Kommission vor der Einigungsstelle der Akademie verhandeln sollten, worüber wir erst noch eine offizielle Mitteilung abwarten wollten. Ein solches Verfahren dürfte kaum der Beschleunigung des Einigungswerkes dienen, zumal wir aus zwingenden sachlichen Gründen voraussetzen müssten, dass wir seitens der Akademie von jeder Einzelverhandlung mit der andern Partei durch ein genaues stenographisches Protokoll Kenntnis erhalten.

Hochachtungsvoll ergebenst

GENOSSENSCHAFT DEUTSCHER TONSETZER

Dr. H. Hoff

M. 9.



Manuskript des Briefes d.T.  
1264

149  
Lichterfelden, d. 17. 1. 24.

Lieber Herr Professor!

Im Einspruch und meine Kollegen  
habe ich Sie, dass Sie mir folgende  
Mittheilung: Wir beabsichtigen, dass  
die Arbeit der Tautat gesammelt wird und die Vor-  
arbeit der Gemein und die Vorarbeit der G. D. T.  
ausgeführt, davon Vorarbeiten ausgehen können,  
und dass Sie aufpassen, inwiefern der vorgeschlagene  
neue Plan nachfolgt, inwiefern soll. Das an-  
geordnete ist zu berücksichtigen, als eine gemein-  
same Befragung, nachfolgt aber allein Erfolg.  
Als Mitglieder der Kommission noch ein paar  
Mile folgen wir der Frau Lienau, Aucken-  
shaler, Dr. Bock und Rauh vor.

Mit bestem Gruß

Herrn Prof. Dr. Bausen.

Im Auftrag

Robert Lienau

Am 18. I.

P.N.



Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 22. Januar 1924  
Pariser Platz 4

Im Anschluss an unser Schreiben vom 14. d. M. richte ich  
nochmale an den Vorstand der G.d.T. die dringende Bitte, uns  
möglichst umgehend die dortigen Vertreter namhaft zu machen,  
damit die angebahnten Verhandlungen ihren Fortgang nehmen kön-  
nen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Vorsitzende der Musiksektion

*Fr. E. K.*  
Herrn *an den Vorstand der G.d.T.*  
~~Herrn~~

Berlin W



, den 14. 1.1924

An den

Vorstand der Genossenschaft deutscher  
Tonsetzer

Berlin

In Verfolg der Besprechung am 9. Januar d. J. in der Akademie der Künste bitten wir baldgefälligst, wenn irgend möglich bis nächsten Donnerstag, die Vertreter der Genossenschaft deutscher Tonsetzer für die Weiterführung der Verhandlungen namhaft machen zu wollen.

In grösster Hochachtung

Der Präsident

Im Auftrage

*W.*

Noch heute durch Boten

*Boten  
am 14.1.24*



147  
144  
Sitzung des Senates und der Genossenschaft, Sektion für Musik

Berlin, den 9. Januar 1924

Beginn der Sitzung 6 Uhr

Anwesend

unter dem Vorsitz des Herrn Koch  
die Herren

Amersdorffer

Baußnern

Kahn

Koch

Nentwig

Schumann

Taubert

Kaun

v. Reznicek

zugezogen

von der G.D.T. : Rösch

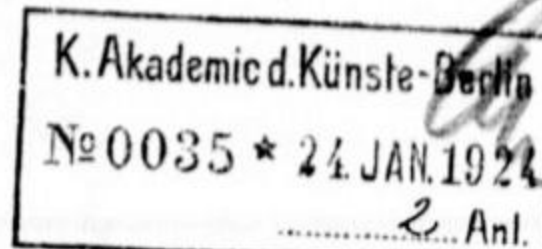
Behm

von der Gema: Rauh

Lienau

Hinrichsen

Aukenthaler





Verpflichtung mit 3 Anlagen

24/11 745  
fikt!  
Aug

Immer Professor u. Leinhardt  
regelmäßig zugeordnet. (Akademie des Ritters)  
Das Protokoll ist von Immer mit Immer Professor  
Ihre Mitbestimmung, ist nicht aber einige Bestimmungen  
für nötig, die ich persönlich machen zu lassen bitte.  
Es darf wohl managen, dass die G. d. F. mit den  
Immer ja eine Abschrift des Protokolls mit der dazu  
gehörigen Anlage abgeben.

Wichtig.  
24/11



AKADEMIE DER KÜNSTE ZU BERLIN

W 8, PARISER PLATZ 4, J. 19. 5. 22

Hochw. d. H. d. Akademie der Künste,

Ich habe die Ehre, Ihnen die  
Kunstschule der Akademie, am 9. Januar 1924,  
mit einer kleinen Anzahl von Kunstwerken  
zu übersenden. Ich hoffe, dass Sie  
sich für diese Kunstwerke interessieren werden.  
Ich habe die Ehre, Ihnen die Kunstwerke  
zu übersenden, die ich in der  
Kunstschule der Akademie, am 9. Januar 1924,  
mit einer kleinen Anzahl von Kunstwerken  
zu übersenden. Ich hoffe, dass Sie  
sich für diese Kunstwerke interessieren werden.  
Ich habe die Ehre, Ihnen die Kunstwerke  
zu übersenden, die ich in der  
Kunstschule der Akademie, am 9. Januar 1924,  
mit einer kleinen Anzahl von Kunstwerken  
zu übersenden. Ich hoffe, dass Sie  
sich für diese Kunstwerke interessieren werden.



List 3 Lizards  
 a) *Anolis* sp. *fulvipes*  
 b) *Lacerta* sp. *leucis*  
 c) *Lacerta* sp. *leucis*

Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der  
Genossenschaft, Sektion für Musik unter Zuziehung von Vertretern  
der Genossenschaft deutscher Tonsetzer und der Gema.

Herr Koch bittet nach einleitenden Worten das rechts- und verwaltungskundige Mitglied des Senates Herrn Ministerialdirektor Nentwig die Verhandlungen zu leiten.

Herr Nentwig übernimmt den Vorsitz, berichtet kurz über die Vorgeschichte der heutigen Verhandlung und betont, dass er lediglich als Mitglied des Senates der Akademie nicht als Vertreter des Herrn Ministers spreche. Er gedenke der Schwierigkeiten der Vertretung der deutschen Tönkunst gegenüber den Verlegern und des bedauerlichen Antagonismus zwischen diesen und den Verlegern. Der Herr Minister hätte selbst eine Vermittelung zwischen beiden Parteien übernommen, doch ist kein derartiger Wunsch an ihn gerichtet worden, Er hat deshalb die Akademie der Künste mit der Führung der Verhandlung beauftragt. Der Antagonismus zwischen den beiden Parteien sei zwar zu verstehen, aber er ist sehr bedauerlich. Er bitte für die jetzt beginnenden Verhandlungen die alten Geschehnisse und Streitigkeiten ruhen zu lassen. Eine Einigung müsse hier zu Stande zu bringen sein, das ist vaterländische Pflicht. Sie ist notwendig, deshalb würden Mittel und Wege gefunden werden müssen, sie herbeizuführen. Frühere Verhandlungen wären schon bis zu einem gewissen Grade gediehen, haben sich dann aber (wieder) leider zerschlagen. Er selbst wolle keine Vorschläge machen. Diese müssten von den anwesenden Vertretern ausgehen. Bedauerlich



sei es jedenfalls, dass die Vertreter der besonde-  
typischen deutschen Kunst, der Musik, uneinig sind.  
Die Statuten der G. d. T. und der Gema scheinen  
ihrem Wortlaut nach eigentlich ganz das Gleiche zu  
wollen. Deshalb muss eine Einigung wohl zu ermögl-  
chen sein. Er bitte nochmals dringend in gemein-  
schaftlicher Arbeit einen Weg zur Einigung zu su-  
chen.

Herr Lienau dankt als Vertreter der Gema für  
die Einladung. Er stellt fest, dass seine Anstalt  
nicht nur Verleger, sondern auch Autoren umfasst.  
Eingeladen seien zur heutigen Verhandlung aus der  
Gema nur Verleger. - Der einzige Weg zu einer Ein-  
igung sei: Die Vereinigung der Afma mit der Gema.  
Voraussetzung dafür: Ablösung der Afma von der G.  
T.. Letzterer gehören nicht alle Komponisten an, der  
Verleger-Verein aber alle Verleger. - In allen and-  
ren Kulturländern ist die Organisation der Verleger  
unabhängig von der der Autoren. Dies halte er für  
den erspriesslichen Zustand. Mit der praktischen  
geschäftlichen Verwertung der Werke haben die Au-  
toren in anderen Ländern nichts zu tun. Die Schwie-  
rigkeit einer eventuellen Auflösung der Gema liege  
in der Frage der <sup>Übernahme</sup> der von ihr abgeschlos-  
senen Verträge. Sonst bestehen keine Bedenken gegen  
eine Fusion der beiden Aufführungsgesellschaften  
Afma und Gema. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die  
Staatsregierung für die Einigungsverhandlungen ein  
Kommissar entsenden würde. Die Regierung könnte es  
besonders wirksame Unterstützung ausüben: für den  
Schutz gegen unberechtigte Aufführungen, im Ausla-  
nder besonders, um die Beziehungen zu der Wiener

Gesellschaft

*gab es in der Gema keine Regelung*  
Ab.  
Gesellschaft zu regeln. - Die Grundlage für eine  
Einigung ist also: Fusion der Afma mit der Gema  
oder nicht. Wird diese Frage gelöst, dann wäre dies  
vielleicht der erste Schritt zur Einigung (Vergl. auch  
die beiliegende Niederschrift)

Herr Nentwig dankt für die Ausführungen und  
bemerkt, dass in der heutigen Verhandlung wohl nur  
allgemeines zur Sprache kommen könne. Die Einzelhei-  
ten wird später am besten eine kleine Kommission  
behandeln. Der Herr Kultusminister wird gern bereit  
sein, mitzuhelfen, wohl auch das Reich.

Herr Rösch fragt, worin die von Herrn Lienau  
vorgeschlagene Fusion bestehen soll. Die Afma solle  
sich vollständig auflösen, die Gema aber bleibe be-  
stehen!

Herr Lienau erwidert: allerdings müsste die Afma  
sich auflösen, die Mitglieder könnten, losgelöst  
von der G. d. T., der Gema beitreten. Die Gema kann  
sich nicht ohne weiteres auflösen schon wegen ihrer  
~~Verleger~~ Verträge. Die Afma hat keine derartigen Ver-  
träge. Es besteht die Gefahr, dass die Société sich  
bei einer Lösung der Verträge der Gema mit den aus-  
ländischen Gesellschaften ihrerseits mit diesen zu-  
sammenschliesst, was eine grosse Schädigung der  
Gema zur Folge haben würde.

Herr Nentwig stellt fest, dass nach dem Vor-  
schlage des Herrn Lienau die juristische Person  
der Gema weiter bestehen bleiben soll.

Herr Behm: Durch die früheren Verhandlungen war  
bereits ins Auge gefasst: Auflösung der Afma und  
der Gema zum 1. Januar 1924. Erst nachträglich kam  
man darauf, dass ein Irrtum vorliege und dass wegen  
des Vertrages mit der österreichischen Gesellschaft

eine



eine Liquidation der Gema erst 1926 möglich sei. schlug dann eine Art-Dreibund vor (mit Oesterreich dies müsse er aber ablehnen, weil die zu gründend Gesellschaft durchaus national sein müsse. Die Verleger wollen offenbar den Komponisten den Weg vor schreiben. Herr Lienau habe mit seinen Worten kein Entgegenkommen der Verleger gezeigt. Die Liquidation auch der Gema war beschlossen und jetzt stellt Herr Lienau fest, dass die Gema weiterbestehen, während die G. d. T. alles aufgeben soll.

Herr Nentwig stellt fest, dass die <sup>von</sup> ~~Ausführung~~ <sup>Zustimmung</sup> ~~des Herrn Lienau~~ <sup>von</sup> ~~jedenfalls juristisch nicht~~ <sup>sein</sup> ~~möglich~~ <sup>sein</sup>.

Herr Röschmeint, es wäre doch wohl ~~nicht~~ denkbar, dass bei einer glatten Fusion der beiden Anstalten eine Uebertragung der Verträge möglich sei. Natürlich sei es aber die einfachste Lösung, die eine Organisation zu vernichten, während die andere alles übernimmt. Beide Gesellschaften müssten, wie bei den früheren Verhandlungen vereinbart, ihre Liquidationsfristen einhalten. Von den besonderen Schwierigkeiten, an denen die Einigung zuletzt scheiterte, erwähnt er: der Frieden kann nur geschlossen werden, wenn in die Gebiete der Aufführungsrechte auch das der mechanischen (Ampe) <sup>me</sup> vereinigt wird, sonst bekämpfen sich <sup>die</sup> beiden Gebiete weiter. Unmöglich kann die G. d. T. bei einem französischen Geschäftsführer höhere Interessen (Herr Crétin) annehmen, dem noch dazu Unterschlagungen nachgewiesen worden sind. - Bei dem von Herrn Lienau lässt sich keine Einigung erzielen wegen bezeichneten Wege des Vertrag-es mit Oesterreich, ferner wegen des Vertrages mit der Société, die auch die deutschen Rechte in Holland vertritt. -

Es

<sup>hatte den Fusions, als sei ein Uebersetzung eingegeben,</sup>  
Es ~~scheint ein~~ <sup>gewisser Wechsel der Verhältnisse</sup> ~~eingetreten zu sein~~, besonders im Verhältnis zu Oesterreich. Ein österreichischer Verleger habe ihm gegenüber ausdrücklich bemerkt, dass, wenn eine vollständige Einigung zwischen deutschen Verlegern und Komponisten erzielt werde, die Oesterreicher dem nicht entgegen sein würden. Die von Herrn Lienau berührte Gefahr, dass die Société ihrerseits mit den ausländischen Verlegern <sup>zusammengedrängt</sup> ~~zusammengeht~~, sei nicht so gross. Die kleinen ausländischen Gesellschaften können mit ihrem eigenen heimischen Repertoire gar nicht bestehen, sie müssen über ein internationales Repertoire verfügen. Die Gefahr, dass die ausländischen Verlagsgesellschaften selbständig vorgehen, <sup>ist</sup> ~~ist~~ deshalb nicht anzuerkennen. - Die Verträge <sup>sind</sup> ~~sind~~ <sup>gar kein</sup> ~~gar kein~~ Hindernis für die Fusion. Die Gesellschaften im Auslande würden froh sein, wenn sie nur mit einer einzigen Gruppe in Deutschland zu tun hätten. Es bestehe deshalb kein Grund, weshalb die Sache so einseitig aufgefasst werden sollte, dass nur die Afma aufgelöst ~~wird~~ <sup>würde</sup>. Das einzig Richtige ist: dass beide Anstalten liquidieren und dass eine neue dritte Gesellschaft geschaffen ~~wird~~ <sup>würde</sup>. Allerdings würden vielleicht Uebergangsschwierigkeiten kommen, die aber zu überwinden sein würden, ~~und am Ende der Schwierigkeiten muss die allgemeine Einigkeit stehen.~~

Herr Nentwig konstatiert, dass Uebereinstimmung darüber besteht, dass eine Einigung nötig ist. Von den beiden bis jetzt vorgeschlagenen Wegen (entweder Auflösung der Afma und Vereinigung mit der Gema oder Auflösung beider Gesellschaften und Gründung einer neuen, auf die die Rechte beider übergehen)

sei

*Gegenüberstellung der Gema geltend gemachten juristischen Vorurteile auf der einen Seite und der von der Afma geltend gemachten juristischen Vorurteile auf der anderen Seite.*



149  
sei wohl der bessere, der einfach und schneller zum Ziele führe. ~~Die Liquidation der Alma könne nach § 24 der Satzungen auch dadurch herbeigeführt werden, dass alle Mitglieder aus ihr austreten, dadurch ergibt sich die Auflösung von selbst. Im Falle einer Auflösung der Gema können die auf fünf Jahre geschlossenen Verträge mit halbjährlicher Frist gekündigt werden, sonst nach einjähriger Kündigung.~~

Durch die Statutenbestimmungen können sich allerdings gewisse Schwierigkeiten ergeben, die eine ~~Verzögerung zur Folge haben können.~~

Herr Rauherklärt, dass er eine Einigung durchaus wünsche. Er habe von der heutigen Verhandlung erwartet, dass Vorschläge von beiden Seiten gemacht werden. Herr Rösch habe aber den Vorschlag des Herrn Lienau kritisiert. Er wie seine Kollegen wünschen keine Debatte mit den Gegnern, da diese Auseinandersetzungen nicht zusammen, sondern auseinanderführen. Es ~~gibt~~ <sup>gibt</sup> keinen anderen Weg als den von Herrn Lienau vorgeschlagenen. Er wolle auf die Ausführungen des Herrn Rösch nichts erwidern, weil dies zwecklos sei. Wenn er gewusst hätte, dass die Verhandlungen sich so entwickeln <sup>würde</sup> würde er nicht erschienen sein.

Herr Nentwig bedauert diese scharfe Erklärung für die seines Erachtens kein Grund vorhanden sei. Es sei ganz natürlich, dass in der Debatte eine Äußerung zu dem Vorschlage des Herrn Lienau herbeigeführt wurde. Von einer Kritik, die Herrn Rau zu einer solchen Erklärung veranlassen könne, war wohl nicht die Rede.

Herr Rau erwidert: Wir können über die Verga

genheit

genheit wohl schweigen, aber wir können sie nicht ungeschehen machen. Er habe mit seinen Kollegen verabredet, dass sie nicht mehr an einem Tisch mit Herrn Rösch verhandeln. Er sei dahin informiert worden, dass bei den heutigen Verhandlungen nur Vorschläge von beiden Seiten gemacht werden sollen.

Herr Schumann entgegnet, dass er allerdings in ähnlichem Sinne mit Herrn Rösch vorher gesprochen habe, es sei aber wohl <sup>selbst</sup> verständlich, dass über die Vorschläge sachlich verhandelt wird, und dies allein sei geschehen. Herr Rau erwidert, dass er nichts dagegen einzuwenden hat, wenn über die Vorschläge verhandelt wird, aber nicht mit den Gegnern der Gema. Nachdem Herr Schumann nochmal betont hat, dass kein Grund vorhanden sei, über den Plan nicht zu sprechen, fragt Herr Nentwig, ob Herr Rösch bereit sei, Näheres über den von Herrn Lienau gemachten Vorschlag auszuführen.

<sup>Rau</sup>  
Herr <sup>Rau</sup> ~~Rösch~~ erklärt, dass er sich zwar in eine Debatte mit der Gegenpartei nicht einlassen wolle, dass er zu solchen Ausführungen aber bereit sei. Es bestehe nicht etwa die Absicht, dass es einen Besiegten und einen Sieger geben solle, <sup>aus</sup> der Konkurrenz der beiden Gesellschaften ergibt sich eine Schädigung für das Musikleben. Diese Konkurrenz muss beseitigt werden. Es kann dabei natürlich eine neue Gesellschaft entstehen. Die Gema kann, soweit dies juristisch irgend möglich ist, eine neue Gestalt annehmen. Die neue Gesellschaft darf aber keinen Schaden erleiden durch die Aufgabe von Verträgen mit dem Auslande und durch den Abfall von Mitgliedern. Die augenblickliche Lage <sup>ist</sup> folgende: Die französische Gesellschaft hat den Vertrag gebrochen und seitens der Gema ist ihr mitgeteilt

worden



worden, dass der Vertrag als nicht mehr existieren betrachtet wird. Die Société hat das Recht auch für alle anderen Auslandsvertretungen: Belgien, Schweiz usw. Die einzige strittige Frage war Holland. Die holländische Gesellschaft ist von den Franzosen in eine sehr schwierige Zwangslage gebracht worden. Nach langem Sträuben und auf Wunsch von einer Reihe von Mitgliedern hat die Gema mit den Franzosen abgeschlossen. Man wollte eine Verständigung mit den Franzosen und den Holländern finden. Durch den Bruch des Vertrages seitens der Franzosen entstand die Möglichkeit, mit den Holländern einen Vertrag auf fünf Jahre abzuschliessen. Bei einer Auflösung der Gema könnten wie bereits erwähnt, die einzelnen Gesellschaften die Gema ganz verlassen und mit den Franzosen zusammengehen. Dies würde einen Verlust bedeuten, der nicht riskiert werden darf. Auch aus der G. d. T. sind einzelne Mitglieder ausgeschieden und der französischen Gesellschaft beigetreten: Linke und Fétraoz. Die Autoren von Unterhaltungsmusik spielen für den Vertrieb eine grosse Rolle. Bei der Fusion ~~ist~~ die Gema bereit, auch ihren Namen aufzugeben. Es besteht kein Gedanke daran, als wollte die Gema ihr eigenes Haus aufrecht erhalten und die anderen dürften bei ihr eintreten. Wenn die bezüglich der Verträge ausgesprochenen Befürchtungen nicht eintreffen, dann würde die Gema bereit sein, noch weiter entgegenzukommen: sie würde, wenn Verluste zu vermeiden wären, damit einverstanden sein, dass die Gesellschaften liquidieren. Herr Behm erwidert Herr Rauh, dass das Zusammengehen mit Oesterreich nach seiner Auffassung durchaus nicht dem nationalen Prinzip widerspricht. Das Richtige würde eine grosse deutsche Organisation sein, die Oesterreich mitum-

Einer

751  
Einer solchen <sup>Art</sup> ~~stehen~~ allerdings Schwierigkeiten entgegen, z. B. die Rivalität zwischen Wien und Berlin. Die Oesterreicher <sup>haben</sup> der G. d. T. schon einmal die Vertretung ihrer Rechte übergeben, aber schlechte Erfahrungen dabei gemacht. Sie wollten diese Gefahr nicht wieder laufen. Bei den Oesterreichern besteht deshalb ein starkes Misstrauen, deshalb würde eine gross-deutsche Organisation wohl schwer durchführbar sein, ~~und dieser Weg ist deshalb ungangbar~~. Der einzig gangbare Weg <sup>ist</sup>: die gleiche Verständigung mit Oesterreich wie bisher.

Herr Schumann meint, dass durch diese Erklärungen die Verhandlungen entschieden einen Schritt weiter gekommen sind. Zunächst wäre es wohl nötig, die juristischen Schwierigkeiten zu beseitigen, die eventuell der Auflösung beider Genossenschaften entgegenstehen.

Herr von Reznicek fragt, ob die Oesterreicher vielleicht nicht mitgehen würden, wenn sie einer neuen Organisation gegenüberstehen.

Herr Rauh hält dies nicht für unmöglich.

Herr Wentwig meint, dass durch diese Frage die ganze Angelegenheit jetzt nicht kompliziert werden sollte. Ein juristischer Spezialist müsste zunächst die Uebertragbarkeit der Verträge prüfen und ein Gutachten darüber erstatten. Damit könnte wohl der Rechtsberater der Gema beauftragt werden. Wenn die Verträge übertragbar <sup>wären</sup> ~~sind~~, dann besteht <sup>wohl</sup> ~~keine~~ Schwierigkeit für eine beiderseitige Liquidation und vollkommene Neugründung.

Herr Koch führt aus, dass seines Erachtens die Gefahr



Gefahr eines Abspringens der fremden Gesellschaften nicht zu gross sei. Die Holländer und auch die Schweizer werden sicher weiter mitgehen (Zwischenruf des Herrn Rauh: Aber die Italiener?) Der Grund des Abspringens der fremden Gesellschaften wird immer wieder angeführt, ~~da die Sache hinauszuschieben. Die~~  
Hm ~~Verträge der Gema haben sich auf durch deren Liquidation. Das~~ (allerdings die Gefahr besteht, dass die fremden Gesellschaften inzwischen von den Franzosen eingefangen werden, ~~muss zugestanden werden.~~ Die Zugkraft der deutschen Musik ~~ist~~ aber so gross, und ~~wird es~~ bleiben, dass diese Gefahr nicht überschätzt werden darf. Die Hauptsache ~~ist~~, dass beide Teile endlich zusammenkommen. Dafür werden beide Teile ab auch etwas nachgeben müssen.

die Sach.  
Herr Rauh erwidert, dass die Herren Komponisten immer vom Standpunkt der ernsten Musik aus beurteilt werden. Die Unterhaltungsmusik spielt aber für den Verleger eine besonders grosse Rolle, darunter besonders <sup>auch</sup> die italienische Unterhaltungsmusik. Wenn die Italiener mit den Franzosen zusammengehen würden, so würde eine bedeutende Konkurrenz dadurch entstehen, da die Franzosen allein etwa 1/3 der Unterhaltungsmusik bestreiten. Es könnten dann noch die Tschecho-Slowaken und vielleicht noch andere Nationen dazu kommen.

Herr Koch entgegnet, dass bei dieser Erwägung doch sehr stark der Geschäftsstandpunkt betont sei. Er möchte aber in erster Linie an die ernste Kunst denken, und dies sollte auch von den Verlegern verstanden werden. ~~gibt es immer~~

Herr Thiel bemerkt, es sei eine Schande für die deutsche

deutsche Kunst, dass sie durch die Deutschen selbst gezwungen ~~ist~~, sich an die Franzosen anzuschliessen. Der Verleger betrachtet die Sache leicht nur vom geschäftlichen Standpunkt aus, er müsste aber auch den Standpunkt der Kunst berücksichtigen. Eine Schande sei es auch, dass die Holländer sich beschweren müssten über die Konkurrenz der Franzosen, die sie gerade den Deutschen verdanken. Gerade die Deutschen schaden, also den Holländern! Auch die Verleger müssten Opfer bringen im Interesse der Kunst.

Herr von Schillings: Der Gefahr bezüglich der Verträge müsste in kluger und vorsichtiger Weise vorgebeugt werden, ~~indem~~ <sup>bei</sup> den fremden Gesellschaften ~~ge-~~fragt wird, wie sie sich verhalten würden, wenn eine neue grössere Gesellschaft gebildet würde, die ihnen nicht nur die alten Rechte sichert, sondern auch neue dazu verschafft.

Herr Rauh antwortet: Ein solches Vorgehen würde sehr wohl möglich sein. - Das Entscheidende sei, dass die neue Anstalt ebenso unabhängig von der Organisation der Verleger wie von der der Komponisten sein würde. Sie dürfte lediglich eine Aufführungsrechtsgesellschaft sein, die für sich allein ihr Werk tut.

Herr Nentwig fasst zusammen, dass zunächst also die beiden folgenden Rechtspunkte zu klären sein würden:

1. Uebertragbarkeit der Verträge
2. Ermittlung der Bereitwilligkeit der fremden Gesellschaften mit der neu zu gründenden Anstalt zu gehen (im Sinne der Anfrage des Herrn v. Schillings)

~~mit der~~  
Für die Ausarbeitung weiterer Vorschläge würde alsdann eine Kommission zu betrauen sein. Auf eine Anfrage des Herrn Rauh fügt Herr Nentwig noch hinzu, dass auch er eine selbständige unabhängige Aufführungsrechtsgesellschaft für die richtige Lösung halten würde.

Herr



Herr Behm kommt darauf zurück, dass es sich nicht nur um die musikalischen Urheberrechte, sondern auch um die mechanischen handle. Es sei undenkbar beides zu trennen.

Herr Lienau entgegnet, dass eine Vereinigung aber abgelehnt werden müsse.

Herr Rauh fügt hinzu, dass mit den mechanischen Rechten die Gema gar nichts zu tun habe; diese seien Sache der <sup>me</sup>Ante. - Wenn man zum Frieden kommen will, dann muss jede Frage einzeln erörtert werden, was besteht in der von Herrn Nentwig vorgeschlagenen Kommission geschehen würde. - Der Verkehr <sup>in</sup> mit einer künftigen gemeinsamen Anstalt würde sehr zur Aufklärung und Verständigung zwischen Verlegern und Komponisten beitragen.

Herr Nentwig: Der Frage der <sup>me</sup>Ante wollte die Akademie bei diesen Verhandlungen nicht näher treten. Es lag dies auch nicht in der Absicht des Herrn Ministers.

Herr Rauh erwidert auf eine Frage des Herrn Nentwig bezüglich der Vertreter der Gema für die Kommission, dass er jetzt noch nicht in der Lage sei, Vorschläge zu machen, da die Gema ja auch eine Anzahl von Komponisten vertritt, heute aber ~~nur~~ aus der Gema <sup>nur</sup> Verleger anwesend sind. Zur namhaftmachung von Vertretern würde eine Aufsichterratssitzung nötig sein. Eine solche wird mit Beschleunigung einberufen werden.

Herr Nentwig stellt zusammenfassend noch einmal fest, dass die G. d. T. und die Gema der Akademie Vertreter für die Kommission vorschlagen <sup>sollen</sup>. (Es sollen für jede Partei 3 Mitglieder benannt werden, womit die Anwesenden sich einverstanden erklären. Die Vorschläge sollen bis zum 17. bzw. spätestens 24. Januar der Akademie übersandt werden.)

Herr Nentwig dankt den Anwesenden und gibt noch

einmal der Hoffnung Ausdruck, dass das Zusammengekommen zustande kommt. - Herr Koch schliesst hierauf die Sitzung.

*Herr Koch, Vorsitzender*

Namens meiner hier anwesenden Kollegen spreche ich zunächst dem Herrn Präsidenten und den Mitgliedern des Senates der Akademie den Dank für die an uns ergangene Einladung zu der heutigen Sitzung aus. Wir begrüßen es, dass Sie, hochgeehrte Herren, mit der ganzen Autorität Ihres Amtes für eine Verständigung in dem Streit, der leider schon so lange das deutsche Musikleben stört, eintreten wollen. Das ist uns dankenswerter, weil die Gegenwart dringend dazu mahnt, das Gemeinsame zu pflegen und das Trennende hint an zu stellen. Zunächst eine kurze Bemerkung über die Einladung, in der von "Verlegergruppen" die Rede ist: Herr R a u h und ich sind wohl eingeladen als Vorstand der Gema. Die Gema ist aber eine Genossenschaft von Autoren und Komponisten, demnach sind wir beide hier nicht nur als Vertreter von Verlegern, sondern auch von Autoren. Die anderen Herren, die von unserer Seite anwesend sind, sind Vorstandsmitglieder, beziehungsweise Mitglieder des Verlegervereins, der nicht eine Gruppe ist, sondern alle Verleger umfasst. Ich muss also betonen, dass wir gegenüber der von Ihnen auch geladenen anderen Seite nicht ausschliesslich und einseitig die Verlegerinteressen vertreten. Ferner erlaube ich mir die Frage, ob ein Protokoll geführt wird und welcher Art. Ich möchte bitten, dass die Fassung eines solchen uns vorgelegt wird. Und nun zur Sache selbst!

Hinsichtlich der ersten Schwierigkeit (Lösung der AFMA von Herrn G. D. T.) ist zu bemerken, dass die G. D. T. eine Fach-Organisation von Komponisten - nicht von allen Komponisten - ist, der Deutsche Musikalienverleger - Verein eine



Kommune meinet hier anwesenden Kollegen spreche ich zunächst  
dem Herrn Präsidenten und den Mitgliedern des Senates der  
Akademie den Dank für die an uns ergangene Einladung zu der  
heutigen Sitzung aus. Wie beabsichtigt, habe ich heute, hochgeehrte  
Herrn, mit der ganzen Anwesenheit Ihres Amtes für eine Ver-  
ständigung in dem Streit, der leider schon so lange das deut-  
sche Musikleben stört, eintriften wollen. Ich ist mir dankbar,  
weiter, weil die Gegenwart dringend dazu mahnt, das Gemein-  
sam pflügen und das Trennende hint an zu stellen. Zunächst eine  
kurze Bemerkung über die Einladung, in der von "Verlegern" und  
die Rede ist: Herr R. M. M. und ich sind wohl eingeladen als  
Vertreter der GEMA. Die GEMA ist aber eine Gemeinschaft von Au-  
toren und Komponisten, demnach sind wir beide hier nicht nur als  
Vertreter von Verlegern, sondern auch von Autoren. Die anderen  
Herrn, die von unserer Seite anwesend sind, sind Verleger und  
Mitglieder, beziehungsweise Mitglieder des Verlegerverbandes, der nicht  
eine Gruppe ist, sondern alle Verleger umfasst. Ich muss also  
betonen, dass wir gegenüber der von Ihnen auch eingeladenen ande-  
ren Seite nicht ausschließlich und einseitig die Verlegerinter-  
essen vertreten. Ferner erlaube ich mir die Frage, ob ein pro-  
tokoll geführt wird und welcher Art. Ich möchte bitten, dass  
die Fassung eines solchen uns vorgelegt wird. Und nun zur Sache  
selbst!

754  
Der Streit um die Aufführungsrechte umfasst nur ein  
Teilgebiet derjenigen Probleme, welche gelöst werden müssen,  
um die Interessen der am Musikleben beteiligten Faktoren  
auszugleichen. Aber wir glauben, dass dieses Endziel nur  
schrittweise zu erreichen ist, und wir haben von vornherein  
die Einberufung der heutigen Versammlung so aufgefasst,  
dass zunächst einmal der Versuch gemacht werden soll, eine  
Verständigung über die Aufführungsrechte und deren Verwer-  
tung herbeizuführen. Die Frage lautet also einfach: Wie ist  
unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Vereinigung al-  
ler Interessenten zwecks Verwertung der Aufführungsrechte  
in Deutschland möglich?  
Wenn wir die gegenwärtige Lage als bekannt voraussetzen,  
lautet unsere Antwort auf diese Frage: Den einzig gangba-  
ren Weg zur Erreichung des Zieles sehen wir in der soforti-  
gen Fusion der AFMA und der GEMA zu einer neuen Anstalt.  
Unter Vorschlag bietet Schwierigkeiten: er hat auf der ei-  
nen Seite die Lösung der AFMA von der G.D.T. zur Voraus-  
setzung, auf der anderen Seite ist er nur durchführbar,  
wenn die GEMA ihre Identität soweit beibehält, dass die Auf-  
lösung ihrer Verträge sowohl mit ihren Mitgliedern, wie mit  
den ausländischen Gesellschaften vermieden wird.

Hinsichtlich der ersten Schwierigkeit (Lösung der  
AFMA von der G. D. T.) ist zu bemerken, dass die G.D.T. eine  
Fach-Organisation von Komponisten - nicht von allen Kom-  
ponisten - ist, der Deutsche Musikalienverleger - Verein eine

dann vor die Frage gestellt, ob ein der neuen Gesellschaft  
beitrugen oder sich eine neue ausländische Gesellschaft



Der Streit um die Aufführungsrechte ist ein Teilgebiet derjenigen Probleme, welche gelöst werden müssen, um die Interessen der am musikalischen Schaffen beteiligten Faktoren auszugleichen. Aber wir glauben, dass dieses Problem nur schrittweise zu lösen ist, und wir haben von vornherein die Einschränkung der heutigen Versammlung so aufgestellt, dass zunächst einmal der Versuch gemacht werden soll, eine Verständigung über die Aufführungsrechte und deren Verwertung herbeizuführen. Das Thema lautet also einfach: Wie ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Verständigung auf der Interessenten zwecks Verwertung der Aufführungsrechte in Deutschland möglich?

Wenn wir die gegenwärtige Lage als bekannt voraussetzen, lautet unsere Antwort auf diese Frage: Den einzig gangbaren Weg zur Klärung des Problems sehen wir in der sofortigen Fusion der G.D.T. und der GEMA zu einer neuen Gesellschaft. Unter Vorbehalt dieser Schwierigkeiten: er hat auch der einen Seite die Lösung der G.D.T. von der G.D.T. nur Vorteile zu bringen, auf der anderen Seite ist er nur durchzuführen, wenn die GEMA ihre Identität soweit beibehält, dass die Auflösung ihrer Verträge sowohl mit ihren Mitgliedern, als mit den ausländischen Gesellschaften vermieden wird.

Kürzlichlich der ersten Schwierigkeit (Lösung der G.D.T. von der G.D.T.) hat zu bemerken, dass die G.D.T. eine Fach-Organisation von Komponisten - nicht von allen Komponisten - ist, der Deutsche Musikalienverleger - Verein eine

155

u.B. der internationalen oder französischen Musikverleger. Die Gefahren dieser Möglichkeit sind gering. Eine Fach - Organisation aller Musikverleger. Wir wünschen aber die vollständige Unabhängigkeit der Aufführungsrechts-Verwertung von jeglichen Fach - Organisationen, weil wir in der bisherigen Verbindung der G. D. T. mit der AFMA den tiefsten Grund der bisherigen beklagenswerten Streitigkeiten sehen. Denn es war immer der strittige Punkt, wen denn nun in der Verwaltung etwas zu sagen habe, Komponisten oder Verleger. In allen übrigen Kulturländern ist die Verwertung der Aufführungsrechte unabhängig von den Komponisten-Organisationen, auch da wo, wie in Schweden, die Organisation der Komponisten die Aufführungsrechts-Gesellschaft ins Leben gerufen hat. Diesen Zustand halten wir auch in Deutschland für die Grundbedingung einer erspriesslichen Zusammenarbeit. Selbstverständlich verwehren wir keinem Komponisten die Zugehörigkeit zur G.D.T. als der Organisation seines Standes. Wir bestreiten auch nicht das ursprüngliche Recht des Urhebers am Aufführungsrecht. Aber mit der praktischen, geschäftlichen Aufführungsrechts-Verwertung hat das nichts zu tun, und so wenig wie der G.D.T. in ihre Organisation hineinzureden das Recht haben, ebenso wenig vermögen wir dieses Recht der G. D. T. oder dem Deutschen Musikalienverleger-Verein in Bezug auf die Aufführungs-Gesellschaften zuerkennen.

Und die zweite Schwierigkeit: eine Auflösung der Gema, also ihre Liquidation und Löschung im Genossenschaftsregister könnte unbeschreibbare Folgen haben. Die Gema-Mitglieder würden dann vor die Frage gestellt, ob sie der neuen Gesellschaft beitreten oder sich etwa einer ausländischen Gesellschaft



eine Fach - Organisation aller Musikverleger. Wir wünschen  
aber die vollständige Unabhängigkeit der Musikverleger.  
Verwertung von Leistungen Fach - Organisationen, weil wir  
in der bisherigen Verbindung der G. D. T. mit der AFMA den  
stärksten Grund der bisherigen befehlsgewaltigen Stellung  
ten sehen. Denn es war immer der stützende Punkt, war dann  
auch in der Verwertung etwas zu sagen habe, Komponisten oder  
Verleger. In allen übrigen Künsten ist die Verwertung  
der Aufführungsrechte unabhängig von den Komponisten-Organis-  
ationen, auch da wo, wie in Schweden, die Organisation  
der Komponisten die Aufführungsrechte-Gesellschaft ist. In  
den meisten hat. Dieses Zustand haben wir auch in Deutsch-  
land für die Grundbedingung einer entsprechenden Zusammen-  
arbeit. Selbstverständlich verwenden wir keinen Komponisten  
die Zugehörigkeit zur G. D. T. als der Organisation seines  
Standes. Wir bestreiten auch nicht das ursprüngliche Recht  
des Urhebers am Aufführungsrecht. Aber mit der praktischen,  
gesellschaftlichen Aufführungsrechte-Verwertung hat das nichts  
zu tun, und so wenig wie der G. D. T. in ihre Organisation  
hineinnehmen das Recht haben, ebenso wenig verfügen wir  
dieses Recht der G. D. T. oder dem Deutschen Musikalienver-  
leger-Verein in Bezug auf die Aufführungs-Gesellschaften  
zuzuerkennen.  
Und die zweite Schwierigkeit: eine Auflösung der Gema,  
also ihre Liquidation und Lösung im Gemeinschaftsregister  
könnte nachteilige Folgen haben. Die Gema-Mitglieder würden  
dann vor die Frage gestellt, ob sie der neuen Gesellschaft  
beitreten oder sich einer ausländischen Gesellschaft

156  
z.B. der österreichischen oder französischen anschließen  
sollten. Die Gefahren dieser Möglichkeit sind grosse,  
solange wir nicht wissen, welcher Art die Beziehungen der  
neuen Anstalt zu der französischen und österreichischen  
Gesellschaft sein werden. Ein anderer Grund ist noch  
wichtiger, nämlich die Erhaltung der Verträge mit dem Aus-  
lande. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse  
in Deutschland erhöhen die Bedeutung der ausländischen Ein-  
nahmen. Wir können nicht ohne zwingende Not auch nur einen  
Teil dieser Einnahmen aufs Spiel setzen, falls es etwa der  
französischen Gesellschaft gelingen sollte, in anderen Län-  
dern den Vertragsabschluss mit der neuen/deutschen Gesellschaft  
zu hinterziehen. Was in dieser Beziehung die Société fertig-  
bringt, haben die letzten Jahre gezeigt.

Soweit es die Berücksichtigung dieser Bedenken nicht  
verboten, sind wir aber zu jedem Entgegenkommen gegenüber  
den Wünschen der anderen Seite bereit. Wir hängen weder an  
den Namen der Gesellschaft, noch haben wir etwas dagegen,  
dass durch die Satzung die Rechte der Komponisten nach  
Möglichkeit geschützt werden.

Wenn wir also der Fusion der beiden Aufführungsrechte-  
Gesellschaften das Wort reden, so leitet uns dabei auch  
noch der Gesichtspunkt, dass bei einer bloßen Arbeitsge-  
meinschaft zwischen AFMA und GEMA, wie sie in früheren Ver-  
handlungen einmal angeregt war, die Einnahmen aus den Auslands-



u. a. der österreichischen oder französischen Anschlüssen  
sollten. Die Gefahren dieser Möglichkeit sind groß,  
solange wir nicht wissen, welcher Art die Beziehungen der  
neuen Anstalt zu der französischen und österreichischen  
Gesellschaft sein werden. Ein anderer Grund ist noch  
wichtiger, nämlich die Erhaltung der Verträge mit dem Aus-  
land. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse  
in Deutschland erhöhen die Bedeutung der ausländischen Ver-  
träge. Wir können nicht ohne zwingende Not auch nur einen  
Teil dieser Verträge mit Spiel setzen, falls es etwa der  
französischen Gesellschaft gelingen sollte, in anderen Län-  
dern den Verträgen mit der neuen Gesellschaft als  
zu hinterzählen. Was in dieser Beziehung die Deutsche  
bringt, haben die letzten Jahre gezeigt.  
Soweit es die Berücksichtigung dieser Bedenken nicht  
verhindert, sind wir aber zu jedem Entgegenkommen gegenüber  
den Wünschen der anderen Seite bereit. Wir können weder an  
dem Namen der Gesellschaft, noch haben wir etwas dagegen,  
dass durch die Fassung der Rechte der Komponisten nach  
Möglichkeit geschützt werden.  
Wenn wir also der Fassung der beiden Ausführungsrechte  
Gesellschaften das Wort reden, so lautet uns dabei auch  
noch der Gedanke, dass bei einer solchen Anstalt  
Mitschuld zwischen AFMA und GEMA, wie sie in früheren Vor-  
handlungen einmal angeregt war, die Einnahmen aus den Auslän-

783

157

Verträgen, denen gegenüber ja die Einnahmen aus Deutschland  
in absehbarer Zeit kaum in Betracht kommen dürften, dann  
nur den Mitgliedern der GEMA zu gute kommen würden, weil  
die Arbeitsgemeinschaft sich nur auf das deutsche Geschäft  
erstrecken könnte und die AFMA vielleicht nicht in der Lage  
wäre, selbst in befriedigendem Umfange Auslands-Verträge  
abzuschließen.  
Findet unser Vorschlag einer Fusion zwischen AFMA und  
GEMA Beifall, so denken wir uns die weiteren Verhandlungen  
so, dass von besonderen Kommissionen die näheren Modalitäten  
die Grund- und Geschäftsordnung, die Frage des Vorstandes  
u. s. w. erwogen werden. Wir würden es dankbar begrüßen,  
wenn die Staatsregierung gebeten werden könnte, zur Leitung  
dieser Kommissions-Verhandlungen oder wenigstens zur Teilnahme  
an denselben einen Kommissar zu entsenden. Denn im Interesse  
des deutschen Komponistenstandes, dem drei Viertel des Rein-  
gewinnes der Aufführungsrechts-Gesellschaft zufließen würde,  
liegt es, dass die Staatsregierung bzw. die Reichs-Regierung  
die Interessen der neuen Gesellschaft, welche alle deutschen  
Aufführungsrechte verwerten soll, nach Kräften unterstützt.  
Wir brauchen einen wirksameren Schutz gegen unberechtigte  
Aufführungen, als ihn uns die Justizverwaltung zur Zeit ge-  
währt. Wir brauchen eine wirksamere Unterstützung der deut-  
schen Musikpflege im Auslande durch die deutschen Gesand-  
schaften. Wir können mit England keinen Vertrag abschließen  
und die vielen dortigen Aufführungen deutscher Musik nicht  
verwerten, solange uns infolge des Abszugs von 75 % der  
Lizenzeneinnahmen ein Schaden erwächst, den uns die deutsche



Regierung nicht ersetzt, obwohl er ihr auf Reparationskon-  
te gutgebracht wird. Wir brauchen endlich den Schutz der  
Regierung, um die Beziehungen zu der Wiener Gesellschaft  
zu regeln, die vielleicht das am schwersten zu beseitigen-  
de Hindernis unserer Einigungsbestrebungen bilden. Auch  
dieser letzte Punkt wird den Gegenstand eingehender Komis-  
sions-Erwägungen bilden müssen. Wir gehen aber jetzt noch  
nicht darauf ein, weil zunächst einmal die Grundfrage erle-  
digt werden muss: Fusion von AFMA und GEMA oder nicht?

Das ist unser Vorschlag, den wir hiermit zur Erwägung  
stellen. Wir sind der Ueberzeugung, dass -wenn erst der  
erste Schritt getan - der Weg zum allgemeinen Frieden of-  
fen ist.

Verfügen, denen gegenüber ja die Kämpfer aus Deutschland  
in absehbarer Zeit kaum im Betracht kommen dürften, dann  
nur den Mitgliedern der GEMA zu Gute kommen würden, weil  
die Arbeitsgemeinschaft sich nur auf die deutsche Gesellschaft  
erstrecken könnte und die AFMA vielleicht nicht in der Lage  
wäre, selbst in begrenztem Umfang Ausland-Verträge  
abzuschließen.  
Folgt unser Vorschlag einer Fusion zwischen AFMA und  
GEMA beifallig, so denken wir uns die weiteren Verhandlungen  
so, dass von besonderer Komplexität die nächsten Verhandlungen  
die Grund- und Geschäftsordnung, die Frage des Vorstandes  
u. s. w. erwogen werden. Wir würden es dankbar begrüßen,  
wenn die Staatsregierung gebeten werden könnte, zur Lösung  
dieser Kommissions-Verhandlungen oder wenigstens zur Teilnahme  
an denselben einen Kommissar zu entsenden. Denn im Interesse  
des deutschen Komponistenstandes, dem drei Viertel des Reim-  
gewinnes der Aufnahmegeräte-Gesellschaft zufließen würde,  
liegt es, dass die Staatsregierung bzw. die Reichs-Regierung  
die Interessen der neuen Gesellschaft, welche alle deutschen  
Aufnahmegeräte verwenden soll, nach Kräften unterstützt.  
Wir brauchen einen wirksamen Schutz gegen unbeschränkte  
Aufführungen, als ihn nur die Justizverwaltung zur Zeit ge-  
währt. Wir brauchen eine wirksame Unterstützung der deut-  
schen Musikpflege im Ausland durch die deutsche Gesand-  
schaften. Wir können mit England keinen Vertrag abschließen  
und die vielen dortigen Aufführungen deutscher Musik nicht  
verwerten, solange das Abkommen von 1904 der  
Lizenznahme ein Hindernis darstellt, das nur die deutsche



Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates und der  
Genossenschaft, Sektion für Musik unter Ausziehung von Vertretern  
der Genossenschaft deutscher Tonsetzer und der Gema.

Berlin, den 9. Januar 1924  
Beginn der Sitzung 6 Uhr

Anwesend

unter dem Vorsitz des Herrn Koch

die Herren

Ameredergerffer Herr Koch bittet nach ein-  
Baußnern leitenden Worten das rechts-und  
Kahn verwaltungskundige Mitglied des  
Koch Senates Herrn Ministerialdirektor  
Hentwig Hentwig die Verhandlungen zu leiten.  
Schumann Herr Hentwig übernimmt den  
Taubert Vorsitz, berichtet kurz über die  
Kaun Vorgeschichte der heutigen Verhand-  
v. Resneck lung und betont, dass er lediglich  
zugesogen als Mitglied des Senates der Aka-  
von der G. D. T. Risch demie nicht als Vertreter des Herrn  
Behm Ministers spreche. Er gedenke der  
von der Gema: Rauh Schwierigkeiten der Vertretung der  
Lienau deutschen Tonkunst namentlich im  
Hinrichsen Auslande und des bedauerlichen An-  
Aukenthaler tagonismus zwischen Verlegern und  
Komponisten. Der Herr Minister hät-  
te selbst eine Vermittelung zwi-  
schen beiden Parteien übernommen, doch ist kein derartiger Wunsch  
an ihn gerichtet worden, er habe deshalb die Akademie der Künste  
mit der Führung der Verhandlungen beauftragt. Er bitte für die jetzt  
beginnenden Verhandlungen die alten Geschimisse und Streitigkei-  
ten ruhen zu lassen. Eine Einigung müsse hier zu Stande zu bringen  
sein, das sei vaterländische Pflicht. Sie sei notwendig, deshalb  
würden Mittel und Wege gefunden werden müssen, sie herbeizuführen.

Frühling







weil die zu gründende Gesellschaft durchaus national sein müsse. Die Verleger wollen offenbar den Komponisten den Weg vorschreiben. Herr Lienu habe mit seinen Worten kein Entgegenkommen der Verleger gezeigt. Die Liquidation auch der Gema war beschlossen und jetzt stellt Herr Lienu fest, dass die Gema weiterbestehen, während die G. D. T. alles aufgeben soll.

Herr M e n t w i g stellt fest, dass die von Herrn Lienu gegen eine Auflösung der Gema geltend gemachten juristischen Bedenken nicht ohne weiteres abzuweisen seien, sondern sehr sorgfältig geprüft werden müssten.

Herr R e s o h meint, es wäre doch wohl denkbar, dass bei einer glatten Fusion der beiden Anstalten eine Übertragung der Verträge möglich sei. Natürlich sei es aber die einfachste Lösung, die eine Organisation zu vernichten, während die andere alles übernimmt. Beide Gesellschaften müssten, wie bei den früheren Verhandlungen vereinbart, ihre Liquidationsfristen einhalten. Von den besonderen Schwierigkeiten, an denen die Einigung zuletzt scheiterte, erwähnt er: der Frieden kann nur geschlossen werden, wenn in die Gebiete der Aufführungsrechte auch das der mechanischen (Amare) vereinigt wird, sonst bekämpfen sich diese beiden Gebiete wieder. Unmöglich kann die G. D. T. bei einem französischen Geschäftsführer höhere Interessen (Herr Crétin) annehmen, dem noch dazu Unterschlagungen nachgewiesen worden sind. Bei dem von Herrn Lienu bezeichneten Wege lässt sich keine Einigung erzielen wegen des Vertrages mit Oesterreich, ferner wegen des Vertrages mit der Société, die auch die deutschen Rechte in Holland vertritt. Es hatte den Anschein, als sei ein gewisser Umschwung eingetreten, besonders im Verhältnis zu Oesterreich. Ein oesterreichischer Verleger habe ihm gegenüber ausdrücklich bemerkt, dass, wenn eine vollständige Einigung zwischen deutschen Verlegern und Komponisten erzielt werde, die Oesterreicher dem nicht entgegen sein würden. Die von Herrn Lienu berührte Gefahr

führte Verhandlungen wären schon bis zu einem gewissen Grade möglich. Herr Lienu habe mit seinen Worten kein Entgegenkommen der Verleger gezeigt. Die Liquidation auch der Gema war beschlossen und jetzt stellt Herr Lienu fest, dass die Gema weiterbestehen, während die G. D. T. alles aufgeben soll.

Herr M e n t w i g stellt fest, dass die von Herrn Lienu gegen eine Auflösung der Gema geltend gemachten juristischen Bedenken nicht ohne weiteres abzuweisen seien, sondern sehr sorgfältig geprüft werden müssten.

Herr R e s o h meint, es wäre doch wohl denkbar, dass bei einer glatten Fusion der beiden Anstalten eine Übertragung der Verträge möglich sei. Natürlich sei es aber die einfachste Lösung, die eine Organisation zu vernichten, während die andere alles übernimmt. Beide Gesellschaften müssten, wie bei den früheren Verhandlungen vereinbart, ihre Liquidationsfristen einhalten. Von den besonderen Schwierigkeiten, an denen die Einigung zuletzt scheiterte, erwähnt er: der Frieden kann nur geschlossen werden, wenn in die Gebiete der Aufführungsrechte auch das der mechanischen (Amare) vereinigt wird, sonst bekämpfen sich diese beiden Gebiete wieder. Unmöglich kann die G. D. T. bei einem französischen Geschäftsführer höhere Interessen (Herr Crétin) annehmen, dem noch dazu Unterschlagungen nachgewiesen worden sind. Bei dem von Herrn Lienu bezeichneten Wege lässt sich keine Einigung erzielen wegen des Vertrages mit Oesterreich, ferner wegen des Vertrages mit der Société, die auch die deutschen Rechte in Holland vertritt. Es hatte den Anschein, als sei ein gewisser Umschwung eingetreten, besonders im Verhältnis zu Oesterreich. Ein oesterreichischer Verleger habe ihm gegenüber ausdrücklich bemerkt, dass, wenn eine vollständige Einigung zwischen deutschen Verlegern und Komponisten erzielt werde, die Oesterreicher dem nicht entgegen sein würden. Die von Herrn Lienu berührte Gefahr



Gefahr, dass die Société ihrerseits mit den ausländischen Verlegern zusammengehen würde, sei nicht so gross. Die kleinen ausländischen Gesellschaften könnten mit ihrem eigenen heimischen Repertoire garnicht bestehen, sie müssten über ein internationales Repertoire verfügen. Die Gefahr, dass die ausländischen Verlegergesellschaft selbständig vögingen, sei deshalb nicht anzuerkennen. Die Verträge seien garkein Hindernis für die Fusion. Die Gesellschaften im Auslande würden froh sein, wenn sie nur mit einer einzigen Gruppe in Deutschland zu tun hätten. Es bestehe deshalb kein Grund, weshalb die Sache so einseitig aufgefasst werden solle, dass nur die Afma aufgelöst werde. Das einzig Richtige sei: dass beide Anstalten liquidiert und dass eine neue dritte Gesellschaft geschaffen würde. Allerdings würden vielleicht Uebergangsschwierigkeiten kommen, die aber zu überwinden sein würden.

Herr M e n t w i g konstatiert, dass Uebereinstimmung darüber besteht, dass eine Einigung nötig ist. Von den beiden bis jetzt vorgeschlagenen Wegen (entweder Auflösung der Afma und Vereinigung mit der Gema oder Auflösung der Gema und Vereinigung mit der Afma oder Auflösung beider Gesellschaften und Gründung einer neuen, auf die die Rechte beider übergehen) sei der der bessere, der einfach und schneller zum Ziele führe. Es werde sich also darum handeln, diesen zu finden.

Herr R a u h erklärt, dass er eine Einigung durchaus wünsche. Er habe von der heutigen Verhandlung erwartet, dass Vorschläge von beiden Seiten gemacht werden. Herr R ü c c h habe aber den Vorschlag des Herrn L i e n a u kritisiert. Er wie seine Kollegen wünschten keine Debatte mit den Gegnern, da diese Auseinandersetzungen nicht zusammen, sondern auseinanderführten. Es gäbe keinen anderen Weg als den von Herrn Lienn vorgeschlagenen. Er wolle auf die Ausführungen des Herrn R ü c c h nichts erwidern, weil dies zwecklos sei. Wenn er gewusst hätte, dass die Verhandlungen sich so entwickeln, würde er nicht erschienen sein.

Herr M e n t w i g bedauert diese scharfe Erklärung, für die

weil die zu gründende Gesellschaft durchaus national sein müsse. Die Verträge seien garkein Hindernis für die Fusion. Die Gesellschaften im Auslande würden froh sein, wenn sie nur mit einer einzigen Gruppe in Deutschland zu tun hätten. Es bestehe deshalb kein Grund, weshalb die Sache so einseitig aufgefasst werden solle, dass nur die Afma aufgelöst werde. Das einzig Richtige sei: dass beide Anstalten liquidiert und dass eine neue dritte Gesellschaft geschaffen würde. Allerdings würden vielleicht Uebergangsschwierigkeiten kommen, die aber zu überwinden sein würden.

Herr M e n t w i g konstatiert, dass Uebereinstimmung darüber besteht, dass eine Einigung nötig ist. Von den beiden bis jetzt vorgeschlagenen Wegen (entweder Auflösung der Afma und Vereinigung mit der Gema oder Auflösung der Gema und Vereinigung mit der Afma oder Auflösung beider Gesellschaften und Gründung einer neuen, auf die die Rechte beider übergehen) sei der der bessere, der einfach und schneller zum Ziele führe. Es werde sich also darum handeln, diesen zu finden.

Herr R a u h erklärt, dass er eine Einigung durchaus wünsche. Er habe von der heutigen Verhandlung erwartet, dass Vorschläge von beiden Seiten gemacht werden. Herr R ü c c h habe aber den Vorschlag des Herrn L i e n a u kritisiert. Er wie seine Kollegen wünschten keine Debatte mit den Gegnern, da diese Auseinandersetzungen nicht zusammen, sondern auseinanderführten. Es gäbe keinen anderen Weg als den von Herrn Lienn vorgeschlagenen. Er wolle auf die Ausführungen des Herrn R ü c c h nichts erwidern, weil dies zwecklos sei. Wenn er gewusst hätte, dass die Verhandlungen sich so entwickeln, würde er nicht erschienen sein.

Herr M e n t w i g bedauert diese scharfe Erklärung, für die



die seines Brachtens kein Grund vorhanden sei. Es sei ganz natürlich, dass in der Debatte eine Äußerung zu dem Vorschlage des Herrn L i e n a u herbeigeführt wurde. Von einer Kritik, die Herr R a u h zu einer solchen Erklärung veranlassen könne, war wohl nicht die Rede.

Herr Hauk erwidert: Wir können über die Vergangenheit wohl schweigen, aber wir können sie nicht ungeschehen machen. Er habe mit seinen Kollegen verabredet, dass sie nicht mehr an einem Tisch mit Herrn Rösch verhandeln. Er sei dahin informiert worden, dass bei den heutigen Verhandlungen nur Vorschläge von beiden Seiten gemacht werden sollen.

Herr S c h u m a n n entgegnet, dass er allerdings in ähnlichem Sinne mit Herrn R ö s c h vorher gesprochen habe, es sei aber wohl selbstverständlich, dass über die Vorschläge sachlich verhandelt werde und dies allein sei geschehen.

Herr R a u h erwidert, dass er nichts dagegen einzuwenden hat, wenn über die Vorschläge verhandelt wird, aber nicht mit den Gegnern der Gemein.

Nachdem Herr S c h u m a n n nochmal betont hat, dass kein Grund vorhanden sei, über den Plan nicht zu sprechen, fragt Herr M e n t w i g, ob Herr R a u h bereit sei, Näheres über den von Herrn L i e n a u gemachten Vorschlag auszuführen.

Herr R a u h erklärt, dass er sich zwar in eine Debatte mit der Gegenseite nicht einlassen wolle, dass er zu solchen Ausführungen aber bereit sei. Es bestehe nicht etwa die Absicht, dass es einen Sieger und einen Verlierer geben solle. Aus der Konkurrenz der beiden Gesellschaften ergebe sich eine Schädigung für das Musikleben. Diese Konkurrenz müsse beseitigt werden. Es könne dabei natürlich eine neue Gesellschaft entstehen. Die Gemein könne, soweit dies juristisch irgend möglich ist, eine neue Gestalt annehmen. Die neue Gesellschaft dürfe aber keinen Schaden erleiden durch die Aufgabe von Vertretern mit dem Auslande und durch den Abfall von Mitgliedern. Die augenblickliche Lage sei folgende: Die frankreichische Gesellschaft hat den Vertrag gebrochen und seitens der Gemein

Gefahr, dass die Société internationale mit den ausländischen Vereinen zusammengefallen würde, sei nicht so gross. Die kleinen ausländischen Gesellschaften könnten mit ihren eigenen nationalen Regierungen verhandeln. Die Gefahr, dass die ausländischen Vereinen durch die Société internationale verdrängt werden, sei deshalb nicht anzunehmen. Die Verträge seien gar kein Hindernis für die Vereinigung der Gesellschaften im Auslande. Wenn sie nur mit einem einzigen starken Gruppe in Deutschland zu tun hätten. Es bestünde deshalb kein Grund, weshalb die Sache so einfach aufzulösen werden sollte, dass nur die eine aufgeführt werde. Das einzige Hindernis sei, dass beide Gesellschaften nicht in der Lage seien, eine neue dritte Gesellschaft zu bilden. Allerdings würden vielleicht Unversöhnlichkeiten bestehen, die aber zu überwinden sein würden.

Herr M e n t w i g konstatiert, dass Überwindung dieser Schwierigkeit eine Aufgabe sei. Von dem beiden die Vereinigung der beiden Gesellschaften (entweder Auflösung der eine und Veranlassung der anderen oder Vereinigung beider Gesellschaften und Gründung einer neuen, die die Rechte beider übernehme) sei der letztere, der einfacher und schneller zum Ziele führe. Es werde sich also dieses Hindernis lösen zu können.

Herr R a u h erklärt, dass er eine Erklärung darüber abzugeben habe. Er habe von der heutigen Verhandlung erwartet, dass Vorschläge von beiden Seiten gemacht werden. Herr R ö s c h habe aber den Vorschlag des Herrn L i e n a u kritisiert. Er sei seine Kritik gegen ihn ausgesprochen. Er habe keine Debatte mit dem Herrn, da diese Auseinandersetzungen nicht nützlich seien, sondern auseinanderzusetzen. Er wolle nun andern Weg als den von Herrn L i e n a u vorgeschlagenen. Er wolle auf die Ausführungen des Herrn R ö s c h antworten, weil dies zwecklos sei. Wenn er Antwort hätte, dass die Verhandlungen sich so entwickeln, würde er nicht erschrocken sein.

Herr M e n t w i g bedauert diese scheinbare Erklärung, die



ist ihr mitgeteilt worden, dass der Vertrag als nicht mehr existierend betrachtet wird. Die Société hat das Recht auch für alle anderen Auslandsvertretungen: Belgien, Schweiz, usw. Die einzige strittige Frage war Holland. Die holländische Gesellschaft ist von den Franzosen in eine sehr schwierige Zwangslage gebracht worden.

Nach langen Sträuben und auf Wunsch von einer Reihe von Mitgliedern hat die Gema mit den Franzosen abgeschlossen. Man wollte eine Verständigung mit den Franzosen und den Holländern finden. Durch den Bruch des Vertrages seitens der Franzosen entstand die Möglichkeit, mit den Holländern einen Vertrag auf fünf Jahre abzuschließen.

Bei einer Auflösung der Gema könnten wie bereits erwähnt, die einzelnen Gesellschaften die Gema ganz verlassen und mit den Franzosen zusammengehen. Dies würde einen Verlust bedeuten, der nicht riskiert werden dürfte. Auch aus der G. d. T. sind einzelne Mitglieder ausgeschieden und der französischen Gesellschaft beigetreten: Linke und Pétraz. Die Autoren von Unterhaltungsmusik spielten für den Vertrieb eine grosse Rolle! - Bei der Fusion sei die Gema bereit, auch ihren Namen aufzugeben. Es besteht kein Gedanke daran, als wolle die Gema ihr eigenes Haus aufrecht erhalten und die anderen dürften bei ihr eintreten. - Wenn die bezüglich der Verträge ausgesprochenen Befürchtungen nicht eintreffen, dann würde die Gema bereit sein, noch weiter entgegenzukommen: sie würde, wenn Verluste sich vermeiden liessen, damit einverstanden sein, dass beide Gesellschaften liquidieren. Herrn B e n m erwidert Herr R a u h, dass das Zusammengehen mit Oesterreich nach seiner Auffassung durchaus nicht dem nationalen Prinzip widerspricht. Das Richtige würde eine grosse-deutsche Organisation sein, die Oesterreich mitumfasst. Einer solchen ständen allerdings Schwierigkeiten entgegen, z. B. die Rivalität zwischen Wien und Berlin. - Die Oesterreicher hätten der G. d. T. schon einmal die Vertretung ihrer Rechte übergeben, aber schlechte Erfahrungen dabei gemacht. Sie wollten diese Gefahr nicht wieder laufen. Bei den Oesterreichern bestehe deshalb ein starkes Misstrauen, deshalb werde eine grosse-deutsche Organisation wohl schwer durchführbar sein. Der einzig gangbare Weg sei die gleiche Verständigung mit Oesterreich wie bisher.

Herr







- 8 -

andere Nationen dazu kommen.

Herr K o h l entgegnet, dass bei dieser Erwägung doch sehr stark der Geschäftsstandpunkt betont sei. Es möchte aber in erster Linie an die ernste Kunst gedacht werden.

Herr T h i e l bemerkt, es sei eine Schande für die deutsche Kunst, dass sie durch die Deutschen selbst gezwungen sei, sich an die Franzosen anzuschließen. Der Verleger betrachtet die Sache leicht nur vom geschäftlichen Standpunkt aus, er müsste aber auch den Standpunkt der Kunst berücksichtigen. Eine Schande sei es auch, dass die Holländer sich beschwerten müssten über die Konkurrenz der Franzosen, die sie gerade den Deutschen verdankten. Gerade die Deutschen schädigten also den Holländern! Auch die Verleger müssten Opfer bringen im Interesse der Kunst.

Herr v o n S c h i l l i n g: Die Gefahr bezüglich der Verträge müsste in kluger und vorsichtiger Weise vorgebeugt werden durch Anfrage bei den fremden Gesellschaften, wie sie sich verhalten würden, wenn eine neue größere Gesellschaft gebildet werde, die ihnen nicht nur die alten Rechte sichere, sondern auch noch neue dazu verschafft.

Herr R a u h antwortet: Ein solches Vorgehen würde sehr wohl möglich sein. Das Entscheidende sei, dass die neue Anstalt lebenslang unabhängig von der Organisation der Verleger wie von der der Komponisten sein würde. Sie dürfte lediglich eine Aufführungsrechtsgesellschaft sein, die für sich allein ihr Werk tut.

Herr S e n t w i g fasst zusammen, dass zunächst also die beiden folgenden Rechtspunkte zu klären sein würden:

1. Übertragbarkeit der Verträge
2. Ermittlung der Bereitwilligkeit der fremden Gesellschaften mit der neu zu gründenden Anstalt zu gehen (im Sinne der Anfrage des Herrn von Schilling)

Mit der Ausarbeitung weiterer Vorschläge würde alsdann eine Kommission zu betrauen sein. Auf eine Anfrage des Herrn R a u h er fügt Herr S e n t w i g noch hinzu, dass auch eine selbständige unabhängige Aufführungsrechtsgesellschaft für die richtige Lösung halte.

HARR



Andere Nationen dann kommen.  
Herr K o n n e n t e , dass das kleine Mitglied doch sehr  
stark der Geschlossenheit bedarf sei. Es müsste aber in einer  
Kleinheit die erste Kraft werden.  
Herr T h i e l b e r g , es sei eine Bedingung für die Be-  
trachtung, dass die Nation die Interessen selbst vertreten soll.  
sich an die Interessen angeschlossen. Der Vortag betraf die  
Nache folgt nur von geschäftlichen Beziehungen. Es müsste aber  
auch der Standpunkt der Kunst berücksichtigt werden. Eine Nation sei  
es auch, dass die Nationen sich besserer als die Nationen  
kann man der Nationen, die als gerade den Interessen vorstehen.  
Gerade die Deutschen haben also den Vorteil, auch die Ver-  
fasser dieser Öfen können im Interesse der Kunst.  
Herr von S o n n e n t a g : Das Gesetz bezüglich der  
Verträge müsste in einer und vollständiger Weise vorhanden  
werden durch Art. 12 bei den fremden Nationen, wie die  
sich verhalten würden, wenn eine neue größere Gesellschaft ge-  
setzt würde, die ihnen nicht nur die alten Rechte abgibt, sondern  
noch neue verleiht.  
Herr R a n n e n t e : Ein solches Vorgehen würde sehr  
wohl möglich sein. Die Angelegenheit sei, dass die neue Nation  
ebenfalls unabhängig von der Organisation der Verträge wie von der  
der Kommission sein würde. Sie würde lediglich eine Antikörper-  
schonungsgehalt sein, die für sich allein ihr Recht hat.  
Herr K o n n e n t e : Es ist nicht notwendig, dass man nicht also  
die beiden folgenden Rücksichten zu klären sein würden:  
1. Unabhängigkeit der Verträge  
2. Einwirkung der Nationalität der fremden Gesellschaften  
Ich will hier nur ein kurzes Beispiel an geben (in einem  
der Anfang des Herrn von Sonnentag)  
Mit der Annahme dieser Verträge würde man ein  
Kommunikation zu haben sein. Als eine Art der Herr K o n n e n t e  
nach Herr K o n n e n t e , dass man eine selbständige  
Organisation der Nationalität der Nationen haben

Herr B e n n kommt darauf zurück, dass es sich nicht nur um die musikalischen Urheberrechte, sondern auch um die mechanischen handle. Es sei undenkbar, beides zu trennen.

Herr L i e n a u entgegnet, dass eine Vereinigung beider abgelehnt werden müsse.

Herr M a u n fügt hinzu, dass mit den mechanischen Rechten die Gema gar nichts zu tun habe; diese seien Sache der Amvre.- Wenn man zum Frieden kommen wolle, dann müsse jede Frage einzeln erörtert werden, was am besten in der von Herrn M e n t w i g vorgeschlagenen Kommission geschehen würde. Der Verkehr in einer künftigen gemeinsamen Anstalt würde sehr zur Aufklärung und Verständigung zwischen Verlegern und Komponisten beitragen.

Herr M e n t w i g: Der Frage der Amure wollte die Akademie bei diesen Verhandlungen nicht nähertreten. Es lag dies auch nicht in der Absicht des Herrn Ministers.

Herr R a u h erwidert auf eine Frage des Herrn Montwig bezüglich der Vertreter der Gema für die Kommission, dass er jetzt noch nicht in der Lage sei, Vorschläge zu machen, da die Gema ja auch eine Anzahl von Komponisten vertrete, heute aber aus der Gema nur Verleger anwesend seien. Zur Namhaftmachung von Vertretern würde eine Aufsichtsratsitzung nötig sein. Eine solche wird mit Beschleunigung einberufen werden.

Herr N e n t w i g stellt zusammenfassend noch einmal fest, dass die G. d. T. und die Gema der Akademie Vertreter für die Kommission vorgeschlagen werden. Es sollen für jede Partei drei Mitglieder benannt werden, womit die Anwesenden sich einverstanden erklären. Die Vorschläge sollen bis zum 17. bzw. spätestens 24. Januar der Akademie überandt werden.

Herr M e n t w i g dankt den Anwesenden und gibt noch einmal der Hoffnung Ausdruck, dass das Zusammengehen zustande kommt.

Herr Koch schließt hierauf die Sitzung.

REF- Friedrich E. Koch

GEZ. V. BAUSCHORN



Namens meiner hier anwesenden Kollegen spreche ich zunächst dem Herrn Präsidenten und den Mitgliedern des Senates der Akademie den Dank für die an uns ergangene Einladung zu der heutigen Sitzung aus. Wie begrüßen es, dass Sie, hochgeehrte Herren, mit der ganzen Autorität Ihres Amtes für eine Verständigung in dem Zwist, der leider schon so lange das deutsche Musikleben stört, eintreten wollen. Das ist uns dankenswerter, weil die Gegenwart dringend dazu mahnt, das Gemeinsame zu pflegen und das Trennende hint an zu stellen. Zunächst eine kurze Bemerkung über die Einladung, in der von "Verlegergruppen" die Rede ist: Herr R a u h und ich sind wohl eingeladen als Vorstand der Gema. Die Gema ist aber eine Genossenschaft von Autoren und Komponisten, demnach sind wir beide hier nicht nur als Vertreter von Verlegern, sondern auch von Autoren. Die anderen Herren, die von unserer Seite Anwesend sind, sind Vorstandsmitglieder, beziehungsweise Mitglieder des Verlegervereins, der nicht eine Gruppe ist, sondern alle Verleger umfasst. Ich muss also betonen, dass wir gegenüber der von Ihnen auch geladenen anderen Seite nicht ausschließlich und einseitig die Verlegerinteressen vertreten. Ferner erlaube ich mir die Frage, ob ein Protokoll geführt wird und welcher Art. Ich möchte bitten, dass die Fassung eines solchen uns vorgelegt wird. Und nun zur Sache selbst!

Herr R a u h: Ich spreche zunächst dem Herrn Präsidenten und den Mitgliedern des Senates der Akademie den Dank für die an uns ergangene Einladung zu der heutigen Sitzung aus. Wie begrüßen es, dass Sie, hochgeehrte Herren, mit der ganzen Autorität Ihres Amtes für eine Verständigung in dem Zwist, der leider schon so lange das deutsche Musikleben stört, eintreten wollen. Das ist uns dankenswerter, weil die Gegenwart dringend dazu mahnt, das Gemeinsame zu pflegen und das Trennende hint an zu stellen. Zunächst eine kurze Bemerkung über die Einladung, in der von "Verlegergruppen" die Rede ist: Herr R a u h und ich sind wohl eingeladen als Vorstand der Gema. Die Gema ist aber eine Genossenschaft von Autoren und Komponisten, demnach sind wir beide hier nicht nur als Vertreter von Verlegern, sondern auch von Autoren. Die anderen Herren, die von unserer Seite Anwesend sind, sind Vorstandsmitglieder, beziehungsweise Mitglieder des Verlegervereins, der nicht eine Gruppe ist, sondern alle Verleger umfasst. Ich muss also betonen, dass wir gegenüber der von Ihnen auch geladenen anderen Seite nicht ausschließlich und einseitig die Verlegerinteressen vertreten. Ferner erlaube ich mir die Frage, ob ein Protokoll geführt wird und welcher Art. Ich möchte bitten, dass die Fassung eines solchen uns vorgelegt wird. Und nun zur Sache selbst!



Der Streit um die Aufführungsrechte umfasst nur ein Teilgebiet derjenigen Probleme, welche gelöst werden müssen, um die Interessen der am Musikleben beteiligten Faktoren auszugleichen. Aber wir glauben, dass dieses Endziel nur schrittweise zu erreichen ist, und wir haben von vornherein die Einberufung der heutigen Versammlung so aufgefasst, dass zunächst einmal der Versuch gemacht werden soll, eine Verständigung über die Aufführungsrechte und deren Verwertung herbeizuführen. Die Frage lautet also einfach: Wie ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Vereinigung aller Interessenten zwecks Verwertung der Aufführungsrechte in Deutschland möglich?

Wenn wir die gegenwärtige Lage als bekannt voraussetzen, lautet unsere Antwort auf diese Frage: Den einzig gangbaren Weg zur Erreichung des Zieles sehen wir in der sofortigen Fusion der AFMA und der GEMA zu einer neuen Anstalt. Unter Vorschlag bietet Schwierigkeiten: er hat auf der einen Seite die Lösung der AFMA von der G.D.T. zur Voraussetzung, auf der anderen Seite ist er nur durchführbar, wenn die GEMA ihre Identität soweit beibehält, dass die Auflösung ihrer Verträge sowohl mit ihren Mitliedern, wie mit den ausländischen Gesellschaften vermieden wird.

Hinsichtlich der ersten Schwierigkeit (Lösung der AFMA von der G.D.T.) ist zu bemerken, dass die G.D.T. eine Fach-Organisation von Komponisten - nicht von allen Komponisten - ist, der Deutsche Musikalienverleger - Verein eine



Der Streit um die Aufnahmefreiheit der Musikverleger, welche nicht nur die Verwertung der Aufführungsrechte, sondern auch die Verwertung der Verlagsrechte betreffen, ist ein Problem, welches nicht nur die Interessen der Komponisten, sondern auch die Interessen der Verleger berührt. Die Lösung dieses Problems ist von großer Wichtigkeit für die Musikbranche. Die G.D.T. hat sich in diesem Zusammenhang bereits mehrfach geäußert. Sie hat betont, dass die Verwertung der Aufführungsrechte unabhängig von den Verlagsrechten sein sollte. Dies ist ein Grundsatz, der in vielen Ländern bereits verwirklicht ist. In Deutschland ist dies jedoch noch nicht der Fall. Die G.D.T. fordert, dass die Verwertung der Aufführungsrechte von den Komponisten-Organisationen unabhängig gemacht werden sollte. Dies würde die Interessen der Komponisten besser schützen und die Verwertung der Aufführungsrechte erleichtern. Die Verleger hingegen befürchten, dass dies zu einer Verringerung ihrer Einnahmen führen würde. Es ist zu hoffen, dass die G.D.T. in diesem Streit die Interessen der Komponisten durchsetzen kann.

Die G.D.T. hat sich in diesem Zusammenhang bereits mehrfach geäußert. Sie hat betont, dass die Verwertung der Aufführungsrechte unabhängig von den Verlagsrechten sein sollte. Dies ist ein Grundsatz, der in vielen Ländern bereits verwirklicht ist. In Deutschland ist dies jedoch noch nicht der Fall. Die G.D.T. fordert, dass die Verwertung der Aufführungsrechte von den Komponisten-Organisationen unabhängig gemacht werden sollte. Dies würde die Interessen der Komponisten besser schützen und die Verwertung der Aufführungsrechte erleichtern. Die Verleger hingegen befürchten, dass dies zu einer Verringerung ihrer Einnahmen führen würde. Es ist zu hoffen, dass die G.D.T. in diesem Streit die Interessen der Komponisten durchsetzen kann.

Und die zweite Schwierigkeit: eine Auflösung der Gema, also ihre Liquidation und Löschung im Genossenschaftsregister könnte unabsehbare Folgen haben. Die Gema-Mitglieder würden dann vor die Frage gestellt, ob sie der neuen Gesellschaft beitreten oder sich etwa einer ausländischen Gesellschaft anschließen.



169

... eine Form - Organisation einer ...  
... aber die vollständige Unabhängigkeit der ...  
... Verwertung von ...  
... in der ...  
... lieferten Grund der ...  
... sein ...  
... nun in der ...  
... Verträge ...  
... der ...  
... zation, auch ...  
... der ...  
... den ...  
... fand für die ...  
... Arbeit ...  
... die ...  
... Standes ...  
... des ...  
... geschäftlichen ...  
... zu tun, und ...  
... hinsichtlich ...  
... dieses ...  
... fester ...  
... und die ...  
... also ihre ...  
... könnte ...  
... auch vor die ...  
... beiträgen oder ...

171

z.B. der österreichischen oder französischen anschließen sollten. Die Gefahren dieser Möglichkeit sind grose, solange wir nicht wissen, welcher Art die Beziehungen der neuen Anstalt zu der französischen und österreichischen Gesellschaft sein werden. Ein anderer Grund ist noch wichtiger, nämlich die Erhaltung der Verträge mit dem Auslande. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland erhöhen die Bedeutung der ausländischen Einnahmen. Wir können nicht ohne zwingende Not auch nur einen Teil dieser Einnahmen aufs Spiel setzen, falls es etwa der französischen Gesellschaft gelingen sollte, in anderen Ländern den Vertragsabschluss mit der neuen <sup>deutschen</sup> Gesellschaft zu hintertreiben. Was in dieser Beziehung die Société fertigbringt, haben die letzten Jahre gezeigt.

Soweit es die Berücksichtigung dieser Bedenken nicht verbietet, sind wir aber zu jedem Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der anderen Seite bereit. Wir hängen weder an den Namen der Gesellschaft, noch haben wir etwas dagegen, dass durch die Satzung die Rechte der Komponisten nach Möglichkeit geschützt werden.

Wenn wir also der Fusion der beiden Aufführungsgesellschaft-Gesellschaften das Wort reden, so leitet uns dabei auch noch der Gesichtspunkt, dass bei einer blossen Arbeitsgemeinschaft zwischen AFMA und GEMA, wie sie in früheren Verhandlungen einmal angeregt war, die Einnahmen aus dem Auslande



Findet unser Vorschlag einer Fusion zwischen AFMA und GEMA Beifall, so denken wir uns die weiteren Verhandlungen so, dass von besonderen Kommissionen die näheren Modalitäten die Grund- und Geschäftsordnung, die Frage des Vorstandes u.s.w. erwogen werden. Wir würden es dankbar begrüßen, wenn die Staatsregierung gebeten werden könnte, zur Leitung dieser Kommissions-Verhandlungen oder wenigstens zur Teilnahme an denselben einen Kommissar zu entsenden. Denn im Interesse des deutschen Komponistenstandes, dem drei Viertel des Reingewinnes der Aufführungsrechts-Gesellschaft zufließen würde, liegt es, dass die Staatsregierung bzw. die Reichs-Regierung die Interessen der neuen Gesellschaft, welche alle deutschen Aufführungsrechte verwerten soll, nach Kräften unterstützt. Wir brauchen einen wirksameren Schutz gegen unberechtigte Aufführungen, als ihn uns die Justizverwaltung zur Zeit gewährt. Wir brauchen eine wirksamere Unterstützung der deutschen Musikpflege im Auslande durch die deutschen Gesandtschaften. Wir können mit England keinen Vertrag abschliessen und die vielen dortigen Aufführungen deutscher Musik nicht verwerten, solange uns infolge des Abzugs von 75 % der Lizeineinnahmen ein Schaden erwächst, den uns die deutsche



Regierung nicht ersetzt, obwohl er ihr auf Reparationskon-  
to gutgebracht wird. Wir brauchen endlich den Schutz der  
Regierung, um die Beziehungen zu der Wiener Gesellschaft  
zu regeln, die vielleicht das am schwersten zu beseitigen-  
de Hindernis unserer Einigungsbestrebungen bilden. Auch  
dieser letzte Punkt wird den Gegenstand eingehender Komis-  
sions-Erwägungen bilden müssen. Wir gehen aber jetzt noch  
nicht darauf ein, weil zunächst einmal die Grundfrage erle-  
digt werden muss: Fusion von AEMA und GEMA oder nicht?

Das ist unser Vorschlag, den wir hiermit zur Erwägung  
stellen. Wir sind der Ueberzeugung, dass - wenn erst der  
erste Schritt getan - der Weg zum allgemeinen Frieden of-  
fen ist.

Verfahren, dessen Ergebnis in der Hinsicht, dass  
im obenstehenden Satz keine in Betracht kommen dürfte, dass  
mit dem Vorschlag der GEMA zu einer Fusion nicht  
die Arbeitsgemeinschaft sich nur auf das deutsche Reich  
erstrecken könnte und die AEMA vielmehr nicht in der Lage  
wäre, selbst in befriedigendem Umfang Arbeits-Verträge  
abzuschließen.  
Wir müssen unser Vorschlag einer Prüfung unterziehen und  
GEMA mitteilen, so denken wir, und die weitere Verhandlung  
so, dass von besonderer Komplexität die weiteren Verhandlungen  
als Grund- und Geschäftsgrundlage, die Frage des Vorstands  
u. s. w. erörtern werden. Wir werden es danach beurteilen,  
wenn die Verhandlung fortgesetzt werden könnte, zur Lösung  
dieser Komplexitäts-Verhandlungen oder wichtiger zur Teilnahme  
an denselben einen Konsens zu erreichen. Dann ist Interesse  
der deutschen Komponisten, dass drei Viertel des Reins-  
gewinns der auf dem Reichsrecht-Gesellschaft aufkommen würde,  
nicht nur, dass die Staatsregierung bzw. die Reichs-Regierung  
die Interessen der neuen Gesellschaft, welche alle deutschen  
Aufnahmegeräte vorwerfen soll, nach Kräften unterstützen.  
Wir brauchen einen wirksamen neuen Arbeitsvertrag  
aufzunehmen, als ihn nur die Arbeitsgemeinschaft zur Zeit ge-  
währt. Wir brauchen eine wirksame und wirksame der deut-  
schen Musiklandschaft im Ausland durch die deutschen Gesand-  
schaften. Wir können mit einem neuen Vertrag abschließen  
und die vielen deutschen Aufnahmegeräte deutscher Musik nicht  
vorwerfen, sondern nur Folge des Abbaus von 15 % der  
Lizenzgebühren ein Nachteil erwähnt, den nur die deutsche



Akademie der Künste zu Berlin  
Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 3. Januar 1924.  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr!

Der Senat der Akademie der Künste (Sektion für Musik) hat auf Wunsch des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Einigungsverhandlungen in der Angelegenheit der Verlegergruppen und der Deutschen Tonsetzer-Genossenschaft übernommen und in dieser Sache auf Mittwoch den 9. Januar 1924 nachmittags 6 Uhr in der Akademie der Künste eine Sitzung anberaumt, zu der wir Sie höflichst und dringend einladen. Der Wichtigkeit der Sache entsprechend glauben wir bestimmt auf Ihr Erscheinen rechnen zu dürfen und stellen

Ihnen

Robert Lienau

Berlin W 8



175

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 3. Januar 1924  
Pariser Platz 4

Bezugnehmend auf die Beratungen der letzten Sitzung vom 29.  
v. M. erlauben wir uns, Sie höflichst und dringend zu einer Sitzung  
am **M i t t w o c h**, den 9. J a n u a r 1924 nachmittags 6 Uhr  
einzuladen. Da unter den obwaltenden Umständen in den Einigungsver-  
handlungen zwischen den Verlegergruppen und der Tonsetzergenossen-  
schaft eine rasche Entscheidung herbeigeführt werden muss, rechnen  
wir auf das vollzählige Erscheinen des Senates und zeichnen

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Frdr. S. Koch*

Ihnen anheim, einen zweiten Vertreter zu den Verhandlungen hinzuzie-  
hen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Senat der Akademie der Künste (Sektion für Musik) hat am  
Vorschlag des Ministeriums für Volksbildung, Kunst und Volkserziehung  
die Minutensatz-Verhandlungen in der Angelegenheit der Verlegergruppen  
und der Deutschen Tonsetzer-Genossenschaft beschlossen und in dieser  
Sache am Mittwoch den 9. Januar 1924 nachmittags 6 Uhr in der Aka-  
demie der Künste eine Sitzung anberaumt, zu der wir Sie höflichst  
und dringend einladen. Der Wichtigkeit der Sache entsprechend zäh-  
len wir bestimmt auf Ihr Erscheinen rechnen zu dürfen und stellen

Ihnen

Robert Lehmann  
Berlin W 8



Akademie der Künste zu Berlin

176

Berlin, den 3. Januar 1924  
Berlin W 8, den 3. Januar 1924  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr!

Der Senat der Akademie der Künste (Sektion für Musik) hat auf

Wunsch des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung  
die Einigungsverhandlungen in der Angelegenheit der Verlegergruppen  
und der Deutschen Tonsetzer-Genossenschaft übernommen und in dieser  
Sache auf Mittwoch, den 9. Januar 1924 nachmittags 6 Uhr in der  
Akademie der Künste eine Sitzung anberaumt, zu der wir Sie höflichst  
und dringend einladen. Der Wichtigkeit der Sache entsprechend glauben  
wir bestimmt auf Ihr Erscheinen rechnen zu dürfen und zeichnen  
mit vorzüglicher Hochachtung

Herrn Direktor Hermann Kuhn  
Eduard Behm

Berlin W 30

F. S. K.



1.2.1  
Akademie der Künste zu Berlin

177  
Berlin, den 3. Januar 1924  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr!

Der Senat der Akademie der Künste (Sektion für Musik) hat auf Wunsch des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Einigungsverhandlungen in der Angelegenheit der Verlegergruppen und der Deutschen Tonsetzer-Genossenschaft übernommen und in dieser Sache auf Mittwoch, den 9. Januar 1924 nachmittags 6 Uhr in der Akademie der Künste eine Sitzung anberaumt, zu der wir Sie höflichst und dringend einladen. Der Wichtigkeit der Sache entsprechend erläutern wir bestimmt auf Ihr Erscheinen rechnen zu dürfen und zeichne mit vorzüglicher Hochachtung

Direktor Hermann Rauh

Berlin-Zehlendorf

Friedrich Th. A. S. Koch

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W. 8, den 3. Januar 1924  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr!

Der Senat der Akademie der Künste (Sektion für Musik) hat auf Wunsch des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Einigungsverhandlungen in der Angelegenheit der Verlegergruppen und der Deutschen Tonsetzer-Genossenschaft übernommen und in dieser Sache auf Mittwoch, den 9. Januar 1924 nachmittags 6 Uhr in der Akademie der Künste eine Sitzung anberaumt, zu der wir Sie höflichst und dringend einladen. Der Wichtigkeit der Sache entsprechend erläutern wir bestimmt auf Ihr Erscheinen rechnen zu dürfen und zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung

Edvard Behne

Berlin W. 80

F. A. S. Koch



Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 3. Januar 1924  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

Bezugnehmend auf Ihre Unterredung mit Herrn Professor v. Baußnern erlaube ich mir, Ihnen auch auf diesem Wege noch einmal mitzuteilen, dass in der bewussten Angelegenheit am Mittwoch, den 9. Januar in der Akademie der Künste eine Sitzung stattfinden wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

T. S. K.

Ministerialdirektor Nentwig

Berlin W 8

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin, den 3. Januar 1924  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr!

Der Senat der Akademie der Künste (Sektion für Musik) hat auf Wunsch des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Kündungsverhandlungen in der Angelegenheit der Verleumdungen und der Deutschen Tonsetzer-Gesellschaft übernommen und in dieser Sache am Mittwoch, den 9. Januar 1924 nachmittags 6 Uhr in der Akademie der Künste eine Sitzung anberaumt, zu der wir Sie höflichst und dringend einladen. Der Wichtigkeit der Sache entsprach es, alsden wir bestimmt auf Ihr Erscheinen rechnen zu dürfen und selbste mit vorzüglicher Hochachtung

Direktor Hermann Rahn  
Berlin-Charlottenburg  
T. S. K.



Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 3. Januar 1924  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr Hofrat!

Der Senat der Akademie der Künste (Sektion für Musik) hat auf Wunsch des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Kinigungsverhandlungen in der Angelegenheit der Verlegergruppen und der Deutschen Tonsetzer-Genossenschaft übernommen und in dieser Sache auf Mittwoch, den 9. Januar 1924 nachmittags 6 Uhr in der Akademie der Künste eine Sitzung anberaumt, zu der wir Sie höflichst und dringend einladen. Der Wichtigkeit der Sache entsprechend glauben wir bestimmt auf Ihr Erscheinen rechnen zu dürfen und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung

Charlottenburg

Hofrat R ö s c h

Berlin W

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 3. Januar 1924  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor!

Bewundernd und Ihre Unterredung mit Herrn Professor v. Hofrat R ö s c h, Ihnen auch auf diesem Wege noch einmal mitteilen, dass in der bewährten Angelegenheit am Mittwoch, den 9. Januar in der Akademie der Künste eine Sitzung stattfinden wird. Ich bin mit vorzüglicher Hochachtung

Ministerialdirektor Henning

Berlin W 8



180  
Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 8. 1. 1924  
Pariser Platz 4

Herr Professor Friedr. E. Koch bittet zwecks Besprechung  
der Verleger-Angelegenheit im internen Kreise morgen Mittwoch,  
den 9. Januar, wenn irgend möglich bereits um 5 1/2 Uhr in der Aka-  
demie der Künste zu erscheinen.

Das Sekretariat

Herrn

Professor von Schilling

Charlottenburg

Berliner Strasse 147

Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 8. 1. 1924  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr Hofrat!  
Der Senat der Akademie der Künste (Sektion für Kunst und Volksbildung)  
wünscht das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung  
die Künste-Verhandlungen in der Angelegenheit der Verleger-Verträge  
und der Deutschen Tonsetzer-Gesellschaft übernehmen und in die-  
ser Sache am Mittwoch, den 9. Januar 1924 nachmittags 6 Uhr in  
der Akademie der Künste eine Sitzung abhalten, zu der wir Sie  
höflichst und dringend einladen. Der Wichtigkeit der Sache entspre-  
chend erlauben wir bestimmt auf Ihr Erscheinen rechnen zu dürfen und  
zeichnen  
mit vorzüglicher Hochachtung

Hofrat R. E. Koch  
Berlin W



Akademie der Künste zu Berlin

189

Berlin W 8, den 31.12.1923  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr Kollege!

Auf Wunsch des Ministeriums hat die Akademie der Künste in die Einigungsverhandlungen zwischen Verleger und Tonsetzer-Genossenschaft eingegriffen; in einer am 29. d. M. stattgefundenen Sitzung ist auf Antrag des Herrn von Schillings das beiliegende Schreiben an Herrn Roesch verfasst worden. Darf ich Sie im Auftrage der Musiksektion bitten, das Schreiben auch mit Ihrer Unterschrift versehen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*W. v. Baumbach*

*Edvard Behr  
Neue Winkelfeldstr. 18*



Berlin, den 31. Dezember 1923

Sehr geehrter Herr Kollege!

Die unterzeichneten Mitglieder der Genossenschaft Deutscher Tonsetzer bitten von Folgendem Kenntnis zu nehmen:

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die Akademie der Künste zu Berlin, Sektion für Musik beauftragt, eine Einigung zwischen der Genossenschaft deutscher Tonsetzer und der Gema herbeizuführen. Nach den uns bekannten Tatsachen besteht die Möglichkeit diese unerlässlich notwendige Einigung nunmehr zu erreichen, eine Tatsache, die nicht nur für das nationale Kunstleben von entscheidender Bedeutung ist, sondern auch als Lebensfrage für die Genossenschaft deutscher Tonsetzer von uns betrachtet wird. Wir bitten daher in Rücksicht auf den Ernst der Lage in der von der Akademie der Künste einberufenen Sitzung am 9. oder 10. Januar allesdaran setzen zu wollen, die Einigung zu erzielen. Wir hoffen, dass in letzter Stunde der Not der Genossenschaft deutscher Tonsetzer ein Ende gemacht werden kann, da sonst eine Verantwortung auch von den unterzeichneten Mitgliedern nicht mehr getragen werden kann.

Mit kollegialem Gruss

i. m. Jng. Waldemar v. Camphorn  
Paul Juon  
Friedr. E. Fock  
Max v. Schilling  
Hofrat Dr. Friedrich Rösch

Behm  
Hugo Kraus  
E. N. v. Reznicek  
Georg Schumann  
E. E. Taubert

z. Zt. München



Verhandelt in der Akademie der Künste, Sitzung des Senates  
und der Genossenschaft, Sektion für Musik.

Gegenwärtig

Berlin, den 29. Dezember 1923  
Beginn der Sitzung 6 Uhr

dem Vorsitz des Herrn Koch

die Herren

redorffer

mann

ffert

ert

Baußnern

el

Reznicek

Schillings

# 1. Beratung über den Ministerialerlaß U IV

12608 betreffend Zusammengehen der holländischen Musiverleger mit den deutschen und Einigung zwischen der Genossenschaft deutscher Tonsetzer und Gema.

Der Ministerialerlaß mit allen Anlagen wird verlesen.

Herr Schumann berichtet, daß der Inhalt der Vorlage zum Teil schon überholt sei, da die holländischen Verleger bereits vor einer Einigung mit den deutschen Verlegern stehen. Die letzteren befinden sich zudem zurzeit in einem gewissen Zwiespalt mit der Gesellschaft der französischen Verleger, mit der sie bisher geschäftlich liiert waren. Auch mit den italienischen und schweizerischen Verlegern sowie mit denen nordischer Länder haben sich die holländischen Verleger bereits geeinigt. Die G. D. T. kommt, wenn sie fernerhin ganz bei Seite steht, völlig in den Hintergrund. Sie geht daran direkt zu Grunde, wie sie schon dadurch Verluste erlitten hat, daß die Brahms'schen Erben, die von Dvorak, die von Bruch aus ihr ausgetreten sind, die von Reger ebenfalls austreten werden. Herr

Lomann



184  
Lomann, Amsterdam, habe ihm erklärt, daß, wenn keine Einigung zwischen G. D. T. und Gema erzielt würde, die holländische Gesellschaft direkt den Anschluß an die Gema suchen müsse. Die letzten Bestrebungen, eine Einigung zwischen G. D. T. und Gema herbeizuführen, schienen zu einer Lösung zu führen, doch sind ( und zwar nicht wegen entscheidender Punkte ) die Verhandlungen abgebrochen worden. Die Schuld daran trägt im wesentlichen das Verhalten des Herrn Rösch, der in der ganzen Angelegenheit nicht richtig vorgeht und damit sein eigenes Werk, die G. D. T. gefährdet und vielleicht zerstört. Die Verleger verlangen im Grunde genommen nichts anderes als das von Rösch früher selbst Geplante: eine gemeinsame Organisation, bei der G. D. T. und Gema neben einander weiterbestehen und für beide eine gemeinsame Dachorganisation, bestehend aus Vertretern der beiden Anstalten, gebildet wird. Wenn die Genossenschaft gerettet werden soll, so muß rasch etwas geschehen, denn sie hat schon jetzt keine Mittel mehr, keine Schreibkraft, kaum mehr ein ständiges Büro. Der jetzt mit den französischen Verlegern bestehende Konflikt der Gema muß zu Gunsten des Verhältnisses der beiden deutschen Anstalten ausgenutzt werden. Die Verhandlungen in der Akademie würde am besten ein neutraler Vorsitzender leiten, wegen der juristischen Fragen käme in erster Linie ein Jurist dafür in Frage.

Herr von Reznisek meint, daß alle Bestrebungen durch Verhandlungen eine Einigung zu erzielen, aussichtslos wären. Eine autoritative Stelle z. B. das Ministerium müßte den Beteiligten vor Augen führen, daß sie die Pflicht haben, sich zu einigen, und sie möglichst dazu zwingen.

Dr. Amersdorffer wendet ein, daß keiner autoritativen Stelle die Machtmittel zu Gebote stehen, eine solche Einigung zu erzwingen. Die Akademie müsse jedenfalls, wie der Herr Minister wünscht, durch Verhandlungen versuchen, das Ziel zu erreichen. Als "neutraler" Vorsitzender, den Herr Schumann vor-

geschlagen

185  
geschlagen hat, wäre die gegebene Persönlichkeit das rechts- und verwaltungskundige Mitglied des Senates der Akademie, Herr Ministerialdirektor Nentwig, also ein Angehöriger der Akademie, der persönlich und fachlich selbst nicht interessiert ist ( während fast alle Mitglieder der Musiksektion der G. D. T. angehören ) und außerdem die Angelegenheit genau kennt.

Es wird diesem Vorschlag gemäß beschlossen.

Herr von Schillings betont, daß die Mitglieder der G. D. T. in diesem Augenblick auf Rösch einen Druck ausüben müßten, um den Zusammenbruch der G. D. T. zu verhindern. Eventuell müßten die Mitglieder erklären, sofort aus der Genossenschaft auszutreten, falls Rösch nicht diese letzte Möglichkeit einer Einigung von seiner Seite aus benutzt. Er selbst würde hierbei gern vorantreten. Herr Schumann schließt sich diesem Vorschlag durchaus an, ebenso die anderen anwesenden, der G. D. T. angehörenden Herren .

Es wird beschlossen, daß die anwesenden Mitglieder, wie von Herrn von Schillings vorgeschlagen, in diesem Sinne an Rösch ein Schreiben richten, das er, getrennt von der Einladung der Akademie zur Einleitung von Einigungsverhandlungen, zugestellt erhält.

Die erste Beratung mit Vertretern der G. D. T. und der Gema soll am 9. oder 10. Januar stattfinden. Die genauere Vereinbarung von Tag und Stunde der Sitzung wird vorbehalten bis Herr von Baunern mit Herrn Ministerialdirektor Nentwig Rücksprache genommen hat.

2. Die Reinke-Stiftung wird von der Musiksektion angenommen und die im Entwurf verlesene Satzung genehmigt.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

gez. Friedr. E. Koch    gez. W. v. Baunern .



Akademie der Künste zu Berlin  
-----

Berlin W 8, den 20. Dezember 1923  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr Professor!

Ich übersende Ihnen die beiliegende Angelegenheit für die Musiksektion und bitte Sie möglichst bald eine Sitzung für die Behandlung der Sache anzuberaumen. Herr Professor Schumann ist durch das Ministerium, das auf baldige Erledigung besonderen Wert legt, bereits unterrichtet worden. Er rät zur Verhandlung in einer gemeinsamen Sitzung des ~~Senats~~ und Genossenschaftssektion, was auch mir richtig erscheint. Es wird wohl gut sein, wenn die Musiksektion sich zunächst in einer internen Sitzung ohne Zuziehung der Vertreter der beteiligten Verbände über die Sachlage informiert und das weitere Vorgehen überlegt. Das Ministerium legt besonders deshalb Wert auf Beschleunigung, weil augenblicklich ein Zwiespalt zwischen den deutschen Verlegern und der Gesellschaft der französischen Verleger, mit der sie sich liiert haben, besteht. Das Ministerium möchte nicht, dass sich die beiden Parteien wieder zusammenfinden, bevor durch die Akademie eine Prüfung und Klärung der Lage herbeigeführt ist.

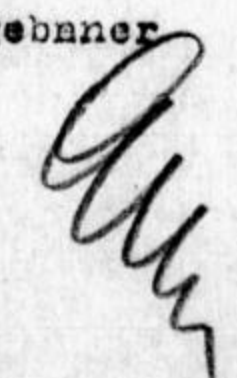
Mit hochachtungsvoller Empfehlung

Ihr ganz ergebener

Herrn

Professor Friedr. E. Koch

Berlin-Friedenau  
-----





Akademie der Künste zu Berlin

Berlin W 8, den 30. Dezember 1923  
Pariser Platz 4

Sehr geehrter Herr Professor!

Ich übersende Ihnen die beiliegende Angelegenheit für die Musik-  
sektion und bitte Sie möglichst bald eine Sitzung für die Be-  
handlung der Sache anzubereiten. Herr Professor Schumann ist durch  
das Ministerium, das auf baldige Erledigung besonderen Wert legt,  
bereits unterrichtet worden. Er hat zur Verhandlung in einer ge-  
meinsamen Sitzung des Senats und Genossenschaftssektion, es auch  
mir richtig erscheint. Es wird wohl gut sein, wenn die Musiksektion  
sich zunächst in einer internen Sitzung ohne Beteiligung der Vertre-  
ter der beteiligten Verbände über die Sachlage informiert und das  
weitere Vorgehen überlegt. Das Ministerium legt besonders großen  
Wert auf Beschleunigung, weil angeblich ein Zwiespalt zwi-  
schen den deutschen Verlegern und der Gesellschaft der Transpa-  
renten Verleger, die sich nicht lösen lassen, besteht. Das Mini-  
sterium möchte nicht, dass sich die beiden Parteien wieder zuein-  
ander stellen, bevor durch die Akademie eine Prüfung und Klärung  
der Lage herbeigeführt ist.

Mit hochachtungsvoller Empfehlung

Ihr ganz ergebener

Professor Friedr. A. Koch

Berlin-Präsident

Herrn

Der Preussische Minister  
für Wissenschaft, Kunst und  
Volksbildung

U IV Nr. 12808

Bei Beantwortung wird um Angabe  
der Geschäftsnummer gebeten.

Berlin W 8 den 14. Dezember 1923.

Unter den Linden 4

Sprechstunde: Zentrum 11340-11343

K. Akademie d. Künste-Berlin

Nr 1293 \* 18 DEZ 1923

Von dem Auswärtigen Amt hier ist mir das abschriftlich  
mit 1 Anlage beigelegte Schreiben der Deutschen Gesandtschaft  
im Haag vom 4. April 1923 übermittelt worden, nachdem das  
„Bureau voor Muziek-Auteursrecht“ in Amsterdam für die  
Einigung der deutschen Musikverleger und Komponisten vor-  
stellig wird. Es haben hier schon wiederholt Besprechungen  
zwischen meinem Sachbearbeiter, den Herren Lienau, Hofrat  
Dr. Rosch und den Vertretern der Genossenschaft zur Verwer-  
tung musikalischer Aufführungsrechte (Gema) stattgefunden. Die-  
se Verhandlungen, die nur einen vorläufigen Charakter trugen,  
haben leider zu einem Ergebnis noch nicht geführt. Die Ange-  
legenheit erscheint mir indessen so wichtig, daß eine noch-  
malige Prüfung im Interesse der gesamten deutschen Musik vor-  
genommen werden muß. In der Annahme, daß die in den Vorgängen  
des Auswärtigen Amtes, die ich als streng vertraulich zu be-  
handeln bitte, dargelegten Verhältnisse dem Senat bereits

An

bekannt

Herrn Präsidenten der Akademie

der Künste,

Sektion für Musik

in

Berlin



bekannt sind, ersuche ich den Senat seinerseits zu der Frage Stellung zu nehmen und gegebenen Falls erneut Verhandlungen aufzunehmen. Zur weiteren Information füge ich bei u.R. eine Eingabe der Gema vom 19. Oktober 1923, ein Schreiben der Genossenschaft Deutscher Tonsetzer vom 22. Mai 1923, Abschriften der von mir am heutigen Tage an das Auswärtige Amt und die Gema gerichteten Schreiben.

Dem Bericht über das Ergebnis der Prüfung und den weiteren Verlauf der Angelegenheit sehe <sup>ich</sup> demnächst entgegen.

Jm Auftrage  
gez. N e n t w i g



BEGLAUBIGT

*Johannine*  
MINISTERIAL-KANZLEISEKRETÄRIN

Abschrift

187

Der Preussische Minister  
für Wissenschaft, Kunst und  
Volkshildung

Berlin MS den 14. Dezember 1923.  
Unter den Linden 4  
Fernsprecher: Zentrum 11340-11343

U IV Nr. 12808

Bei Beantwortung wird um Angabe  
der Geschäftsnummer gebeten.

Auf das von dem dortigen Sachbearbeiter an Professor  
Kestenberg gerichtete, mir vorgelegte Schreiben vom 24. April  
1923, VI C.

der Einigung aller deutschen Musikverleger  
und Komponisten haben wiederholt Verhandlungen mit den Herren  
Hofrat Dr. Rösch und den Vertretern der Genossenschaft zur  
Verwertung musikalischer Aufführungsrechte (Gema) statt-  
gefunden. Diese trugen einen vorläufigen Charakter und sind  
von meinem Sachbearbeiter mit der äußersten Vorsicht, die in  
dieser Angelegenheit geboten war, geführt worden.  
Die Gema bestreitet mit großer Entrüstung die Berechtigung  
der gegen sie erhobenen Vorwürfe und hat sich in dem abschrift-  
lich beigelegten Schreiben vom 19. Oktober 1923, A 1223/1923  
hierher gewandt, um Einblick in das Schreiben der Deutschen  
Gesandtschaft im Haag vom 4. April 1923 zu erhalten. Ich habe  
geglaubt, diesem Ersuchen nicht ohne weiteres entsprechen  
zu dürfen und deshalb die abschriftlich beiliegende Antwort  
vom heutigen Tage erteilt.

Indem ich die Anlagen des oben angezogenen Schreibens  
wiederbeifüge, bemerke ich noch, daß ich nunmehr die Akademie

der



der Künste ersucht habe, die weiteren Verhandlungen in der Angelegenheit zu führen.

Unterschrift

1) An das Auswärtige Amt in Berlin.

-----

Auf das an Herrn Professor Kestenberg gerichtete Schreiben vom 19. Oktober 1923, A 1223/1923, das mir vorgelegt ist, erwidere ich, daß ich die Vorgänge über die Vorstellungen des "Bureau voor Auteursrecht" in Amsterdam wegen der Minderung der deutschen Musikverleger und Komponisten an das Auswärtige Amt zurückgegeben habe, da die Besprechungen zwischen Ihren Herren Vertretern und meinem Sachbearbeiter zu einem Ergebnis bisher nicht geführt haben. Ich kann nur anheimstellen, sich mit Ihren Wünschen an das Auswärtige Amt zu wenden und bemerke noch, daß ich im Hinblick auf die Bedeutung der Angelegenheit die Akademie der Künste ersucht habe, die Sachlage zu prüfen und gegebenen Falls erneute Verhandlungen mit den Beteiligten aufzunehmen.

Unterschrift

2) An die Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte (Gema) in Berlin W 8, Krausenstr. 61 II.

-----

Abschrift - von 2 - zur gefälligen Kenntnisnahme

Jm Auftrage

gez. N e n t w i g

3) An die Genossenschaft Deutscher Tonsetzer in Berlin W 66, Wilhelmstr. 57/58.

188

Abschrift zu U IV Nr. 12808

Bureau voor Muziek-Auteursrecht.

Buna B/ED  
Regierungen.

Amsterdam, den 29. März 1923.

An Seine Excellenz Baron Lucius von Stœdten HAAG

-----

Excellenz!

Am 5. Februar 1911 ist in Amsterdam gegründet die Genootschap van Nederlandsche Componisten und zwar von den Herren Komponisten Dr. Peter van Anrooy, Dr. Alphons Diepenbrock, Jan van Gilse, A.D. Loman Jr. S. van Milligen, Dirk Schäfer, Dr. Johan Wagenaar und Bernard Zweers.

Seitdem sind die bedeutendsten Komponisten Hollands dieser Genootschap beigetreten, sodaß die Anzahl der Mitglieder jetzt 136 beträgt.

Der Zweck dieses Vereins ist hauptsächlich die Verwertung der Aufführungsrechte und dabei zu sorgen, daß in kultureller Hinsicht der Musikpflege kein Schaden gebracht wird.

Die Genootschap hat zusammen mit der Vereeniging van Muziekhandelaren en Uitgevers in Nederland die Anstalt für musikalisches Aufführungsrecht, genannt: Bureau voor Muziek-Auteursrecht gestiftet. Das Büro hat seinen Sitz in Amsterdam.

Diese Anstalt hat die Vertretung der meisten ausländischen Aufführungsrechtsgesellschaften. Nur die Französische Société des Auteurs, Compositeurs und Editeurs de Musique in Paris hat ihre eigenen Agenten in Holland und verwertet also ihre Rechte selbständig.

Das Nebeneinander-Arbeiten von zwei Aufführungsrecht-anstalten in Holland ist schädlich für die Komponisten und  
bringt



bringt große Unannehmlichkeiten auf dem Gebiete der Musikpflege.

Im Oktober 1921 hat die Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte (Gema) in Berlin einen Vertrag mit der Pariser Société perfektuiert, der besagt, daß die Société ab 1925 auch für Holland diese deutschen Rechte verwalten werde. Die andere deutsche Genossenschaft deutscher Tonsetzer in Berlin wird unserer holländischen Anstalt je falls treu bleiben, auch weil sie zu keinem Preis die deutsche Kultur im Auslande in die Hände von Franzosen legen will.

Man darf annehmen, daß die genannte Gema in Berlin sehr bedauert was sie im Oktober 1921 Holland gegenüber getan hat.

Die beiden Genossenschaften in Deutschland haben sich im Oktober vorigen Jahres einander sehr feindlich gegenüberstanden. Die Gema hat den Vertrag mit Paris gemacht um in Deutschland stärker der Genossenschaft deutscher Tonsetzer gegenüber zu stehen, weil sie dadurch das französische repertoire bekam. Um das französische repertoire für Deutschland mächtig zu werden, mußte sie Holland ab 1. Jan. 1925 an Frankreich geben, das hat sie leider getan.

Unsere holländische Organisation hat die Ehre bewirkt zu haben daß die beiden deutschen streitenden Parteien einander besser verstanden haben. Unser Direktor Loman hat es persönlich möglich gemacht hauptsächlich durch die Mithilfe der englischen Organisation (Performing Right Society in London) daß erstens der dritte Kongress der musikalischen Aufführungsrechtsgesellschaften in Berlin im September 1922 stattfinden können und daß zweitens die beiden einander feind-

feindlichen Parteien in Deutschland zusammen mit sich an einen Tisch gesetzt haben um zu beraten ob eine deutsche Einigung zwischen allen deutschen Komponisten und Musikverlegern in der jetzigen Lage nicht geboten war.

Die Delegierten der beiden Parteien haben schon drei Mal in Berlin zwecks dieser Einigung konferiert; morgen findet die vierte Konferenz statt. Prinzipiell haben die beiden Parteien sich schon geeinigt, nur stehen die ausländischen Verbindungen der Gema, namentlich mit Wien und Paris der Einigung noch entgegen. Wenn die Gema dazu entscheidet und zu der Liquidierung beschließt, ist die Sache in Ordnung. Die Amerikanische und Englische Organisationen werden die Einigung der deutschen Organisationen zu einer neuen deutschen Gesellschaft in der alle deutsche Komponisten und Musikverleger vertreten sind, mit Freude begrüßen, weil dadurch ein Teil der deutschen Aufführungsrechte (Gema) im Auslande frei von Paris wird.

Die Sache hat für Holland auch große Bedeutung und zwar in kultureller Hinsicht, weil es sehr wichtig sein wird, für unser Musikleben ob ein Teil der deutschen Kultur in Händen einer befreundeten holländischen Organisation zur Ueberwachung gegeben wird, oder von Agenten einer Pariser Gesellschaft.

Es wäre uns recht angenehm, wenn Sie uns die Gelegenheit gäben Ihnen diese Angelegenheit näher mündlich bekannt zu geben. Die Aufführungsrechtfrage in internationaler Hinsicht hat jetzt einen Wendepunkt erreicht, wo es heißt, ob in der Welt die imperialistische Politik der Pariser Société des Auteurs, Compositeurs et Editeurs de Musique siegen wird, oder die gesunde Logik von verschiedenen anderen Aufführungsrechtsgesellschaften,

daß



daß nämlich die nationalen Aufführungsrechtsgesellschaften und nicht fremde Agenten einer ausländischen Gesellschaft sämtlich internationale Urheberrechte verwalten müßten. Weil die deutsche Musik in der Welt eine besonders große Rolle spielt, hängt also viel davon ab, ob binnen Kurzem die beiden deutschen Genossenschaften sich in einer Weise einigen werden, daß dadurch die deutsche Musik in der Aufführungsrechtfrage gänzlich los von Paris wird.

Wir würden es besonders schätzen, wenn Sie uns erlauben würden, Anfang nächster Woche Sie im Haag zu besuchen um Ihnen hier und da, wo gewünscht, die Sache näher zu erklären.

Hochachtungsvoll ergebenst  
In Auftrag des Vorstandes  
Bureau voor Muziek-Auteursrecht  
gez. Lohmann  
Direktor

Abschrift zu U IV Nr. 12808

190

Deutsche Gesandtschaft  
B 1050  
1 Anlage.

Haag, den 4. April 1923.

Der Direktor des „Bureau voor Muziek-Auteursrecht“ in Amsterdam, welcher den anliegenden Brief an mich geschrieben hatte, stellte sich heute persönlich mit verschiedenen anderen Herren vor, um die Angelegenheit der Einigung der deutschen Organisationen zu einer neuen deutschen Gesellschaft, in der alle deutschen Komponisten und Musikverleger vertreten sind, auch möglichst zu erläutern und meine Befürwortung dieser sicherlich sehr wichtigen Gründung bei den zuständigen deutschen Stellen zu erbitten. Obgleich es ja kaum glaubhaft ist, daß man den deutschen Musikverlegern, wie z.B. Boote u. Bock, in Berlin Henri Litolf-Magdeburg, zahlreichen Musikverlegern in Leipzig usw. zureden muß, sich frei von Paris zu machen und sich den amerikanischen, englischen und holländischen Organisationen anzuschließen, scheint dies noch in keiner Weise sicher zu sein. Vertraulich erzählte mir Herr Loman, daß die Franzosen die österreichischen Musikverleger zum Anschluß an Paris dadurch gebracht haben, daß sie in schwieriger Zeit denselben 100 000 Francs versprochen haben (von denen in Wahrheit aber dann nur 40.000 gezahlt wurden), Charakterlosigkeit und Not haben die Oesterreicher dann dazu gebracht, darauf einzugehen. Daß die Franzosen versuchen werden, auch bei uns mit ähnlichen Mitteln zu arbeiten, halte ich für wahrscheinlich, und für noch wahrscheinlicher, daß einige der deutschen Patrioten auch darauf eingehen werden. Ich finde, daß die Angelegenheit außerordentlich wichtig ist, daß ich den Herren

anheim-



anheimgegeben habe, sich gelegentlich eines Aufenthaltes in Berlin in der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes behufs mündlicher Rücksprache vorzustellen. Die im Eingang genannten niederländischen Komponisten und anderen Herren sind mir fast alle persönlich bekannt und gehören zu den ersten Musikgrößen des Landes. Wie wichtig es ist, dem französischen Druck auch gerade hier in Holland mit der Hülfe von Belgien Widerstand zu leisten und die Holländer in ihrem Bestreben, die deutschen Gruppen an sich anzugliedern, mit allen Mitteln zu unterstützen, brauche ich nicht näher zu begründen, da diese Verhältnisse und die Schwierigkeiten, mit welchen ich hier ohne Mittel deutsche Propaganda betreiben muß, dort hinreichend bekannt sind.

gez. L u c i u s.

TV

192

S i t z u n g

des vorbereitenden Arbeitsausschusses am 19. April 1923 in den  
Geschäftsräumen der G.D.T.

Anwesend als Vertreter der Genossenschaft Deutscher Tonsetzer die Herren Hofrat Dr. Misch und Prof. Ed. Behm;  
als Vertreter der Verleger die Herren Dr. Bock, Lienau, Carl Linnemann und Rauh.

-----

Bericht auf der Grundlage des von Herrn Reb. L i e n a u  
verfassten Entwurfes mit Änderungen und Ergänzungen von Ed. Behm.

-----

Herr R ö s e h leitet die Versammlung und stellt zunächst klar, was in dem Protokoll der Sitzung vom 11. März nicht ganz deutlich gesagt war, dass der grundsätzliche Standpunkt der G.D.T. gewesen sei, die verschiedenen Fragen betreffend die Aufführungsrechte und die mechanischen Rechte als untrennbar nicht einzeln, sondern gemeinsam zu behandeln und zu erledigen.

Sodann wird, wie in der vorigen Sitzung vereinbart, in die Behandlung der Liquidationsfrage der beiden Aufführungsrechtsanstalten eingetreten. Herr R ö s e h erklärt, dass die Liquidation der Afma leicht und in kurzer Frist durchgeführt werden könne, wenn die Einigungsverhandlungen so rasch zu Ende geführt würden, dass die Hauptversammlung der G.D.T. vor dem 1. Juli in der Lage wäre, die Liquidation der Afma zu beschliessen.

Herr R a u h erklärt bezüglich der Gema, dass an und für sich auch deren Liquidation juristisch unschwer durchführbar sein würde, die Gema sei aber gebunden durch eine Reihe von Verträgen, und infolgedessen könne eine Liquidation nur unter Berücksichtigung dieser Verträge erfolgen. Besonders gilt dies von dem Vertrage mit der A.K.M. in Wien.

Herr L i e n a u berichtet im Anschluss hieran über die Verhandlungen, die seit der letzten Sitzung in dieser Frage mit der A.K.M. stattgefunden haben. Der Vorstand der A.K.M. habe in un-  
zweideutiger Weise erklärt, dass man einem Zusammenschluss der beiden Aufführungsanstalten in Deutschland sehr sympathisch gegenüberstehe, dass es aber nicht möglich sei, einer solchen neu zu gründenden Zentrale die Aufführungsrechte der A.K.M. zur Verwaltung zu übertragen, sondern dass die A.K.M. als gleichberechtigtes Mitglied in einen solchen neuen Verband aufgenommen werden müsse. Diese Stellungnahme sei unabänderlich.

Herr L i e n a u bemerkt dazu, dass man sich, um überhaupt weiterzukommen, zunächst auf den Boden dieser zunächst bestehenden Tatsache stellen müsse. Es sei daher nicht möglich, das von Afma und Gema nach wie vor einmütig verfolgte Hauptziel der einheitlichen reichsdeutschen Aufführungsrechts-Zentrale sofort zu erreichen; man müsse zunächst vielmehr auf den Vorschlag der Wiener Herren



eingehen und sich mit dem Enischen dieser ersten Stufe einstweilen genügen lassen; das Weitere würde die Zukunft dann lehren. Zunächst sei also eine Art Dreibund auf dem Gebiete der Aufführungsrechte zu gründen. Herr L i e n a u rät dringend, diesen Weg zu beschreiten, umso mehr, als eine Majorisierung der reichsdeutschen Gesellschaften durch die zweidrittel Mehrheit ihrer Stimmen ausgeschlossen sei.

Herr R ö s c h betont nachdrücklich, dass der Vorstand der G.D.T. diese Frage besonders eingehend erwogen und unter Würdigung aller vorliegenden (nationalen und internationalen) Verhältnisse zu dem einstimmigen Beschlusse gekommen sei, eine Einigung mit der Gema nur dann als annehmbar für die G.D.T. erachten zu können, wenn ihr damit nicht die Preisgabe der Forderung einer einheitlichen, von jeder ausländischen Gesellschaft unabhängigen deutschen Aufführungsanstalt zugemutet werde. Wenn es also als "unabänderlich" erklärt werde, dass die A.K.M. mit in der reichsdeutschen Verwaltung teillos. Schon mit Rücksicht auf die anderen ausländischen Autorschaften könne man nicht einer einzelnen ausländischen Gesellschaft eine so ungewöhnliche Vorzugsstellung einräumen. Ausserdem würde es, wenn die A.K.M. einmal in einem solchen Verbände als gleichberechtigtes Mitglied sei, in Zukunft überhaupt unmöglich sein, sie wieder herauszubekommen. Der Grundsatz der nationalen Anstalt jeder ausländischen Gesellschaft gegenüber müsse von der G.D.T. unbedingt festgehalten werden. Uebrigens sei es befremdend, dass bei den bisherigen Verhandlungen immer davon die Rede gewesen sei, die Gema könne ihr Vertragsverhältnis mit der A.K.M. im Jahre 1924 lösen, während man jetzt auf einmal erfahre, dass dies frühestens im Herbst 1926 möglich sei. Unter diesen Umständen hätten doch weitere Verhandlungen im Augenblick keinen Zweck.

Herr R a u h erklärt demgegenüber, dass es nicht angehe, die A.K.M. in dem Sinne als ausländische Gesellschaft zu bezeichnen, wie etwa die Société. Die Bestimmung des Vercaller Vertrages, welche die politische Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich hindere, könne daran nichts ändern, dass die österreichische Musik deutsche Musik, und zwar ein hervorragender Teil der deutschen Musik sei. Uebrigens habe die G.D.T. nicht immer auf dem Standpunkt gestanden, dem Herr R ö s c h jetzt proklamiere. Er erinnere daran, dass die G.D.T. noch während des Krieges beansprucht habe, Mitglieder der A.K.M. in Deutschland auf Grund von Pouvoirs zu vertreten, die diese der französischen Gesellschaft gegeben hatten, welche mit der G.D.T. damals im Vertragsverhältnis stand, wozu Herr R ö s c h durch Zwischenruf bemerkt, dass die G.D.T. damals zu dieser Stellungnahme auf Grund ihres Vertrages mit der Pariser Société auf deren besonderes Verlangen veranlasst worden sei.

Jede Aufführungsgesellschaft - führt Herr R a u h weiter aus - habe die Pflicht, die ihr übertragenen Rechte im Interesse ihrer Bezugsberechtigten möglichst zu deren Vorteil zu vertreten. Die Vorteile einer Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Gesellschaften seien aber ausserordentlich gross. Diese Vereinigung würde die Einführung des Kartensystems in Unterhaltungsakzenten ermöglichen, und was das bedeute, zeige der Erfolg der A.K.M. in dem kleinen Österreich von sechs Millionen Einwohnern. Für das laufende Geschäftsjahr würde der Reingewinn der A.K.M. in Österreich, wenn auch nicht, wie es dort heisse, in die Milliarden gehen, so doch noch von Herrn L i e n a u und Herrn R a u h in Wien angestellten Berechnungen bei der Stabilität der Krone sich auf ca. 6-700 Millionen Kronen belaufen. Für das Ausland würde die Vereinigung der beiden reichsdeutschen Gesellschaften, die ohne Hinzunahme der A.K.M. nicht erreichbar sei, die Verwertung der Rechte in England und vielleicht auch in anderen hochvalutigen Ländern er-

...des vorbereitenden Arbeitsausschusses am 18. April 1923 in den ...  
Geschäftsjahren der G.D.T.  
...als Vertreter der Genossenschaft Deutscher Tonkünstler die ...  
Herrn Hofrat Dr. Rösch und Prof. Dr. Böhm;  
...als Vertreter der Verleger die Herren Dr. Böck, Linnemann,  
Garl Linnemann und Böhm.  
...Bericht auf der Grundlage des von Herrn Rob. L i e n a u  
...vertretenen ... mit Änderungen und Ergänzungen von Dr. Böhm.  
...  
Herr R ö s c h leitet die Verhandlung und stellt zunächst  
klar, was in dem Protokoll der Sitzung vom 11. März nicht ganz  
genügend gesagt war, dass der grundsätzliche Standpunkt der G.D.T.  
gewesen sei, die verschiedenen Fragen betreffend die Aufführungs-  
rechte und die mechanischen Rechte als unabhängig nicht einzeln,  
sondern gemeinsam zu behandeln und zu erledigen.  
Sodann wird, wie in der vorigen Sitzung vereinbart, in die  
Behandlung der Lizenzfrage der beiden Aufführungsgesellschaften  
ten eingetreten. Herr R ö s c h erklärt, dass die Lizenz  
der A.K.M. leicht und in kurzer Frist durchgesetzt werden könne,  
wenn die Einigungsbedingungen so rasch zu Ende geführt würden,  
dass die Hauptversammlung der G.D.T. vor dem 1. Juli in der Lage  
wäre, die Lizenz der A.K.M. zu beschliessen.  
Herr R a u h erklärt bezüglich der Gema, dass an und für  
sich auch deren Lizenz juristisch schwer durchführbar sein  
würde, die Gema sei aber gebunden durch eine Reihe von Verträgen,  
und infolgedessen könne eine Lizenz nur unter Berücksichti-  
gung dieser Verträge erfolgen. Besonders gilt dies von dem Verträge  
mit der A.K.M. in Wien.  
Herr L i e n a u berichtet im Anschluss hieran über die Ver-  
handlungen, die seit der letzten Sitzung in dieser Frage mit der  
A.K.M. stattgefunden haben. Der Vorstand der A.K.M. habe in un-  
zweifelhafter Weise erklärt, dass man einem Zusammenschluss der bei-  
den Aufführungsgesellschaften in Deutschland sehr sympathisch gegen-  
überstehe, dass es aber nicht möglich sei, einer solchen neu zu  
gründenden Centrale die Aufführungsrechte der A.K.M. zur Verwal-  
tung zu übertragen, sondern dass die A.K.M. als gleichberechtigtes Mit-  
glied in einem solchen neuen Verband aufgenommen werden müsse.  
Diese Stellungnahme sei unabänderlich.  
Herr L i e n a u bemerkt dann, dass man sich im Überhaupt  
weiterkommen, namentlich auf dem Boden dieser zunächst bestehenden  
Tatsache stellen müsse. Es sei daher nicht möglich, das von A.K.M.  
und Gema nach wie vor einmütig verfolgte Hauptziel der einheitli-  
chen reichsdeutschen Aufführungs-Centrale sofort zu errei-  
chen; man müsse zunächst vielmehr auf den Vorschlag der Wiener Herren



möglichen. Es gäbe augenblicklich, so viel ersähe, keinen anderen Weg zusammenzukommen. Wenn die Vertreter der G.D.T. einen anderen Vorschlag machen könnten, so sollten sie das tun.

Herr R ö s c h antwortet darauf, die Hauptschwierigkeit einer Verständigung liege offenbar darin, dass die Auffassungen der beiden Parteien geradezu durch eine Kluft der Weltanschauung getrennt seien. Alle Ausführungen des Herrn Rauh bewiesen nur zu deutlich, dass für die massgebenden Kreise der Gema und ihre Bundesgenossen das ganze, insbesondere für den wertvollsten Teil der deutschen Musikpflege hochwichtige Problem der Urheberrechtsinteressen, ausschliesslich ein kommerzielles sei, während die wertvollen persönlichen Beziehungen der G.D.T. das Problem in erster Linie und der Hauptsache nach als ein kulturpolitisches und nationales auffassen und erst in zweiter und dritter Linie als ein wirtschaftliches und geschäftliches. Im Uebrigen weist Herr R ö s c h darauf hin, dass die von Herrn Rauh angeführten "Tatsachen" vielfach nur Vermutungen darstellten; insbesondere sei die Annahme sehr kritisch zu bewerten, die A.K.M. könnte im Falle einer Einigung lediglich zwischen Gema und Afma für sich einen selbständigen Betrieb in Deutschland gegen diese Vereinigung mit Erfolg durchhalten; noch viel weniger könne davon die Rede sein, dass die anderen ausländischen Autorangesellschaften ihre Vertretung den vereinigten beiden deutschen Gesellschaften nur übertragen würden, wenn an der Verwaltung der einheitlichen deutschen Anstalt auch die A.K.M. beteiligt sei. Er weist weiter darauf hin, dass die holländische Frage auf diese Weise vollkommen ungelöst bliebe.

Hierzu bemerkt Herr R a u h, dass zwar die Angelegenheit Hollands sehr bedauerlich sei, dass sie aber zunächst gegenüber der Durchführung der deutschen Lösung zurücktreten müsse. Zu der von den Holländern beabsichtigten freiwilligen Liquidation legt Herr R a u h den Standpunkt der Gema dar.

Da neben der Frage einer selbständigen, von jedem ausländischen Einfluss unabhängigen, rein deutschen Aufführungsanstalt ein für die G.D.T. gleichfalls nicht preisgebender Programmpunkt sei, dass die deutschen Rechte im Auslande einheitlich und nicht im Kampfe gegeneinander vertreten würden, und da die G.D.T. jedenfalls in Holland den Skandal nicht mitmachen könne, auf Seiten der Franzosen gegen die einheimische holländische Gesellschaft feindselig vorzugehen, erachtet Herr R ö s c h weitere Verhandlungen für aussichtslos, solange die Gegenpartei in diesen beiden Hauptfragen nicht ihren jetzigen Standpunkt ändere und sich wieder auf den Boden der Richtlinien stelle, die sie doch selbst der G.D.T. als Unterlage für die erste Verständigungssitzung vorgelegt habe.

Herr L i n n e m a n n besteht aber auf weiteren Verhandlungen, zumal bei Anwesenheit von nur zwei Vertretern der G.D.T. die Verantwortung für einen Abbruch nicht übernommen werden könne.

Man suchte nunmehr den Tag für die nächste Besprechung festzusetzen, als die Sitzung durch einen Zwischenfall ihren Abschluss fand, der in der Anlage besonders behandelt wird.

(gez.) E. Behm.







Als besprochen wurde, wenn die nächste Sitzung anberaumt werden könne, hat Herr R. S. a. c. h. Wunsch, möglichst einen Sonntag zu wählen, da nur an einem solchen die Anwesenheit sämtlicher Vorstandsmitglieder der G.D.T. zu rechnen sei.

Herr L. i. e. n. a. u. erklärte dem, für den nächsten und übernächsten Sonntag verhindert zu sein, worauf Herr R. S. a. c. h. bemerkte, dass die Anberaumung einer Sitzung für ihn immer schwierig werde, je länger die Angelegenheit hinausgeschoben werde. Von P. l. i. n. g. e. n. ab sei er durch die Arbeit zur Vorbereitung des Tonkünstlerfestes zu stark beschäftigt, dann durch die Teilnahme an dem Fest selbst verhindert, und schließlich wisse er nicht, wann die Sitzungen noch weiter hinausgeschoben werden, ob er dann überhaupt noch daran teilnehmen könne, da er damit zu rechnen habe, die dahin vertagt zu werden. Sofort erklärte Herr R. S. a. c. h., es liege hier ein Missverständnis vor; der Anwalt der G.D.T. habe erklärt, dass Dr. R. S. a. c. h. eine Mittelsache gegen die Herren Dr. R. S. a. c. h. und Dr. R. S. a. c. h. beantragt, falls sie nicht eine der G.D.T. durch Urteil angeordnete Abrechnung ist, sondern von der jedoch Herr Dr. R. S. a. c. h. behauptet, dass er schon während des Prozesses die Erklärung abgegeben habe, die Abrechnung tatsächlich nicht leisten zu können. Mir selbst erschien das Vorgehen gerade während der schwachen Meinungsverschiedenheiten unangebracht, als der einzige Schriftsatz des Herrn Dr. R. S. a. c. h. nach einer von Herrn L. o. n. a. u. mit gemachten Mitteilung bereits vor Wochen gegen eine Besprechung zwischen Herrn L. o. n. a. u. und Herrn R. S. a. c. h. gewesen war, jetzt aber, wo die Herren der G.D.T. als Gäste der G.D.T. in deren Haus zu Vernehmlichungen kamen, die ein hartnäckiges "Missverständnis" bezeichnet würde, ohne dass ein Wort des Bedauerns über eine so eigenartige Störung des Einigungs- werkes gefallen war.

Herr Dr. R. S. a. c. h. erklärte, es sei ihm ganz unverständlich, wieso ausser ihm noch R. S. a. c. h. etwas in die Sache hineingesogen werde, da dieser doch niemals etwas mit den Abrechnungen der G.D.T. zu tun gehabt habe. Wenn Herr Dr. R. S. a. c. h. so behauptet, so muss er mit Ironie, ohne Äusserung und Wissen seiner Reden gegen einen Mann wie R. S. a. c. h. etwas in solcher Form vorbringen, so könnte man fast auf den Gedanken kommen, es sei ihm vollständig darum zu tun gewesen, mit in die Angelegenheit zu kommen. Auf den Zeitpunkt des Herrn R. S. a. c. h., was dann die Angelegenheit damit zu tun habe, erwiderte Herr L. i. e. n. a. u. sehr scharf: Die Verleger seien ja bereits in die Angelegenheit gekommen durch den "Kriegs-epigramm". Kann man dieses Wort - ich möchte fast sagen "Gleichwort" - Herrn L. i. e. n. a. u. entschuldigen, als Herr Dr. R. S. a. c. h. in demselben ersterer Weiss (entlang noch stehend, dann aufspringend) gegen Dr. R. S. a. c. h. etwas zu Felde zog und zwar sofort mit den Worten beginnend: "Es ist ganz gut so, dass der Rechtsanwalt so gegen R. S. a. c. h. vorgegangen ist, damit diesem Mann kein Recht wird, was ihm gehört; es geschieht ihm ganz recht". Sofort antwortete ich: Diese merkwürdige Äusserung als einen starken Widerspruch gegen über dem Versuch des Herrn R. S. a. c. h., das Vorgehen des Herrn Dr. R. S. a. c. h. mit lediglich auf ein Missverständnis zurückzuführen. Herr

...die die Verwertung der Rechte ... noch in anderen hochverehrten Ländern ...

Herr B. o. c. k. redete sich in immer heftigere Erregung hinein, er liess sich sogar zu der Äusserung hinreissen, Strauss habe einen Kerl durch Geld bestochen (nicht, wie es in der Aufzeichnung des Herrn L. i. e. n. a. u. heisst: "einen Dichter gedungen"), um ein niedriges Pamphlet abzufassen, und dieser Kerl habe seine Feder dazu hergegeben, Männer, die er persönlich gar nicht kannte, gegen Bezahlung mit Schmutz zu bewerfen. Da sprang Herr Dr. R. S. a. c. h. auf, was wohl nicht zu verwundern war, und erklärte, er könne in den Räumen der G.D.T. solche beleidigenden Angriffe gegen ihren Vorsitzenden nicht ruhig hingehen lassen; er müsse Herrn Dr. Bock, falls er in diesem Ton fortfahren wolle, ersuchen, das Lokal zu verlassen, worauf Herr R. a. u. h. sofort bemerkte: "Dann müssen wir alle gehen". Herr L. i. e. n. a. u. bemühte sich, die allgemeine Erregung zu beschwichtigen und meinte, man müsse in diesem Augenblick persönliche Streitigkeiten vermeiden, da es bedauerlich wäre, wenn die Verhandlungen auf diese Weise abgebrochen würden. Er warnte Herrn R. S. a. c. h., die Verhandlungen daran scheitern zu lassen, denn die Verleger hätten die Nacht auf ihrer Seite.

Meiner festen Überzeugung nach hat also nicht, wie Herr Lienau meint, ein durch Herrn Dr. R. S. a. c. h. verursachter Zwischenfall den Abbruch der Verhandlungen herbeigeführt, sondern einzig und allein das unter keinem Gesichtspunkt zu rechtfertigende unparlamentarische Auftreten des Herrn Dr. Bock.

(gez.) Ed. Behn.



A b s c h r i f t !

ossenschaft Deutscher Tonsetzer

Berlin W 66, Wilhelmstr. 57/58

Berlin, den 22. Mai 1923.

R/A

Herrn Professor Leo Kestenbergr

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

Berlin W. 8

-----  
Wilhelmstr. 68

Sehr geehrter Herr Professor !

Anbei übersende ich Ihnen, wie bereits telephonisch besprochen, eine Abschrift des von Prof. Ed. Behm verfassten Berichtes über unsere letzte Sitzung mit den Verlegern. Unter den verantwortlichen Persönlichkeiten der G. D. T. wird sich sicher kein einziger finden, der bereit sein könnte, eine der beiden grundsätzlichen Fragen preiszugeben: Unbedingte nationale Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber jeder anderen ausländischen Autorengesellschaft und geschlossene Einheitsfront der Deutschen bei der Verwertung ihrer Urheberrechte im Auslande.

Leider habe ich bis jetzt noch keine Möglichkeit gefunden, für die nächste Zeit einen geeigneten Tag für etwaige weitere Beratungen ausfindig zu machen; es ist eben, so wie ich bereits am 19. v. M. erklärte: Je näher das Tonkünstlerfest heranrückt, um so schwieriger wird es für uns, Sitzungstage für andere Zwecke freizumachen. So muss ich z. B. heute mittag unerwartet auf dringendem Anruf aus Kassel zu einer Konferenz dorthin fahren und bin dann gleich nach meiner Rückkehr wieder durch Sitzungen im Reichswirtschaftsrat gebunden. Ich will aber weiter fest im Auge behalten, möglichst doch einen Tag in der Zeit vom 28. - 30. Mai freizubekommen.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung  
ergebenst

gez. Dr. Fr. Rösch

gez. Dr. Fr. Rösch



A b s c h r i f t !

Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte  
(Gema)

Gebuch Nr. A. 1223/1923

Berlin, den 19. Oktober 1923

Herrn Professor Kestenberg  
Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

B e r l i n W. 8  
Unter den Linden 4

Sehr geehrter Herr Professor !

Unter höfl. Bezugnahme auf unsere Besprechung vom 17. d. M. nehmen wir uns die Freiheit, auf die Angelegenheit betreffend die Denunziation der Gema durch das Büro vor Auteursrecht in Amsterdam bei der Deutschen Gesandtschaft in Haag zurückzukommen. Diese Denunziation bezog sich nach Ihren Mitteilungen auf den Vertrag, welchen die Gema mit der Société des Auteurs, Compositeurs et Editeurs de Musique in Paris, Rue Chaptal abgeschlossen hat, und worin die Bestimmung enthalten ist, dass die Rechte der Gema vom Jahre 1925 an in Holland durch die genannte Pariser Gesellschaft vertreten werden sollen. Nach Ihren Mitteilungen hat die genannte Gesellschaft in Holland es für ihre Aufgabe gehalten, die deutsche Kultur und spez. die deutsche Musikpflege im Auslande gegen uns zu schützen und uns, einer deutschen Gesellschaft, der fast allen deutschen Musikverleger und ein grosser Teil der am meisten aufgeführten deutschen Komponisten und ihrer Erben angehören, den Vorwurf gemacht, dass wir wichtige deutsche Kulturinteressen durch den erwähnten Vertrag an Frankreich verraten hätten. Bevor wir auf diesen schwerbeleidigenden Vorwurf eingehen, halten wir es als deutsche Gesellschaft für unser Recht, Einblick in das Schreiben zu erhalten, welches die deutsche Gesandtschaft in Haag, wie wir aus Ihren Mitteilungen schliessen dürfen, an das Auswärtige Amt gerichtet hat. Wir können uns nicht denken, dass eine deutsche Gesandtschaft die Denunziationen einer fremden Gesellschaft



gegen eine deutsche Gesellschaft als vertraulich entgegengenommen und darum verhindert wäre, den Bericht, welchen sie an die deutsche Regierung weitergegeben hat, uns zugänglich zu machen. Was unsere holländische Gesandtschaft auf Grund von Denunziationen einer ausländischen Gesellschaft über uns der Deutschen Regierung berichtet das sollte unserer Meinung nach in erster Linie uns in voller Ausdehnung zugänglich gemacht werden, damit wir in der Lage sind, die Stellung zu nehmen. In einem ähnlichen Falle ist übrigens früher so verfahren worden. Es ist nämlich nicht das erste Mal, dass die holländische Gesellschaft sich in dieser Sache an die Gesandtschaft in Haag gewendet hat. Bald nach Abschluss unseres Vertrages mit Pariser Gesellschaft <sup>in Haag</sup> ein Exposé des Musikverlegers van Esso in Rotterdam, dass wie dieser Herr mir selbst zugestehen muss von der holländischen Gesellschaft in Amsterdam inspiriert war und gefähr dieselben Verdächtigungen gegen uns enthielt, die die holländische Gesellschaft jetzt Ihren Andeutungen nach gegen uns erneuert hat. Damals hat das Auswärtige Amt das ihr von der Haager Gesandtschaft übersandte Exposé korrekterweise an uns zur Beantwortung gesandt und uns Gelegenheit gegeben, Stellung dazu zu nehmen. Offenbar ist dieser Vorgang im Haag in Vergessenheit gekommen; sonst hätte man wohl die Herren der holländischen Gesellschaft mit ihren längst widerlegten Vorwürfen gegen uns nicht mehr ernst genommen. Wir erwarten, dass auch diesmal uns das Material zur Berichterstattung zugänglich gemacht wird und werden dann nicht ermangeln, Stellung dazu zu nehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ergebenst

gez. Unterschrift

mit einer  
einstufigen  
Hochachtung  
Landes-  
amt



Bestand:

Preußische

Akademie der Künste

**AKTE 878**

**ENDE**